Da VI. 90.

Coll. leg.
402

Recht und Verfaſſung

der

alten Sachſen.

In Verbindung mit einer kritiſchen Ausgabe

der

Lex Saxonum.

Von

Ernſt Theodor Gaupp.

Breslau 1837,

bei Joſef Max und Comp.

Vorrede.

Die ſelbſtſtändigen Staaten Deutſchlands, welche heute den Namen Sachſen führen, haben bekanntlich keine eigentlich Sächſiſche Bevölkerung. Zwiſchen Elbe und Saale, im Königreich Sachſen, im Altenburgſchen u. ſ. w., wohnen germaniſirte Sorben; eine Menge von Städtenamen in dieſem Lande ſind Slawiſchen Urſprungs und inſofern ein Nachhall jenes einſt hier herrſchend geweſenen Volksthums. Daß auch zahlreiche Deutſche Colonien in dieſe Gegenden geführt worden ſind, iſt aus der Geſchichte bekannt; aber das Verhältniß der Miſchung beider Nationalitäten können wir im Einzelnen nicht mehr genau angeben. Bemerkenswerth iſt hier wie in allen ſogenannten Wendiſch-Deutſchen Ländern die Paſſivität, in welcher das Slawiſche Volksthum dem Deutſchen gegenüber erſcheint. Wenn gleich in den Sitten, ſo hat doch in Betreff des wichtigſten geiſtigen Beſitzthumes, welches ein Volk vorzugsweiſe zu einem ſolchen macht, in Betreff der Sprache, nirgends eine Verſchmelzung beider Statt gefunden, ſondern die Deutſche hat die Slawiſche gradezu verdrängt und ſich an deren Stelle geſetzt. Die Bevölkerung in den Sächſiſch-

Erneſtiniſchen Ländern zwiſchen Saale und Werra, Harz und Thüringer Wald iſt Thüringiſch. Es ſind nur politiſche Ereigniſſe geweſen, deren Fäden man bis zu der durch den Sturz Heinrichs des Löwen bewirkten Auflöſung des Sächſiſchen Nationalherzogthums im zwölften Jahrhundert zurückführen muß, wodurch den oben genannten Ländern allmählich der Name Sachſen zu Theil geworden iſt. Dennoch hat derſelbe beſonders auf die Geſchichte des Rechts in ihnen offenbar einen ſehr großen Einfluß ausgeübt. Wenn der Sachſenſpiegel in den als Sachſen bezeichneten Ländern am früheſten und umfaſſendſten die Gültigkeit eines wahren Landesrechts erlangt hat, in Folge deſſen aber die Sächſiſchen Juriſten ſchon im ſechzehnten Jahrhundert durch eine gründlichere Bearbeitung der Deutſchen Rechtsinſtitute ſich hervorthun: ſo iſt gewiß ſehr Vieles hiervon auf Rechnung jenes Namens zu bringen, welcher zwiſchen den Sachſen der neueren Zeit und dem urſprünglichen alten Sachſenvolke ſelbſt unbewußt zur Vermittelung gedient hat.

Die folgende Schrift hat es mit dem letzteren zu thun, mit jenen Sachſen von der Elbe bis gegen den Rhein hin, von deren Lande Einhard, der Biograph Karls des Großen ſagt: (Saxonia) Germaniae pars non modica est, et ejus, quae a Francis incolitur, duplum in lato habere putatur, cum ei longitudine possit esse consimilis. Für die heutigen Sächſiſchen Länder

könnte ſie alſo nur mittelbar ein beſonderes Intereſſe in Anſpruch nehmen, inſofern der Inhalt des Sachſenſpiegels mit dem alten Volksrechte ſelbſt wieder vielfach zuſammenhängt.

Daß eine neue Bearbeitung und Ausgabe der Lex Saxonum wünſchenswerth ſey, iſt wenigſtens oft genug geſagt worden. In der That braucht man auch zu einem Urtheile hierüber nur zu wiſſen, daß in der Gärtnerſchen Ausgabe, welche bisher für die beſte galt, der ſo wichtige Text von Du Tillet (Tilius) ganz unberückſichtigt geblieben, und daß in neuerer Zeit noch zwei bisher unbekannte Handſchriften des Sächſiſchen Geſetzes, die Corveyſche und die Spangenbergſche ans Licht gezogen worden ſind. Das beſondere Intereſſe, welches die geſchichtlichen Anfänge des alten Sachſenthums mit gutem Grunde auf ſich ziehen, giebt ſich zugleich in mehreren Schriften der letzten Jahre kund, von denen ich nur Joh. Möller Saxones, Berolini 1830, und Bruno Hildebrand de veterum Saxonum re publica, Vratislaviae 1836 nenne, und in Betreff der letzteren zugleich mein Bedauern ausſpreche, dieſelbe erſt nach dem Abdruck der drei erſten Bogen meines Buches erhalten zu haben. Ganz vorzügliche Hervorhebung gebührt aber hier noch der von der königlichen Geſellſchaft der Wiſſenſchaften zu Göttingen im Mai 1834 bekannt gemachten hiſtoriſchen Preisaufgabe, worin verlangt wird „eine auf ſelbſtſtän-

dige Quellenforſchung gegründete Darſtellung der Geſchichte, eines Theils des alt Sächſiſchen Volks von deſſen erſtem Hervortreten auf Deutſchem Boden an bis auf die Gründung des Herzogthums Braunſchweig-Lüneburg und die Abfaſſung des Sachſenſpiegels, andern Theils aber der Slawiſchen Stämme, welche ſich ehemals im Oſten und Norden des jetzigen Deutſchlands bis zur Elbe, Saale und Rednitz ausſtreckten, allmählich aber beſiegt und germaniſirt wurden." Gewiß iſt dieſe Aufgabe als das würdigſte Zeugniß einer wohlverdienten Theilnahme an den oben genannten Gegenſtänden zu betrachten, und wer, wie der Verfaſſer des folgenden Buches, den Gedanken, die Löſung einer ſolchen Aufgabe zu verſuchen, dem Beruf und ſeinen täglich wiederkehrenden Anforderungen opfern muß, hat wenigſtens den Wunſch frei, daß ihr anderweitig die glücklichſte Bearbeitung zu Theil werden möge.

Durch die Darſtellung des Rechts und der Verfaſſung eines einzelnen alt Germaniſchen Volkes werden natürlich immer nur einzelne Bauſteine zu dem großen Gebäude Deutſcher Rechts- und Verfaſſungsgeſchichte hinzugefügt. Aber wenn zum Verſtändniß des Ganzen die genaueſte Kenntniß des Einzelnen gehört, ſo darf ſich an eine ſolche Darſtellung wohl die Hoffnung knüpfen, daß dadurch mittelbar auch für die Aufrichtung des Ganzen ein Beitrag geliefert werde.

Die Entwickelung einer allgemeineren Deut-

ſchen Volksthümlichkeit iſt von einer ähnlichen Verſchmelzung verſchiedener Nationalitäten ausgegangen, wie wir ſie in den Romaniſchen Ländern finden. Wenn wir in dieſen neue Völker, Sprachen und Rechte, durch Verbindung von Römiſchem und Germaniſchem Volksthum entſtehen ſehen, ſo wachſen in Deutſchland verſchiedene Germaniſche Völker allmählich zu der großen Deutſchen Nation zuſammen, in welche nach und nach auch eine Menge germaniſirter Slawenſtämme aufgenommen werden. Aber Jahrhunderte lang ſind auch die Deutſchen Völkerſchaften: Frieſen und Sachſen, Franken und Thüringer, Schwaben und Baiern, zum Theil ſehr ſchroff von einander geſondert geweſen. Am merkwürdigſten ſcheint der Umſtand, daß durch die ſeit dem dreizehnten Jahrhundert immer zunehmende politiſche Zerſtückelung Deutſchlands die Ausbildung eines wahrhaft gemeinſamen Deutſchen Nationalbewußtſeyns mehrfach gefördert worden iſt. Denn durch die Auflöſung der großen Nationalherzogthümer, durch die Entſtehung neuer Territoriallinien wurden die alten Völkerſchranken geſprengt, Theile bisher getrennter Völkerſchaften vielfach unter Einer Landeshoheit mit einander vereinigt, und ſo die erſte Bahn zur Verſchmelzung der getrennten Individualitäten gebrochen. Seitdem aber nicht mehr das National-, ſondern das Territorialband die einzelnen Glieder zuſammenhielt, mußte das Bedürfniß nach einer höheren, über dem Ganzen

ſchwebenden Einheit nur um ſo fühlbarer werden, und da die politiſche des Reiches bei deſſen ſtets zunehmender Schwäche wenig Troſt gewährte, ſo bildete ſich dieſelbe vorzugsweiſe als eine innerliche, geiſtige aus, und noch heute iſt es ja hauptſächlich ein geiſtiges Band, auf welchem die gemeinſam Deutſche Volksthümlichkeit beruht.

Was von dieſer überhaupt gilt, das findet auch auf das Recht als eine Seite deſſelben Anwendung. Unſer heutiges gemeines Deutſches Recht gleicht einem Stamme, in welchen mehrere aus derſelben Wurzel entſproſſene, ſelbſtſtändige Stämme oben zuſammengewachſen ſind. Ein jeder von ihnen hat dem oberen Hauptſtamme einen Theil des nöthigen Lebensſaftes zugeführt, aber nicht alle haben ein gleiches Maaß deſſelben beigeſteuert. Jene Einzelſtämme ſind die verſchiedenen Volksrechte in Deutſchland, aus denen ſich die zahlreichen Territorialrechte gleich Aeſten und Zweigen herausgearbeitet haben. Da nun zugleich ſehr häufig eine Verſchlingung von Aeſten und Zweigen verſchiedener Stämme Statt gefunden, auch die Miſchung des einheimiſchen mit dem allmählich recipirten fremden Rechte, nach Ort und Land unendlich mannigfaltig geweſen iſt, ſo hat ſich auf dieſe Weiſe eine reiche Fülle von Bildungen entwickelt, wie wir ſie in unſern heutigen Particularrechten vor uns ſehen. Aber die Hauptſache in der Geſchichte wie für das Studium bleibt immer jenes Zuſammenfließen der

verſchiedenen Volksrechte zur allgemeineren Einheit eines Deutſchen Rechts, und auch hier iſt der Bildungsproceß überwiegend ein innerlicher, durch die Wiſſenſchaft vermittelter geweſen. Was in Urkunden des Mittelalters zuweilen unter dem Namen jus commune vorkommt, iſt kein gemeines ſubſidiariſches Deutſches Recht im heutigen Sinne des Wortes, ſondern jus commune terrae s. populi, wie denn auch dieſe Zuſammenſetzungen gradezu gefunden werden. Eben ſo hat jus Teutonicum, was in Urkunden Wendiſch-Deutſcher Länder bei weitem am häufigſten angetroffen wird, regelmäßig nur einen individuelleren Sinn. Hier in Schleſien z. B. iſt in Beziehung auf die Stadtrechte jus Teutonicum (Teutonicale) ſo viel als Flämiſches Recht oder Fränkiſches Recht; in Polen bedeutet jus Teut. wenigſtens ſeit dem 14ten Jahrhundert Magdeburgiſches Recht, u. ſ. w.

An das Obige knüpft ſich die Bemerkung, daß man die ihrer Natur nach für gemeinſam Deutſch zu haltenden Rechtsideen keinesweges bloß im Gebiete der einheimiſchen, dem fremden Rechte ganz unbekannten Inſtitute zu ſuchen hat; am ſtärkſten treten dieſelben oft grade in den Modificationen hervor, welche durch ſie in den jetzt im Allgemeinen nach den fremden Quellen beurtheilten Rechtsinſtituten hervorgebracht worden ſind, denn hier hatten ſie einen Kampf mit dem geſchriebenen Buchſtaben des fremden Geſetzbuches zu be-

ſtehen, und waren dennoch nicht auszurotten. Das Kriterium einer gemeinſam Deutſchen Rechtsidee kann aber natürlich nicht darin geſucht werden, ob ſie auch äußerlich allgemein als eine gültige und anwendbare anerkannt werde, ſondern nur darin, ob ihr in jenem lebendigen Organismus des aus den verſchiedenen Volksrechten erwachſenen Deutſchen Rechts, mit Rückſicht auf den Urſprung und die Fortbildung der einzelnen Inſtitute, die Bedeutung eines ſelbſtſtändigen Gliedes zukomme oder nicht? Zugleich verſteht ſich von ſelbſt, daß durch die hierüber im Einzelnen möglichen Zweifel, und die auch hier vorhandene Verſchiedenheit der ſubjectiven Anſichten, die Richtigkeit jenes Grundſatzes ſelbſt nicht aufgehoben wird. Die Entwickelung unſeres heutigen gemeinen Deutſchen Rechts fällt in der Zeit zuſammen mit dem immer ſteigenden Einfluſſe des Römiſchen Rechts. Eine Menge von einheimiſchen Inſtituten und Ideen haben den fremden weichen müſſen, und im Laufe der Jahrhunderte haben ſich beide Rechte, was die Sphäre ihrer Anwendbarkeit betrifft, ſo ziemlich mit einander zu vergleichen geſucht. Allein die Oscillation zwiſchen beiden läßt ſich keinesweges als behoben anſehen; ja ſie muß nothwendig ſteigen, (und auf ihr beruht vorzugsweiſe die nächſtfolgende innere Rechtsgeſchichte in Deutſchland,) je mehr das Deutſche Recht von der Wiſſenſchaft ergriffen und nach allen Seiten hin beleuchtet wird; denn an die tiefere wiſſenſchaft-

liche Ergründung muß ſich von ſelbſt auch das Streben nach einer würdigeren Stellung im Leben knüpfen. Vielleicht könnte man das Verhältniß beider Rechte ihrem Inhalte nach in mancher Hinſicht mit demjenigen vergleichen, welches in Rom ſelbſt zwiſchen dem jus civile und dem Prätoriſchen Rechte Statt fand. Das Deutſche Recht ſcheint, gleich dem unter dem Einfluß des jus gentium gebildeten Prätoriſchen in Rom, in vielen Lehren den allgemeiner menſchlichen Charakter für ſich zu haben.

Bemerkenswerth dürfte hauptſächlich der Umſtand ſeyn, daß durch die neueren Geſetzbücher, ihren Redactoren wahrſcheinlich zum Theil ſelbſt unbewußt, (und dieß iſt grade um ſo intereſſanter,) eine Menge gemeinſam Deutſcher Rechtsideen an den Tag gefördert und Römiſchen Ideen vorgezogen worden ſind. So im Code unter andern beim Erbrecht in der Stellung der teſtamentariſchen und der Inteſtatſucceſſion zu einander; im Oeſterreichiſchen Civilgeſetzbuche bei der Vindication beweglicher Sachen; im Preußiſchen Landrechte bei der Beſitz- und Verjährungslehre, namentlich in dem ſo weitgreifenden, mit der altdeutſchen Gewere ſehr genau zuſammenhängenden Begriffe des dinglichen Rechts; ferner in der Lehre von dem Tragen des periculum bei Verträgen; in der Theorie der Ceſſion, wo beſonders eine Vergleichung der Ceſſion nach Preußiſchem Recht mit dem ganz aus Germaniſcher Quelle entſprungenen Wechſelindoſſament zu intereſ-

ſanten Aufſchlüſſen führt; in der Nichtanerkennung des Römiſchen Unterſchiedes von delatio und acquisitio hereditatis, wobei ſchwerlich eine Rückſicht auf den suus heres im Römiſchen Rechte obgewaltet hat, vielmehr nur der altdeutſche Rechtsgrundſatz: der Todte erbt den Lebendigen, welcher noch heute im Germaniſch-Europäiſchen Staatsrechte ganz allgemein gilt, zum Geſetz erhoben worden iſt. Dieß ſind nur wenige Beiſpiele, aber es möchte ſich wohl nachweiſen laſſen, daß faſt bei allen weſentlichen Veränderungen, welche das Römiſche Recht durch die Preußiſche Geſetzgebung erfahren hat, Deutſche Rechtsideen gleichviel ob bewußt oder unbewußt einen gewiſſen Einfluß geübt haben, und es ſcheint dieß grade eine der intereſſanteſten, bis jetzt aber im Allgemeinen noch weniger beachteten Seiten des Preußiſchen Landrechts zu ſeyn.

Wenn aber nun ſchließlich die Frage aufgeworfen wird, welches von den verſchiedenen Volksrechten in Deutſchland dem allmählich entſtandenen gemeinen Deutſchen Rechte die meiſte Nahrung zugeführt habe, ſo möchte der erſte Platz von allen dem Sächſiſchen kaum beſtritten werden können; und einer Schrift, welche ſich mit den geſchichtlichen Anfängen dieſes letzteren beſchäftiget, würde es alſo wenigſtens nicht an einem würdigen Gegenſtande fehlen.

Breslau, im Januar 1837.

Inhalt.

Erſte Abtheilung.

Ueber die Verfaſſung und das Geſetzbuch der alten Sachſen im Allgemeinen.

Seite

§. 1. Das Volk der alten Sachſen 1
§. 2. Die Hauptquellen für die älteſte Verfaſſung der Sachſen in Deutſchland 10
§. 3. Einige Grundzüge der älteſten Sächſiſchen Verfaſſung 18
§. 4. Karolingiſche Einrichtungen in Sachſen 35
§. 5. Die Lex Saxonum im Allgemeinen. Zeit ihrer Abfaſſung 43
§. 6. Angebliche Dürftigkeit des Inhalts der Lex Saxonum. Verbindung von alt Sächſiſchem Gewohnheitsrechte und Fränkiſcher Geſetzgebung in derſelben 53
§. 7. Verhältniß der Lex Saxonum zu andern Germaniſchen Rechtsquellen 60
§. 8. Ausgaben. Handſchriften. Kritik des Textes 73

Zweite Abtheilung.

Lex Saxonum

mit kritiſchen und erklärenden Anmerkungen neu herausgegeben.

Seite

Tit. I. De vulneribus 85

Anmerkungen zu Tit. I. . . . . 87—95

Die Sächſiſchen Schillinge S. 88. Eid und Eideshelfer 90. Zwölfereid 92. Leibesverletzung. Gliederbußen 94. Fingerbußen 95.

Tit. II. De homicidiis 95

Anmerkungen zu Tit. II. . . . . 98—127

Die Edlen 99. Die Freien und die Ruoda 100. Die Liten 104. Die Knechte 106. Die Stände des Sachſenſpiegels 107. Tödtung eines Weibes 108. Tödtung eines Menſchen im Getümmel oder auf der Landſtraße 110. Theilnahme der proximi an Zahlung des Wergeldes 112. Anſpruch der proximi auf eine Quote des Wergeldes ihres getödteten Verwandten 114. Blutrache unter Edlen und Freien 117. Todtſchlag oder Mord durch einen Liten verübt 119. Tödtung eines Liten 122. Tödtung durch Knechte 122. Wergeld eines Knechts 123. Menſchenverkauf 123. Heiligkeit der Kirchen 124. Meineid 125. Kirchenbeſuch an Feſttagen 126.

Tit. III. De conjuratione et laesa dominatione 127

Anmerkungen zu Tit. III. . . . . 128—129

Beleidigung des Königs oder Herrn u. ſ. w. 128. Aſylrecht 129.

Tit. IV. De furtis 129

Anmerkungen zu Tit. IV. . . . . 130—133

Diebſtahl und Strafe deſſelben 131. Friedensgeld beim Diebſtahl 132.

Tit. V. De vi et incendiis 133

Anmerkungen zu Tit. V. . . . . 133—136

Vorzüglich befriedete Perſonen 134. Brandſtiftung 135. Hausanzünden als Strafe 136.

Tit. VI. De conjugiis 136

Anmerkungen zu Tit. VI. . . . . 137—148

Ehe. Verlobung 137. Die Ehe ein Kauf. Der Kaufpreis 138. Der Vormund als

Seite

deſſen Empfänger 139. Das Mundium als Gegenſtand des Kaufes 142. Zurückkaufen des Mundium 144. Wirkung dieſes Rückkaufes 145. Das Kaufen der Frauen verſchwindet allmählich 146.

Tit. VII. De haeredibus et viduis 148

Anmerkungen zu Tit. VII. . . . . 149—169

Vormundſchaft über unverheirathete Frauenzimmer 150. Bedeutung der Magſchaft 156. Geſchwiſter ſind keine Seitenverwandten 158. Erbrecht und Erbfolgeordnung 159. Repräſentationsrecht der Enkel 162. Erbfolgeordnung des Sachſenſpiegels 163. Erbrecht der Tochter im Saliſchen, Ripuariſchen und Thüringiſchen Geſetz 165. Im Weſtgothiſchen und Burgundiſchen Geſetz 166. Im Alamanniſchen und Bairiſchen Geſetz 167. Im Longobardiſchen Recht 168.

Tit. VIII. De dote. Tit. IX. De acquisitis 169

Anmerkungen zu Tit. VIII. und IX. . . . . 170—190

Eheliches Güterrecht überhaupt 171. Vortheile der Wittwe bei den Franken 173. Bei den Weſtgothen 174. Bei den Burgundern 175. Bei den Baiern 176. Bei den Alamannen 177. Bei den Longobarden 179. Angelſächſiſches Recht. Uebergang zu den Sachſen 181. Die Dos des Sächſiſchen Rechts 182. Die Germaniſche Dos bei Tacitus 188.

Tit. X. De raptu mulierum 190

Anmerkungen zu Tit. X. . . . . 191—193

Die desponsatio iſt zur Ehe nothwendig 191. Verſchiedene Formen der desponsatio 192.

Tit. XI. De delictis servorum 193

Anmerkungen zu Tit. XI. . . . . 194—196

Freilaſſung 194. Heerſchild der Dienſtleute 195. Form der Sächſiſchen Freilaſſung 196.

Tit. XII. De damno casu illato. Tit XIII. De animali, quod damnum dat. Tit. XIV. De eo, qui animal laeserit 197

Anmerkungen zu Tit. XII—XIV. . . . . 198—201

Beſchädigung durch Zufall 198. Beſchädigung durch Unvorſichtigkeit 200. Beſchädigung durch Thiere 201.

Tit. XV. De traditionibus 202

Seite

Anmerkungen zu Tit. XV. . . . . 202—206

Das Recht des nächſten Erben 203. Begriff der hereditas 204. Veräußerung in echter Noth 205.

Tit. XVI. De terra aliena invasa 206

Anmerkungen zu Tit. XVI. . . . . 206—214

Vindication von Grundſtücken 207. Alamanniſcher Grenzſtreit 210. Bairiſche Vindication von Grundſtücken 213.

Tit. XVII. De exulibus 214

Anmerkungen zu Tit. XVII. . . . . 215—217

Verbannung 215. Der Freie im Schutzverhältniß 216. Vorkaufsrecht 217.

Tit. XVIII. De liti conjugio 217

Anmerkungen zu Tit. XVIII. . . . . 217—223

Die Liten 218. Die Aldionen ziehen unter einem Mundium 219. Das Mundium über Liten? 221. Frühzeitiger Heirathszwang 222.

Tit. XIX. De solidis 223

Anmerkungen zu Tit. XIX. . . . . 224—228

Werth der Schillinge in Vieh, Getraide u. ſ. w. 224. Werth der Ripuariſchen Schillinge 228.

Erſte Abtheilung.

Ueber die

Verfaſſung und das Geſetzbuch

der

alten Sachſen

im Allgemeinen.

§. 1. Das Volk der alten Sachſen.

Die Sachſen werden in dem Verzeichniß der Germaniſchen Völker bei Tacitus nicht mit aufgeführt, und liegen dort vielleicht hinter den Cimbern verborgen. Zuerſt gedenkt ihrer Ptolemäus und nennt als ihren Wohnſitz den Fuß des Cimbriſchen Cherſoneſus, d. h. das heutige Holſtein und die an den Mündungen der Elbe gelegenen Inſeln. Die Elbe trennte ſie von den großen Kauchen, welche ſelbſt wieder durch die Weſer von den kleinen Kauchen geſchieden wurden [1]). Viele geſchichtliche Zeugniſſe deuten auf einen genauen Zuſammenhang zwiſchen den Sachſen und den ſpäter ſogenannten Normannen hin [2]). Wie dieſe ſeit dem achten Jahrhundert, ſo machen ſich jene in den erſten Jahrhunderten unſerer Zeitrechnung hauptſächlich durch kühne Seefahrt und Seeräubereien bekannt. Wiederholt werden die Galliſchen und Britanniſchen Küſten von ihnen heim-

---

1) Geograp. II. 11. „Post hos Cauchi, qui appellantur parvi usque ad fluvium Visurgim. Post hos Cauchi majores dicti, usque ad Albim fluvium. Deinde supra dorsum Cimbricae Chersonesi Saxones. — Insulae Germaniae adjacent juxta Albis fl. ostia tres, Saxonum appellatae."

2) Geogr. Ravenn. IV. 17. „Confinalis praenominatae Daniae est patria, quae nominatur Saxonia, quae antiquitus et ipsa ex Dania pertinere dicebatur. — Dani, qui juxta Dina fluvium (Eider)."

geſucht. Große Körperkraft, Schnelligkeit des Angriffes, wilde Tapferkeit und Luſt an Gefahren, Grauſamkeit aber auch Keuſchheit ſind hervorſtechende Züge in dem Bilde, welches die alten Schriftſteller von ihnen entwerfen[1]). Wahrſcheinlich ſchon früh ſind ſie auch zu Lande erobernd aufgetreten und über die Elbe nach Süden und Südweſten hin vorgedrungen. Ihr Name wird nun allmählich als der des herrſchenden Volkes auf einen größeren Völkerverein übergetragen; eine Menge anderer Völker wird nach und nach gemeinſchaftlich von demſelben umſchlungen, und ihnen allen ſcheinen die mit tief wurzelnder Kraft und Eigenthümlichkeit ausgeſtatteten Sachſen einen Theil ihres volksthümlichen Gepräges aufgedrückt zu haben. Inſonderheit iſt es ſehr wahrſcheinlich, daß das geſammte Longobardenvolk ein Paar Jahrhunderte hindurch, etwa vom Anfange des dritten bis in die Mitte des fünften, ein Glied des Sachſenbundes geweſen iſt, bis ſich ein Theil jener Longobarden durch uns unbekannte Ereigniſſe, jedoch wahrſcheinlich nicht auf feindſelige Weiſe, von dem Sachſenbunde loſtrennte und zur Donau hinzog, während der in der urſprünglichen Heimath bleibende Theil den Specialnamen B a r d i bis ins ſpäte Mittelalter fort-

---

1) Sidonii Apollin. Epist. VIII. 6. — — — „Saxonum pandos myorapones, quorum quot remiges videris, totidem te cernere putes archipiratas: ita simul omnes imperant parent, docent discunt latrocinari. — — Ad hoc exercent illos naufragia, non terrent. Est eis quaedam cum discriminibus pelagi non notitia solum, sed familiaritas.“ — Salvian. Massil. de gubernatione dei, lib. VII. edit. Brem. 1688. pag. 75. 148. „Saxones crudelitate efferi, sed castitate mirandi.“ Sehr brauchbar für das Studium des Sächſiſchen Alterthums ſind die Excerpta veterum auctorum de populis ad Albim et Visurgim, bei L e i b n i t z Script. rer. Brunsv. Tom. I.

führte und nun bloß als eine Abtheilung des Sachſen-volks erſcheint [1]).

Immer weiter aber dehnt ſich dieſes letztere aus. Die Geſchichte ſeiner Vergrößerung kennen wir im Einzelnen nicht, denn nicht einmal bei dem ſogenannten Nordthüringen iſt die Zeit der Erwerbung durch die Sachſen als gewiß anzunehmen, da es nach neueren Unterſuchungen ſehr zweifelhaft geworden iſt, ob der Gau Nordthüringen wirklich jemals einen Theil von Thüringen gebildet habe [2]). Die Reſultate aber liegen klar vor uns. Am Beginn des achten Jahrhunderts, von wo an das Land der Sachſen genauer bekannt zu werden anfängt, umfaßt daſſelbe außer dem alten Nordalbingien einen ſehr beträchtlichen Theil von Niederdeutſchland, und reicht von der Elbe bis zur Niederweſer, wo die am Küſtenſaume wohnenden Frieſen das Grenzvolk ſind, und weiter ſüdweſtlich bis nahe an den Rhein, wo ſie die Franken zu Nachbarn haben; ſüdlich bis an die Fränk.ſchen Heſſen, weiter öſtlich bis in die Harzgegenden und gegen die Unſtrut hin, wo die Thüringer grenzen [3]), und etwa bei der Mündung der Thüringiſchen Saale wieder an die Elbe. Unter den Germaniſchen Völkern, welche Tacitus in dieſem weiten Landſtriche nennt, und welche zu Sachſen geworden zu ſeyn ſcheinen [4]), verdienen außer den Longo-

---

1) Die Zeugniſſe, worauf es hierbei vorzüglich ankommt, ſind zuſammengeſtellt in meiner Abhandlung über die Familien der alt Germaniſchen Volksrechte, in dem Buche: das alte Geſetz der Thüringer u. ſ. w. S. 66 folg.

2) von Werſebe, Beſchreibung der Gaue zwiſchen Elbe, Saale und Unſtrut, Weſer und Werra S. 35. 100 — 124.

3) Vita Liutbirgis in Eccard Histor. geneal. Princip. Saxon. cap. I. p. 525. — — „in pago Harthagewi in saltu, qui vocatur Harzs, qui dividit Saxoniam et Thuringiam.“

4) von Ledebur, Land und Volk der Bructerer. S. 1 — 169.

barden beſondere Hervorhebung die Kauchen, aber wohl nur die großen Kauchen zwiſchen Weſer und Elbe, da die kleinen Kauchen auf dem linken Weſerufer in den Oſtfrieſen zwiſchen Laubach und Weſer fortzuleben ſcheinen [1]). Oeſtliche Nachbarn der Sachſen waren Slawiſche Völker, unter denen die Obotriten, die zum Theil ſogar auf das linke Elbufer hinüberwohnenden Hilinones (Linones, mit deren Namen der Stadtname Lüneburg zuſammenhängt), die Wilzen (Welatabi) und die Sorben auszuzeichnen ſind [2]).

Unter den Sachſen ſelbſt werden zwiſchen der Elbe und ihren weſtlichen Nachbarn, den Frieſen und Franken, drei Haupttheile, die Weſtphalen, Engern und Oſtphalen unterſchieden, und wenn gleich wenigſtens zwei dieſer Bezeichnungen zunächſt nur auf die geographiſche Lage der Wohnſitze zu beziehen ſind [3]), ſo mag doch jene Unterſchei-

---

1) Tac. Germ. c. 35. Ptolem. Geogr. l. I.

2) Einhardi Vita Karoli M. cap. 12. 14. 15.

3) Ob der Name Angarii unmittelbar von den alten Angrivarii kommt, oder ob damit nicht vielmehr bloß die in der Mitte Wohnenden bezeichnet werden, iſt zweifelhaft. Zwiſchen beiden Localnamen Weſtphalen und Oſtphalen ſollte man auch noch einen dritten Localnamen vermuthen, und nach den Worten des Poëta Saxo möchte man unter Angarii bloß die in der Mitte Wohnenden verſtehen. Bemerkenswerth iſt es auch, daß in den ſogenannten Geſetzen Eduards des Bekenners die Namen Engern und Angeln mit einander in Verbindung gebracht werden, c. 35. b. §. 1. (bei Reinh. Schmid, Geſetze der Angelſachſen 296): „Guti vero similiter cum veniunt suscipi debent (gleich den vorher erwähnten Briten aus der Bretagne), et protegi in regno isto sicut conjurati fratres, sicut propinqui et proprii cives regni hujus. Exierunt enim quondam de nobili sanguine Anglorum, scilicet de Engra civitate, et Anglici de sanguine illorum, et semper efficiuntur populus unus et gens una." Vgl. noch v. Ledebur Bructerer S. 243.

dung auch mit urſprünglicher Stammverſchiedenheit der Hauptbeſtandtheile des Sachſenvolkes zuſammengehangen haben. Am deutlichſten ſpricht unter den alten Schriftſtellern der Poëta Saxo zum J. 772 von den Grenzen jener drei Hauptſtämme:

Sed generalis habet populos divisio ternos,
Insignita quibus Saxonia floruit olim.
Nomina nunc remanent, virtus antiqua recessit.
Denique Westfalos vocitant in parte manentes
Occidua, quorum non longe terminus amne
A Rheno distat; regionem solis ad ortum
Inhabitabant Osterliudi, quos nomine quidam
Ostvalos alio vocitant, confinia quorum
Infestant conjuncta suis gens perfida Sclavi.
Inter praedictos media regione morantur
Angarii, populus Saxonum tertius; horum
Patria Francorum terris sotiatur ab austro,
Oceanoque eadem conjungitur ex aquilone [1]).

Verſchieden von dieſen drei Haupttheilen ſind dann noch die Nordalbingi, unter denen ſelbſt wieder drei Völker, die Sturmarii, Holzati und Thetmarchi unterſchieden werden [2]).

Als Ereigniſſe in der alten Geſchichte der Sachſen, welche eine bleibende Wichtigkeit gewonnen haben, ſind hier beſonders folgende zu erwähnen:

1. Die Niederlaſſung eines Theiles der Sachſen an der Nordweſtküſte von Gallien, ſchon im dritten und vierten Jahrhundert. Die hier wohnenden Sachſen werden von Jornandes unter den Hülfstruppen der Römer gegen

1) Pertz Monum. Germ. I. 228.

2) Helmold Chron. Slav. I. cap. 26 „omnis terra Nordalbingorum, quae disterminatur in tres populos: Holzatos, Sturmarios, Thetmarchos.“ c. 36. Sachſenſp. III. 64. §. 3.

Attila genannt. Die Capitularien Karls des Kahlen kennen in dieſen Gegenden einen pagus Ot lingua Saxonia, und es kann kaum zweifelhaft ſeyn, daß zwiſchen den alten Sächſiſchen Niederlaſſungen und den ſpäteren Eroberungen der Normannen in dieſem Lande ein genauer Zuſammenhang Statt gefunden hat [1]. Auch darin aber giebt ſich die enge Verbindung kund, welche überhaupt zwiſchen dem Sächſiſchen und dem Normanniſchen Volke angenommen werden muß.

2. Die frühzeitige Anſiedelung von Sachſen an den Britanniſchen Küſten. Schon Ammianus Marcellinus gedenkt unter der Regierung der Kaiſer Valentinian und Valens ſolcher Sachſen in Britannien, welche von den Römern als beſonders furchtbare Feinde angeſehen wurden [2], und die Notitia dignitatum utriusque imperii kennt ein ſogenanntes litus Saxonicum per Britanniam, über welches ein Römiſcher Comes geſetzt war [3]. Die eigentliche Eroberung Britanniens durch die Angeln und Sachſen, welcher die Stiftung der Angelſächſiſchen Reiche folgte, wurde dann bekanntlich um die Mitte des fünften Jahrhunderts bewirkt [4]. Britannien heißt hiervon längere Zeit

---

1) Ammian. Marcell. XXVII. 7. Eutrop. IX. 21. Sidon. Apollin. Epist. lib. VIII. ep. 6. 9. Carm. 8. Jornandes de reb. Get. c. 36. Gregor. Turon. II. 18. 19. X. 9, wo von den Saxones Bajocassini um Bayeux die Rede iſt. Karoli II. Conventus Silvac. bei Pertz Monum. Germ. Legum Tom. I. p. 426 §. 7. Vgl. noch Aſchbach Geſch. der Weſtgothen S. 154. von Ledebur, Bructerer S. 270.

2) Lib. XXVIII. 7.

3) Notitia dignit. utriusque imperii ed. Panciroll. lib. II. p. 109.

4) Gildae histor. Britanniae oder liber querulus de excidio Britanniae bei Thom. Gale, Histor. Britann. Saxon. Anglo-Dan. Scriptores Tom. I. — Beda histor. eccles. gentis

Saxonia transmarina; die Sachſen in Deutſchland, im Gegenſatze derer in England: Altsaxones, antiqui Saxones; doch wird dieſer letztere Name auch von ſolchen Sachſen, welche bereits in England wohnten, gebraucht, vielleicht um damit neue Ankömmlinge aus dem alten Sachſenlande zu bezeichnen.

3. Die Theilnahme der Sachſen an der von den Franken um 531 ausgehenden Unterjochung der Thüringer [1]), deren Folgen hinſichtlich der Erweiterung des Sächſiſchen Gebietes keineswegs ſo entſchieden ſind, als man häufig angenommen hat.

4. Der Antheil, welchen eine beträchtliche Sachſenſchaar der Aufforderung Alboin's zufolge an der Eroberung Italiens durch die Longobarden nahm, und der Kampf der zurückgekehrten Sachſen mit den unterdeſſen in ihre Sitze eingezogenen Nordſchwaben [2]).

Anglorum. — Eulogium Britanniae, welches gewöhnlich dem Nennius zugeſchrieben wird, in einigen Handſchriften aber Gilda's Namen führt, bei Thom. Gale l. l. Tom. I. Reinhold Schmid, die Geſetze der Angelſachſen, Th. I. Einl. S. 47. Das ganze Deutſche Sachſenland wurde im Mittelalter beſonders von England aus Ealdsexe genannt. George Phillips Deutſche Geſchichte I. 366. In den Geſetzen Eduards des Bekenners werden die Namen Angli und Saxones völlig gleichbedeutend gebraucht c. 35. b. §. 4. „Et universi Angli qui tunc temporis (tempore regis Inae) extiterunt, uxores suas ceperunt de Brytonum genere, et Brytones uxores suas de illustri sanguine et genere Anglorum, hoc est de genere Saxonum.“ Mit den Angli Germaniae, von denen ebendaſelbſt die Rede iſt, ſcheinen auch nur die Deutſchen Sachſen gemeint zu ſeyn.

1) Witichind. Corbej. Annal. I. bei Leibnitz l. l. I. 70 sq. von Werſebe a. a. O. S. 35. 109—134.

2) Gregor. Turon. V. 15. Paul. Diacon. II. 6. III. 5—7. Witichind. Corbej. Annal. I. bei Leibnitz l. l. I. 75.

5. Die ſchon ſeit der Merovingiſchen Zeit häufig mit den Franken geführten Kriege. Den erſten bedeutenden Feldzug gegen die Sachſen unternahm Chlotar I. 553, welcher ihnen in Folge eines errungenen Sieges einen jährlichen Tribut von fünfhundert Kühen auflegte [1]). Auch Chlotar II. zwang ſie zu deſſen Entrichtung, auf ihr Anſuchen aber wurde er ihnen nachmals von Dagobert I. erlaſſen. Trotz mehrfacher Siege, welche Pipin der mittlere, Karl Martell, Karlmann und ſein Bruder Pipin der Jüngere über ſie erfochten, dauerte der Friede von ihrer Seite nie ſehr lange, und erſt Karl der Große nöthigte ſie nach einer Reihe von Kriegen, welche ſich in mehr als dreißig Jahren immer von neuem wiederholten, das Chriſtenthum ganz allgemein anzunehmen und ihn als ihren Herrn und König anzuerkennen. Der alte, ſo lange genährte Nationalhaß zwiſchen Franken und Sachſen war jedoch auch damit noch keinesweges ganz beſchwichtiget, und ſelbſt in den Kriegen zwiſchen Heinrich IV. und den Sachſen läßt ſich derſelbe noch als ſehr wirkſam erkennen [3]).

Meine Schrift, das alte Geſetz der Thüringer u. ſ. w. Abhandl. I. §. 7.

1) Chron. Moissiac. bei Pertz Mon. Germ. I. 287. „Saxones missos ad Dagobertum dirigunt, petentes, ut eis tributa, quae fisci ditionibus dissolvebant, indulgeret. Winidis resistere spondent et Francorum limites de illis partibus custodire promittunt. Quod Dagobertus praestitit. Exinde jam Saxones tributa, quae reddere consueverant, per praeceptionem Dagoberti habent indultum; quingentas vaccas inferendales annis singulis a Clotario seniore censiti solvebant.“

2) Annal. Mettens. ad ann. 687. 716. 718. 736. 743. 745. 748. Annal. Lauriss. ad ann. 743. 744. 747. Annal. Lauriss. minor. ad ann. 749 bei Pertz Monum. Germ. Tom. I. Vgl. J. Möller, Saxones p. 40.

3) Vgl. in Wigand's Archiv Bd. 3. Heft 2 die Ab=

Ueber die Herkunft der Sachſen waren bereits im früheren Mittelalter verſchiedene Meinungen und Sagen verbreitet. Nach der einen offenbar allein richtigen Anſicht ſollten ſie ihrem Urſprunge nach mit den Dänen und Normannen zuſammenhängen [1]); nach einer zweiten (mit ſeltſamer Umkehrung der Geſchichte) aus Britannien gekommen [2]), nach einer dritten endlich im Heere Alexanders geweſen ſeyn, und mit ihrer Hülfe ſollte derſelbe ganz Aſien bezwungen haben. Die letztere Anſicht iſt in den Sachſenſpiegel III. 44. übergegangen, und hängt nach der daſelbſt befindlichen Gloſſe vielleicht mit einer Verwechſelung von Calix und Silex (Stein, saxum) zuſammen [3]).

Uebrigens iſt als gewiß anzunehmen, daß der Name Sachſen von der eigenthümlichen Waffe, welche bei dieſem Volke im Gebrauch war, dem Sahs, einem Meſſer oder kurzen Schwerte herrührt [4]); denn noch in ſpäteren Zeiten

---

handlung über den Sächſiſchen Krieg (1070—1125) von Stüve. Hauptquelle iſt hier Lambert von Aſchaffenburg.

1) Witichind. Corbej. bei Leibnitz l. l. I. 70 „aliis arbitrantibus de Danis Nortmannisque originem duxisse Saxones; aliis autem aestimantibus, ut ipse adolescentulus audivi quendam praedicantem, de Graecis, quia ipsi dicerent, Saxones reliquias fuisse Macedonici exercitus, qui sequutus Magnum Alexandrum immatura morte ipsius per totum orbem sit dispersus.“ Vgl. Geijer Geſ. Schwedens, Sulzbach 1826. S. 372.

2) Adami Brem. Histor. lib. I. bei Leibnitz Script. rer. Brunsv. I. 76.

3) Alcuin. Poëma de Pont. v. 46—48. Hrosvitha de gestis Oddonum bei Reuber p. 163.

4) Nennius, Eulog. Britanniae (bei Gale l. l. Tom. I. p. 93.) c. 48. — „et quando clamavero (ſagt Hengiſt) ad vos et dixero: En Saxones, Nimed Eure Saxes, i. e. cultellos vestros de siconibus vestris deducite, et in illos

wird das Wort Sahſo in der Bedeutung von Meſſerträger gefunden [1]). Für die Erklärung der Namen (Weſt= und Oſt=) Phalen ſind in neuerer Zeit einige Andeutungen gegeben worden [2]), obwohl dieſelben dadurch noch immer nicht als aufgeklärt angeſehen werden können, und es iſt beſſer, wie J. Grimm ſagt, über den Sinn alter dunkler Wörter die Entſcheidung offen zu erhalten, als ungeſund zu träumen.

§. 2. Die Hauptquellen für die älteſte Verfaſſung der Sachſen in Deuſchland.

Als ſolche ſind anzuſehen:

1. Eine Stelle bei Beda Venerabilis (Eccles. histor. gentis Anglorum V. 11.). Kurz nachdem der Prieſter Wilbrord zur Bekehrung der Frieſen aus England abgegangen war, entſchloſſen ſich zwei andere Geiſtliche von Angliſcher Abkunft, Heuwald der Schwarze und Heuwald der Weiße, die Bekehrung der Altſachſen auf dem feſten Lande zu verſuchen:

„Qui venientes in provinciam intraverunt hospitium cujusdam villici, petieruntque ab eo, ut

---

irruite et fortiter contra resistite.“ — Witichind. Corbej. Annal. Lib. I. bei Leibnitz I. 71. „erat autem illis diebus Saxonibus magnorum cultellorum usus, quibus usque hodie Angli utuntur, morem gentis antiquae sectantes —; cultelli enim nostra lingua Sahs dicuntur.“ Phillips Deutſche Geſchichte I. 368 folg. J. Grimm D Mythologie 124. 203. 204. „Sahs hieß in unſerer Sprache was das Lat. saxum, Stein, Steinwaffe, Meſſer, Hammer, Schwert. — Der Name der Sachſen rührt unleugbar von Sahs, Stein oder Steinwaffe her.“

1) J. Grimm Deutſche Rechtsalterthümer, 772. 956.

2) J. Grimm in Wigand's Archiv für Geſch. und Alterthumskunde Weſtphalens. Bd. I. Heft 3. S. 78 f. — Phillips a. a. O. I. 369 f.

transmitterentur ad satrapam qui super eos erat, eo quod haberent aliquid legationis et causae utilitatis, quod deberent ad illum perferre. Non enim habent regem iidem antiqui Saxones, sed satrapas plurimos suae genti praepositos, qui ingruente belli articulo mittunt aequaliter sortes, et quemcunque sors ostenderit, hunc tempore belli ducem omnes sequuntur et huic obtemperant. Peracto autem bello, rursum aequalis potentiae omnes fiunt satrapae. Suscepit ergo eos villicus, et promittens se mittere eos ad satrapam qui super se erat (ut petebant), aliquot diebus secum retinuit. Qui cum cogniti essent a barbaris, quod essent alterius religionis (nam hymnis et psalmis semper et orationibus vacabant), — — suspecti sunt habiti, quia si pervenirent ad satrapam et loquerentur cum illo, averterent illum a diis suis, et ad novam christianae fidei religionem transferrent, sicque paulatim omnis eorum provincia veterem cogeretur in novam mutare culturam. Itaque rapuerunt eos subito, et interemerunt album quidem Heuwaldum veloci occisione gladii. Nigellum autem longo suppliciorum cruciatu et horrenda membrorum omnium discerptione; quos interemptos in Rhenum (?) projecerunt. Quod cum satrapa ille, quem videre volebant, audiisset, iratus est valde, quod ad se venire volentes peregrini non permitterentur. Et mittens occidit vicanos illos omnes, vicumque incendio consumpsit."

2. Eine kurze Angabe beim Poëta Saxo ad a. 772. (bei Pertz Mon. Germ. I. 228.)

„Que (gens Saxonum) nec rege fuit saltem sociata sub uno,
Ut se militiae pariter defenderet usu,
Sed variis divisa modis plebs omnis, habebat

Quot pagos tot paene duces, velut unius artus Corporis in diversa forent hinc inde revulsi.“

3. Eine Darſtellung der alten Sächſiſchen Landesgemeinden, welche Hucbald in dem Leben des heiligen Lebuin mittheilt. (Pertz Monum. Germ. II. 361).

„In Saxonum gente priscis temporibus neque summi coelestique regis erat notitia, ut digna cultui ejus exhiberetur reverentia, neque terreni alicujus regis dignitas et honorificentia, cujus regeretur providentia, corrigeretur censura, defenderetur industria: sed erat gens ipsa, sicuti nunc usque consistit [1]), ordine tripartito divisa. Sunt denique ibi, qui illorum lingua edlingi, sunt qui frilingi, sunt qui lassi dicuntur, quod in latina sonat lingua: nobiles, ingenuiles atque serviles. Pro suo vero libitu, consilio quoque, ut sibi videbatur prudenti, singulis pagis principes praeerant singuli. Statuto quoque tempore anni semel ex singulis pagis, atque ex iisdem ordinibus tripartitis, singillatim viri duodecim electi et in unum collecti, in media Saxonia secus flumen Wiseram et locum Marklo nuncupatum, exercebant generale concilium, tractantes, sancientes et propalantes communis commoda utilitatis, juxta placitum a se statutae legis. Sed etsi forte belli terreret exitium, si pacis arrideret gaudium, consulebant ad haec quid sibi foret agendum.“

Alle dieſe Angaben tragen den Stempel der Echtheit an ſich. In den alten Rechtsquellen der Sachſen findet ſich nicht nur nichts, was ihnen widerſpräche, ſondern dieſe werden vielmehr durch jene überall beſtätiget.

4. Hierzu kommen die beiden Sächſiſchen Capitularien, welche von dem berühmten Ferdinand Fürſten-

---

1) Hucbald ſchrieb um die Mitte des 10ten Jahrhunderts.

berg, Biſchof von Paderborn, in der Vaticaniſchen Bibliothek (Cod. Palat. 289 mbr. sec. IX.) zu Rom aufgefunden[1]) und bald nachher durch den damaligen Vorſteher derſelben Lucas Holſtenius († 1661) zuerſt durch den Druck bekannt gemacht wurden. Nach dieſer Römiſchen Ausgabe (juxta exemplar Romae editum) nahm ſie Hermann Conring in ſeinem Werke de origine juris Germanici 1655 als Anhang auf[2]), und ihr Entdecker Fürſtenberg fügte ſie auch ſeinen Monumenta Paderbornensia p. 329—335 bei. Sie gingen hierauf in die Ausgabe der Capitularien von Baluzius über, während ſie natürlich in allen älteren Ausgaben der Capitularien fehlen, ſind dann auch in die ſpäteren Sammlungen alt Germaniſcher Rechtsquellen von Georgiſch, Canciani und Walter aufgenommen und neuerdings (1835) von Pertz in den Monum. Germ. T. III. (Legum T. I.) p. 48 sq. 75 sq. aus den Originalen abermals herausgegeben worden[3]).

a. Die bisher fälſchlich ſogenannte Capitulatio de partibus Saxoniae, welche gewöhnlich dem J. 789 überwieſen wurde, iſt bis jetzt nur in der angeführten Römi-

---

1) Vgl. Pertz Ital. Reiſe 305. Ueber die Entdeckung durch Fürſtenberg ſ. Monum. Paderborn. p. 324.

2) In der mir vorliegenden 4ten Ausgabe dieſes Werkes von 1695 ſtehen ſie S. 332—339.

3) Beſondere Ausgaben der beiden Sächſiſchen Capitularien haben Herm. Ad. Meinders (Tractatus de statu religionis et reipublicae sub Carolo M. et Ludovico P. 1711. p. 23—108) und Gärtner (Saxonum leges tres 1730. p. 117—172) geliefert und zugleich reichhaltige Anmerkungen beigefügt. Letztere ſind namentlich bei Gärtner vorzüglicher als die Noten zur Lex Saxonum, was aber freilich damit zuſammenhängt, daß der größte Theil jener Capitularien auch ohne ein tieferes Eindringen in die alten Rechtsinſtitute verſtändlich iſt.

ſchen Handſchrift aufgefunden worden. Pertz hat in der neuen Ausgabe gezeigt, daß der Name Capitulatio auf einem Irrthum des alten Abſchreibers beruht. Die Ueberſchrift, welche das Capitulare in der Handſchrift führt: CAPITULATIO DE PARTIBUS SAXONIE CONSTITUTE SUNT wurde von Baluzius geändert in: Capitulatio de partibus Saxoniae. Haec de partibus Saxoniae constituta sunt; muß dagegen offenbar, ſo wie es von Pertz geſchehen iſt, verbeſſert werden: Capitula quae de partibus Saxoniae constituta sunt. Pertz hat es zugleich wahrſcheinlich gemacht, daß das Capitulare in der großen Volksverſammlung bei Paderborn im J. 785 entſtanden ſey, und ihm den Namen: Capitulare Paderbrunnense a. 785 beigelegt [1]). Derſelben Bezeichnung werde auch ich mich im Folgenden bedienen. Das ganze Geſetz zerfällt in majora (1—14) und in minora capitula (15—34). Die Unterſcheidung bezieht ſich auf die Schwere der Verbrechen und der dafür angedrohten Strafen, und zwar wird in den majora faſt durchgängig von todeswürdigen Verbrechen (mortalia crimina) gegen die chriſtliche Religion und Kirche, die Geiſtlichkeit, den König und den Herrn gehandelt, während in den minora nur von Geld-, Ehren- und Freiheitsſtrafen die Rede iſt,

---

1) Vgl. Annal. S. Amand. Contin. alt. ad. a. 785. (Pertz I. 12). „Carlus adquisivit Saxonia et Widichinus convertitur." Annal. Petav. ad a. 785 (Pertz I. 17). „Eodem anno destruxit Saxonorum cratibus sive eorum firmitatibus, et tunc adquisivit Saxones cum Dei auxilio." Annal. Laureshám. ad a. 785. (Pertz I. 32.). „Placitum habuit (Carlus) ad Paderbrunnun cum Francis et Saxonibus; et tunc demum perrexit trans fluvium Wisaraha, et pervenit usque in Bardungawe. Cumque Saxones se illi dedissent, christianitatem quam pridem respuerant, iterum recipiunt." Luden Geſch. des t. Volks V. 499 iſt übrigens der Anſicht, daß das Capitulare nicht vor das Jahr 804 geſetzt werden dürfe.

oder allgemeine Gebote ohne alle Strafbeſtimmung ausgeſprochen werden.

b. Das Capitulare Saxonum oder wie es bei Pertz heißt Saxonicum a. 797 (28. October zu Aachen erlaſſen), iſt bisher in zwei Handſchriften aufgefunden worden, in der Römiſchen und in einer Corveyſchen, worin ſich auch die Lex Saxonum und die Lex Anglorum et Werinorum hoc est Thuringorum befinden[1]). Die Corveyſche Handſchrift hat ſtatt 797 das J. 794, was jedoch unrichtig iſt, da in der Einleitung des Capitulare in beiden Handſchriften gleichmäßig bemerkt wird, daß das Geſetz im 30ſten Jahre der Regierung Karls gegeben ſey. Das paßt aber nur auf das J. 797, da Pipin der Vater Karls am 24. September 768 ſtarb. Wenn aber das Geſetz außerdem nach der Römiſchen Handſchrift in das 22ſte, nach der Corveyſchen in das 25ſte Jahr der Alleinregierung Karls d. Gr. fällt, ſo ſcheint in beiden Handſchriften ein Irrthum vorzuliegen, da Karlmann, der Bruder Karls bereits am 4. December 771 mit Tode abging. Uebrigens iſt die Angabe über die Entſtehung des Capit. Saxonicum im J. 797 mit allen andern geſchichtlichen Zeugniſſen über die Verhältniſſe zwiſchen Franken und Sachſen in jenem Jahre im vollkommenſten Einklange. Denn nachdem ſeit dem Abfalle der Sachſen im J. 793, die Jahre 794—796 wieder durch heftige Kämpfe und zerſtörende Heereszüge von Seiten Karls ausgezeichnet geweſen waren, mußten ſich die Sachſen 797 ſeiner Herr-

---

1) Eine Beſchreibung des Codex ſ. bei Wigand, Femgericht Weſtphalens S. 48—63. Die Bibliothek des Ober-Appellationsgerichts zu Celle beſitzt eine zum Grupenſchen Nachlaß gehörige treue Abſchrift des Corveyſchen Codex, aus welcher E. Spangenberg, Beiträge zu den D. R. des M. A. I. 183 f. die von der Römiſchen Handſchrift abweichenden Leſarten mitgetheilt hat.

ſchaft von neuem unterwerfen. Zugleich wird berichtet, daß Karl, nachdem er in dieſem Jahre ganz Sachſenland bis nach Hadeln durchzogen hatte, nach Aachen zurückgekehrt ſey, um die Mitte Novembers aber ſich wieder nach Sachſen gewendet und dort den ganzen Winter zugebracht habe[1]). Wenn nun die Einleitung des Capitulare deſſen Abfaſſung in das Ende Octobers 797 und nach Aachen verſetzt, ſo ſcheint es hiernach, daß Karl bei ſeiner Rückkehr dorthin Abgeordnete der verſchiedenen Sächſiſchen Gauen zu ſich beſtellt hatte, mit denen die einzelnen Capitel des Geſetzes berathen und beſchloſſen wurden.

5. Als Anhänge der Sächſiſchen Capitularien laſſen ſich gewiſſermaßen betrachten die zwei Praecepta über die Einrichtung der Diöceſen von Bremen und Verden, und das Praeceptum pro Trutmanno Comite, ſämmtlich von Pertz in die neue Ausgabe der Capitularien nicht mit aufgenommen. Die Verordnung über die Einrichtung und die Grenzen der Diöces Bremen vom J. 789 findet ſich bei Adam von Bremen I. 9. ſeiner Kirchengeſchichte. Nachdem er nämlich der Eintheilung des Sachſenlandes in acht Bisthümer durch Karl d. Gr. Erwähnung gethan hat, fügt er bei: „Cujus exemplar divisionis, quod ex praecepto regis in Bremensi ecclesia servatur, his cognosci potest verbis,“ und läßt hierauf die Verordnung ſelbſt folgen. Baluzius aber hat dieſelbe in die Sammlung der Capitularien aufgenommen. Uebrigens iſt die Echtheit dieſes Stiftungsbriefes bekanntlich ſtets für

1) Annal. S. Amandi ad a. 797 bei Pertz I. 14. — Annal. Laurcsham ad a. 794—797 bei Pertz I. 35—37. — Annal. Alamann. ad a. 794—797 bei P. I. 47. 48. — Annal. Lauriss. und Einhard. Ann. ad a. 794—797 bei P. I. 180—185. — Chron. Moissiac. ad a. 794—797 bei P. I. 300—303. — Enhardi Fuld. Annal. ad a. 794—797 bei P. I. 351.

ſehr zweifelhaft gehalten worden [1]). Derſelbe findet ſich in einer etwas abweichenden Form, ſo daß neben Bremen zugleich Verden als neu geſtiftete Kirche vorkommt, auch in Heinrich Wolter's Chronik von Bremen (Meibom. script. rer. Germ. T. II. p. 22), und iſt hieraus in der von Joh. Alb. Fabricius beſorgten neuen Ausgabe von Lindenbrog script. rer. Germ. p. 177 Nr. 75 mitgetheilt worden. Ueber die Stiftung der Diöces Verden giebt es aber außerdem auch noch eine ſelbſtſtändige Urkunde, angeblich von 786, welche der für Bremen bei Adam von Bremen ſehr ähnlich ſieht. Dieſelbe iſt von Joachim Joh. Mader aus zwei Handſchriften, einer Corvey'ſchen und einer ihm ſelbſt gehörigen bekannt gemacht worden, und von hier ebenfalls in die von Fabricius neu herausgegebene Lindenbrog'ſche Sammlung p. 177. Nr. 76 übergegangen [2]). Bei dem oft gedruckten und von Baluzius unter die Capitularien aufgenommenen Praeceptum pro Trutmanno Comite a. 789 iſt, abgeſehen von den Zweifeln gegen die Echtheit der ganzen Urkunde, neuerdings auch die Frage aufgeworfen worden, ob daſſelbe als Beſtallungsbrief für eine beſtimmte Perſon oder nicht vielmehr als bloße Formel mit dem fingirten Namen Trutmann zu betrachten ſey [3]). Auf die Beurtheilung des Inhalts iſt dieß jedoch von keinem weſentlichen Einfluſſe, und die Wahrheit des Inhalts iſt ſelbſt mit der Unechtheit der Urkunde als ſolcher vereinbar.

---

1) Luden Geſch. des teutſchen Volks V. 34.

2) Ich habe nur den von Fabricius gelieferten Abdruck zur Hand gehabt.

3) Luden a. a. O. V. 46 folg. 506. Iſt jenes praeceptum jetzt noch handſchriftlich vorhanden und wo? in Dortmund? Vgl. Meibom. Notae ad Witichindum p. 63. Baluzii Notae ad Capitul. p. 1039.

6. Endlich gebührt natürlich unter den hierher gehörigen Zeugniſſen auch der Lex Saxonum ſelbſt eine wichtige Stelle, und damit iſt zum Theil auch der Sachſenſpiegel und in einzelnen Beziehungen das dem Sächſiſchen nah verwandte alte Recht der Longobarden [1]) in Verbindung zu bringen.

§. 3. Einige Grundzüge der älteſten Sächſiſchen Verfaſſung.

Die wichtigſten Verfaſſungen der alten Welt, die von Sparta, Athen und Rom zeigen alle beim Beginn der Geſchichte dieſer Staaten eine Miſchung monarchiſcher, ariſtokratiſcher und demokratiſcher Beſtandtheile. Bei ſehr verſchiedener Entwickelung derſelben im Einzelnen, iſt doch allen gemeinſam, daß die Monarchie ein widriges Schickſal erfährt, und im Kampfe mit der Ariſtokratie früher oder ſpäter unterliegt [2]).

Bei den Galliſchen Völkerſchaften beruhte die Verfaſſung zur Zeit der Römiſchen Eroberung ihres Landes auf einer doppelten, einer geiſtlichen und einer weltlichen Ariſtokratie [3]). Die Druiden und ritterlichen Geſchlechter,

---

1) Die neueſte umfaſſende Unterſuchung hierüber ſ. bei Türk, Forſchungen auf dem Gebiete der Geſch. Heft 4.

2) Eine treffliche Skizze dieſer Verfaſſungen liefert Dahlmann, Politik Bd. I. S. 20—50.

3) Caesar de bello Gall. VI. 13. „In omni Gallia eorum hominum, qui aliquo sunt numero atque honore, genera sunt duo: nam plebes paene servorum habetur loco, quae per se nihil audet et nullo adhibetur consilio. Plerique, quum aut aere alieno, aut magnitudine tributorum, aut injuria potentiorum premuntur, sese in servitutem dicant nobilibus: in hos eadem omnia sunt jura, quae dominis in servos. Sed de his duobus generibus alterum est Druidum, alterum equitum etc.“

welche als deren Träger erſcheinen, haben in der That viele Aehnlichkeit mit der hierarchiſchen und feudalen Ariſtokratie des Germaniſchen Mittelalters, und der Gegenſatz des Lehr- und Wehrſtandes iſt vollkommen auf ſie anwendbar. Daneben findet ſich vielfaches und oft glückliches Beſtreben Einzelner nach fürſtlicher Gewalt [1]), über deren Erwerb und Ausbildung jedoch mehr Perſönlichkeit und zufällige Umſtände, als Geſetz, Erbordnung und ſtrenge Sitte entſchieden. Das Volk, einſt wahrſcheinlich auch hier freier, war ohne politiſche Würde und Bedeutung, von den Reichen und Mächtigen in Schuldknechtſchaft, Zins- und Dienſtabhängigkeit gehalten.

Bei den Germanen iſt die Verfaſſung urſprünglich ganz anders geſtaltet. Die Volksfreiheit, welche ſich bei allgemein wichtigen Dingen vorzugsweiſe in der Volksverſammlung äußert, iſt der Kern und Mittelpunkt aller öffentlichen Einrichtungen, und die Verfaſſung erſcheint in dieſer Hinſicht wahrhaft demokratiſch. Cäſar berichtet ausdrücklich, daß ein Germaniſches Volk nur im Falle eines Krieges gemeinſame Obrigkeiten zu wählen pflege; im Frieden ſey eine ſolche Obrigkeit nicht vorhanden, ſondern nur principes regionum atque pagorum [2]); ob gewählte, ob erbliche, bleibt zweifelhaft. Die Uebereinſtimmung dieſer Nachricht mit dem, was wir aus Tacitus über die Verfaſſung derjenigen Germaniſchen Völker erfahren, welche zu ſeiner Zeit noch kein Königthum kannten, iſt ſehr wichtig. Tacitus unterſcheidet nämlich zwei Claſſen von Völkern:

---

1) Caesar l. l. I. 2. 3.

2) De bello Gall. VI. 23. „Quum bellum civitas aut illatum defendit aut inferit, magistratus qui ei bello praesint, ut vitae necisque habeant potestatem, deliguntur. In pace nullus est communis magistratus, sed principes regionum atque pagorum inter suos jus dicunt controversiasque minuunt.“

Völker mit Einem Könige an der Spitze, und die hierher gehörigen haben ihre Sitze hauptſächlich im öſtlichen Deutſchland, in der von ihm ſogenannten Suevia [1]); und Völker mit Principes über die einzelnen Gauen, bei denen im Fall eines Krieges ein gemeinſchaftlicher Herzog oder Dux gewählt wird. Nur auf die Völker der letzteren Art paſſen die Nachrichten des Cäſar. Die Ariſtokratie, der Adel der Germanen erwuchs nach meiner Anſicht aus den Geleiten oder Gefolgſchaften, hing alſo ſchon in der Entſtehung mit Krieg und Sieg genau zuſammen. Bei Cäſar werden ganz unzweideutige Nachrichten über das Daſeyn eines beſondern Adels noch nicht gefunden, aber auf das Inſtitut der Gefolge ſcheint er doch ſchon hinzudeuten [2]). Die Volksfreiheit hatte in Glauben und Sitte ſo tiefe Wurzeln geſchlagen, daß ſie ſelbſt mit dem Königthum nicht unverträglich ſchien [3]); obwohl ſie ſich bei den Völkern mit Principes ſchrankenloſer und umfaſſender behauptete. Sie hat jedoch Jahrhunderte lang ſelbſt dem Königthum noch widerſtanden, und iſt ſpäter mehr der groß gewachſenen Ariſtokratie als der Monarchie unterlegen.

Was nun das mächtige und zahlreiche Volk der Sachſen anbetrifft, ſo war daſſelbe ſelbſt im achten Jahrhundert

---

1) German. c. 42. 43. „Omnium harum gentium insigne, rotunda scuta, breves gladii et erga reges obsequium.“ Meine Abhandl. über die Familien der alt Germ. Volksrechte §. 14, in der Schrift: das alte Geſetz der Thüringer u. ſ. w. S. 100.

2) De bello Gall. VI. 23.

3) Tacitus läßt einmal (Hist. IV. 64) einen Geſandten der Tencterer zu den verrömerten Ubiern ſagen: „Haud facile libertas et domini miscentur;“ dennoch ſagt er ſelbſt Germ. 43 von den Gothen: „Trans Lygios Gothones regnantur, paulo jam adductius, quam ceterae Germanorum gentes, nondum tamen supra libertatem.“

noch ohne Königthum. Das ganze Land zerfiel in Gaue, welche kaum ſehr groß geweſen ſeyn können, da dem biſchöflichen Stuhle zu Bremen 789 zehn ſolche Gauen, aus welchen Karl d. Gr. zwei Provinzen gebildet hatte, ſollen zugetheilt worden ſeyn. Jedem Gau ſtand ein Princeps (singulis pagis principes praeerant singuli) oder Satrapa vor. Im Falle eines Krieges entſchied unter ſämmtlichen Principes (ealdormen bei Alfred) das Loos über das Recht der Heerführung, ſo daß mithin die alte vom Volke ausgehende Wahl des Herzogs jetzt wegfiel [1]); nach beendigtem Kriege aber trat unter ihnen wieder völlige Gleichheit ein. Leider erfährt man nicht, ob ſie ihre Gewalt auch im achten Jahrhundert noch bloß der freien Wahl der Gaugenoſſen, oder einem bereits anerkannten Rechte der Erblichkeit, oder vielleicht beiden zugleich verdankten. Jedenfalls werden wir ſie als wahre Häuptlinge anzuſehen haben, und ſie laſſen ſich den Scandinaviſchen Häuptlingen der älteren, den Frieſiſchen Hovetlingen der mittleren Zeiten ver-

1) Mit der oben S. 11 mitgetheilten Stelle aus Beda im Widerſpruch iſt die Angabe bei Witichind (Annal. lib. I. bei Leibnitz Script. rer. Brunsv. I. 75). „A tribus etiam principibus totius gentis Ducatus administrabatur, certis terminis exercitus congregandi potestate contentis, quos suis locis ac vocabulis novimus signatos in Orientales scilicet populos, Angarios atque Westvalos. Si autem universale bellum ingrueret, sorte eligitur, cui omnes obedire oporteat, ad administrandum imminens bellum. Quo peracto, aequo jure ac propria potestate unusquisque contentus vivebat.“ Hiernach wären bei einem allgemeinen Volkskriege 3 Herzöge geweſen, und unter dieſen hätte wieder das Loos über den Oberbefehl entſchieden. Aber wie wurden jene drei beſtimmt? durch Volkswahl, oder wurde vielleicht 2mal gelooſt, zuerſt unter den Principes, und dann unter den 3 herausgelooſten Duces? In den Annalen ſpricht Manches für das Daſeyn von drei Herzögen im Falle eines allgemeinen Volkskrieges. Annal. Lauriss. et Einhardi Annal. ad a. 775 (bei Pertz I. 154. 155.).

gleichen [1]). Auch irrt man ſchwerlich, wenn man die Principes in der Germania des Tacitus mit dieſen Sächſiſchen Gauvorſtehern in eine innere Verbindung bringt [2]), und grade die beſtimmte Unterſcheidung von Principes und Nobiles bei den Sachſen in vorkarolingiſcher Zeit ſcheint zu beweiſen, daß man auch bei den Principes in der Germania an Häuptlinge, aber nicht an einen Adel, als einen beſondern Stand des Volkes zu denken habe. Bemerkenswerth iſt außerdem, daß grade bei zwei den Sachſen beſonders nahe verwandten Völkern, den Angelſachſen (in Weſſex) und den Longobarden, auch nachdem beide bereits ſeit längerer Zeit ein wahres Königthum gekannt hatten, für kurze Friſt eine Rückkehr zu der alten Häuptlingsverfaſſung erfolgte; zum ſichern Beweiſe, wie tief die letztere in dem alt Sächſiſchen Volksthum gewurzelt hatte [3]).

Die Principes verſchwinden ſeit der Fränkiſchen Eroberung des Sachſenlandes, und Karolingiſche Grafen treten nun überall als die regelmäßigen höchſten Localobrig-

---

1) Wachsmuth Europäiſche Sittengeſch. Th. II. S. 13. — Wiarda von den Landtagen der Frieſen bei Upſtalsboom, S 74 folg. — Ludwig Schrader die älteren Dynaſtenſtämme zwiſchen Leine, Weſer und Diemel, Bd. I. S. 2 fg. nimmt ſchon in vorkarolingiſcher Zeit erbliche Häuptlinge bei den Sachſen an.

2) Die Zuläßigkeit einer ſolchen Vergleichung der von den Nobiles verſchiedenen Principes der Sachſen des 8ten Jahrhunderts mit den Principes bei Tacitus, wird beſtritten von v. Savigny, Beitrag zur Rechtsgeſchichte des Adels im neueren Europa, Berlin 1836. S. 8.

3) Beda hist. eccl. IV. 13. Reinh. Schmid Geſetze der Angelſachſen Th. I. Einleit. S. LXX. — Paul. Diacon. II. 32. von Savigny Geſch. des Röm. R. im MA. Bd. I. 2te Ausg. S. 281.

keiten auf. Von der alten Landeintheilung iſt wahrſcheinlich ſehr Vieles beibehalten worden; nur läßt ſich fragen, ob die früheren Pagi, über welche Principes geſetzt geweſen waren, jetzt in eigentliche Grafſchaftsbezirke (Ministeria) übergingen, oder in den Goſchaften fortlebten, über welchen nach ſpäteren Rechtsquellen die ſogenannten Gografen ſtanden. Mit Sicherheit iſt hierauf nicht zu antworten, aber für wahrſcheinlicher möchte ich das Erſtere halten, weil man ſich ſonſt die Diſtricte mit Principes an der Spitze gar zu unbedeutend denken müßte.

Unter den Principes mußte es ſchon in der älteſten Zeit niedrigere Beamte geben. Nach dem Sachſenſpiegel finden ſich als ordentliche Unterbeamte in der Grafſchaft: der Schultheiß, der Gograf und der Bauermeiſter.

Der Schultheiß iſt wahrſcheinlich uralt, und ſein Daſeyn bei den Sachſen wohl ſchon in vorfränkiſcher Zeit anzunehmen. Wirklich kommt derſelbe auch bereits in einer Osnabrück'ſchen Urkunde des J. 804 vor[1]), und daß dieſer Amtsname ſo frühzeitig bei den Sachſen und Longobarden gleichmäßig gefunden wird, iſt zugleich eines von den vielen Zeugniſſen der beſonders nahen Verwandtſchaft unter dieſen Völkern, welche ſich in einer Menge oft zu wenig beachteter Erſcheinungen kund giebt. Der Longobardiſche Schultheiß iſt von Muratori und v. Savigny mit dem Fränkiſchen Centenarius verglichen worden[2]); der Sächſiſche, wie wir ihn aus dem Sachſenſpiegel und verwandten Quellen kennen lernen, ſcheint mir dagegen mehr dem Fränkiſchen Vicarius (Vicecomes), der Gograf dem Centenarius, der Bauermeiſter dem Decanus zu entſprechen. Nach der Ge-

---

1) Juſt. Möſer Osnabrückſche Geſch. Th. I. Nr. I. der beigefügten Documenta.

2) Muratori Antiq. Ital. Tom. I. p. 522. — von Savigny a. a. O. I. 284.

richtsverfaſſung des Sachſenſpiegels gab es in jeder Grafſchaft mehrere Schultheißthümer. Wo ſich ein ſolches fand, da hielt der Graf dreimal im Jahre (immer über 18 Wochen) das echte Ding [1]); wie z. B. der Burggraf von Magdeburg eben ſo gut dreimal in Halle als in Magdeburg ſelbſt. Es war Regel, daß kein Richter, der bei des Königs Bann richtete, ein echtes Ding ohne ſeinen Schultheißen, vor dem er ſich zu Recht erbieten ſollte, halten durfte [2]). In dieſem Gerichte mußte er dann den Schultheißen um das erſte Urtheil fragen: ob es an der Zeit ſey, das Gericht zu halten, und hernach ob er verbieten ſolle Alles, was als dingwidrig angeſehen wurde. Doch wurde der Schultheiß für ein ſolches Gericht dadurch nicht zum Schöffen, wie ein von U. Fr. Kopp aus dem Heidelberger Codex mitgetheiltes Bild deutlich zeigt, denn hier ſitzt derſelbe neben dem Grafen, nicht aber auf der gegenüberſtehenden Schöffenbank [3]). Abgeſehen von jenen drei großen Gerichten, welche der Graf jährlich am Sitze des Schultheißenthums hielt und an denen der Schultheiß als ſein Vicarius Theil nehmen mußte, war der letztere ſelbſt der ordentliche Richter daſelbſt, und ſein Gericht war mit Ausnahme von wenigen, beſonders hervorgehobenen

---

1) Sachſenſp. III. 61. „Uber achzehn wochen sal der greve sin ding uz legen buzen den gebunnenen tagen zu echter ding stat. da der schultheize und die schephen und die vrone bote sie.“ Vgl. Sachſenſp. III. 52. — Jus Susatense bei Emminghaus, art. 2. 7. 8. Der oberſte weltliche Richter heißt aber hier nicht Graf ſondern Vogt. — Halliſches Recht von 1235 §. 1. — Magdeb. R v. 1261. §. 7. Magdeb. R. v. 1304. Art. 3. in meiner Schrift: Magdeb. Recht S. 224. 231. 271. — Sächſ. Weichb. Art. 44.

2) Sachſenſp. I. 59.

3) Bilder und Schriften der Vorzeit, Mannheim 1819. S. 122.

Criminalfällen (Noth, Lage und Heimſuchung, wie es im Magdeburgiſchen Rechte heißt), in allen Sachen competent [1]). Merkwürdig iſt erſtens, daß ſich die Schultheißthümer hauptſächlich in Städten finden [2]), und zweitens, was der Sachſenſpiegel über das räthſelhafte Verhältniß des Schultheißen zu ſeinen Pfleghaften oder Biergelden berichtet, welche man faſt verſucht ſeyn könnte, vorzugsweiſe auch in den Städten zu ſuchen [3]). Die etwa ſeit dem zehnten Jahrhundert erfolgende Trennung der Sächſiſchen Freien in die drei Claſſen der Schöffenbaren, Pfleghaften und Landſaſſen kann dann freilich auch in den Aemtern des Schultheißen und Gografen bedeutende Veränderungen hervorgebracht haben, ſo daß ein Rückſchluß von dem Schultheißen des Sachſenſpiegels auf den der älteren Zeit allerdings ſehr gewagt erſcheint. Dürfte man übrigens auch bei dem Longobardiſchen Schultheiß eine größere Aehnlichkeit

---

1) Halliſches R. v. 1235. §. 7. „Prefectus etiam noster (d. h der Schultheiß) omnes causas judicat et decidit. Tribus causis exceptis. Scilicet vi illata quod not dicitur et vim in propriis domibus factam. quod dicitur heymsuche. et excepta insidia quod lage dicitur. quas burcgrauius judicat et decidit.“ Magdeb. R. v. 1261. §. 9. 40. Magdeb. R. v. 1304 Art. 6. 17.

2) Es verſteht ſich, daß hier nicht von den Wendiſch-Deutſchen Ländern die Rede iſt.

3) Das Gericht des Schultheißen ſuchen die Pfleghaften Sachſenſ. III. 45. §. 4. I. 2., und dem Schultheißen wetten ſeine Biergelden acht Schillinge, III. 64. § 8. Auch nach dem Halliſchen Rechte §. 36 und dem Magdeburg. (v. 1261 §. 10, v. 1304 Art. 5.) beträgt das Gewette des Schultheißen acht Schillinge. Im Halliſchen Rechte iſt dieſes Gewette nur halbirt, weil der §. 36 ausdrücklich die Gewette angiebt, welche von den Bürgern von Neumarkt in Schleſien entrichtet werden ſollen, in allen Wendiſch-Deutſchen Ländern aber in ähnlicher Art wie in den Deutſchen Marken nur halbe Gewette gezahlt werden.

mit dem Fränkiſchen Vicarius als dem Centenarius annehmen, ſo würde dann als der dem letzteren, ſo wie dem Sächſiſchen Gografen entſprechende Beamte in der Longobardiſchen Verfaſſung der Saltarius angeſehen werden müſſen [1]).

Die ſchon erwähnten Aemter des Gografen und des Bauermeiſters, welche wir aus dem Sachſenſpiegel genauer kennen lernen [2]), tragen in vieler Hinſicht auch das Gepräge eines hohen Alterthums an ſich. Mit dem Villicus in der oben mitgetheilten Erzählung von Beda ſcheint eben nur ein Bauermeiſter gemeint zu ſeyn, deſſen Gewalt ſich regelmäßig nur auf ein Dorf, eine Bauerſchaft bezog. Der Gograf darf eben ſo wenig mit dem eigentlichen Grafen als dem Schultheißen verwechſelt werden [3]), wie dieß zuweilen geſchehen, dadurch aber in manche

---

1) L. Liutprandi V. 15. VI. 29. 31. Pipini 10.

2) Homeyer im Regiſter zum Sachſenſp. 2te Ausg. unter Gograf und Bauermeiſter Der Zuſammenhang des Bauermeiſters mit dem Bürgermeiſter, welcher letztere in manchen Städten Niederdeutſchlands unmittelbar aus dem erſteren hervorging, ſo wie ſich die bisherigen Gebure in Burgenſes verwandelten, iſt im Ganzen noch zu wenig berückſichtiget worden. Vgl. Sachſenſ. II. 13 mit Magdeb. R. v. 1261 §. 2. und von 1304. Art. 1.

3) Eichhorn D. St. u. Rgeſch. 4te Ausg. Th. II. §. 302 hält den Gografen für den Stellvertreter des Schultheißen, und dieß ſoll ſich aus den Artikeln ergeben, wo der Gograf der außerordentlicher Weiſe an des Schultheißen Stelle gewählte Richter iſt. Aber in dem citirten Sachſenſp. I. 55. ſteht nichts davon, daß ein ſo zum Richten über eine handhafte That gewählter Gograf an des Schultheißen Stelle gewählt werde; ſondern es heißt nur, daß den Landleuten zum wenigſten von drei Dörfern eine ſolche Wahl geſtattet ſey, ob ſie den belehnten Richter nicht haben könnten. Wer dieſer letztere ſey, wird nicht geſagt, und ſchwerlich kann der

Schriften eine große Verwirrung gekommen iſt, in ähnlicher Art wie durch die Verwechſelung der verſchiedenen Claſſen von Freien, welche der Sachſenſpiegel kennt. Daß er dem Fränkiſchen Centenarius (Centgrafen) entſpricht, ſcheint beſonders daraus hervorzugehen, daß er ohne Vermittelung durch den Schultheißen gleich unmittelbar unter dem Grafen ſtand [1]). Der Sachſenſpiegel unterſcheidet den zu langer Zeit eingeſetzten Gografen von demjenigen, welcher bloß zum Richten über eine handhafte That, wenn ein Mann in Dieberei oder Raub ergriffen worden iſt, erwählt wird. Letzterer richtet nicht über übernächtige That und muß zum wenigſten von drei Dörfern erwählt werden. Erſterer kann ſein Amt auf lange Zeit entweder bloß durch Belehnung von einem Herrn oder durch Wahl der Land-

---

Schultheiß darunter verſtanden werden. Am nächſten liegt es, den ſo gekornen Gografen für einen Stellvertreter des belehnten Gografen zu halten. Außerdem aber erſehen wir aus andern Quellen, daß ein ſo gekorner Ograf Stellvertreter desjenigen Richters (Vogtes oder Grafen) war, welcher unmittelbar unter Königsbann richtete, oder vielmehr eine mit dieſem concurrirende Gerichtsbarkeit, nur wie es ſcheint, urſprünglich immer nur auf dem platten Lande ausübte. Vgl Jus Susat. Art. 25. „Omnis causa infra bannum nostrum, quam vel mors punit vel detruncationem membri meretur, ad judicium pertinet advocati (und dieß iſt hier der höchſte unter Königsbann richtende weltliche Richter), nisi prius fuerit proclamatum ad judicium rurensis gogravii.“ Mit Emminghaus ſage ich jedoch zu dieſem Art. „Hoc veruntamen de criminibus saltim extra urbem Susatensem, in banno vel territorio ejus — perpetratis intelligendum videtur.“ Vgl. Sächſ. Weichb. Art 45. Auch die Unmittelbarkeit, in welcher der Ograf zum Grafen ſteht, während von einem beſondern Verhältniß zwiſchen dem Schultheißen und dem Gografen im ganzen Sachſenſpiegel kein Wort zu finden iſt, ſpricht gegen die von Eichhorn angenommene Vertretung des erſteren durch den letzteren.

1) Sachſenſp. I. 58. 71.

leute und hinzutretende Belehnung erhalten. Der Herr, der für ſich eine Grafſchaft verleiht, muß dem Beliehenen und ſeinen Kindern daran Lehnrecht und alſo auch lehnrechtliche Erbfolge geſtatten, aber die Landleute werden durch eine ſolche Verleihung nicht gebunden. Sie können durch eine rechte Wahl ein ſolches Lehen brechen, denn es iſt ihr freies Recht, daß ſie Gografen erwählen dürfen zu jeder jähen That oder auch auf beſtimmte längere Zeit[1]). Nur muß der auf lange Zeit gewählte Graf auch von dem Grafen belehnt werden. Der Sprengel eines Grafen heißt eine Goſchaft[2]); er ſelbſt wird in einzelnen Quellen auch wohl als Gogravius ruralis bezeichnet[3]), und ſein Gericht ſollen die Landſaſſen ſuchen, welche kein Eigen im Lande haben[4]). Das Amt ſcheint, auch nachdem es bereits Städte gab, noch längere Zeit bloß für das platte Land beſtimmt geweſen zu ſeyn (was ſich freilich ſpäterhin hier und da änderte), und vielleicht dürfte man hiermit auch den Namen der freien Landſaſſen für die Gerichtseinſaſſen des Grafen in Verbindung bringen. Recht klar wird die Bedeutung der Grafſchaft und der Umfang ihrer Competenz aus den Urkunden des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts nicht[5]). Uebrigens iſt bemerkenswerth, daß der eigentliche Sitz dieſes Amtes, ja man darf

---

1) Sachſenſp. I. 55. 56. 57. 58.

2) Sachſenſp. III. 87.

3) Jus Susatense Art. 25.

4) Sachſenſp. I. 2.

5) Sachſenſp. I. 58. Kindlinger Münſt. Beitr. III. 1. Nr. 102 p. 269. von Ledebur Geſch. der Stadt und Herrſchaft Vlotho. Anhang von Urkunden Nr. 12. Nieſert Beiträge zu einem Münſter'ſchen Urkundenbuche Bd. I. Abth. 2 S. 63 fg. wo ſich mehrere intereſſante Urkunden über Grafen finden. Wigand Femgericht Weſtphalens S. 138 Note 35.

vielleicht ſagen, der Gerichtsverfaſſung des Sachſenſpiegels in ihrer Vollſtändigkeit überhaupt, vorzüglich Weſtphalen, im Allgemeinen diejenigen Gegenden zu ſeyn ſcheinen, in denen wir ſpäterhin die Fehmgerichte antreffen. Dürfte man den Namen Gograf für uralt Sächſiſch halten, ſo würde dann freilich die Annahme, daß die Angelſachſen Namen und Würde ihres gerêfa von den Franken entlehnt und deshalb mit Entſtellung des Vocals gerêfa ſtatt geraefa geſchrieben hätten, etwas bedenklich werden[1]), da man es dann offenbar für wahrſcheinlicher halten müßte, daß die Angelſachſen ihren gerêfa ſchon aus dem alten Sachſenlande mit nach England gebracht hätten. Aus den unklaren Aeußerungen der Angelſächſiſchen Geſetze ſelbſt über die Bedeutung des Wortes gerêfa iſt in dieſer Hinſicht nichts zu entnehmen[2]).

Das Volk der Sachſen zerfiel ſchon in vorfränkiſcher Zeit, abgeſehen von den Principes, in drei Beſtandtheile: einen Adel (nobiles), Freie (ingenui, liberi) und Laſſen (Laten, Litonen, lazzi) mit serviles überſetzt, weil die Lateiniſche Sprache keinen paſſenderen Ausdruck darbot. Die zahlreiche Claſſe der servi, welche alſo nicht mit jenen serviles verwechſelt werden darf, gehört nicht mehr zum Volke und genießt alſo auch kein Volksrecht. Daß ſie außer jenen drei Abtheilungen des Volkes vorhanden war, beweiſen die Quellen, beſonders die Lex Saxonum.

Von manchen neueren Schriftſtellern iſt das Daſeyn eines Adels bei den Sachſen in vorfränkiſcher Zeit beſtritten worden, und Luden hat ohne Weiteres den rechtlichen Unterſchied eines Sächſiſchen Adels von den Freien für

---

1) J. Grimm D. Ralt. 753.

2) Leges Edovardi Confess. c. 35. bei Reinh. Schmid a. a. O. I. 293.

eine Schöpfung Karls des Gr. erklärt [1]). Ich geſtehe jedoch nicht recht zu begreifen, wie man bei unbefangener Betrachtung der Quellen zu dieſem Reſultate gelangen könne. Alle geſchichtlichen Zeugniſſe ſind dagegen, und die Analogie der Verfaſſung aller andern Germaniſchen Völker ſcheint doch warlich auch etwas werth zu ſeyn. Der Schilderung Hucbalds über die älteſte Verfaſſung der Sachſen liegt wohl ohne Zweifel eine ältere Quelle zu Grunde. In beiden Sächſiſchen Capitularien ferner kommen neben den Freien und den Liten auch Edle, nobiles vor, welche in Betreff aller den Sachſen aufgelegten Pflichten, aller gegen ſie ergangenen Verbote, mit den übrigen Claſſen des Volkes eng verbunden erſcheinen [2]), nur daß der Edle im

---

1) Geſchichte des teutſchen Volks Bd. V. S. 40. Luden legt S. 502 ebendaſ. Anm. 21 ein beſonderes Gewicht darauf, daß in dem Capit. Saxonicum a. 797 c. 3. 5. nicht nobiles, ſondern nobiliores Saxones erwähnt werden. Das Capit. Paderbr. a. 785 (was jedoch nach Luden nicht vor 804 entſtanden ſeyn ſoll) ſpricht in c. 15. 17. 19. 20. 21 nicht von nobiliores ſondern von nobiles. Vgl. noch Einhardi vita Karoli M. c. 8. „Plures tamen eo bello tam ex nobilitate Francorum quam Saxonum, et functi summis honoribus viri consumpti sunt etc.“ — Annal. Lauriss. und Einhardi Annal. ad a. 775. (Pertz I. 154. 155.) wo optimates oder primores des Engernlandes und Oſtphalens erwähnt werden. — Annal. Petav. ad a. 776 (Pertz I. 16) wo von majores natu bei den Sachſen die Rede iſt. — Annal. Laursham. ad a. 798 (Pertz I. 37) wo es heißt, Karl habe eine Anzahl Sächſiſcher capitanei als Geißeln mit ſich weggenommen. Ein Verzeichniß Sächſiſcher Geißeln ſiehe bei Pertz III. 89 sq. — Annal. Laursham. ad a. 782 (Pertz I. 32). „Habuit Carlus rex conventum magnum exercitus sui in Lippuibrunnen, et constituit super eam ex nobilissimis Saxones genere comites.“ — Einhardi Annal. ad a. 777. (Pertz I. 157), wo von einem senatus ac populus der Sachſen die Rede iſt

2) Die ſogenannten majora capitula des Capitul. Paderbr. a. 785. gedenken eines Standesunterſchiedes bei den Sachſen

Verhältniß zum Freien doppeltes, im Verhältniß zum Liten vierfaches Strafgeld bei Uebertretung königlicher Vorſchriften zu bezahlen hat. Eine Begünſtigung des Adels, ein Streben denſelben von dem übrigen Volke loszureißen, iſt mithin hier noch nirgends ſichtbar. Aus der ſpäteren Lex Saxonum ſcheint ſich eine ſolche beſondere Gunſt gegen den Adel allerdings zu ergeben und namentlich in dem ſehr hohen Wergelde deſſelben hervortreten; allein ſelbſt dieß erklärt ſich, wie wir unten ſehen werden, unter der Vorausſetzung, daß ein Sächſiſcher Adel auch in vorkarolingiſcher Zeit bereits vorhanden war, weit natürlicher, als wenn man denſelben für etwas überhaupt erſt durch Karl den Großen Geſchaffenes halten wollte. Außerdem aber ſprechen auch alle ſpäteren Schriftſteller von der bereis oben angegebenen dreifachen Gliederung des Sachſenvolkes als von einer uralten volksthümlichen Einrichtung, und nirgends iſt auch nur die leiſeſte Andeutung davon zu finden, daß Karl d. Gr. den Sächſiſchen Adel erſt ins Leben gerufen habe [1]).

---

noch nicht; denn den allgemeinen Strafbeſtimmungen, welche hier getroffen werden, ſollen alle Claſſen des Volkes gleichmäßig unterworfen ſeyn. In den minora capitula von cap. 15 bis 34, werden fünfmal (ſiehe die vorige Note), nobiles, ingenui und liti unterſchieden. In dem Gebrauch der Worte ingenui und liti ſtatt liberi und lati erkennt man Fränkiſchen Einfluß (vgl. meine Ausg. der Lex Frision. Einl. XIV. fg.). Was aber vorzüglich wichtig erſcheint, iſt die Umſchreibung des nobilis durch die Worte si de nobili genere fuerit, in Cap. 19 des Capitulare.

1) Vgl. Nithardi histor. lib. IV. c. 2. bei Pertz II. 668. „Quae gens (Saxonum) omnis in tribus ordinibus divisa consistit; sunt enim inter illos qui edhilingi, sunt qui frilingi, sunt qui lazzi illorum lingua dicuntur; latina vero lingua hoc sunt: nobiles, ingenuiles atque serviles.“ — Translatio S. Alexandri auctoribus Ruodolfo et Meginharto (sec. 9), bei Pertz II.

In den Häuptlingen und in dem Adel finden wir nun ſchon in vorfränkiſcher Zeit ein monarchiſches und ein ariſtokratiſches Element der Verfaſſung; erſteres freilich noch in einer ſehr beſchränkten Sphäre der Wirkſamkeit, und letzteres mit dem übrigen Volksleben noch eng verwachſen [1]). Die Entſtehung beider hat höchſt wahrſcheinlich bei den Sachſen wie bei den übrigen Germaniſchen Völkern mit dem Geleitsweſen und mit Eroberungen zuſammengehangen, und der Principat iſt wohl auch hier, wie dieß von dem Germaniſchen Königthum überhaupt gilt, die Spitze des Adels geweſen.

Die eigentliche Grundlage in der Verfaſſung des geſammten Volkes war aber noch demokratiſch. Die höchſte Gewalt befand ſich in den Händen einer großen Landesgemeinde, welche ähnlich den Upſtalsboomſchen Landtagen der Frieſen in ſpäterer Zeit, alljährlich bei Marklo an der

---

673. „Quatuor igitur differentiis gens illa consistit, nobilium scilicet et liberorum, libertorum atque servorum. Et id legibus firmatum, ut nulla pars in copulandis conjugiis propriae sortis terminos transferat, sed nobilis nobilem ducat uxorem, et liber liberam, libertus conjungatur libertae, et servus ancillae. Si vero quispiam horum sibi non congruentem et genere praestantiorem duxerit uxorem, cum vitae suae damno componat.“ Wörtlich wiederholt findet ſich dieſe ganze Stelle bei Adam von Bremen (hist. eccl. I. 5. bei Lindenbrog Script. rer. Germ. p. 4), welcher alſo das obige Werk vor Augen gehabt haben muß. Unter den liberti ſind die Laſſen zu verſtehen. — Witichindi Annal. lib. I. bei Leibnitz Script. rer. Brunsv. I. 75. „Unde (nämlich ſeit der Beſiegung der Thüringer durch die vereinigten Franken und Sachſen) usque hodie gens Saxonum triformi genere ac lege praeter conditionem servilem dividitur.“

1) Hierüber ſ. meine Abhandlung über die Familien der alt Germ. Volksrechte §. 14—16 in der Schrift über das alte Geſetz der Thüringer S. 96 folg.

Weſer zuſammentrat[1]), und zu welcher aus jedem Gau je zwölf gewählte Mitglieder eines jeden der drei Stände abgeordnet wurden. Hier wurden alle gemeinſam wichtigen Angelegenheiten zur Berathung und Entſcheidung gebracht, und auf dieſe große Landesverſammlung ſcheint im Weſentlichen Alles anwendbar zu ſeyn, was Tacitus (Germ. c. 11. 12.) von dem Concilium der alten Germanen berichtet. Zugleich wird durch die Nachrichten von dieſer Landesgemeinde manche wichtige Frage beantwortet, welche man in Betreff jenes Concilium aufwerfen konnte; namentlich wie eine allgemeine Verſammlung bei einem größeren Volke geſtaltet geweſen ſey, da es von vorn herein als unmöglich erſcheinen mußte, daß alle mit politiſchen Rechten begabten Mitglieder des Volkes an derſelben unmittelbar hätten Antheil nehmen können.

Das Princip der Gemeindeverfaſſung herrſchte aber nicht bloß im Großen; auch in den einzelnen Gauen und in den kleineren Niederlaſſungen (villae, vici) eines Gaus beruhte das öffentliche Leben vorzugsweiſe auf demſelben. Dieß giebt ſich am deutlichſten in dem Umfange der Willkür, d. h. der Autonomie kund, und gewiß iſt es ein uralter Grundſatz, den der Sachſenſpiegel II. 55 ausſpricht: „Swaz so der burmeyster schaffet des dorfes vromen mit willekore der meisten menje der gebure. des en mac die minnere teil nicht widerreden.“ Auch die Markgenoſſenſchaften reichen bei den Sachſen ſicher bis in

1) Zu Marklo macht Pertz (Mon. Germ. II. 362) folgende Anmerkung: „prope Marke-nah in comitatu Hoya; proxime est Heiligen-loh i. e. silva sacra, et Adels-horn. Cl. Grupen dirutam villam Marsle prope Leese ad Wiseram pro Markloh habet, certe vocabulo quam maxime refragante. Voces juxta, secus, prope haud raro vel 15000 passuum spatium indicare, Tomo I. probavi, nec Marke-nah et Heiligenloh longius a Wisera absunt.“ Die Nordalbingier ſcheinen an dieſer Landesverſammlung keinen Theil genommen zu haben.

die früheſten Zeiten hinauf; nur ſind wir hierbei freilich mehr auf innere Gründe, als auf geſchichtliche Zeugniſſe gewieſen[1]).

Ganz aufzugeben iſt dagegen jetzt die in jüngſter Zeit ſo viel beſtrittene Wargilda[2]), nachdem uns Pertz durch die glückliche Lesart Wargida darüber hinweg geholfen hat[3]). Man mag es immerhin für wahrſcheinlich halten, daß der Freoborg von den Angelſachſen aus ihrem alten Vaterlande bereits mit nach England gebracht, nicht aber erſt von dem König Alfred ins Leben gerufen worden ſey; dennoch läßt ſich jetzt eine Vermuthung dieſer Art auf die Exiſtenz jener vermeintlichen Wargilda nicht mehr gründen.

1) J. Grimm D. Ralt. 501. 504. 526. v. Löw Markgen. S. 6 fg.

2) Meine Schrift: Thür. Geſetz S. 132 fg. — Berl. Jahrb. 1835. Nr. 82. — von Woringen Beitr. zur Geſch. des D. Strafrechts Einl. IX. fg. S. 96 fg.

3) Capit. Saxonicum a. 797. c. 4. „Hoc etiam statuerunt, ut qualiscunque causa infra patriam cum propriis vicinantibus pacificata fuerit, ibi solito more ipsi pagenses solidos duodecim pro districtione recipiant, et pro wargida, quae (quam) juxta consuetudinem eorum solebant facere, hoc concessum habeant.“ Wargida kommt hernach noch 2mal in dem Cap. vor. Eine Streitſache iſt entweder bloß coram vicinis, oder coram vicinis et misso, oder coram rege beendiget worden. Im erſten Falle bekommen die vicini 12 Schill. pro districtione et wargida; im zweiten eben ſo, und hier erhält auch der missus noch 12 Schill. ad partem regis. Im dritten Falle erhalten die vicini nichts, weil die Sache nicht im Vaterlande entſchieden worden iſt, ſondern beide 12 Schill., (alſo 24), kommen an den König. In den Worten et quod vicinis debuit componere muß wohl aus vicinis gebeſſert werden missis. Districtio, was oft in den Capitularien vorkommt, z. B. Cap. Saxon. c. 8, bedeutet einen richterlichen Zwang, Beſtrafung (vgl. du Cange Gloss. s. v. distringere, districtio). Das Sächſiſche oder Fränkiſche wargida iſt, wie mich J. Grimm gütigſt belehrt, nach allen Regeln eins mit dem Gothiſchen vargitha, und dieß bedeutet damnatio, condemnatio. Das Goth. vargjan = damnare. Grimm Ralt. 733. 881. Wargida wäre hiernach Urtheil, Ausſpruch des Urtheils, und damit ſtimmen auch die Worte: juxta quod sui convicini judicaverint, in cap. 4 überein.

Sehr dunkel bleibt es, ob und inwieweit den Sachſen ſchon in vorkarolingiſcher Zeit ein wirkliches Lehnweſen, d. h. ein Geleitsweſen, zu welchem bereits das dingliche Band der Beneficien zwiſchen dem Gefolgsherrn und den Gefolgsleuten hinzugetreten war, bekannt geweſen ſey. Das Paderbornſche Capitulare von 785 ſpricht von Verbrechen, welche gegen den Dominus und ſeine nächſten Familienglieder begangen werden, und daſſelbe geſchieht im dritten Titel des Sächſiſchen Volksrechts. Schon die Zuſammenſtellung des Königs der Franken und des Dominus ſcheint auf ein anderes und zwar mehr politiſches Verhältniß als das des Herrn zu ſeinen Unfreien hinzudeuten. Nun wird aber Dominus bei Geſchichtſchreibern ſo wie in Rechtsquellen, z. B. dem liber feudorum und dem vetus auctor de beneficiis, als ſtehende Bezeichnung für den Lehnsherrn gebraucht; es wird daher ſehr wahrſcheinlich, daß damit auch in den obigen Stellen der Lehnsherr, nicht etwa bloß der königliche Beamte eines Gaus oder Unterbezirks deſſelben gemeint ſey, und für die karolingiſche Zeit ſcheint ſich alſo hieraus das Daſeyn des Lehnsinſtituts bei den Sachſen mit ziemlicher Sicherheit zu ergeben. In vorkarolingiſcher Zeit kann man ſchwerlich eine weite Verbreitung deſſelben annehmen, da die Volksverfaſſung in ihren Grundzügen dafür noch zu demokratiſch geſtaltet war. Damit ſtimmt überein, daß das Lehnsinſtitut auch bei den verwandten Longobarden erſt ſeit der Fränkiſchen Eroberung, in England aber erſt durch die halb Fränkiſch gewordenen Normannen zur Grundlage des öffentlichen Lebens erhoben wurde.

§. 4. Karolingiſche Einrichtungen in Sachſen.

Zwei Grundgedanken waren es, welche der Geſetzgebung und den politiſchen Einrichtungen Karls d. Gr.

im Sachſenlande ihre weſentliche Richtung gaben: gänzliche Ausrottung des Heidenthums und Einführung der chriſtlichen Religion einerſeits; außerdem Unterwerfung der Sachſen in politiſcher Hinſicht und Einverleibung des Volkes in das Fränkiſche Reich und deſſen Verfaſſung.

Der erſte Gedanke führte zur Zerſtörung der heidniſchen Tempel und aller Denkmäler des heidniſchen Gottesdienſtes, zum Bau chriſtlicher Kirchen, erzwungener Taufe und Kirchenbeſuch, Eintheilung des Landes in Bisthümer und Pfarrſprengel, Zehntengeboten und ſtrengen Strafgeſetzen mannigfaltiger Art gegen die Anhänger des Heidenthums und die Uebertreter chriſtlicher Vorſchriften [1]). In dieſer Geſetzgebung Karls d. Gr. giebt ſich der nach Alleinherrſchaft ſtrebende Geiſt des Chriſtenthums, die in ſeiner Natur liegende Unmöglichkeit eines Vertrages mit einer andern Religion, etwa ſo wie im Gebiete des Staatslebens z. B. die vorherrſchende Monarchie noch immer mit ziemlich viel Ariſtokratie und Demokratie verträglich iſt, auf das deutlichſte kund. Es mochte unendliche Schwierigkeiten haben, bei den hartnäckigen Sachſen zum Ziele zu

---

1) Vgl. Annal. Laauresham. Pars altera ad a. 772 (Pertz I. 30) „Fuit rex Carlus hostiliter in Saxonia et destruxit fanum eorum quod vocatur Irminsul.“ — Annal. Juvav. min. ad a. 772 (Pertz I. 88.) „Karolus idolum Saxonorum combussit, quod dicebant Irmensul.“ J Grimm, Deutſche Mythologie S. 81. — Das Capit. Paderbr. a. 785 ſpricht in c. 1. von ecclesiae Christi, quae modo construuntur in Saxonia. Außerdem gehören aus demſelben hierher c. 4—9, 16—23. — Ueber die kirchliche Eintheilung Sachſens ſ. Annal. Laursh. Pars alt. ad a. 780 (Pertz I. 31.) „Domnus rex Carlus perrexit iterum in Saxonia cum exercitu — divisitque ipsam patriam inter episcopos et presbyteros seu et abbates, ut in ea baptizarent et praedicarent.“ Adam. Brem. hist. eccl. I. 8. bei Lindenbrog Script. rer. Germ. p. 4. Eichhorn D. St. u. Rgeſ. Th. I. Ausg. 4. §. 134.

kommen; die Frage, was in dieſer Beziehung zu thun ſey, konnte nicht zweifelhaft erſcheinen. Aber auch die Roheit des damaligen Chriſtenthums tritt aus jener Geſetzgebung ſehr beſtimmt hervor. Sittliche Beſſerung und Veredlung liegt im Grunde außer der Aufgabe deſſelben; wie in der bürgerlichen Strafgeſetzgebung, ſo herrſcht auch in den geiſtlichen Geboten und Verboten faſt ausſchließlich die Rückſicht auf die äußere That vor, und das Chriſtenthum nimmt beinahe ganz die Geſtalt eines bloß äußerlichen Kirchenthums an.

In Betreff der politiſchen Unterwerfung der Sachſen war dem Sieger ein ſo beſtimmtes Ziel mit gleicher Nothwendigkeit nicht vorgeſteckt, denn hier war ja ein Mehr oder Minder von Freiheit möglich, welches den Unterworfenen gelaſſen werden konnte [1]). Eine nähere Unterſuchung deſſen, was wirklich geſchehen, zeigt, daß die Abſicht Karls keinesweges dahin ging, bei den Sachſen einen Zuſtand von Unterthanſchaft hervorzubringen, mit dem ſich der keines andern Germaniſchen Volkes im Frankenreiche hätte vergleichen laſſen; vielmehr ſollten dieſelben im Weſentlichen eben ſo weit unterworfen werden, wie es die Thüringer und Alamannen, die Baiern und Frieſen ſchon ſeit längerer Zeit waren. Als Mittel zur Erreichung dieſes Zweckes dienten Einſchränkung der Demokratie, ferner, wie ſich faſt gewiß behaupten läßt, Begünſtigung und Hebung der Ariſtokratie, außerdem die Einführung der allgemeinen Verwaltungsformen des Fränkiſchen Reiches und Uebertragung der Fränkiſchen Heerbannsordnung auf das Volk der Sachſen.

Den Mittelpunkt der alten Demokratie bildeten die großen Landesgemeinden bei Marklo an der Weſer. Sie

---

1) Im Allgemeinen iſt zu vergleichen Einhardi vita Kar. m. c. 7. Poëta Saxo ad a. 803. (Pertz I. 261.)

konnten dem Beherrſcher der Franken nicht anders als gefährlich erſcheinen, und die Folge davon war, daß er ſie ſchon in dem Paderbornſchen Capit. von 785 verbot, den Fall ausgenommen, wenn ſie von dem Miſſus auf unmittelbaren königlichen Befehl berufen und gehalten würden [1]). Damit fiel das Hauptorgan, durch welches ſich bis dahin der gemeinſame Volkswille kund gegeben hatte; es war der Todesſtoß für die Demokratie im Großen.

Das ganze Land wurde gleich andern Provinzen des Reiches königlichen Miſſi, Grafen und Biſchöfen untergeben; für den Amtsſprengel des Grafen aber kommt als regelmäße Bezeichnung in den Quellen der Ausdruck Miniſterium vor [2]). Sehr wahrſcheinlich waren es hauptſächlich die alten Häuptlinge (principes), welche jetzt in das Verhältniß königlicher Miſſi und Grafen übergingen. Beſonders auffallend aber bleibt hier der Umſtand, daß in den Sächſiſchen Rechtsquellen aus karolingiſcher Zeit der früher ſo wichtige Unterſchied zwiſchen den Principes und den Nobiles verſchwunden iſt, und dieß ſcheint die Annahme zu rechtfertigen, daß derſelbe durch die mit ziemlicher Sicherheit zu behauptende Erhebung des Sächſiſchen Adels im Allgemeinen verwiſcht worden ſey. Der Sächſiſche Herrenſtand muß alſo ſeit jener Zeit die alten Principes und Nobiles gemeinſchaftlich umfaßt haben.

1) Cap. 34. „Interdiximus ut omnes Saxones generaliter conventus publicos nec faciant, nisi forte missus noster de verbo nostro eos congregare fecerit. Sed unusquisque comes in suo ministerio placita et justitias faciat. Et hoc a sacerdotibus consideretur ne aliter faciat.“ In dieſem Verbote liegt zugleich der ſicherſte Beweis für die Richtigkeit deſſen, was Hucbald in dem Leben des heiligen Lebuin von den großen Landesgemeinden bei Marklo berichtet.

2) Capit. Paderbr. a. 785. c. 31. 34. Im Sachſenſpiegel heißt der Amtsbezirk des Grafen niemals Gau, ſondern gleich dem Amte ſelbſt Grafſchaft.

Der ganze Adel trat in das Gefolge des Königs der Franken ein. Als Mittel um ihn ſo eng als möglich ins Fränkiſche Intereſſe hineinzuziehen, ſcheint Karl benutzt zu haben: die Ertheilung von Beneficien [1]), und die Erhöhung ſeines Wergeldes durch Verdreifachung des alten Anſatzes [2]). Die großen Vortheile, welche der Eintritt ins Lehnsverhältniß nach ſich zog, verfehlten dann gewiß auch bei vielen Freien nicht ihre Wirkung zu äußern, und die königlichen Vaſallen wurden ſelbſt wieder Lehnsherrn bisheriger Freien, welche in dem Vaſallenthum Schutz gegen Willkür und Bedrückung aller Art ſuchten [3]). Auf ſolche Lehnsherrn aber ſind dann die oben erwähnten Beſtimmungen in dem Paderbornſchen Capitulare des J. 785 und in dem dritten Titel des Sächſiſchen Volksrechtes zu beziehen.

---

1) Die Capitula missis dominicis data a. 802 (Pertz III. 97) reden in c. 10. (11) von Sachſen, welche königliche Beneficien in Francia haben. Eben ſo die Capitula excerpta a. 802 c. 50 (Pertz III. 101). Der Poëta Saxo ad a. 803 (Pertz I. 261) malt die Lockmittel, deren ſich Karl bediente, folgendermaßen aus:

— — „Nam se quisquis commiserat ejus
Egregiae fidei, ritus spernendo profanos,
Hunc opibus ditans ornabat honoribus amplis.
Copia pauperibus Saxonibus agnita primum
Tunc fuerat rerum, quas Gallia fert opulenta,
Praedia praestiterat cum rex compluribus illic,
Ex quibus acciperent preciosae tegmina vestis,
Argenti cumolos, dulcisque fluenta Liei.
His ubi primores donis illexerat etc.“

2) Darauf komme ich im folgenden §. ausführlicher zurück.

3) Auch im Sachſenlande bildeten ſich gewiß ſehr bald ſolche Verhältniſſe, wie ſie das Capit. de expeditione exercitali a. 811 c. 7. (Pertz III. 169) ſchildert: „Sunt etiam alii qui dicunt se esse homines Pippini et Chluduici, et tunc profitentur se ire ad servitium dominorum suorum, quando alii pagenses in exercitum pergere debent.“

Das angeſtammte Volksrecht und das bisher beſeſſene Erbe und Eigen wurde den Unterworfenen nicht entzogen [1]). Aber überall machte ſich nun das Daſeyn eines gebietenden Herrn, eines Königs mit königlichem Banne geltend, und dieſer letztere war bei den Sachſen, wie überall im Fränkiſchen Reiche hauptſächlich in zweifacher Form, als Gerichtsbann und Heerbann wirkſam. Die von dem König eingeſetzten Grafen richteten unter Königsbann und erhielten die Gewalt, in wichtigeren Sachen, namentlich bei Fehden einen Bann von 60, in geringeren Sachen einen Bann von 12 Schillingen zu erlaſſen, d. h. Strafen von dieſer Höhe gegen die Uebertreter ihrer Vorſchriften feſtzuſetzen [2]). Auch behielt ſich der König ausdrücklich das Recht vor, mit Uebereinſtimmung der Franken und der getreuen (!) Sachſen, den regelmäßigen Bann von 60 Schillingen nach Beſchaffenheit der Umſtände zu verdoppeln, ja wohl bis auf 1000 Schillinge zu erhöhen [3]). Als Unterbeamte des Grafen nennt das Präceptum für den Grafen Trutmann Vicarii, ein Wort von ſo allge-

1) Poëta Saxo ad a. 803 (Pertz I. 260. 261). Nach dem Sachſenſp. I. 18. ſollen die Sachſen ſogar drei Beſtimmungen ihres alten Rechts wider Karls Willen beibehalten haben. — Cap. 24 in Anonymi vita Hludow. imp. (Pertz II. 619) bezieht ſich wohl nur auf einzelne Sachſen.

2) Capit. Paderbr. a. 785 c. 31. „Dedimus potestatem comitibus bannum mittere infra suo ministerio de faida vel majoribus causis in solidis sexaginta. De minoribus vero causis comitis bannum in solidis duodecim constituimus.“

3) Capit. Saxonicum a. 797. c. 9. „Item placuit ut quandoquidem voluit domnus rex propter pacem et propter faidam et propter majores causas, bannum fortiorem statuere, una cum consensu Francorum et fidelium Saxonum, secundum quod ei placuerit, juxta quod causa exigit et oportunitas fuerit, solidos sexaginta multiplicare in duplum, et solidos centum sive usque ad mille componere faciat qui ejus mandatum transgressus fuerit.“

meiner und unbeſtimmter Art, daß darunter ſehr wohl die oben erwähnten Schultheißen und Gografen verſtanden werden könnten. Wichtiger iſt es, daß aus demſelben Präceptum eine frühzeitige Einführung der Scabinenverfaſſung im Sachſenlande hervorzugehen ſcheint [1]). Was den Heerbann anbetrifft, ſo wird die Unterwerfung der Sachſen unter denſelben ſowohl durch die Geſchichte als durch die Geſetze beſtätigt. Aus den Fränkiſchen Annalen erſehen wir, daß die Sachſen in den Zwiſchenjahren des Friedens mit Karl, an vielen Feldzügen deſſelben gegen andere Völker, als Sorben, Wilzen, Avaren Theil nahmen [2]). In den Capitularien wird der Umfang ihrer Verpflichtung noch genauer beſtimmt [3]), und in dem Sächſiſchen Volksrechte wird der Grundſatz der Fränkiſchen Reichsgeſetzgebung, daß der beim Kriegsheer oder auf der Heimkehr von demſelben befindliche Mann des Volkes dreifache Buße und Wergeld habe, ausdrücklich auch auf die Sachſen ausgedehnt [4]).

---

1) „Quapropter in illa parte Saxoniae Trutmannum virum illustrem ibidem comitem ordinamus, ut — super vicarios et scabinos, quos sub se habet, diligenter inquirat“ bei Walter C. J. G. II. 103.

2) Einhardi Annal. ad a. 782 (Pertz I. 163) Annal. Lauriss. ad a. 789 (Pertz I. 174) Annal. Lauriss. und Einhardi Annal. ad a. 791 (Pertz I. 176. 177.) Chron. Moissiac. ad a. 791 (Pertz I. 299).

3) Capit. Aquense a. 807. c. 5. „Si partibus Hispaniae sive Avaritiae solatium ferre fuerit necesse praebendi, tunc de Saxonibus quinque sextum praeparare faciant. Et si partibus Beheim fuerit necesse solatium ferre, duo tercium praeparent. Si vero circa Surabis patria defendenda necessitas fuerit, tunc omnes generaliter veniant.“ Capit. Bonon. a. 811. c. 8. — — „Qui autem trans Renum sunt et per Saxoniam pergunt, ad Albiam marcam esse sciant.“

4) L. Sax. V. 1. „Qui homini in hoste vel de hoste —

Die Geſchichte faſt aller unnatürlich großen Reiche iſt ſelbſt in Perioden höher geſtiegener Civiliſation voll von Klagen über Beamten-Druck und Willkür: um wie viel mehr in Zeiten und bei Völkern, zu denen der Geiſt höherer Geſittung noch nicht gedrungen und überall Neigung zu roher Gewaltthätigkeit ohne Schonung beſtehender Rechte vorherrſcht. Die Fränkiſchen Capitularien ſind von dieſer Seite betrachtet ungemein lehrreich, denn ſie zeigen uns einen Zuſtand der genannten Art und enthalten zahlreiche Verordnungen gegen die Willkür, womit die hohen Beamten, geiſtliche wie weltliche, die Aermeren und Schwächeren im Volke behandelten. Auch die Sachſen waren nun allen dieſen Plagen, zu denen der Heerbann die meiſte Veranlaſſung gab, ausgeſetzt, und in der Regierung des ſchwachen Ludwig, in den Kämpfen zwiſchen Vater und Söhnen, und dann wieder zwiſchen den Brüdern, ſcheinen dieſelben einen unerträglichen Grad erreicht zu haben. Ueberhaupt aber war durch die große Begünſtigung und die Erhebung des Adels über die andern Claſſen des Volkes der Saame der Zwietracht im Innern deſſelben ausgeſtreut und ſomit freilich der ſicherſte Boden für die neue Herrſchaft gewonnen worden. Die Früchte dieſer Saat von Zwietracht treten dann ſehr deutlich in dem Kampfe der Stellinga (841. 842) hervor, in welchem wir Freie und Liten im wilden Aufſtande gegen den einheimiſchen Adel finden [1]). Man ſieht klar, wie, ſeit die alte De-

---

pergenti malum aliquod fecerit, in triplo componat." Vgl. meine Schrift: Thür. Geſetz 168 folg.

1) Nithardi histor. lib. 4. c. 2. (Pertz II. 668). „His ita se habentibus, cernens Lodharius, quod post victoriam fratrum populus qui cum illo fuerat deficere vellet, variis necessitatibus astrictus, quocumque et quomodocumque poterat, subsidium quaerebat. — — Hinc etiam in Saxoniam misit, frilingis lazzibusque, quorum infinita multitudo est, promittens,

mokratie durch das Verbot der großen Landesgemeinden den Hauptſitz ihrer Kraft und Bedeutung verloren hatte, die von der Monarchie genährte und gepflegte Ariſtokratie bemüht geweſen war, die Volksfreiheit mehr und mehr zu untergraben; und die Erbitterung der zahlreichen Freien und Liten gegen den einheimiſchen Adel mußte natürlich um ſo ſtärker werden, jemehr dieſer letztere an dem Kampfe für die Freiheit vom Fränkiſchen Joche einſt ſelbſt Theil genommen hatte, allmählich aber durch die neu errungenen Vortheile dem Intereſſe des eigenen Volkes entfremdet worden war. Auf dieſe Weiſe ſcheint der hiſtoriſch ſehr wichtige Aufſtand der Stellinga erklärt werden zu müſſen; keinesweges aber braucht man zum Verſtändniß deſſelben zu der quellenwidrigen Annahme, daß Karl der Gr. den Sächſiſchen Adel überhaupt erſt geſchaffen habe, ſeine Zuflucht zu nehmen.

§. 5. Die Lex Saxonum im Allgemeinen. Zeit ihrer Abfaſſung.

Das Sächſiſche Volksrecht, zu welchem ich mich jetzt beſonders wende, iſt nach der gewöhnlichen Annahme unter

si secum sentirent ut legem, quam antecessores sui tempore quo idolorum cultores erant habuerant, eandem illis deinceps habendam concederet. Qua supra modum cupidi nomen novum sibi, id est Stellinga, imposuerunt, et in unum conglobati dominis e regno pene pulsis, more antiquo qua quisque volebat lege vivebat.“ Vgl. auch Prudentii Trecens. Annal ad a. 841. 842 (Pertz I. 437 sq.) — Annal. Xantenses ad a. 841. 842 (Pertz II. 227). Intereſſante Vergleichungen mit dieſem Kampfe der Stellinga bieten in mancher Hinſicht die Unruhen dar, welche in der Constitutio de expeditione Romana erwähnt werden, und die, welche unter Konrad dem Salier in Italien ausbrachen. Herm. contr. ad a. 1035. Annal. Sangall. maj. ad a. 1035 bei Pertz I. 83. — Wippo vita Conr. Sal. bei Pistorius Script. rer. Germ. Tom. III. p. 480.

Karl d. Gr. aufgezeichnet worden, und wirklich ſcheinen auch nicht bloß die uns erhaltenen Nachrichten von Karls umfaſſender legislativer Thätigkeit, welche ſich auf alle im Frankenreiche begriffenen Völker richtete [1]), ſondern auch der Inhalt der alten Rechtsquelle ſelbſt und der ganze innere Zuſammenhang der Verhältniſſe entſchieden für jene Anſicht zu ſprechen. Alle Gründe, durch welche Luden eine ſpätere Entſtehung dieſer Rechtsſammlung, etwa zur Zeit des Kampfes der Stellinga, wahrſcheinlich zu machen geſucht hat [2]), können in der That nicht für ſehr bedeutend gehalten werden. Die Behauptung, es ſey ſchwer zu glauben, daß das Herrenthum in Sachſen zur Zeit Karls d. Gr. ſchon ſo bedeutende Fortſchritte gemacht gehabt habe, als ſie in dem Geſetzbuch erſcheinen, hängt mit der ſchon oben erwähnten Anſicht deſſelben Schriftſtellers, daß der Adel bei den Sachſen eine Schöpfung Karls geweſen ſey, genau zuſammen. Ferner ſollen nach Luden auch die in der Sammlung vorkommenden Verbrechen, welchen wenn ſie Jemand gegen ſeinen Herrn oder die Kinder, die Frau und die Mutter deſſelben begeht, die Todesſtrafe gedroht iſt, auf einen Zuſtand von Gewaltthätigkeit hinzuweiſen ſcheinen, der nur in jener ſpäteren Zeit Statt gefunden haben dürfte. Allein hier iſt unberückſichtiget geblieben, daß bereits in dem Paderbornſchen Capitulare von 785 die nämlichen oder doch ganz ähnliche Verbrechen erwähnt und gleichfalls mit der Todesſtrafe bedroht werden. Nun nimmt zwar Luden V. 499. an, daß jenes Capitulare nicht vor dem J. 804 entſtanden ſeyn könne. Indem aber ſo nach ſeiner eigenen Meinung etwa 804 oder bald hernach die Erlaſſung ſolcher ſtrengen Geſetze in einem Capitulare möglich war, ſo iſt doch gar kein Grund

---

1) **Einhardi vita Kar. M. c. 29. Poëta Saxo ad a. 814.** (Pertz I. 276.).

2) Geſch. des teutſchen Volkes Bd. V. S. 55.

vorhanden, warum dieſelben oder doch ganz ähnliche Geſetze gleichzeitig nicht auch in dem ſchriftlich aufgezeichneten Volksrechte der Sachſen hätten Platz finden können. Wenn endlich ſelbſt die Verordnung, daß ein zum Tode verurtheilter und in die Kirche geflüchteter Verbrecher ausgeliefert werden ſolle, als ein Zeugniß für eine hinter Karl dem Großen liegende Entſtehungszeit hervorgehoben wird, ſo iſt überſehen, daß ähnliche Verordnungen ſelbſt ſchon vor Karl dem Großen gefunden werden [1]). Je mehr der Staat erſtarkte, je mehr ſich der Kreis der öffentlichen Strafen erweiterte, deſto beſtimmter trat auch in der Geſetzgebung die Richtung gegen das Fehdeweſen und das kirchliche Aſylrecht hervor. Eine Beſchränkung des letzteren erſcheint unter dem kräftigen Karl ſogar natürlicher, als unter ſeinen Nachfolgern in dem von Krieg und Unruhen aller Art ſo vielfach heimgeſuchten neunten Jahrhundert.

Hiernach wird alſo die gewöhnliche Anſicht, daß die Lex Saxonum unter Karl d. Gr. entſtanden ſey, feſtgehalten, wenigſtens um der obigen Gründe willen nicht aufgegeben werden dürfen. Die Aufzeichnung der Sammlung iſt aber zugleich mit großer Wahrſcheinlichkeit gegen das Ende von Karls Regierung zu ſetzen. Von Manchen ſind zwar als Gründe für eine noch im achten Jahrhundert erfolgte Abfaſſung angeführt worden: 1) die in Quellen des achten Jahrhunderts vorkommenden Erwähnungen einer Lex oder Ewa der Sachſen [2]), und 2) die Bezeichnung des Fränkiſchen Herrſchers als König, in dem dritten

1) Schon in dem Capit. incerti anni (c. 744) heißt es in cap. 21. „Homicidis vel ceteris reis qui legibus mori debent, si ad ecclesiam fugerint, nullus eis victus detur.“ Vgl. Capitul. a. 779. c. 8.

2) Capit. Paderbr. a. 785. c. 33. „De perjuris secundum legem Saxonum sit.“ Capit. Saxon. a. 797. c. 7. 8. wo von der ewa Saxonum die Rede iſt.

Titel des alten Volksrechtes ſelbſt, indem ſich hieraus wenigſtens auf eine Abfaſſung deſſelben vor der Erhebung Karls zum Römiſchen Kaiſer ſchließen laſſe.

Bei näherer Prüfung ſcheinen jedoch dieſe beiden Argumente von keinem beſondern Gewicht zu ſeyn. Lex und Ewa heißen in der Sprache jener Zeiten nichts Anders als das lebendige Recht eines Volkes überhaupt [1]), ohne daß ſich aus der Anwendung dieſer Worte irgend ein Schluß über die bereits oder noch nicht erfolgte ſchriftliche Aufzeichnung deſſelben ziehen läßt. Bei der Erwähnung des Königs der Franken aber iſt erſtens zu bedenken, daß Karl auch als Römiſcher Kaiſer nicht aufhörte König der Franken zu ſeyn, und daß die Römiſche Kaiſerwürde überhaupt immer nur in unmittelbarer Beziehung zum Beſitze von Italien und namentlich Rom gedacht wurde; außerdem könnte vielleicht der dritte Titel nur ein ſpäter eingeſchobenes Stück ſeyn, und dieß ſelbſt nicht angenommen, ſo ließe ſich die Uebergehung der Römiſchen Kaiſerwürde ſchon daraus erklären, daß man bei jenem Titel das Paderbornſche Capitulare von 785 wahrſcheinlich unmittelbar excerpirt hat [2]).

---

1) von Savigny Geſch. d. R. R. im MA. Bd. I. S. 130 f. 2te Ausg. Die morganatiſche Ehe heißt im Mittelalter matrimonium ad legem Salicam (II. Feud. 29), während in der uns erhaltenen lex Salica von ihr nirgends die Rede iſt. Ewa und Lex aber werden in vielen Stellen völlig gleichbedeutend gebraucht. Capit. Bajoar. a. 803. c. 5 (Pertz III. 127). „Ut latrones vel homicidae seu adulteri et incestuosi sub magna districtione et correctione sint correpti secundum eoa Bajuvariorum vel lege.“ Die Hauptſtellen, wo der Ausdruck ewa in den alten Rechtsquellen gefunden wird, ſind nachgewieſen bei Georgisch Corp. j. Germ. ant. im Index.

2) Falck (Encyclopädie §. 112 Note 6) meint, daß die Lex Saxonum einige Jahre vor 800 zu ſetzen ſeyn dürfte, und

Von einzelnen Jahren ſpricht am meiſten für 802 oder 804. Für 802 eine Stelle in dem Chron. Laureshamense, welche dann auch in das Chron. Moissiacense übergegangen iſt, und auf deren Wichtigkeit ich an einem andern Orte aufmerkſam gemacht habe[1]). Für 804 (oder kurz nachher) der Umſtand, daß erſt in dieſem Jahre die bleibende Unterwerfung der Sachſen erfolgte[2]). Wie es ſich aber auch im Einzelnen hiermit verhalten habe: die Aufzeichnung gegen Ende von Karls Regierung ſcheint durch den Inhalt des Geſetzbuches im Allgemeinen beſtätigt zu werden. Daſſelbe enthält nämlich gewiſſe Beſtimmungen, welche nach meiner Anſicht aus der auf Erhebung der Ariſtokratie, mittelbar alſo auf Erniedrigung der andern Sächſiſchen Volksclaſſen gerichteten Politik Karls d. Gr. hervorgegangen ſind; die Nothwendigkeit einer ſolchen Politik konnte aber erſt dann recht deutlich hervortreten, nachdem wiederholte Verſuche, die Sachſen vollſtändig zu unterwerfen, fruchtlos geblieben waren. Ich denke dabei an das dem Sächſiſchen Adel im Volksrechte eingeräumte Wergeld, und halte dafür, daß in der Zwiſchenzeit zwiſchen

---

legt hierbei wahrſcheinlich darauf, daß in dem Geſetze nur von einem König der Franken die Rede iſt, ein beſonderes Gewicht.

1) Chron. Lauresham. ad a. 802 (Pertz I. 39) und Chron. Moissiac. ad a. 802. (Pertz I. 306.) „Et mense Octobrio congregavit (Karolus) universalem synodum (in Aquis) — — — Et ipse imperator interim quod ipsum synodum factum est, congregavit duces, comites et reliquum populum Christianum cum legislatoribus, et fecit omnes leges in regno suo legere, et tradere unicuique homini legem suam, et emendare ubicumque necesse fuit, et emendatam legem scribere, ut judices per scriptum judicassent (judicarent) et munera non accepissent (acciperent), sed omnes homines, pauperes et divites, in regno suo justitiam haberent.“ Meine Ausg. der Lex Frisionum p. 30.

2) Luden a. a. O. Bd. V. S. 28.

den beiden Sächſiſchen Capitularien und der Lex, vielleicht auch erſt bei der Aufzeichnung dieſer letzteren ſelbſt, mit dem Sächſiſchen Adel und ſeiner Stellung zu den übrigen Volksclaſſen bedeutende Veränderungen eingetreten ſeyen.

An mehreren Stellen jener Capitularien wird bei Strafandrohungen wegen Uebertretungen königlicher Gebote für den Edlen eine doppelte, für den Liten eine um die Hälfte kleinere Strafe als für den Freien feſtgeſetzt. Höchſt wahrſcheinlich hat eben dieſes Verhältniß auch in Betreff der urſprünglichen Wergelder gegolten, d. h. alſo der Edle iſt auch hierin gleich zwei Freien, gleich vier Liten geſchätzt worden. Denn erſtens kommt in Betracht, daß der Adel bei den Germanen allen geſchichtlichen Zeugniſſen zufolge überall erſt mit der Monarchie recht groß gewachſen iſt, und eben deshalb kann derſelbe in der vorkarolingiſchen Verfaſſung der Sachſen, welche wie wir geſehen noch überwiegend demokratiſch geformt war, ſchwerlich ſchon eine ſo hohe Stellung über den Freien eingenommen haben, wie wir ſie im Sächſiſchen Volksrechte antreffen. Iſt aber dieſe letztere nicht für vorkarolingiſch zu halten, ſo bleibt für das Verhältniß der alten Wergelder von Edlen und Freien keine andre Norm übrig, als die Strafbeſtimmungen in den Sächſiſchen Capitularien; und daß man dieſe hier nicht mit Unrecht zu Grunde legt, zeigt die Stellung der Freien und Liten zu einander, welche auch zur Zeit der Geſetzſammlung noch unverändert die alte geblieben war. Zweitens aber iſt auch die Analogie der Frieſiſchen Verfaſſung hierbei in Betracht zu ziehen. Nicht bloß im weſtlichen Friesland zwiſchen Fli und Sincfala, ſondern auch im öſtlichen zwiſchen Laubach und Weſer ſtand der Edle in Wergeld und Buße ebenfalls zwei Freien und vier Liten gleich [1]); und der letztere Umſtand iſt um ſo wich-

1) L. Fris. I. 10. Addit. Sap. III. 58.

tiger, als ſich kaum bezweifeln läßt, daß die öſtlichen Frieſen zwiſchen Laubach und Weſer hauptſächlich aus den kleinen Kauchen der älteren Zeit hervorgegangen waren, im Sachſenvolke dagegen die großen Kauchen als ein Hauptbeſtandtheil betrachtet werden müſſen. In dem Geſetze der Sachſen finden wir zwiſchen den drei Ständen des Volkes ein ganz anderes Verhältniß. Der Edle erſcheint nämlich hier in Wergeld und Buße ſechs Freien und zwölf Liten gleichgeſetzt. Unter den beiden letztgenannten Ständen iſt mithin Alles beim Alten geblieben, aber das frühere Wergeld des Edlen iſt, das oben Geſagte als richtig vorausgeſetzt, verdreifacht worden. Der Edle hat nun ein Wergeld von 1440 Schillingen zu zwei, oder 960 Schillingen zu drei Tremiſſes. Die Worte in Titel II. des Geſetzes: „Ruoda dicitur apud Saxones CXX solidi, et in praemium CXX solidi," beziehen ſich ohne Zweifel auf den Freien, und dieſem wird alſo hier ein Wergeld von 240 Schillingen zu zwei oder 160 Schillingen zu drei Tremiſſes zugeſprochen [1]). Man könnte muthmaaßen, daß hinter dem Wergelde des Edlen die Worte: „Qui liberum occiderit, CCXL. sol. componat," ausgefallen ſeyen, denn die oben mitgetheilten Worte ſcheinen nur eine Erklärung des Freienwergelds zu ſeyn. Heißt aber Ruoda ſo viel als Ruthe, und wird dieſes wieder gleichbedeutend mit Wergeld gebraucht [2]), ſo wird es ſehr wahrſcheinlich, daß das Wergeld des Sächſiſchen Freien in einer noch früheren Zeit wirklich 120 Schillinge von zwei Tremiſſes betragen habe und daß ſpäterhin eine Verdoppelung deſſelben erfolgt ſey. Man hätte alſo dann das alte Wergeld für den Freien als Grundlage des ganzen Wergelds- und Bußſyſtems, namentlich als Maaßſtab für die übrigen

1) Ganz übereinſtimmend mit L. Ripuar. XXXVI. (38). 4.

2) J. Grimm D. Ralt. 676. 273.

Wergelder noch immer das Wergeld ſchlechthin, die Ruthe, Ruoda genannt, und die Worte in praemium würden dann eben auf die vermuthlich auch erſt unter Karl dem Gr. vorgenommene Verdoppelung bezogen werden müſſen. Das Wergeld des Liten wird ganz beſtimmt auf Höhe von 120 Schillingen zu zwei oder 80 zu drei Tremiſſes angegeben. Das Reſultat der obigen Darſtellung ließe ſich nun etwa in folgender Tabelle veranſchaulichen.

Eine Zeitlang unter Karl dem Gr.

Der Edle.	Der Freie.	Der Lite.
480 sol. von 2 oder 320 sol. von 3 trem.	240 sol. von 2 oder 160 sol. von 3 trem.	120 sol. von 2 oder 80 sol. von 3 trem.

Eine noch frühere Zeit. (Vielleicht!)

Der Edle.	Der Freie.	Der Lite.
240 sol. von 2 oder 160 sol. von 3 trem.	120 sol. von 2 oder 80 sol. von 3 trem.	60 sol. von 2 oder 40 sol. von 3 trem.

In dem Sächſiſchen Volksrechte.

Der Edle.	Der Freie.	Der Lite.
1440 sol. von 2 oder 960 sol. von 3 trem.	240 sol. von 2 oder 160 sol. von 3 trem.	120 sol. von 2 oder 80 sol. von 3 trem.

Die große Erhöhung des Wergeldes der Sächſiſchen Edlen iſt meiner Anſicht nach von Karl d. Gr. ausgegangen und eine von den politiſchen Maaßregeln geweſen, wodurch er die endliche Unterdrückung des immer wieder für ſeine Freiheit aufſtehenden Volkes zu befeſtigen ſuchte [1]).

---

1) von Savigny Beitrag zur Rechtsgeſch. des Adels im neueren Europa S. 9. Note 2 beſtreitet dieſe von mir ſchon früher (Geſetz der Thüringer S. 20. 163) ausgeſprochene Anſicht, weil bei Geſetzen, die ſo wenige Jahre aus einander entfernt ſeyen, wie die Sächſiſchen Capitularien und das Geſetzbuch, eine ſo ſtarke Neuerung ohne beſonderes Zeugniß nicht

Dafür ſpricht der ganze innere Zuſammenhang der Verhältniſſe. Bei den Franken ſelbſt hatten Monarchie und Ariſtokratie der alten Demokratie damals ſchon längſt den Vorrang abgewonnen, und bekanntlich findet ſich bei keinem andern Germaniſchen Volke ein ſo ungeheures Wergeld der Edlen, wie es der Salfränkiſche ingenuus in truste, oder was daſſelbe iſt, ingenuus antrustio nach den ſpäteren Quellenzeugniſſen im Betrage von 1800 sol. hatte[1]).

anzunehmen ſey. Allein die Kürze der Zeit ſcheint mir hierbei gleichgültig zu ſeyn; ich ſuche auch nur einen wahrſcheinlichen Grund der merkwürdigen Verſchiedenheit, wonach in den Capitularien das Verhältniß zwiſchen Edlen, Freien und Liten das von 4, 2, 1, und in der ſpäteren Geſetzſammlung das von 12, 2, 1 iſt. Hierüber heißt es nun bei von Savigny: „Offenbar wollte man den Adel dadurch begünſtigen, daß man ihn von den niederen Ständen ſtärker unterſchied, wenn er eine Strafe zu empfangen, als wenn er eine ſolche zu zahlen hatte.“ Allein dieſer Grund ſcheint mir die Verſchiedenheit nicht zu erklären, denn er paßt nicht auf das ganze Privatbußenſyſtem. In dieſem gilt die Regel, daß über die Höhe des Wergeldes oder der Buße nicht der Stand des Verbrechers, ſondern der des Verletzten entſcheide. Wenn alſo z. B. ein Edler an einem andern Edlen einen Todtſchlag verübt hatte, ſo wurde er eben ſo gut, wie ein in demſelben Falle befindlicher Freier oder Lite zur Zahlung von 1440 Schillingen von 2, oder 960 Schill. von 3 Tremiſſes verurtheilt.

1) L. Sal. emend. LXVI. 1. „Si quis hominem in hoste occiderit, triplici compositione componat, sicut in patria componere debuit, excepto si ex truste regali non fuerit ille homo. 2. Nam si ex truste regali fuerit, eandem compositionem quam infra patriam facere debuit, culpabilis judicetur, hoc sunt denarii LXXIIM. qui faciunt solid. IDCCC.“ Recapitul. leg. Sal. 31. Meine Schrift, Geſetz der Thüringer S. 165 folg. — von Savigny Beitrag zur Rgeſ. des Adels S. 19 Note 1 äußert ſich über die von mir a. a. O. ausgeſprochene Anſicht, wonach das Wergeld des ingenuus in truste früher 600, ſpäter 1800 sol. betrug, dahin, daß er zu dieſer Annahme einer Veränderung der Regel nicht

Die Sächſiſchen 960 Schillinge zu 3 Tremiſſes verlieren alſo dadurch auch das Wunderbare, was Luden in ihnen finden will[1]). Für einen unmittelbar Fränkiſchen Einfluß bei jener Erhöhung des dem Sächſiſchen Edlen eingeräumten Wergeldes ſpricht aber dann namentlich auch die Art, wie jene Erhöhung vorgenommen wurde. Dieß geſchah nämlich durch eine Verdreifachung, d. h. alſo in derjenigen Form, deren ſich grade die Franken in ſolchen Fällen vorzugsweiſe zu bedienen pflegten[2]). Auf dieſe Art wäre zugleich ein ſehr natürlicher Grund gefunden, warum ſich in dem Kampfe der Stellinga der Ingrimm des Volkes

---

den geringſten Grund ſehe. Meine Gründe ſind folgende: Zuvörderſt kann ich den Worten ex truste regali esse, nicht den Sinn beilegen: im königlichen Banner dienen. Vielmehr iſt homo in truste und antrustio nach meiner Anſicht das Nämliche. Daß nun der ingenuus in truste oder ingenuus antrustio eine Zeitlang ein Wergeld von 600 sol. hatte, geht beſtimmt aus l. Sal. emend. XLIII. 4. hervor. Daß er aber ſpäter eines von 1800 sol. hatte, ſagt die Recapitulatio l. l. „Inde ad solidos MDCCC; ut si quis hominem in truste dominica (occiderit);“ und daß er dieſes ebenſowohl in hoste als in patria hatte, wird in der oben mitgetheilten Stelle der l. Sal. ausgeſprochen. Ich geſtehe, daß ich die dort geſperrt gedruckten Worte nicht für undeutlich und wahrſcheinlich verdorben halten kann. Wer jemanden in hoste tödtet, ſcheint mir die Stelle zu ſagen, ſoll ihn dreifach ſo hoch büßen, als wenn er ihn in patria getödtet hätte; ausgenommen der Getödtete wäre ein königlicher Antruſtio, denn dieſer hat in hoste und in patria gleiches Wergeld, nämlich der ingenuus antrustio eines von 1800 sol. Warum übrigens hier der Unterſchied zwiſchen dem in hoste und in patria wegfällt, habe ich am oben a. O. S. 171 fg. zu erklären geſucht.

1) Geſch. des teutſchen Volks V. 53. Vergl. auch L. Bajuv. II. 20, 4.

2) Meine Schrift, Geſetz der Thüringer S. 248.

hauptſächlich gegen die einheimiſchen Herren richtete, während es aus der Erbitterung der Freien und Liten über die Laſten des Heerbannes noch nicht klar wird, weshalb der Sächſiſche Adel im Allgemeinen damals der Hauptgegenſtand des Volkshaſſes war.

Von der Art der Aufzeichnung des alten Rechts wiſſen wir gar nichts Genaueres. Wahrſcheinlich wurden Abgeordnete aus den drei Haupttheilen des Landes, Weſtphalen, Engern und Oſtphalen zuſammenberufen, in ähnlicher Weiſe wie dieß vor der Erlaſſung des Sächſiſchen Capitulare im J. 797 geſchah [1]). Sie wieſen das Recht und aus ihrem Munde wurde es aufgeſchrieben. Wichtig iſt in dieſer Beziehung, daß in der Sammlung bei dem Güterrechte der Ehegatten auf die Verſchiedenheiten zwiſchen Weſtphäliſchem Rechte einerſeits, Oſtphäliſchem und Engerſchem Rechte andererſeits ausdrücklich Rückſicht genommen wird: ein Umſtand, der allein ſchon auf die Theilnahme Sächſiſcher Rechtskundigen bei der Aufzeichnung deutlich hinweiſet.

Als Ort der Aufzeichnung könnte man Aachen vermuthen, wenn dieſelbe wirklich im J. 802 Statt gefunden hätte.

§. 6. Angebliche Dürftigkeit des Inhalts der Lex Saxonum. Verbindung von alt Sächſiſchem Gewohnheitsrechte und Fränkiſcher Geſetzgebung in derſelben.

Bei Witichind von Corvei findet ſich die merkwürdige Stelle: „De legum vero varietate nostrum non est

1) In der Einleitung deſſelben heißt es: . . . „congregatis Saxonibus de diversis pagis, tam de Westfalahis et Angrariis, quam et de Oostfalahis, omnes unanimiter consenserunt etc.“

in hoc libello disserere, cum apud plures inveniatur lex Saxonica diligenter descripta [1]).“ Da hier mit den Worten „diligenter descripta“ ſchwerlich ein bloßes Abſchreiben gemeint ſeyn kann, ſo möchte man aus jener Aeußerung allerdings ſchließen, daß es zu Witichinds Zeiten auch außer unſerer Lex noch andere Aufzeichnungen des Sächſiſchen Rechts gegeben haben müſſe. Aber jede Spur derſelben iſt verſchwunden, und für den officiellen Charakter der uns erhaltenen Sammlung ſcheint ſchon der Umſtand zu ſprechen, daß grade ſie in mehreren Handſchriften auf uns gekommen iſt.

Man hat ſehr oft über ihre Dürftigkeit geklagt; allein dieſelbe iſt offenbar übertrieben worden, und gewöhnlich iſt dabei unberückſichtigt geblieben, daß jedes alte Volksrecht und namentlich denn auch das Sächſiſche in vielen Beziehungen eine Vervollſtändigung aus ſich ſelbſt zuläßt. Sobald man nämlich das allgemeine Verhältniß der Stände unter einander kennt, ſo laſſen ſich aus der Größe der Bußen bei dem einen Stande, die Bußanſchläge bei den andern Ständen in allen gleichen Fällen mit Sicherheit gewinnen, und in der Leichtigkeit, womit in alten Zeiten, als das praktiſche Recht hauptſächlich auf jenen Verhältniſſen beruhte, mit dieſen Begriffen gerechnet wurde, iſt wohl ohne Zweifel einer von den Gründen zu ſuchen, warum man ſich hier oft mit ſcheinbar ſehr unvollſtändigen Angaben begnügte. Im Frieſiſchen Volksrechte wird im Epilog des Tit. 22, welcher von Verwundungen freier Leute handelt, ganz ausdrücklich darauf hingewieſen, daß und wie die bemerkten Bußen bei Edlen und bei Liten überall umgeſetzt werden müßten. Im Sächſiſchen Volksrechte fehlt es an beſtimmten Aeußerungen dieſer Art.

---

1) Leibnitz Scriptor. rer. Brunsvic. Tom. I. p. 75.

Dennoch aber leidet es keinen Zweifel, daß auch hier namentlich gleich im erſten Titel ähnliche Umſetzungen vorgenommen werden müſſen. Bereits an einem andern Orte habe ich darauf hingewieſen [1]), daß in jenem Titel ein Edler nicht bloß als der Verwundete, ſondern auch als der Verwunder zu denken iſt. Der Beweis für das Letztere liegt in den Eidesmaaßen. Zwiſchen den Bußen und den Eiden ergiebt ſich nämlich aus dem erſten Titel folgendes Verhältniß.

Höhe der Buße.	Eidesmaaß.
bis zu 12 sol. . . .	Ein Eid des Angeklagten in manu liti sui oder per sua arma. I. 8.
Buße von 30—60 sol. excl.	Ein ſelbdritte zu ſchwörender Eid.
Buße von 60—120 sol. excl.	Ein Sechſereid.
Buße von 120 sol. und darüber	Ein Zwölfereid.

Nun wird in Tit. II. 4. von einem Falle gehandelt, wo ein Edler entweder eine Buße von 36 Schillingen bezahlen, oder einen Reinigungseid ſelbdritte ſchwören ſoll. Von dem Freien und Liten aber heißt es, daß dieſe in einem ſolchen Falle ein plenum sacramentum ſchwören ſollen.

Die genauere Unterſuchung, was unter dieſem vollen Eide zu verſtehen ſey, können wir vor der Hand noch auf ſich beruhen laſſen, und ich bemerke vorläufig nur, daß damit aller Wahrſcheinlichkeit nach ein Zwölfereid gemeint iſt. So viel aber ſteht ſchon hier feſt, daß etwas Anderes darunter verſtanden werden müſſe, als der von dem Edlen ſelbdritte zu ſchwörende Eid. Nun aber iſt auch im erſten Titel C. 6. 9. ein ſelbdritte zu leiſtender

1) Miscellen des D. Rechts. S. 107 folg.

Eid ausdrücklich als Aequivalent einer Buße von 36 Schillingen angegeben. Daraus folgt alſo mit Nothwendigkeit, daß das ganze Eideshelferſyſtem, wie es im erſten Titel vorgetragen wird, auf Freie und Liten keine unmittelbare Anwendung findet, und es bleibt ſomit nur die Annahme übrig, daß in jenem Titel ein Edler ſtets als der Angeklagte vorausgeſetzt wird.

Geht man hiervon aus, ſo iſt dann in dem erſten Titel eine Norm für eine Menge von Fällen gegeben, welche gar nicht mehr ausdrücklich darin berührt werden, nämlich über dieſelben Verletzungen:

1) von Seiten eines Edlen gegen einen Freien und einen Liten;
2) von Seiten eines Freien gegen einen Edlen, einen Freien und einen Liten;
3) von Seiten eines Liten gegen einen Edlen, einen Freien und einen Liten.

Die Bußanſchläge laſſen ſich in allen dieſen Fällen mit Leichtigkeit gewinnen, wenn man bedenkt, daß der Sächſiſche Schilling von drei Tremiſſes 12 Denare hatte. Für jeden Schilling von drei Tremiſſes, der als Buße für die Verwundung eines Edlen gezahlt werden mußte, waren daher, wenn der Verwundete ein Freier war zwei Denare, und war es ein Lite nur ein Denar zu entrichten. In Betreff der Eidesverhältniſſe iſt die Sache ſchwieriger. Zur Erörterung dieſes Gegenſtandes wird ſich aber erſt bei der Erläuterung des Textes die geeignete Stelle finden. Jedenfalls läßt ſich aus dem Bisherigen entnehmen, inwiefern auch bei dem alten Sächſiſchen Geſetze eine Vervollſtändigung deſſelben aus ſeinem eigenen Inhalte als möglich behauptet werden könne, und ſomit wird wenigſtens ein Theil der zuweilen über ſeine Dürftigkeit erhobenen Klagen für ungegründet erklärt werden dürfen.

Bereits oben iſt gezeigt worden, daß das Wergeld der Sächſiſchen Edlen kaum anders als durch Annahme eines Fränkiſchen Einfluſſes erklärt werden könne. Aber auch abgeſehen hiervon laſſen ſich in der uns erhaltenen Rechtsquelle zwei Beſtandtheile unterſcheiden, welche man einander im Allgemeinen als Fränkiſche Geſetzgebung und Sächſiſches Gewohnheitsrecht gegenüberſtellen kann. In einer Handſchrift, nämlich der Corveyſchen ſcheint auch durch die beſondere Ueberſchrift: Lex Francorum über Titel III. auf dieſen Unterſchied hingedeutet zu ſeyn. Daß damit aber nur ein einzelnes Stück, was vielleicht gar erſt ſpäter eingeſchoben worden iſt, bezeichnet ſeyn könne, liegt am Tage, da jener Name z. B. für das Erbrecht und das Güterrecht der Ehegatten in Tit. VII. bis IX. ganz unpaſſend ſeyn würde.

Uebrigens geben ſich folgende Theile der Rechtsſammlung vermöge ihres Inhalts als Fränkiſche Geſetzgebung kund.

1) Titel II. C. 8. 9. 10.

2) Titel III. Hier hat man bei der Abfaſſung der Geſetzſammlung das Paderbornſche Capitulare von 785 vielleicht unmittelbar benutzt. Denn von den erſten vierzehn Capiteln deſſelben (majora capitula), ſind mehrere faſt wörtlich in die Lex herüber genommen worden. Daraus könnte ſich auch erklären, warum hier nur von dem König der Franken, nicht aber von der Römiſchen Kaiſerwürde Karls die Rede iſt.

3) Titel IV. gehört vielleicht auch hierher. So entſchieden iſt dieß aber nicht als bei Titel III. Ein Fränkiſcher Urſprung der hier befindlichen Beſtimmungen wird gewöhnlich wegen der darin verfügten Todesſtrafen angenommen. Allein wenn man bedenkt, daß ſich die Todesſtrafe für einen Diebſtahl von drei Schillingen und darüber bis in viel ſpätere Zeiten bei den Sachſen erhalten

hat [1]), und daß auch bei den Angelſachſen ſchon ſeit dem neunten und zehnten Jahrhundert der Diebſtahl theils ganz allgemein, theils unter der Vorausſetzung, daß er 8 oder nach einer andern Beſtimmung 12 Pfennige beträgt, mit Todesſtrafe bedroht wird [2]), ſo wird man den Fränkiſchen Urſprung der in Tit. IV. enthaltenen Strafgeſetze wenigſtens immer als zweifelhaft betrachten müſſen.

4) Tit. V. C. 1. iſt ſeinem Inhalte nach ganz gewiß Fränkiſche Geſetzgebung. Bei C. 2 waltet der nämliche Zweifel ob wie bei Tit. IV.

5) Tit. XV. C. 2. enthält ein Gemiſch von alt Sächſiſchem Gewohnheitsrecht und neuer Fränkiſcher Geſetzgebung. Die dort ausgeſprochene Regel iſt Sächſiſchen, die beigefügten Ausnahmen Fränkiſchen Urſprungs.

6) Der räthſelhafte Titel XVII. zeigt unverkennbar Fränkiſchen Einfluß. Ein ſolcher iſt

7) auch in Tit. XVIII. ſichtbar.

8) Tit. XIX. iſt zum Theil dem C. 11 des Capitulare Saxonicum entlehnt.

Man ſieht aus dieſer Ueberſicht, daß die wichtigſten Stücke der alten Rechtsſammlung, immer abgeſehen von den Wergeldsverhältniſſen zwiſchen dem Adel auf einer, den Freien und Liten auf der andern Seite, alt Sächſiſches Gewohnheitsrecht enthalten. Unter denſelben verdienen eine vorzügliche Beachtung die Titel VI. bis IX., in welchen über Ehe, eheliches Güterrecht, Erbrecht und Mundium eine Menge von Beſtimmungen mitgetheilt werden, denen ähnliche man in manchen andern Volksrechten, z. B. dem Frieſiſchen faſt gänzlich vermißt. Zugleich erſcheint eben jenes alte Gewohnheitsrecht der Sachſen, die ewa

1) Sachſenſp. II. 13.

2) Leges Alvredi regis et Godrini Daci regis Estangliae c. 2. bei Reinh. Schmid Geſetze der Angelſachſen S. 58. Aethelſtan's Geſetze II. c. 1. VI. c. 1. a. a. O. S. 70. 84.

Saxonum, wie ſich das Sächſiſche Capitulare von 797 ausdrückt, in den genannten privatrechtlichen Lehren ſchon voll feiner Unterſcheidungen, und hier und da läßt ſich das Daſeyn ſcharfer Begriffsſonderungen errathen, ſelbſt wo in der Rechtsſammlung gar nicht beſtimmt davon gehandelt wird.

Von Gottesurtheilen wird im Geſetzbuche nur eines, der Zweikampf und auch dieſer nur an einer Stelle (XVI. 1.) erwähnt. Daß die Sachſen deren aber auch in karolingiſcher Zeit ſchon mehrere kannten: dafür ſprechen einzelne Angaben der Chroniſten, ſpätere Urkunden und der Sachſenſpiegel, in welchem außer dem Zweikampfe auch das glühende Eiſen, der Keſſelfang und das Waſſerurtheil vorkommen [1]. Auch des Friedensgeldes (fredus) wird im Geſetze nur einmal, und zwar beim Diebſtahl (IV. 8) gedacht, obgleich ſich daraus natürlich nicht ſchließen läßt, daß daſſelbe bei andern Friedensbrüchen, wie bei Mord und Todſchlag, noch gar nicht eingeführt geweſen ſey.

Eine merkwürdige Aeußerung über die Grauſamkeit des Sächſiſchen Rechts findet ſich bei Wippo im Leben Conrads des Saliers cap. 6 [2]. „Reversus Rex de Ribuariis ad Saxoniam ibi legem crudelissimam Saxonum, secundum voluntatem eorum constanti auctoritate roboravit.“ Ob Wippo dabei die alte Rechtsſammlung unmittelbar im Auge hat, iſt freilich ungewiß. Die Stelle iſt aber beſonders inſofern wichtig, als ſich daraus zu ergeben ſcheint, daß eine große Strenge des Rechts mit dem Volksgeiſte ſelbſt keineswegs im Widerſpruch

1) Hincmari Rem. Annal. ad a. 876 (Pertz I. 501). Kindlinger Münſt. Beitr. Bd. 3. Urk. No. 2. Sachſenſp. I. 39. 63. III. 21. Vet. Auct. de benef. (Senck. Corp. jur. G. med. aevi) I. 100. Wigand Geſch. v. Corvey Abth. 2. S. 137.

2) Bei Pistorius Tom. III.

ſtand. Wahrſcheinlich bezieht ſich die Aeußerung nur auf die vielen Todesſtrafen, welche zum Theil ſchon in dem alten Geſetze vorkommen, zu Conrads des Saliers Zeiten aber ohne Zweifel noch weit mehr zugenommen hatten.

§. 7. Verhältniß der Lex Saxonum zu andern Germaniſchen Rechtsquellen.

Bei jedem alten Volksrechte ſcheint es immer eine Hauptfrage ſeyn zu müſſen, welchem von den übrigen Volksrechten und andern Rechtsquellen daſſelbe innerlich am nächſten verwandt ſey. Bis jetzt aber iſt das treffliche Hülfsmittel, welches zum Verſtändniß der einzelnen vorzugsweiſe grade deren Geſchwiſterrechte darbieten, in zu geringem Grade benutzt worden; und doch werden durch Anwendung deſſelben oft ganz überraſchende Reſultate gewonnen.

Es kann zunächſt keinem Bedenken unterliegen, daß das Sächſiſche Volksrecht in mehreren wichtigen Punkten dem Frieſiſchen ſehr ähnlich ſieht. In beiden findet ſich dieſelbe einfache Gliederung des Volkes in Edle, Freie und Liten, denen allen die zahlreichen Knechte gegenüberſtehen [1]). Auch ſcheint, wie wir bereits oben geſehen haben, das Verhältniß zwiſchen den Edlen auf einer, den Freien und Liten auf der andern Seite bei den Sachſen in vorkarolingiſcher Zeit das nämliche geweſen zu ſeyn, welches wir bei den Frieſen zwiſchen Sincfala und Fli, und zwiſchen Laubach und Weſer antreffen; wonach alſo der Sächſiſche Edle im Bußenſyſtem = zwei Freien = 4 Liten angeſetzt geweſen wäre. Das Frieſiſche Geſetz iſt leider nur in Betreff des eigentlichen Privatrechts allzudürftig und gewährt hier nur ſehr wenig Vergleichungspunkte. Dagegen iſt es in dem wichtigen Inſtitute der Eideshelfer von einer Conſequenz,

---

1) Meine Abhandlung über die Familien der alt Germ. Volksrechte §. 4. a. a. O. S. 19 f.

wie ſie ſich in keinem andern Volksrechte in dieſem Grade wiederfindet, und zwar trägt es die nämlichen Verhältniſſe, nach denen ſich die verſchiedenen Stände im Bußenſyſtem gegenüber ſtehen, auch auf das Eideshelferſyſtem über. Das Sächſiſche Volksrecht aber hat in Betreff dieſes Inſtituts wahrſcheinlich andere Grundſätze befolgt und bei allen drei Ständen ein abſolut beſtimmtes höchſtes Eidesmaaß gekannt. Daß dieß ein Zwölfereid geweſen zu ſeyn ſcheine, wird jedoch erſt weiter unten ausführlicher beſprochen werden.

Bei dem Zuſammenhange der Angelſachſen in England mit den Sachſen in Deutſchland iſt eine nahe Beziehung zwiſchen den Rechten beider gewiß ſelbſt ohne weiteren Beweis anzunehmen. Dennoch hat es ſeine eigenthümlichen Schwierigkeiten, dieſelbe in einzelnen, ganz beſtimmt hervortretenden Zügen nachzuweiſen. Denn in England hat die königliche Gewalt durch Geſetzgebung auf das Recht und ſeinen Inhalt frühzeitig ſehr bedeutend eingewirkt. Auch iſt keineswegs zu behaupten, daß uns das Recht der Angelſachſen etwa deshalb, weil die Quellen deſſelben meiſt in Angelſächſiſcher Sprache abgefaßt ſind, mit größerer Verſtändlichkeit entgegentrete, als die Lateiniſch geſchriebenen Völkerrechte des Frankenreiches. Im Gegentheil erſcheint in jenen Quellen Vieles weit räthſelhafter und dunkler, und eine Vergleichung derſelben eben ſo wie der älteſten Scandinaviſchen Landrechte mit den Rechtsſammlungen der Völker des Frankenreiches läßt erſt recht deutlich erkennen, wie viel Gemeinſames bei den letzteren früher der Römiſche, ſpäter der Fränkiſche Einfluß hervorgebracht haben müſſe, und wie durch den Gebrauch der Lateiniſchen Sprache trotz ihrer Verkümmerung in jenen Jahrhunderten, die Darſtellung der Rechtsbegriffe dennoch vielfach gefördert worden iſt.

Sehr intereſſant iſt in mehrfacher Beziehung die unläugbare genaue Verwandtſchaft des Sächſiſchen Rechts mit dem Longobardiſchen. Daß ſich in derſelben eine unter den Völkern ſelbſt, und zwar vorzugsweiſe wieder zwiſchen Oſtphalen und Longobarden beſtehende Stammgenoſſenſchaft abſpiegelt, kann kaum bezweifelt werden. Eben dieſe letztere aber ſcheint für die rechte Einſicht in die politiſchen Verhältniſſe des Mittelalters von größter Wichtigkeit zu ſeyn und für die Beurtheilung mancher einflußreichen Begebenheiten einen neuen Geſichtspunkt zu gewähren. Vielleicht hat zwiſchen den Kriegen der Longobarden und denen der Sachſen mit Karl dem Gr. ein gewiſſer Zuſammenhang obgewaltet; es fehlt nicht ganz an Spuren eines ſolchen [1]). Vielleicht hat ſelbſt bei der Berufung Ottos des Großen nach Italien im zehnten Jahrhundert eine Rückſicht auf Stammverwandtſchaft der Sachſen mit den Longobarden eingewirkt [2]). Auch die in Italien ſpäter entſtandenen Rechtsquellen, beſonders das für Deutſchland ſo wichtig gewordene Longobardiſche Lehnrechtsbuch, treten durch die Beziehung auf Sächſiſches Recht in ein neues Licht. Als treffliches Hülfsmittel zur Erklärung jener Quelle muß zunächſt die Lombarda betrachtet werden, aber dieſe ſteht ſelbſt wieder mit dem Sachſenſpiegel in ſehr genauem Zuſammenhange.

Eine auch im Aeußeren vorhandene Aehnlichkeit zwiſchen dem Geſetz der Sachſen und den Longobardiſchen Quellen in ihrer urſprünglichen Geſtalt, iſt ſchon hier noch beſonders hervorzuheben. Die meiſten unſerer alten Volks-

---

1) Annal Lauriss. und Einhard. Annal. ad a. 775. 776. (Pertz I. 154 sq.). Epistola ad Offam regem Merciorum (Walter Tom. II. p. 56). Sie wird von Baluzius irrig ins Jahr 774 geſetzt. Luden a. a. O. IV. S. 541. Note 18.

2) Liutprandi Histor. lib. VI. c. 6. bei Reuber Vet. Scriptor. pag. 153.

rechte zerfallen bekanntlich in Titel und dieſe wieder in Capitel oder Paragraphen. Eine künſtlichere Eintheilung findet ſich im Weſtgothiſchen Geſetzbuche, indem hier über der Eintheilung in Titel, wie im Juſtinianiſchen Codex noch eine in zwölf Bücher ſteht. Dabei iſt bemerkenswerth, daß das mit dem Weſtgothiſchen offenbar ſich nah berührende Bairiſche Geſetzbuch ebenfalls eine zuſammengeſetztere Eintheilung, nämlich in Titel, Capitel und Paragraphen hat. Das Edict des Königs Rotharis, der Hauptkern aller Longobardiſchen Geſetze, kennt eine Abtheilung in Bücher oder Titel gar nicht, ſondern zerfällt in eine Reihe fortlaufender oft ſehr kleiner Capitel oder Paragraphen. Aber eben dieſe Form ſcheint auch die urſprüngliche des Sächſiſchen Volksrechts geweſen zu ſeyn, ſo wie dieſelbe in den alten Geſetzen der Angelſachſen im Allgemeinen die Regel bildet. Ganz gleichgültig ſind Uebereinſtimmungen dieſer Art gewiß nicht, und faſt erklären ſie ſich immer noch am leichteſten, wenn man bei der Abfaſſung der jüngeren Rechtsquelle gradezu einen gewiſſen Einfluß der älteren annimmt.

Für grundlos iſt nach meiner Anſicht die freilich ſehr oft wiederholte Behauptung zu erklären, wonach das Thüringiſche Recht ein Geſchwiſterrecht des Frieſiſchen und Sächſiſchen ſeyn ſoll. Vielmehr lehrt eine genauere Betrachtung, daß daſſelbe mit den Fränkiſchen Volksrechten, beſonders wieder dem Ripuariſchen eine Familie bildet [1]).

Das Geſetz der Sachſen erwähnt in Tit. VIII. und IX. eine wichtige Verſchiedenheit, worin ſich das eheliche Güterrecht der Oſtphalen und Engern von dem der Weſtphalen trennte. Hierdurch erlangen wir die Gewißheit daß die uns erhaltene Rechtsquelle für die genannten drei

1) Meine Schrift über das Geſetz der Thüringer, beſonders §. 24.

Hauptſtämme (aber auch wohl nur für dieſe) gemeinſchaftlich beſtimmt war. Daß es auch noch andere Verſchiedenheiten des Rechts unter ihnen gab, über welche die alte Rechtsſammlung zufällig ſchweigt, ließe ſich auch ohne ſpätere Zeugniſſe ſchon aus der dem Individuellen überall ſo günſtigen Natur des Deutſchen Rechts vermuthen. In der That aber finden wir auch in jüngeren Urkunden die Eigenthümlichkeit der Stammrechte hier und da ausdrücklich erwähnt [1]). Dadurch gewinnen zunächſt die Angaben des alten Volksrechts über die Abweichungen des Weſtphäliſchen Rechts von dem der Oſtphalen und Engern ein erhöhtes Intereſſe, weil ſie nun nicht mehr ſo vereinzelt und abgeriſſen daſtehen. Außerdem aber führen jene Erwähnungen der beſondern Stammrechte auch zu einer vielſeitigeren Würdigung der ſpäteren Sächſiſchen Rechtsquellen, namentlich des Sachſenſpiegels. Denn ſchon einmal angenommen, was freilich von Einzelnen noch immer ohne Grund beſtritten wird, daß im Sachſenſpiegel zunächſt hauptſächlich nur Sächſiſches Recht zu finden iſt, ſo wird ſich die tiefere Forſchung hiermit noch gar nicht für befriedigt halten können, ſondern die Frage aufwerfen müſſen, ob ſich nicht im Sachſenſpiegel der Particularismus der Sächſiſchen Stammrechte im Einzelnen hier und da auch noch geltend mache?

Unverkennbar wird dem Sächſiſchen Volksrechte eine ganz eigenthümliche Bedeutung dadurch zu Theil, daß daſſelbe mit dem wichtigſten Rechtsbuche des Mittelalters,

---

1) Vgl. Kindlinger Münſt. Beitr. II. No. 8. S. 43. — No. 11. Urk. von 1092. S. 64. „jure Westphalorum confirmatum“ — No. 15. Urk. von 1113. S. 96. „hec acta sunt secundum legem et justitiam Angariorum“ — — — „Acta sunt autem hec secundum ritum Ostersachson Hereschap. in pago Sulbirgowe.“ — No. 21. Urk. von 1126. S. 156. „haec facta sunt secundum legem Angariorum.“

dem Sachſenſpiegel in einer ſo beſonders nahen Verbindung ſteht. Es iſt durchaus kein Grund vorhanden, das Sächſiſche Landrecht für eine Darſtellung des mittelalterlichen Deutſchen Landrechts überhaupt zu halten [1]) da ein ſolches damals noch gar nicht exiſtirte, und bei den noch ganz unaufgelöſten Individualitäten der einzelnen Völker nicht exiſtiren konnte. Wenn man von gewiſſen durchgreifenden, allen Deutſchen Volksrechten gleichmäßig angehörenden Grundſätzen und außerdem vorzüglich von den das öffentliche Reichsrecht betreffenden Beſtandtheilen des Sachſenſpiegels abſieht: ſo iſt in demſelben auch wirklich nur Sachſenrecht, und nicht mehr ein gemeines in ganz Deutſchland auf gleiche Weiſe beobachtetes Recht enthalten. Mit Ausnahme der Slawiſchen Völkerſchaften im öſtlichen Deutſchland, durch deren Germaniſirung der Begriff Deutſchland allmählich mehr und mehr erweitert wird, beſteht das Deutſche Volk aus folgenden Völkerſchaften: Frieſen und Sachſen, Franken und Thüringern, Schwaben und Baiern. Aber die Frieſen wurden wenigſtens größtentheils durch ihre eigenthümliche Verfaſſung dem übrigen Deutſchland entfremdet; und Thüringen ging als Sächſiſches Fahnlehen in dem Begriffe Sachſen auf [2]). Es bleiben mithin vier Hauptvölker übrig, wie es dem entſprechend auch vier große Nationalherzogthümer giebt [3]). Jedes dieſer vier Völker hat notoriſch im karolingiſchen Zeitalter ſein eigenthümliches Volksrecht gehabt, jedes dieſer letzteren lebt auch

1) Der Verfaſſer des Sachſenſpiegels ſagt es ſelbſt an einer Stelle, obwohl indirect, daß er nur das Recht im Herzogthum zu Sachſen darſtellen wolle: III. 64. „Der jegenode is genuch binnen deme herzochdume. die sunderlich recht wollen haben. alse holtzeten. unde hedelere. unde storinere. von yrme rechte noch von irme gewedde ne sprech ich nicht.“

2) Sachſenſ. III. 62.

3) Sachſenſ. III. 53.

im ſpäteren Mittelalter fort, und bei jedem Volke erhält ſich auch das klare Bewußtſeyn, ein beſonderes Volksrecht oder Landrecht zu beſitzen [1]). Die unendliche Mannigfaltigkeit der ſpäteren Particularrechte muß aber dann, ſo weit es irgend möglich iſt, auf jene urſprünglichen nationalen Rechte zurückgeführt werden. Der Ausdruck Landrecht bezeichnet demnach im Mittelalter keineswegs ein gemeines Deutſches Landrecht, welches gleichſam als eine über den verſchiedenen Volksrechten ſchwebende Einheit betrachtet werden müßte; vielmehr iſt regelmäßig dabei an Fränkiſches oder Sächſiſches, Schwäbiſches oder Bairiſches Landrecht zu denken, bis das Wort dann in Folge der beſtimmteren Entwickelung der Landeshoheit die Bedeutung eines Territorialrechts, d. h. eines im Umfange einer Landeshoheit geltenden Rechts annimt; und unter einer ſolchen wurden ja nicht ſelten Länderſtücke verſchiedener Völker vereinigt, wie z. B. das heutige Königreich Preußen außer Wendiſch-Deutſchen Ländern auch Sächſiſche, Thüringiſche und Fränkiſche Gauen, das Königreich Baiern außer dem eigentlichen Baierlande auch Fränkiſche und Schwäbiſche Gauen in ſich begreift. Was aber den Ausdruck Kaiſerrecht anbelangt, ſo konnte ſchon jenes im Umfange eines einzelnen Volkes geltende Landrecht ſo genannt werden, weil in allen Landgerichten unter königlichem oder kaiſerlichem Banne gerichtet wurde; außerdem aber ſcheint auch der Gebrauch dieſes Wortes mit dem allmählichen Umſichgreifen des Römiſchen Rechts in Verbindung geſtanden zu

1) Die Urkunden, welche ich in meiner Abhandlung über die Familien der alt German. Volksrechte (a. a. O. S. 36 fg.) mitgetheilt habe, um die Fortdauer der alten Volksrechte auch im ſpäteren Mittelalter darzuthun, würden ſich leicht bedeutend vermehren laſſen. Ich bin ſchon lange mit einer ſolchen Sammlung beſchäftigt, die aber natürlich nur ſehr allmählich anwachſen kann. Vgl. Türk Forſchungen, Heft 3. S. 195 fg.

haben [1]). Ein Deutſches Rechtsbuch, in welchem bereits viel Römiſches, alſo kaiſerliches gemeines Recht eine Stelle gefunden hatte, konnte ſchon deshalb das Kaiſerrecht genannt werden, und wahrſcheinlich hat dieſer Grund auf den häufigen Gebrauch jenes Wortes beim Schwabenſpiegel mit eingewirkt. Bei dieſem Rechtsbuche iſt es dann aber wegen des vielen bereits darin enthaltenen Römiſchen Rechts gar nicht auffallend, wenn ſich Spuren einer Anwendung deſſelben auch im nördlichen Deutſchland nachweiſen laſſen, während die Behauptung, daß auch der Sachſenſpiegel in ganz Deutſchland auf gleiche Weiſe gebraucht worden ſey, bis jetzt völlig beweislos daſteht. Je mehr aber dann das Deutſche Recht überhaupt von Römiſchen Begriffen durchdrungen wurde, je mehr zugleich die verſchiedenen Volksrechte der älteren Zeit in eine große Mannigfaltigkeit von Territorialrechten, auf welche die Landesgeſetzgebung bald ſehr bedeutend einwirkte, auseinander gingen, deſto beſtimmter löſte ſich nun auch von jenen Volks- und Territorialrechten ein gewiſſer Inbegriff allgemeiner Grundſätze ab, welche ſich einerſeits dem als Einheit erſcheinenden Römiſchen Rechte ſelbſt als eine ſolche gegenüberſtellten, andererſeits aber in ihrer Fortbildung großentheils durch das Römiſche Recht beſtimmt wurden, und ſich in ſehr bunter Weiſe mit dieſem letzteren vermiſchten. Und eben dieſer geiſtige Extract aus den urſprünglichen Volks- und ſpäteren Terri-

---

1) Ueber den Gebrauch der Ausdrücke: Kaiſerrecht, Kaiſer-Weichbild, Landrecht, Sachſen-Weichbild u. ſ. w. in den Sächſiſchen Diſtinctionen (Vermehrt. Sachſenſp.) ſ. meine Schrift, das Schleſiſche Landrecht u. ſ. w. §. 3. S. 22 folg.; und beſonders Fr. Ortloff, das Rechtsbuch nach Diſtinctionen, Einleitung XXI. fg. Es iſt eine glückliche Entdeckung von Ortloff, daß die Ausdrücke Kaiſer-Weichbild und Kaiſerrecht, letzterer wenigſtens vorzugsweiſe, auf das Stadtrecht von Goslar als einer Reichsſtadt zu beziehen ſind.

torialrechten, der auf dem Wege hiſtoriſcher Forſchung durch die Juriſten gewonnen worden iſt und fortwährend gewonnen wird, da hier natürlich an einen Abſchluß gar nicht zu denken iſt, bildet dasjenige, was wir heute das gemeine Deutſche Privatrecht nennen.

Merkwürdig iſt hierbei, wie die Ausbildung der politiſchen Geſtalt Deutſchlands mit der Entwickelung der wichtigſten Richtungen geiſtiger Thätigkeit in umgekehrtem Verhältniſſe geſtanden hat. Je mehr Deutſchland politiſch zerſplittert wird, deſto mehr reift in den Geiſtern das Bewußtſeyn einer wahren Einheit Deutſcher Volksthümlichkeit. Wie hätten wir ſonſt zu dem Beſitze einer gemeinſamen Schriftſprache und einer wahrhaft Deutſchen Nationalliteratur gelangen können? In dem Gange von Recht und Sprache zeigt ſich auch hier viel Aehnlichkeit; nur iſt die letztere von außen ungeſtörter geblieben. Ueber den verſchiedenen Stammrechten in Deutſchland würde ſich wahrſcheinlich auch ohne die Reception des Römiſchen Rechts allmählich eine höhere Einheit herausgebildet haben, und am wenigſten wird ſich ſagen laſſen, daß die Entſtehung unſeres heutigen gemeinen Deutſchen Privatrechts durch die Reception des Römiſchen Rechts bedingt geweſen ſey. Nur das ſcheint behauptet werden zu dürfen, daß es nach einmal erfolgter Reception des Römiſchen Rechts wenigſtens zum Theil der Gegenſatz des Deutſchen Rechts überhaupt gegen die Einheit des Römiſchen Rechts, und die Nothwendigkeit dieſen Gegenſatz aufzulöſen geweſen iſt, wodurch die ſich verwandten Stoffe in den verſchiedenen Deutſchen Stammrechten und den daraus hervorgegangenen Territorialrechten, in den Händen der Wiſſenſchaft zu einem geordneten Syſteme umgeſchaffen worden ſind.

Bis zum dreizehnten Jahrhundert, man könnte ſagen, bis zum Untergange der großen Herzogthümer oder auch bis zu den erſten Anfängen eines dem Römiſchen Rechte

auch in Deutſchen Gerichten eingeräumten Anſehens, walten überall noch die alten Stammrechte vor. Abſolute Grenzen laſſen ſich hier natürlich am wenigſten ziehen. Wie einſt in früheren Zeiten Alamanniſches und Bairiſches Recht in vielen Beziehungen als Geſchwiſterrechte erſcheinen, ſo im ſpäteren Mittelalter der ſüddeutſche, allerdings mit Benutzung des Sachſenſpiegels, beſonders in den das öffentliche Reichsrecht betreffenden Lehren ausgearbeitete, in Betreff ſehr vieler Gegenſtände aber durchaus eigenthümliche Schwabenſpiegel [1]) und das Bairiſche Landrecht; und zwiſchen dieſen mittelalterlichen Rechtsquellen und jenen ſüddeutſchen Volksrechten findet dann ſelbſt wieder eine Menge von Anknüpfungen Statt. Ob vielleicht das ſogenannte kleine Kaiſerrecht und die alt Fränkiſchen Volksrechte auf ähnliche Art zuſammenhängen, iſt im Ganzen wohl noch zu wenig unterſucht worden [2]).

1) Bei einer Vergleichung zwiſchen dem Sachſenſpiegel und dem Schwabenſpiegel hat man nicht bloß das zu berückſichtigen, was der Schwabenſpiegel ausdrücklich anders beſtimmt, wie z. B. das Güterrecht der Ehegatten, ſondern auch das, was er aus dem Sachſenſpiegel wegläßt, wie z. B. die ganze Gerichtsverfaſſung, welche im Sachſenſpiegel hauptſächlich im erſten Buche vorgetragen wird. Der Schwabenſpiegel weiß nichts von dem Unterſchiede der Schöffenbaren, Pfleghaften und freien Landſaſſen, nichts von dem damit zuſammenhängenden Unterſchiede der Gerichte des Grafen, Schultheißen und Gografen u. ſ. w. Vgl. meine Miſcellen des Deutſchen R. Cap. III – XII. und Chr. Ernſt Weiße Einl. ins gemeine teutſche Privatrecht 2te Aufl. Leipzig 1832. §. 19. Note g, wo der Verfaſſer bemerkt, daß in den angeführten Miſcellen einzelne Spuren des oft bezweifelten geographiſchen Unterſchiedes zwiſchen Sachſenſpiegel und Schwabenſpiegel in Beziehung auf die Privatrechte allerdings nachgewieſen worden ſeyen.

2) Mittermaier Grundſätze des gem. D. Privatrechts, Ausg. 4. §. 7. Note 8. Maurenbrecher Lehrbuch des heutigen gemeinen Deutſchen Rechts. §. 32. 33 c.

Ganz unläugbar aber iſt die nahe Verwandtſchaft zwiſchen dem alt Sächſiſchen Volksrechte und dem Sachſenſpiegel, deſſen eigentliche Abfaſſung mit vieler Wahrſcheinlichkeit noch in das Ende des 12ten Jahrhunderts geſetzt wird [1]), und eben deshalb kaum dem Ritter Eike von Repgow zugeſchrieben werden kann. Die Nachweiſung jener Verwandtſchaft im Einzelnen iſt eine der intereſſanteſten Aufgaben, und durch ſie läßt ſich zugleich der Beweis am ſicherſten führen, daß der Verfaſſer des Rechtsbuches, immer unter Annahme der obigen Beſchränkungen, zunächſt nur Sächſiſches Recht zu geben beabſichtigte. Nur ſcheint allerdings gar Manches darauf hinzudeuten, daß zwiſchen dem Sächſiſchen Volksrechte und dem Sachſenſpiegel geſchriebene Rechtsquellen in der Mitte gelegen haben, welche von dem Verfaſſer des letzteren benutzt wurden, für uns aber verloren gegangen ſind. In dieſer Hinſicht iſt vorzüglich ein ſehr merkwürdiger Umſtand beſonders hervorzuheben. Die uns erhaltenen Urkundenſchätze Weſtphalens geben der Vermuthung, daß die Gerichtsverfaſſung, welche wir im Sachſenſpiegel antreffen, vorzüglich oder wohl gar einzig auf Weſtphalen berechnet ſey, eine große Wahrſcheinlichkeit. Der Unterſchied der Gerichte des Biſchofs, Domprobſtes d. h. Archidiakonus und Erzprieſters, des Grafen, Schultheißen und Gografen; der mit dieſer Verſchiedenheit der Gerichte zuſammenhängende Unterſchied der Schöffenbarfreien, Pfleghaften oder Biergelden und freien Landſaſſen, dieß Alles ſcheint hauptſächlich grade auf jenes Land zu paſſen. Aber ſelbſt in Weſtphalen dürften dieſe Einrichtungen zum Theil noch jenſeits des zwölften Jahrhunderts liegen; wenigſtens verlaſſen uns, abgeſehen von der innern Beſchaffenheit derſelben, welche an ſich

---

1) Jul. Weiske Abhandlungen aus dem Gebiete des D. R. Nr. II. S. 38 fg.

ſchon auf ein ſehr hohes Alter hindeuten, urkundliche Zeugniſſe bei manchen Eigenthümlichkeiten dieſer alten Gerichtsverfaſſung faſt gänzlich, ſo daß wir nicht mehr im Stande ſind, dieſelbe im wirklichen Leben irgendwo vollſtändig nachzuweiſen [1]). Während aber nun der Sachſenſpiegel in der genannten Beziehung auf Weſtphalen hinweiſet, finden wir in ihm ein Güterrecht der Ehegatten, welches unverkennbar aus dem ehelichen Güterrecht der alten Oſtphalen und En-

1) Giebt es Urkunden etwa aus dem 11ten oder 12ten Jahrhundert, worin berichtet wird, daß ein Domprobſt (Archidiakonus) oder ein Schultheiß ein Gericht ausdrücklich nur mit Pfleghaften, ein Erzprieſter oder ein Gograf ein Gericht ausdrücklich nur mit freien Landſaſſen gehalten habe? Ich kenne keine. Vgl. außer Sachſenſ. I. 2. §. 3 auch III. 45. §. 4. 5. III. 64. §. 8. 9. Ich halte es, beiläufig bemerkt, für ſehr wahrſcheinlich, daß in dem dreifachen Unterſchiede der Freien, wie ihn der Sachſenſpiegel kennt, die Wurzel der Fehmgerichte gelegen hat, indem dieſelben dadurch entſtanden, daß ſich die übrigen ſehr zahlreichen Freien, nämlich die Pfleghaften und die freien Landſaſſen aus den Gerichten der Schöffenbarfreien zurückziehen mußten. Das Weſen der Fehmgerichte beſtand in einem großen Schöffenbunde, deſſen Mitglieder ſich als unmittelbar kaiſerliche Schöffen in kaiſerlichen Gerichten betrachteten, und unter ſich nicht bloß durch die heimliche Loſung, ſondern auch durch eigenthümliche Rechte und Pflichten verknüpft waren. Irre ich nicht, ſo finden ſich im Sachſenſpiegel ſchon ziemlich beſtimmte Andeutungen, aus denen ſich entnehmen läßt, wie die Schöffenbarfreien in einen ſolchen geſchloſſenen Schöffenbund übergehen konnten; und dahin gehört namentlich, was über das Handmal des ſchöffenbaren Mannes und über die Erblichkeit des Schöffenſtuhles (I. 51. III. 26) geſagt iſt. Schöffenbare Leute mochten auch wohl nach II. 12. über jedermann Urtheil finden; es durfte aber auf ſie niemand ein Urtheil finden, das an ihren Leib, Ehre oder Erbe ging, noch auch ein von ihnen gefundenes Urtheil ſchelten, er wäre ihnen denn ebenbürtig geweſen. Die Freigrafen, unter deren Vorſitz die Freiſchöffen die Urtheile wieſen, gingen bekanntlich nicht aus den ſogenannten Gografen, ſondern aus den Grafen des Sachſenſpiegels hervor.

gern hervorgegangen iſt [1]), wogegen die Weſtphäliſche eheliche Gütergemeinſchaft der ſpäteren Zeiten an das eheliche Güterrecht der alten Weſtphalen angeknüpft werden muß [2]). Dieſe gewiß ſehr bemerkenswerthen Umſtände laſſen vermuthen, daß dem Verfaſſer des Sachſenſpiegels verſchiedene uns nicht vorliegende Aufzeichnungen des älteren Sächſiſchen Rechts zugänglich waren, welche er, ohne zwiſchen den einzelnen Haupttheilen des Landes, zwiſchen dem zu ſeiner Zeit noch practiſchen und dem bereits antiquirten Rechte ſtets genau zu unterſcheiden, zu einem Ganzen verarbeitete. Auch die Verfaſſer der ſpäteren Rechtsbücher haben dieſe Unterſchiede nicht immer genau feſtgehalten, und Vieles was im Leben längſt erloſchen war, hat ſich noch Jahrhunderte lang in den geſchriebenen Rechtsquellen fortgepflanzt [3]). Als auffallend iſt namentlich die große Ueber-

---

1) Cropp Eheliches Güterrecht in Hamburg, in Heyſe und Cropp juriſt. Abhandlungen Bd. II. Nr. 16 §. 9 fg. Vgl. unten den Commentar.

2) Offenbar blicken durch das eheliche Güterrecht der alten Weſtphalen in L. Sax. VIII. IX. die Keime der ſpäteren ehelichen Gütergemeinſchaft in Weſtphalen ſchon hindurch. Vgl. unten den Commentar. Da nun Lübeck von Heinrich dem Löwen mit Söſter Recht bewidmet wurde (Helmoldi Chron. Slav. lib. I. c. 85. (86). Arnoldi Lubec. Chron. Slav. lib. II. c. 35. (40), ſo erklärt ſich hieraus zugleich das Daſeyn der ehelichen Gütergemeinſchaft im Lübiſchen Rechte.

3) Daß namentlich die zum Theil ſehr ſpät aufgeſchriebenen Weisthümer an ſolchen alterthümlichen Beſtimmungen, welche längſt aus dem Leben entſchwunden waren, ſehr reich ſind, iſt bekannt. Aber auch in den eigentlichen Rechtsbüchern fehlt es daran nicht. Die Schilderung des Waizenberges z. B., welche im Sachſenſpiegel III. 45. enthalten iſt, beruht ſicher nur auf einer alten Tradition, während die Wirklichkeit etwas dem Aehnliches damals nicht mehr kannte. Vgl. J. Grimm D. Rechtsalt. 675. Ueberhaupt tritt grade in Beziehung auf Bußen und Strafen eine ſolche Nachwirkung des früheſten

einſtimmung, welche zwiſchen vielen Stellen des Vetus Auctor de beneficiis und des Sächſiſchen Landrechts Statt findet, hervorzuheben, und ich bin der Anſicht, daß der Vetus Auctor hier für die Quelle des Landrechts, oder doch für das ältere Rechtsbuch gehalten werden müſſe [1]).

§. 8. Ausgaben. Handſchriften. Kritik des Textes.

Das Volksrecht der Sachſen iſt mehrentheils mit andern Germaniſchen Völkergeſetzen gemeinſchaftlich herausgegeben worden. Folgende Ausgaben ſind von demſelben zu bemerken:

1) Die von du Tillet (Tilius) beſorgte in der ziemlich ſeltenen collectio Tiliana. Es ſind zwei Arten von Exemplaren dieſer Sammlung zu unterſcheiden: a) Exemplare

---

Alterthums oft am ſichtbarſten hervor, z. B. in den Sächſiſchen Diſtinctionen (dem ſogenannten verm. Sachſenſp.) bei Böhme, Buch III. Cap. 10. Diſt. 1. Ortloff a. a. O. IV. 11. 2.

1) Es kann hier ganz dahin geſtellt bleiben, was ſonſt zwiſchen dem Vetus Auctor de beneficiis und dem Sächſiſchen Landrecht für ein Verhältniß anzunehmen ſey. Iſt Eike von Repgow nicht der eigentliche Verfaſſer, ſondern nur der Ueberſetzer und vielleicht Vermehrer eines urſprünglich Lateiniſch geſchriebenen Sächſiſchen Landrechts, ſo hat dann der Vet. A. mit dem bisher wenigſtens noch nicht aufgefundenen Lateiniſchen Urtexte des Landrechts vielleicht einen Verfaſſer gehabt. Als Stellen, wo eine Uebereinſtimmung zwiſchen dem Vet. A. und dem Sächſ. Landrecht hervortritt, ſind unter anderen folgende auszuzeichnen: Vet. Auct. (ed. Senck. Corpus juris Germ. medii aevi Tom. II.) I. §. 3 u. Sſ. I. 3. §. 2. — V. A. I. 75 u Sſ. I. 14. — V. A. I. 81 u. Sſ I. 4. — V. A. I. 100 u. Sſ. III. 21. — V. A. I. 131 u. Sſ. III. 42. §. 2. — V. A. II. 43. 44 u. Sſ. I. 62. §. 7. — V. A. II. 53 u. Sſ. III. 64. §. 2. — V. A. II. 55 u. Sſ. I. 62. §. 9. — V. A. II. 60 bis 64 und Sſ. II. 12. §. 11. 12. 4. — V. A. III. 10 u. Sſ. II. 72.

ohne einen gemeinſchaftlichen Titel, ſo wie ohne Angabe von Ort und Jahr, und b) Exemplare mit einem gemeinſchaftlichen Titel, welcher folgendermaßen lautet: Aurei venerandaeque antiquitatis libelli Salicam legem continentes, a Clodoveo, Childeberto, et Clotario Christianiss. Regib. prius editi et postremum a Carolo Magno emendati et aucti. Item leges Burgundionum. Alamannorum. Saxonum Bajuvariorum Ripuariorum. Ex veteribus libris emendatiores et auctiores. Parisiis, ex officina Jacobi du Puy, sub signo samaritanae. 1573. — Das Format iſt bei beiden Arten von Exemplaren nach der Größe Sedez, nach den Signaturen Octav. Biener hat nachgewieſen, daß man bei der obigen Verſchiedenheit keinesweges an verſchiedene Ausgaben zu denken habe [1]). Beide Arten von Exemplaren gehören Einer Ausgabe an, ſtimmen ſelbſt in Druckfehlern und andern kleinen Zufälligkeiten vollkommen überein, und der ganze Unterſchied beſteht bloß in dem Daſeyn eines Generaltitels bei einigen Exemplaren, welcher bei den andern fehlt. In dieſen letzteren haben alle darin enthaltenen Stücke bloß Specialtitel, welche übrigens auch in den Exemplaren mit Generaltitel noch beſonders angetroffen werden. Die Exemplare ohne Generaltitel liefern die einzelnen Stücke nicht immer ganz in der nämlichen Ordnung, indem jedes derſelben mit beſondern Seitenzahlen verſehen, dadurch aber ihre Aufeinanderfolge zu etwas völlig Gleichgültigem geworden iſt, worüber der Eigenthümer oder der Buchbinder nach Belieben entſcheiden konnte. Fiſcher in der Literatur des German. Rechts, Leipzig 1782 S. 22. ließ bei der Beſchreibung des ihm gehörigen Exemplars, welches zu denen ohne Generaltitel, Ort und Jahr ge-

---

1) Biener über die von Tilius herausgegebene Sammlung Germaniſcher Rechtsbücher, in der Zeitſchrift für geſchichtl. R. Wiſſ. Bd. V. S. 401 folg.

hörte, die verſchiedenen Specialtitel nach der Ordnung ſeines Exemplars ungetrennt zuſammen abdrucken, und gab ſo der Sammlung ſelbſt einen Generaltitel, welcher aber in der Wirklichkeit ſonſt nicht exiſtirt. Derſelbe lautet: Libelli seu decreta a Clodoveo et Childeberto et Clotario prius edita, ac postremum a Carolo lucide emendata, auctaque plurimum. In quibus haec habentur, Capitula ex Isidori junioris Hispalensis episcopi Etymologiarum L. V. Pactum pro tenore pacis D. D. Childeberti et Clotharii regum. Decretio Clotharii regis. Sententiae de septem septenis. Lex Salica. Decretum Childeberti regis. Recapitulatio Legis Salicae. Vetus Lex Saxonum. Lex Alamannorum. Antiquae Burgundionum leges. Ripuariorum leges a Theodorico Rege Francorum latae. Antiqua Bajuvariorum Lex. — Daß nun dieſe Sammlung wirklich von du Tillet herrührt, war ſchon von Biener mehr als wahrſcheinlich gemacht, iſt aber durch die Notizen, welche ſich in einem kürzlich aus der Hand von Warnkönig in die königliche Bibliothek zu Hannover gekommenen Exemplare ohne Generaltitel, Ort und Jahr befinden, zur Gewißheit erhoben worden [1]). Zugleich ſind eben dieſe ſehr wichtig für die Beſtimmung des Alters des ganzen Werkes. Aus ihnen ergiebt ſich nämlich, daß das in Hannover befindliche Exemplar 1557 bereits den zweiten oder dritten Beſitzer hatte; einer von ſeinen Beſitzern aber hat beigefügt, daß er das Werk von Tilius, von welchem

1) Blume, Nachtrag zu Biener über des Tilius Sammlung Germaniſcher Rechtsbücher, im Rhein. Muſeum Bd. VI. H. 3. (Bd. II. der neuen Reihe) S. 386. Auf der erſten Seite des in Hannover befindlichen Exemplars ſind folgende Bemerkungen unter einander geſchrieben: Antonii Schonhornii — Petrus Adurnus D. E. Laurino d. dedit 1557. — Sum Joannis de Rolii — Dono Joannis Tilii qui has edidit.

daſſelbe herausgegeben worden ſey, zum Geſchenk erhalten habe. Jedenfalls iſt alſo die Sammlung älter als die Heroldſche. Was aber die Exemplare mit dem Generaltitel von 1573 anbetrifft, ſo wird es nun höchſt wahrſcheinlich, daß nur dieſer Titel im J. 1573 beſonders vorgedruckt worden iſt, während im Uebrigen auch dieſe Exemplare mit denen ohne Generaltitel von gleichem Alter ſind. Tilius ſelbſt ſtarb im J. 1570; du Puy wurde der Erbe ſeines gelehrten Nachlaſſes, und von ihm allein ſcheint der Generaltitel von 1573 herzurühren. — Die Lex Saxonum in der Sammlung von Tilius hat keine Eintheilung in Titel, ſondern zerfällt in 64 Cap. oder §§. Welch einer Handſchrift der Herausgeber ſich dabei bedient habe, iſt gänzlich unbekannt. Für die Kritik des Sächſiſchen Volksrechts läßt ſich aus der in dieſer Hinſicht bisher ganz vernachläßigten Ausgabe hier und da noch ziemlich bedeutende Ausbeute gewinnen.

2) Die Heroldſche Ausgabe in der bekannten Sammlung Germaniſcher Geſetze: Originum ac Germanicarum antiquitatum Libri, Leges videlicet Salicae, Ripuariae, Allemannorum, Bajoariorum, Saxonum, Vuestphalorum, Angliorum, Vuerinorum, Thuringorum, Frisionum, Burgundionum, Langobardorum, Francorum, Theutonum. Opera — Basilii Joannis Herold etc. Basileae per Henr. Petri. (in praef. a. MDLVII.) fol. min. Dieſe Sammlung iſt ganz oder theilweiſe einer Handſchrift entlehnt, welche man oft ohne Weiteres als eine Fuldaſche bezeichnet hat, von welcher jedoch Herold ſelbſt nur ſagt, daß er ſie durch den Fürſtabt von Fulda Wolfgang (Wolufgangi pietate) erhalten habe. Ueber ihre Beſchaffenheit theilt er nichts mit, und wo ſich dieſelbe jetzt befindet, ſcheint völlig unbekannt zu ſeyn. Wenn ſie aber wirklich dem Stifte Fulda gehörte, ſo iſt es wahrſcheinlich, daß ſie jetzt, wenn noch

vorhanden, in irgend einer Bibliothek der Heſſiſchen Länder aufbewahrt werde. Denn als ſich Baluzius 1674 dieſelbe zu erhalten bemühte, erhielt er aus Fulda die Antwort, daß die alten Handſchriften des Stifts während der drei Jahre, wo ſich das Land Fulda in der Gewalt der Landgrafen von Heſſen befunden habe, von den Dienern der letzteren weggenommen worden ſeyen. Daß Herold die Ausgabe von Tilius gekannt habe, geht aus nichts hervor, iſt vielmehr an ſich durchaus unwahrſcheinlich.

3) Die Lindenbrogſche Ausgabe in dem Codex Legum antiquarum in quo continentur Leges Wisigothorum, Edictum Theodorici R., L. Burgundion., L. Salica, L. Alamannorum, L. Bajuvar., Decretum Tassilonis D., L. Ripuariorum, L. Saxônum, Angliorum et Werinorum, Frisionum, Longobardorum, Constitutiones Siculae etc. una cum glossario Hanov. 1607 und Francof. 1613. Dieſe Sammlung ſtützt ſich zum Theil auf eine reichhaltige ſpäter in die Bibliothek des Johanneums zu Hamburg gekommene Handſchrift alt Deutſcher Rechtsquellen. Lindenbrog kannte die Sammlungen von Tilius und von Herold, und verſichert in den Prolegom. ſeiner Ausgabe, dieſelben mit den von ihm benutzten Handſchriften genau verglichen zu haben.

4) Die Leibnitzſche 1707 in den Scriptor. rer. Brunsvic. Tom. I. p. 77—81, eine Wiederholung der Lindenbrogſchen Ausgabe. Die wenigen beigefügten Anmerkungen ſind ganz unbedeutend.

5) Die Gärtnerſche: Saxonum leges tres quae exstant antiquissimae aetate Caroli M. confectae Lips. 1730. Zu Grunde liegt die Heroldina, doch ſind die Varianten aus Lindenbrog mitgetheilt. Der Tiliana von 1573 wird zwar als eines vorhandenen Werkes, von Gärtner (p. 9) ausdrücklich Erwähnung gethan, allein

trotz ſeiner Verſicherung (p. 10), daß er aus den älteren Ausgaben die Varianten genau mittheilen wolle, ſcheint ihm dieſelbe nicht vorgelegen zu haben, oder doch unbenutzt geblieben zu ſeyn. Uebrigens ſind in der Gärtnerſchen Ausgabe Sachanmerkungen von größerer Bedeutung beigefügt. Die zu den beiden Sächſiſchen Capitularien ſind jedoch vorzüglicher als die zur Lex Saxonum; was damit zuſammenhängt, daß es zum Verſtändniß jener Capitularien eines tieferen Eindringens in das Weſen der wichtigſten Rechtsinſtitute weniger bedurfte.

6) Die Ausgabe von Georgiſch im Corpus juris Germanici antiqui, Halae Magdeb. 1738; ſtützt ſich ganz auf Gärtner, doch mit bloßer Wiederholung des Textes und der dort mitgetheilten Varianten.

7) Die Ausgabe von Joh. Gottlieb Müller in der Inauguralſchrift: Fragmenta observationum ad veterem legem Saxonum. Lips. 1779. 4. Gewöhnlich wird die Schrift unter dem Namen von Chriſtian Gottlob Einert (dem Präſes bei der Disputation) citirt, obwohl dieſer ſeinem eigenen Zeugniß zufolge gar keinen Antheil an der Arbeit gehabt hat. Dieſe Ausgabe liefert einen Abdruck der Tiliana, was ihr bei der Seltenheit dieſer letzteren allein ſchon einen gewiſſen Werth verleiht, und zwar lag dem Verfaſſer ein Exemplar mit dem Generaltitel von 1573 vor. Die beigefügten Anmerkungen ſind zum Theil recht brauchbar, nur grade bei den privatrechtlichen Lehren ſehr dürftig, und bei der Erläuterung des in der Rechtsſammlung enthaltenen Criminalrechts zeigt es ſich freilich auch hier, daß das alte Bußenſyſtem und der Zuſammenhang deſſelben mit dem Inſtitut der Eideshelfer damals noch zu den wenig erforſchten Gegenſtänden gehörte. Ein wörtlicher Abdruck dieſer ganzen Schrift iſt in Chr. Heinr. Gottl. Koechy Thesaurus juris Saxonici Tom. I. Sect. 1. Leipzig 1796. pag. 30—66 geliefert

worden. Auch dort führt die Arbeit den Namen von Einert.

8) Die Ausgabe in Canciani Barbarorum Leges 1781—1792, eine bloße Wiederholung der Gärtnerſchen.

9) Die Walterſche im erſten Bande des Corpus juris Germanici antiqui, Berol. 1824. Sie liefert den Text im Allgemeinen nach Gärtner, hat aber für Angabe der Varianten zwar nicht die Tiliana, wohl aber neue handſchriftliche Hülfsmittel benutzt.

Alle Ausgaben des Sächſiſchen Volksrechts mit alleiniger Ausnahme der Walterſchen ſtützen ſich nur auf drei Handſchriften, die von Tilius, Herold und Lindenbrog benutzten. In neuerer Zeit ſind außerdem noch zwei Handſchriften der Lex Saxonum durch Beſchreibung genauer bekannt geworden[1]):

1. Eine ſchon oben erwähnte Corveyſche Handſchrift, von welcher ſich eine getreue Abſchrift in dem Grupenſchen Nachlaſſe, in der Bibliothek des Oberappellationsgerichts zu Celle befindet. Eine Beſchreibung dieſer Abſchrift nebſt Angabe der Varianten hat E. Spangenberg (Beiträge zu den Teutſchen R. des MA. I. 181) geliefert; die Handſchrift ſelbſt iſt von Wigand (Femgericht S. 48 folg.) ausführlicher beſchrieben worden.

2. Eine von E. Spangenberg aus der Bude eines Hamburgiſchen Trödlers gerettete und von ihm ſelbſt mit Angabe der eigenthümlichen Lesarten (a.a.O. S. 186 folg.)

1) Der Kanzler von Ludewig ſoll eine Handſchrift des Sächſiſchen Geſetzes beſeſſen und darüber in ſeiner Schrift: Differentiae jurium in aetate puberum et majorum (Hal. 1725) Cap. III. §. 8. in not. eine Notiz mitgetheilt haben. Wenigſtens ſagt dieß Joh. Gottlieb Müller in den Fragmenta observat. ad vet. legem Sax. p. 17 not. b. Mir iſt die Schrift von v. Ludewig nicht zugänglich geweſen, da ſie ſich in der ſchon 1720 herausgekommenen Sammlung ſeiner Diſſertationen (Opuscula miscella) nicht findet.

genau beſchriebene, ſpäter auch noch von Pertz (Ital. Reiſe 501 folg.) ihrer äußeren Beſchaffenheit nach beſonders gewürdigte Handſchrift. Die Ergebniſſe dieſer beiden Codices ſind bereits von Walter bei ſeiner Ausgabe benutzt worden.

In der Ausgabe von Tilius und nach ihr in der von Müller (Einert), in der Corveyſchen und der Spangenbergſchen Handſchrift iſt das Sächſiſche Geſetz nicht in Titel getheilt, ſondern läuft ohne Unterbrechung capitelweiſe fort. Die Corveyſche Handſchrift hat 66, die Spangenbergſche gleich der von Tilius benutzten, nur 64 Cap. od. §§., was jedoch ſeinen Grund nur in der verſchiedenen Abtheilung von ein Paar Capiteln hat. Die Ausgaben von Herold und Lindenbrog haben dagegen eine Titeleintheilung, wie ſie ſich in den meiſten übrigen Volksrechten findet. Ob die von Herold und Lindenbrog benutzten Handſchriften dieſe Eintheilung kannten, oder ob dieſelbe bloß von Herold herrührt, welcher dadurch das Sächſiſche Geſetz den meiſten übrigen auch äußerlich ähnlicher machen wollte, läßt ſich nicht mit völliger Beſtimmtheit entſcheiden. Aber als wahrſcheinlicher iſt das Letztere anzuſehen. Sieht man auf das innere Verhältniß der Handſchriften unter einander, ſo zeigt ſich, daß die von Tilius, Lindenbrog und Spangenberg, hauptſächlich die beiden letzteren einander am nächſten ſtehen, obwohl jede auch wieder ihre kleinen Eigenthümlichkeiten hat.

Eine eigentlich kritiſche Ausgabe mit Herſtellung eines ſo viel als m glich reinen Textes iſt bisher noch nicht vorhanden geweſen. Eine ſolche ſoll hier geliefert werden, ſo daß bei der Mittheilung der Lesarten die Ausgabe von Walter im Allgemeinen zu Grunde gelegt wird.

Zunächſt wird es darauf ankommen, aus den vorhandenen Abdrücken und handſchriftlichen Subſidien überall das Rechte aufzuſuchen, und dieß fällt an den meiſten Stellen mit

Varianten ſo klar in die Augen, daß kein gegründeter Zweifel darüber obwalten kann. Allein man darf hier ſicher auch noch etwas weiter gehen, und eine geſunde Conjecturalkritik findet grade bei unſeren alten, in dieſer Beziehung bisher faſt ganz vernachläßigten Volksrechten ein Feld ſehr erfreulicher Thätigkeit. Von ſelbſt verſteht ſich, daß dieſelbe auch hier nicht als ein willkürliches Rathen und Meinen, ſondern als eine durch den Geiſt dieſer Quellen geleitete, beſonnene Unterſuchung gedacht werden muß; es läßt ſich dann aber auch bei den mathematiſchen Verhältniſſen, mit denen man es hier ſo häufig zu thun hat, nicht ſelten mit höchſter innerer Evidenz eine Entſcheidung gegen das Daſeyn bloß äußerer Zeugniſſe treffen. Uebrigens ſcheint es rathſam, die Titeleintheilung gleichfalls beizubehalten, da dieſelbe nun einmal Grundlage für unzählige Verweiſungen auf die alte Rechtsquelle geworden iſt; am Rande aber ſoll zugleich die Eintheilung in Capitel nach der Ausgabe von Tilius mitgetheilt werden.

Ein Commentar von der Art, wie ich ihn bereits über das Geſetz der Thüringer geliefert habe, und im Folgenden über die alte Rechtsſammlung der Sachſen mittheilen werde, gewährt ich weiß nicht ob dem Leſer, ſicher aber dem Verfaſſer deſſelben den großen Vortheil, daß ſich eine wirkliche Schwierigkeit nicht leicht überhüpfen läßt. Jedes Wort macht hier ſein beſonderes Recht geltend, alle aber ſollen in Uebereinſtimmung gebracht werden. Zugleich erſcheint ein ſolches tieferes Eindringen in irgend eine individuelle Form unſeres alten Rechts als das geeignetſte Abwehrungsmittel gegen die Sucht, in dem Gebiete deſſelben allzuviel zu generaliſiren. Denn daß irgend ein allgemein ausgeſprochener Satz nur halb wahr ſey, wird nirgends ſo deutlich erkannt, als wenn man ihn an den Prüfſtein des Einzelnen hält. Wenn nun die Aufſtellung eines Allgemeinen, welches zugleich ein Richtiges ſey, auf dem Felde

des poſitiven Rechts erſt durch die genaue Kenntniß des Einzelnen möglich wird, ſo ſcheint ſchon hierin die Rechtfertigung für das letztere, als ein ſelbſtſtändig Hingeſtelltes, enthalten zu ſeyn. Man wird aber außerdem auch finden, daß die ſammtlichen Volksrechte und die ſpäteren Rechtsbücher, hauptſächlich der Sachſenſpiegel, ſo weit ſie von Gegenſtänden handeln, die in dem alten Geſetze der Sachſen berührt werden, in den Kreis der folgenden Darſtellung gezogen worden ſind.

Zweite Abtheilung.

Lex Saxonum

mit

kritiſchen und erklärenden Anmerkungen

neu herausgegeben.

Die fünf verſchiedenen Handſchriften, von denen oben S. 79. die Rede geweſen iſt, werden in den kritiſchen Noten ſo bezeichnet:

Til. — Her. — Lind. — Corb. — Spang.

Tituli legis Saxonum.

1. De vulneribus.
2. De homicidiis [1]).
3. De conjuratione et laesa dominatione.
4. De furtis.
5. De vi et incendiis.
6. De conjugiis.
7. De haeredibus et viduis.
8. De dote.
9. De acquisitis.
10. De raptu mulierum.
11. De delictis servorum.
12. De damno casu illato.
13. De animali, quod damnum dat.
14. De eo, qui animal laeserit.
15. De traditionibus.
16. De terra aliena invasa.
17. De exulibus.
18. De liti conjugio [2]).
19. De solidis.

---

1) Lind. de occisionibus. 2) Lind. de conjugio.

INCIPIT LIBER LEGIS SAXONUM.

Tit. I. De vulneribus. Til.

I. De ictu nobilis XXX. sol., vel[a]) si negat[b]) tertia manu juret. I.

II. Livor et tumor LX. sol.[c]) vel sexta manu[d]) juret. II.

III. Si sanguinat, CXX. sol. vel cum undecim[e]) juret. III.

IV. Si os paruerit, CLXXX. sol. vel cum undecim[f]) juret. IV.

V. Si os fregerit, vel vulitivam[g]) fecerit, corpus vel coxam vel brachium perforaverit, CCXL.[h]) sol. vel cum undecim[i]) juret. V.

VI. Si gladio vestem seu scutum alterius inciderit, XXXVI. sol. componat[k]) vel tertia manu juret. VI.

VII. Si per capillos alium comprehenderit, CXX. sol. componat[l]) vel duodecima manu[m]) juret. VII.

VIII. Quicunque gladio stricto super alterum cucurrerit et[n]) retentus ab alio[o]) fuerit, XII. solidos componat vel in manu liti sui vel per sua arma[p]) juret. VIII.

IX. Si quis alium de ponte vel navi[q]) vel ripa in flumen impinxerit et ille evaserit, XXXVI. sol. componat vel tertia manu juret. IX.

X. X. Si comprehenderit et ita [r]) in aquam projecerit, CXX. sol. componat vel cum undecim [s]) juret.

XI. XI. Qui oculum unum excusserit, DCCXX. [t]) solid. componat. Qui [u]) ambos, MCCCCXL. sol. componat [v]).

XII. Similiter de una aure vel ambabus, si surdus efficitur.

XIII. Similiter de naso, si abscissus fuerit, DCCXX sol. componat.

XIV. Testiculum [w]), si unus abscissus fuerit, DCCXX. sol., si ambo MCCCCXL. sol. componat [x]).

XV. Similiter de manibus et de pedibus [y]).

XII. XVI. Si auricula vel oculus vel nasus vel manus [z]) vel pes ita percussa manca loco remanserint vel pependerint [a]), medietatem supradictae compositionis exsolvat. Si movere ipsum membrum possit, quartam partem compositionis [b]).

XIII. XVII. Pollex totus abscissus CCCLX [c]) solidis componatur [d]). Si dimidius, CLXXX [e]) solidis componatur [f]). Si minimus totus, CCXL [g]) solidis componatur [h]). Si unum digiti membrum, LXXX. Si duo membra, CLX [i]). Si totus [k]), ut supra.

XVIII. Si index, CLXXX. et per singula membra tertia pars totius mulctae componatur.

XIX. Medius et medicus uterque CXX. solidis componatur [l]), et per membra eorum, ut de caeteris dictum est.

XX. Pollex pedis, medietate pollicis manus componatur. Tres articuli medii [m]), medie-

tate compositionis medii et medici digitorum componantur. Minimus articulus medietate unius de tribus articulis componatur.

a) Til. vel deest. b) Corb. negaverit. c) Til. solid. IX. d) Corb. vel III. manu. e) Til. et Lind. solid. CCXX. vel cum XII. juret. f) Lind. et Spang. cum XII. g) Til. vultinam Lind. et Spang. vultavam. h) Til. CXL. i) Lind. cum XII. Spang. CCXL. sol. culp̄. judī. aut cum XII. k) Til. componat deest. l) Til. componat deest. m) Til. Her. Corb. undecima manu. Lind. cum XII. manu. Spang. XII. manu. n) Her. Lind. vel. Til. Corb. Spang. et. o) Corb. eo. p) Til. vel per sua arma. Corb. vel sua arma. Her. vel sua armata. Lind. vel in armata. q) Til. Lind. Corb. vel navi. Her. vel manu. r) Til. Her. Lind. Spang. et ita. In quibusdam editt. ita omissum est. s) Til. Lind. Spang. cum XII. t) Til. Her. DCXX. n) Til. Lind. Qui. Her. Si. v) Til. solid. ICCXL. w) Til. testiculum. Lind. testiculos. Spang. testiculis si unum abscissum. In ceteris editt. testiculus. x) Til. si — componat desunt y) Omnes editiones praeter Tilianam hocce caput nostro decimo quarto praemittunt. Sed ordo Tilianus praeferendus est. z) Til. Her. vel manus desunt; sed leguntur apud Lind. et Spang. a) Til. remanserunt vel pependerunt. b) Til. compositionis. Her. Lind. componat. c) Lind. Spang. CCXL. d) Til. componatur deest. e) Til. CIXXX. Lind. CLXX. f) Til. componatur deest. g) Lind. Spang. CCXL. Her. CCLX. h) Lind. componatur. Spang. componat. Deest in Her. et Corb. i) Spang. CXL. k) Til. totus. Her. Lind. totum. Caput XVII. (Til. XIII.) in edit. Til. mutilum est. Leguntur enim: si minimus, si totus ut supra. l) Til. componatur deest. m) Til. medii deest.

Anmerkungen zu Tit. I.

Zum richtigen Verſtändniß dieſes Titels muß man nothwendig das feſthalten, daß in demſelben ein Edler ſo-

wohl als Verwunder wie als Verwundeter angenommen iſt. Das Letztere folgt aus der Höhe der Bußen von ſelbſt; das Erſtere ergiebt ſich aus dem Verhältniß zwiſchen den Bußen und den im Läugnungsfalle zu ſchwörenden Eiden. Vgl. oben S. 55 und meine Miscellen des Deutſchen Rechts S. 107. An den obigen Titel wird ſich nun am paſſendſten eine Darſtellung des Sächſiſchen Bußen- und Eideshelferſyſtems anſchließen laſſen. Erſt wenn davon im Allgemeinen gehandelt iſt, werden einige Einzelnheiten aus dem Titel beſonders hervorzuheben ſeyn.

Als Hauptbuße erſcheint natürlich auch bei den Sachſen das Wergeld, von welchem zwar in dieſem Titel noch nicht die Rede iſt, deſſen aber dennoch ſchon hier an der Spitze des Ganzen gedacht werden muß. Der Edle hat ein Wergeld von 1440 Schillingen zu 2 oder 960 Schill. zu drei Tremiſſes; das des Freien beträgt 240 Schill. von zwei oder 160 von drei Tremiſſes, und das des Liten 120 Schill. von zwei oder 80 von drei Tremiſſes. Der Werth des Knechts (servus) wird II. 4. auf 36 Schill (ohne Zweifel wohl von zwei Tremiſſes) angegeben. Das nämliche Verhältniß, was zwiſchen Edlen, Freien und Liten in Betreff des Wergeldes herrſcht, findet offenbar auch bei allen übrigen Bußen Anwendung. Der Edle ſteht durchgängig 6 Freien, ſo wie 12 Liten gleich. Bei der Einfachheit des Sächſiſchen Münzweſens iſt dann die Reduction der Bußſätze für die Edlen auf die übrigen Stände ſtets ſehr leicht. Die Sachſen hatten nämlich zwei Schillinge, einen von zwei und einen von drei Tremiſſes (L. Sax. XIX. 1.); der letztere aber enthielt 12 Denare (Capit. Sax. c. 11). Wahrſcheinlich war der Schilling von 2 Tremiſſes der ältere aus der vorfränkiſchen Zeit, und derſelbe ſcheint faſt dem Frieſiſchen zwiſchen Laubach und Weſer entſprochen zu haben. L. Fris. Add. Sap. III. 73. „Inter Wisaram et Laubachi duo denarii novi solidus est;“ (der

Denarius des Frieſiſchen Geſetzes ſteht nämlich dem Tremiſſis des Sächſiſchen gleich). Die Sächſiſchen Schillinge von drei Tremiſſes ſcheinen dagegen erſt durch die Franken eingeführt worden zu ſeyn. In jedem Falle, wo die dem Edlen zu entrichtende Buße einen Schilling von drei Tremiſſes beträgt, müſſen einem Freien zwei Denare, einem Liten ein Denar entrichtet werden.

Sehr wichtig iſt nun die Frage, an welche Schillinge denn regelmäßig im Geſetze gedacht werde? Nach den Worten im neunzehnten Titel: „Majori solido aliae compositiones, minori homicidia componuntur,“ ſollte man meinen, daß ausgenommen die wenigen Stellen, wo von Bußen für Tödtungen die Rede iſt, ſonſt immer Schillinge von drei Tremiſſes anzunehmen ſeyen. Allein dieß ſcheint aus inneren Gründen für eine völlige Unmöglichkeit gehalten werden zu müſſen. Namentlich ſpricht der innere Zuſammenhang der Sache ſelbſt dafür, daß im ganzen erſten Titel bei den Wundenbußen immer nur kleinere Schillinge von zwei Tremiſſes gemeint ſeyen. Es iſt nämlich ein in den meiſten alten Volksrechten wiederkehrender Grundſatz, daß die Buße für die wichtigen Doppelglieder des Leibes, als Augen, Ohren, Hände, Füße, Hoden, ſoviel als das ganze Wergeld, die Buße für ein ſolches Glied die Hälfte des Wergeldes beträgt. Dieſen Grundſatz finden wir auch in unſerm Titel, und es iſt z. B. feſtgeſetzt, daß wer einem Edlen ein Auge ausſchlägt, 720 Schillinge, wer ihm beide Augen ausſchlägt, 1440 Schillinge büßen müſſe. Aber unmöglich können hier Schillinge von drei Tremiſſes gemeint ſeyn, wenn für den Todtſchlag eines Edlen nur 1440 Schillinge von zwei Tremiſſes zu zahlen ſind. Es muß vielmehr im erſten Titel ſtets an Schillinge von zwei Tremiſſes gedacht werden, und dafür ſcheinen auch noch andere bald zu erwähnende Gründe zu ſprechen.

Bereits oben habe ich darauf hingewieſen, daß das Wergeld des Freien wahrſcheinlich einſt nur 120 Schillinge von zwei oder 80 von drei Tremiſſes betragen habe, ſpäterhin jedoch eine Verdoppelung deſſelben vorgenommen worden ſey. Dieſe Anſicht dürfte eine merkwürdige Beſtätigung in dem Verhältniß zwiſchen den Eiden und den Bußen im erſten Titel finden. Ein Edler wird hier als Angeklagter gedacht; derſelbe ſchwört, wenn die Klage gerichtet iſt:

auf 12 Schillinge von 2 Tremiſſes	in manu liti sui oder per sua arma.
auf 30 bis unter 60 Schill.	tertia manu.
auf 60 bis unter 120 Schill.	sexta manu.
auf 120 Schill. und darüber	duodecima manu.

Ein Zwölfereid von Edlen iſt der höchſte, welchen das Geſetz überhaupt noch kennt, und ein ſolcher Eid wird grade dann nöthig, wenn ſich die eingeklagte Buße auf 120 Schillinge von zwei Tremiſſes beläuft. Darin ſcheint eine Hindeutung darauf zu liegen, daß 120 Schillinge von zwei Tremiſſes wenigſtens in älterer Zeit gewiſſermaßen als die Normalbuße betrachtet wurden, welcher nur durch den höchſten Eid entgangen werden konnte; und welche andere Buße hätte dann wohl mehr Anſpruch dafür gehalten zu werden, als diejenige, welche für die Tödtung eines Freien entrichtet werden mußte? Auch hierin iſt aber dann ein indirecter Beweis dafür enthalten, daß bei den 120 ſowie den übrigen Schillingen im erſten Titel durchaus nur Schillinge von zwei Tremiſſes gemeint ſeyn können.

In keinem alt Germaniſchen Volksrechte findet ſich ein ſo conſequent durchgeführter Zuſammenhang zwiſchen dem Bußen= und dem Eideshelferſyſtem, als in dem Frieſiſchen. In beiden gelten durchaus die nämlichen Verhältniſſe. Zwiſchen Fli und Laubach z. B. iſt der Edle im Wergelde anderthalb Freien gleich; folglich beträgt auch

der Eid des Edlen anderthalb Freieneide, und wenn 8 Edle ſchwören, ſo iſt dieß eben ſo viel, als ob 12 Freie ſchwüren. L. Fris. I. 3. 6. Ich habe aber bereits in den Erläuterungen des Thüringiſchen Geſetzes (Geſetz der Thüringer u. ſ. w. S. 298 folg.) darauf aufmerkſam gemacht, daß die Erhebung der Edlen über die Freien im Bußenſyſtem keinesweges überall gleichmäßig auch in das Eideshelferſyſtem eingedrungen zu ſeyn ſcheint. Es ſpricht ſehr Vieles dafür, daß in der älteſten Zeit ein Zwölfereid von Freien als der regelmäßig höchſte überhaupt erforderliche betrachtet wurde, welcher demnach als Aequivalent ſelbſt der größten eingeklagten Buße galt. Auch bei den Sachſen hat ſich die Sache ſehr wahrſcheinlich ſo verhalten. Als ſich nun ein Adel bei ihnen entwickelt hatte, trug man das Princip des Zwölfereides auch auf dieſen über, und wirklich erſcheint im Volksrechte ein Zwölfereid von Edlen als derjenige, dem materiell der höchſte Werth zukommt. Aber trotz jener Uebertragung und trotz der Verſchiedenheit, welche ſich nun zwiſchen Edlen und Freien im Bußenſyſtem ausbildete, ſcheint ſich bei Freien, ja ſelbſt bei Liten der Zwölfereid als höchſtes Maaß des Reinigungseides erhalten zu haben. Im ganzen Geſetze giebt es nur eine kleine räthſelhafte Stelle, welche ſich auf das Eideshelferſyſtem der Freien und Liten bezieht. In II. 4. heißt es nämlich: „Servus a nobili occisus, XXXVI. solidis componatur vel tribus jurantibus negetur. A libero vel lito pleno sacramento negetur.“ Wo ſich der Edle ſelbdritte reinigt, da ſoll der Freie ſo wie der Lite einen vollen Eid ſchwören. Die Frage iſt, was unter dieſem letzteren verſtanden werden müſſe?

Wenn wie im Bußen-, ſo auch im Eideshelferſyſtem der Freie = $\frac{1}{6}$, der Lite = $\frac{1}{12}$ eines Edlen angeſehen worden wäre, ſo würde daraus folgen, daß wo der Edle ſelbdritte, ſelbſechſte, ſelbzwölfte ſchwört, der Freie ſelb-

achtzehnte, ſelbſechsunddreißigſte und ſelbzweiundſiebzigſte, der Lite ſelbſechsunddreißigſte, ſelbzweiundſiebzigſte und ſelbhundertundvierundvierzigſte ſchwören müßte. Ich habe dieß früher wirklich angenommen (Miscellen des D. Rechts S. 108); allein ich glaube mich jetzt gegen dieſe Anſicht erklären zu müſſen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Worte plenum sacramentum deuten auf ein abſolut beſtimmtes höchſtes Eidesmaaß hin, über welches nicht mehr hinausgegangen wurde.

2. Dafür daß dieß ein Zwölfereid war, ſpricht wenigſtens in Betreff der Freien die Analogie des Longobardiſchen Rechts, in welchem ein Zwölfereid von Freien gleichfalls als der regelmäßig höchſte erwähnt wird. Ed. Roth. c. 364. „Si qualiscumque causa inter homines liberos evenerit et sacramentum dandum fuerit, si usque ad XX. solidos fuerit causa ipsa aut amplius, ad Evangelia sancta juret cum duodecim aidis suis, id est sacramentalibus. Ita ut sex illi nominentur ab illo qui pulsat, ut septimus sit qui pulsatur, et quinque quales voluerit liberos eligat, ut tamen sint XII. Quod si minor causa fuerit de XX. solidis usque ad duodecim, sibi sextus juret ad arma sacrata; tres ei nominet qui pulsat, et duos liberos eligat qui pulsatur quales voluerit, et sextus sit ipse. Et si minor fuerit causa de XII. solidis, sibi tertius juret ad arma sacrata, unum ei nominet qui pulsat, et alium ipse sibi quaerat, et tertius sit ipse.“

3. Hiermit muß aber dann in Verbindung gebracht werden, was wir von dem Reinigungseide bei den Sachſen in ſpäterer Zeit wiſſen; und auch dieß ſcheint darauf hinzudeuten, daß ſelbſt bei den Freien ein Zwölfereid ſtets für das höchſte Eidesmaaß gehalten worden iſt. Zuvörderſt kommt ein ſolcher auch in ſpäteren Sächſiſchen Rechtsquellen wirklich noch vor. Jus Slesvic. antiq. (bei Ko-

fod Ancher) §. 2. 4. 5. 14. 16. 23. 27. 28. 29 etc. Jus Susat. (bei Emminghaus) Art. 10. Andere Sächſiſche Rechtsquellen kennen als höchſten Reinigungseid einen Eid, den der Angeklagte ſelbſiebente ſchwört, z. B. Jus Hallense a. 1235. §. 8. 10. 11. 14. 15.; und hierüber ſcheint die mitgetheilte Stelle aus den Longobardiſchen Geſetzen ein ziemlich klares Licht zu verbreiten. Denn vermuthlich hat ſich derſelbe bei den Sachſen dadurch gebildet, daß die fünf Freien, welche der Angeklagte (pulsatus) nach jener Stelle ſelbſt wählen ſollte, weggefallen ſind. Es blieben ſomit nur die ſechs von dem Kläger genannten und der Angeklagte ſelbſt übrig. Merkwürdiger Weiſe findet ſich jener Hauptfall andrer Quellen, da ein Läugnender ſich mit Gehülfen wehrt, im Sachſenſp. nicht vor; wenn nach ihm überhaupt dem Läugnenden der Beweis gebührt, ſo genügt entweder deſſen alleiniger Eid, oder er muß zum Gottesurtheil greifen. Vgl. Homeyer im Regiſter zum Sachſenſp. s. v. Zeuge.

Es bleibt noch die Frage übrig, wodurch ſich denn das bei den Freien und wahrſcheinlich auch bei den Liten geltende Eideshelferſyſtem von dem der Edlen unterſchieden habe? Nach dem Bisherigen hauptſächlich dadurch, daß die Nothwendigkeit ſich mit einem Zwölfereide zu reinigen, bei den Freien und Liten weit eher als bei den Edlen eintrat. Die letzteren waren zu einem ſolchen erſt dann genöthigt, wenn die Anklage auf eine Buße von 120 Schillingen von 2, oder 80 Schill. von 3 Tremiſſes gerichtet war. Dagegen ſoll ein Freier und ein Lite nach II. 4. einen vollen Eid, d. h. alſo vermuthlich einen Zwölfereid ſchon dann ſchwören, wenn die Anklage auf eine Buße von 36 Schill. von 2, oder 24 Schill. von 3 Tremiſſes geht. Das iſt aber auch Alles, was ſich mit einiger Sicherheit über das Sächſiſche Eideshelferſyſtem in Betreff der Freien und Liten ſagen läßt. Vielleicht aber haben Sächſiſches

und Longobardiſches Recht in dieſer Beziehung einander völlig gleichgeſtanden, wonach auch bei den Sächſiſchen Freien die Nothwendigkeit ſich durch einen Zwölfereid zu reinigen, jedesmal dann vorhanden geweſen wäre, wenn die einzuklagende Buße mindeſtens 20 Schill. von 3 Tremiſſes oder beliebig mehr betrug.

Ueber die vulitiwam in I. 5. vgl. J. Grimm D. Ralt. 630. Meine Schrift: Geſetz der Thür. 335.

Der Eid, den jemand in manu liti sui ſchwört (I. 8), erinnert an den Frieſiſchen in manu proximi abzuleiſtenden Eid. Add. Sap. IV. Der Eid, den der Angeſchuldigte per sua arma ablegt, ſcheint dem Longobardiſchen Eide ad arma sacrata zu entſprechen, nur daß bei dem Sächſiſchen Eide dieſer Art keine Eideshelfer vorkommen, auch von einer Einweihung der Waffen, worauf geſchworen wird, nicht die Rede iſt. Ed. Rothar. 364. J. Grimm D. Ralt. 896.

Bemerkenswerth iſt der Unterſchied zwiſchen dem Hineinſtoßen ins Waſſer, dem impingere, und dem Hineinwerfen nach vorheriger Ergreifung des Andern. I. 9. 10. Das Letztere iſt ein weit ſchwererer Friedensbruch. Vgl. J. Grimm a. a. O. 631.

Die eigenthümliche Anſicht des Thüringiſchen und wahrſcheinlich auch der Fränkiſchen Geſetze, wonach bei allen Doppelgliedern eines wie beide, und beide wie eines gerechnet werden, iſt dem Sächſiſchen Geſetze fremd. Jedes dieſer Glieder wird hier beſonders gerechnet und mit dem halben Wergelde gebüßt. Eine gleiche Grundidee herrſcht in den Longobardiſchen Geſetzen vor. Ed. Roth. 48. „Si quis alii oculum excusserit, pro mortuo adpretietur qualiter in garathingi, id est, secundum qualitatem personae, et medietas pretii ipsius componatur ab eo qui oculum excusserit. 62. Si quis alii manum

absciderit, medietatem pretii ipsius, quo appretiatus fuerit, tamquam si eum occidisset, componat.“ Sachſenſ. II. 16. Jus Slesvic. antiq. bei Kofod Ancher, Farrago legum antiquarum Daniae municip. §. 3. „Pro manus vero vel pedis truncatione dimidia emenda hominis interfecti.“ J. Grimm a. a. O. 628 — 631. Meine Schrift: Thür. Geſ. 329 — 333.

Was die Fingerbußen betrifft, ſo gilt nach dem Sächſiſchen Geſetz der Daume $\frac{1}{4}$, der kleine Finger $\frac{1}{6}$, der Zeigefinger $\frac{1}{8}$, der mittlere und der vierte Finger $\frac{1}{12}$ des Wergeldes. — Jus Slesvic. ant. l. l. „Pro solo pollice quarta pars emende hominis interfecti. Pro indice (vel) dimidio minus (alſo $\frac{1}{8}$). Reliqui vero digiti secundum positionem semi minorem sortiuntur emendationem.“ In den Longobardiſchen Geſetzen, Ed. Roth. 63 — 67, ſind ſolche beſtimmte Verhältniſſe nicht erkennbar. Meine Schrift: Thür. Geſ. 333 — 335.

Tit. II. De homicidiis.	Til.
I. Qui nobilem occiderit, MCCCCXL. solidos componat. Ruoda dicitur[a]) apud Saxones CXX. solidi, et in praemium[b]) CXX. solidi.	XIV.
II. Quicquid de superioribus factis in foeminam committitur, si virgo fuerit, dupliciter componatur, si jam nupta[c]), simpliciter componatur[d]).	XV.
III. Litus occisus CXX. solidis componatur[e]): mulcta vero vulnerum ejus sive mancationum[f]), per omnia duodecima parte minor quam nobilis, sive minori solvatur aut solido majori[g]); vel si negat[h]), sua manu duodecima[i]) juret. Si in turba vel seditione fuerit occisus, componatur ab	XVI.

eo, cui mors ejus imputatur, vel sacramento duodecim hominum negetur.

XVII. IV. Servus[k]) a nobili occisus, XXXVI. solidis componatur[l]), vel tribus jurantibus[m]) negetur. A libero[n]) vel lito pleno sacramento negetur.

XVIII. V. Litus, si per jussum vel consilium domini sui hominem occiderit, ut puta nobilem, dominus compositionem persolvat, vel faidam portet[o]). Si autem absque conscientia domini hoc fecerit, dimittatur a domino, et vindicetur in illo et aliis septem consanguineis ejus a propinquis[p]) occisi[q]), et dominus liti se in hoc conscium non esse, cum undecim[r]) juret.

XIX. VI. Si mordritoton[s]) quis fecerit, componatur primo in simplo juxta conditionem suam, cujus mulctae pars tertia a proximis ejus, qui facinus perpetravit, componenda est[t]), duae vero partes ab illo, et insuper octies ab eo componatur, et[u]) ille ac filii ejus soli[v]) sint faidosi.

XX. VII. Si nobilis nobilem extra solum vendiderit, et reducere non potuerit, componat eum ac si occidisset. Si vero reduxerit eum, emendet ei juxta quod placitare potuerit. Si autem ille sua sponte reversus fuerit, medietatem weregildi ejus componat. De muliere similiter.

XXI. VIII. Qui in ecclesia hominem occiderit vel aliquid furaverit, vel eam[w]) effregerit, vel sciens, (perjuraverit, capite puniatur.

IX. Qui nesciens perjuraverit[x]), manum suam redimat auctor sacramenti.

X. Qui homini[y]) ad ecclesiam vel de ecclesia die festo[z]) pergenti, id est Dominica, Pascha, Pentecoste[a]), Natali Domini, sanctae Mariae, sancti Johannis Baptistae, sancti Petri et sancti Martini, insidias posuerit eumque occiderit, capite puniatur[b]). Si non occiderit, tamen insidias fecerit, bannum solvat. (de reliquis[c]).) XXII.

---

a) Lind. ruoda quod dicitur. b) Til. Lind. et in terpremium. c) Til. nupta. Cet. edit. enixa. d) Til. componatur deest. e) Til. componatur deest. f) Verba sive mancationum, quae apud Tilium leguntur, in ceteris editionibus desunt. g) Til. Lind. Spang. quam nobilis hominis solvatur, aut solido majori. Ceterae edit. quam nobilis hominis. Solvatur autem solido majori. De emendando hoc loco corruptissimo non haesitavi, ipsius vero emendationis a me factae rationem in commentario reddam. h) Til. Her. negat. Lind. Spang. negaverit. i) Til. XI. k) Til. Lind. Si servus. l) Til. solidis componatur desunt. Corb. componat. m) Lind. juratoribus. n) Til. Lind. Si a liberto. o) Spang. portat. p) Til. propinquo. q) Lind. Spang. et aliis septem de consanguineis ejus ad propinquos occisi. r) Til. Her. cum undecim. Lind. Spang. cum XII. s) Til. mordritoton. Her. mordum totum. Lind. mordrum totum. Corb. mord dotum. t) Til. est deest. u) In omnibus editionibus et codicibus legitur et; sed vel praeferendum esse videtur. v) Spang. sulli. w) Til. eam deest. x) Til. Her. perjuraverit, capite puniatur. Qui nesciens perjuraverit. Lind. Spang. perjuraverit, si infra patriam fuerit factum, capite puniatur: si autem infra patriam non fuerit, in qualicunque loco fuerit, secundum illorum legem. Et qui nesciens perjuraverit. y) Til. hominem. z) Spang. die sancto. a) Her. Dominica, Pascha, Penthecoste. Til. Dominica Paschae, Pentecostae. Lind. dominica Paschae Pentecoste. b) Lind. Spang. puniatur si (si deest apud

Spang.) infra patriam (Spang. patria) fuerit. Sin autem in quali loco, secundum illorum legem. c) Haec verba pro emblemate habenda sunt.

Anmerkungen zu Tit. II.

Cap. 1—6.

Von Wunden und Leibesverletzungen geht das Geſetz zu Todtſchlag und Mord über. Hier iſt nun das als charakteriſtiſch an die Spitze zu ſtellen, daß bei den genannten Verbrechen trotz der ſonſt ſo häufig darin vorkommenden Todesſtrafen, in der Regel überhaupt noch gar keine öffentliche Strafe (vielleicht mit Ausnahme eines in dem Geſetze übrigens hierbei nicht erwähnten Friedensgeldes) angewendet wird, vielmehr das alte Privatbußenrecht noch in ſeiner vollen Kraft beſteht. Man ſieht, wie tief das Inſtitut der Blutrache im Volksglauben gewurzelt war; die königliche Gewalt aber mochte ſich hier wohl lange Zeit in der Lage befinden, welche König Liutprand Cap. 118 ſo naiv ſchildert, wenn er in Betreff des Zweikampfes als eines Gottesurtheils ſagt: „propter consuetudinem gentis nostrae Longobardorum legem impiam vetare non possumus.“ Wann ſich jener Zuſtand bei den Sachſen geändert habe, läßt ſich nicht genau angeben. Im Sachſenſpiegel erſcheint das Privatbußenrecht durch die öffentlichen Strafen bereits zurückgedrängt. Zahlung des Wergeldes kommt nur noch ausnahmsweiſe bei einer Tödtung aus Nothwehr, aus Unachtſamkeit, durch ein Kind, durch Thiere u. ſ. w. vor (II. 14. 38. 65. 40); ſonſt gilt die Regel II. 13. „Alle mordere — sal man radebrechen. Der den man slet oder veht oder roubet oder burnet sunder mortbrant u. s. w. — den sal man die houbete abslan.“

Bei der Unterſcheidung von Todtſchlag und Mord in unſerem Geſetze liegen die bekannten Begriffe der alten

Volksrechte überhaupt zu Grunde. J. Grimm D. Ralt. 625. Todtſchlag wird mit einfachem, Mord mit neunfachem Wergelde gebüßt. Die Höhe des Wergeldes aber richtet ſich in jedem Falle nach dem Stande des Getödteten (juxta conditionem suam sc. occisi), während auf den Stand des Todtſchlägers oder Mörders gar nichts ankommt.

Mit Rückſicht auf die Perſon des Getödteten unterſcheidet das Geſetz Edle, Freie, Liten und Knechte.

Der Edle ſteht mit ſeinem Wergelde von 1440 Schillingen zu zwei oder 960 zu drei Tremiſſes, dem Bairiſchen Herzoge völlig gleich. L. Bajuv. II. 20, 4. „Si vita parentum ejus (ducis) aufertur, cum DCXL. sol. componuntur. Dux vero cum DCCCCLX. sol. componitur parentibus aut regi, si parentes non habuerit.“ Unter den Nobiles im Geſetze müſſen zunächſt dieſelben Perſonen verſtanden werden, welche auch in der oben S. 12 angeführten Stelle von Hucbald und in den Sächſiſchen Capitularien jenen Namen führen; daraus aber, daß der früheren Häuptlinge (principes oder satrapae) gar keine Erwähnung geſchieht, läßt ſich vermuthen, daß der Geſammtbegriff der Edlen auch dieſe ſeitdem umfaßt haben müſſe. Karl der Große ſcheint, abgeſehen von dem durch das Lehnweſen überall ins Fränkiſche Intereſſe gezogenen Adel überhaupt, ein noch höheres Hervorragen einzelner Familien, an welche ſich die Erinnerungen von alter Freiheit des Volkes knüpften, nirgends begünſtigt zu haben. Daß ſich aber bei einzelnen Geſchlechtern des Sachſenvolkes ſelbſt, das Andenken an eine in vorfränkiſcher Zeit genoſſene vorzügliche fürſtliche Ehre, inſonderheit auch an das einſt mit Ruhm geführte Herzogthum erhielt, läßt ſich kaum bezweifeln. Dithmar von Merſeburg, welcher dem berühmten Sachſenherzog Witikind den Königstitel beilegt, ſagt von Heinrich I.: „per affines

legatosque suos filiam Theodrici et Reinildae ex Widikindi regis tribu exortam appellat, ut sibi voluisset satisfacere.“ Dithmari Chron. ed. Wagner p. 8. Ueber das hohe Wergeld der Sächſiſchen Edlen vgl. oben S. 47 fg.

Die Freien ſcheinen bei der Angabe der Wergelder ganz vergeſſen zu ſeyn, und dieſer Umſtand ſo wie der Ausdruck Ruoda hat die Ausleger vielfach beſchäftigt. Daß ſich dieſer letztere in irgend einer Art auf die Freien beziehe, glaubte man ſchon daraus ſchließen zu dürfen, daß unmittelbar dahinter wieder von Liten gehandelt wird, den Freien aber ihr natürlicher Platz zwiſchen Edlen und Liten gebührt. Die meiſten Gelehrten glaubten bei Ruoda ſelbſt an einen Freien denken zu müſſen. Leibnitz erklärte das Wort durch Wurzel, ſo daß es auf Perſonen angewendet, den Begründer einer Familie, einen Mann und Familienvater, endlich einen Freien bezeichnen ſollte, etwa ſo wie umgekehrt baro, barus zunächſt einen Freien und dann auch einen Mann ſchlechthin bedeutet. Script. rer. Brunsv. Tom. I. p. 78. not. 8. — Gärtner im Commentar zum Geſetze der Sachſen leitete Ruoda von roden, rotten ab; ſonach habe es den Sinn von Ausroder und bedeute einen Freien, weil der Ackerbau als Hauptgeſchäft der Freien zu betrachten ſey. Ganz ähnlich äußerte ſich auch Falck, auf eine ältere Anſicht von Tyge Rothe geſtützt, in den Kieler Blättern 1819, Bd. II. S. 141. „Tyge Rothe hat ſchon das Altſächſiſche Ruoda mit dem Däniſchen Bryde verglichen. Der Grundbegriff von beiden iſt allerdings Urbarmachen. Daß der Bryde aber fremden Grund bebaut, unterſcheidet ihn von jenem freien Anbauer. Denn Bryde iſt ein höriger Hinterſaſſe.“ Joh. Wilh. Hoffmann endlich deutete Ruoda mit ſtaunenswerther Etymologie durch einen Mann aus dem Volke, indem es aus dem Angelſächſiſchen Corda, Curth, Cord,

Cortha=turba, grex abzuleiten ſey. Observ. jur. Germ. L. I. c. 3. — Sobald man übrigens, gleichviel auf welche etymologiſche Grundlage geſtützt, Ruoda ſelbſt durch einen Freien erklärte, ſo mußte man auch noch irgend eine Interpolation vornehmen, um Sinn in die Stelle zu bringen. Denn die Worte: Ein Freier heißt 120 Schillinge u. ſ. w., hätten natürlich keinen Verſtand gehabt. Daher wollte Leibnitz leſen: „Qui nobilem occiderit, sol. MCCCCXL. componat. Ruoda quod dicitur apud Saxones, id est, ingenuum det . . . . sol.“ Das Folgende erklärte er für ſinnlos und war zugleich überzeugt, daß gleich anfänglich mehr als 120 sol. im Geſetz geſchrieben geweſen wären. Gärtner glaubte emendiren zu müſſen: „Qui nobilem occiderit, sol. MCCCCXL. componat. Qui occiderit eum qui Ruoda dicitur apud Saxones, CXX. solidos et in praemium CXX. solidos componat.“ — Völlig abweichend von allen andern Erklärungsverſuchen war der von Heineccius, welcher (in den Antiquit. jur. Germ. Tom. II. p. 9 sq.) Ruoda in Ruoga verwandelte, dieß mit Rüge=Brüche=mulcta für gleichbedeutend hielt, und es dann nicht auf das Folgende, ſondern auf das Vorhergehende bezog. Um Zuſammenhang in die Stelle zu bringen, wollte er leſen: „Qui nobilem occiderit, MCCCCXL. sol. componat, Ruoga quod dicitur apud Saxones. Si ingenuum, CXX. solidos et in praemium CXX. solidos.“

Alle dieſe Erklärungen ſcheinen nach den Ergebniſſen der neueren Sprachforſchung unhaltbar zu ſeyn. Die Möglichkeit, daß hinter den das Wergeld eines Edlen angebenden Worten irgend etwas ausgefallen ſey, läßt ſich freilich nicht beſtreiten, und dieß müßte etwa der Satz: Qui liberum occiderit, CCXL. sol. componat, geweſen ſeyn. Es ſcheint jedoch, daß die Worte: „Ruoda — in

praemium CXX. solidi," ſelbſt ohne Annahme irgend einer Lücke erklärt werden können. Ruoda heißt nach J. Grimm D. Ralt. 676 Ruthe, und dieß ſcheint techniſcher Ausdruck für Wergeld ſchlechthin, und inſofern die Freien die Regel bilden, für das Wergeld eines Freien zu ſeyn. Die Worte in praemium, denn interpraemium iſt ſinnlos, erkläre ich folgendermaßen. Das Freienwergeld hatte früher wirklich nur 120 Sol. von 2 Tremiſſes (80 von 3 Trem.) betragen, vgl. oben S. 49 fg.; jenes frühere Wergeld hatte ſich aber zur Verhütung von Fehden unzureichend erwieſen, oder man fürchtete, daß es in Zukunft nicht mehr genügen möchte. Es wurde daher eine Erhöhung, und zwar eine Verdoppelung deſſelben vorgenommen, ſo wie nach meiner Anſicht auch das Wergeld des freien Alamannen und Baiern im Betrage von 160 Sol., durch Verdoppelung von 80 Sol. entſtanden iſt. Meine Schrift: Thür. Geſ. 182. Die auf Verminderung der Fehden gerichtete Abſicht der Könige bei den von ihnen vorgenommenen Erhöhungen der alten Bußen, tritt deutlich hervor in Ed. Roth. 74. „In omnibus istis plagis ac feritis superius descriptis, quae inter homines liberos eveniunt, ideo majorem compositionem posuimus, quam antiqui nostri, ut faida, quod est inimicitia, post compositionem acceptam postponatur et amplius non requiratur, nec dolus teneatur: sed causa sit finita, amicitia manente." In praemium hätte dann den Sinn, daß die Familie des Getödteten zum Lohne dafür, daß ſie von der Fehde abſteht, noch einmal 120 Schillinge erhalten ſoll. Der ganze Satz aber wäre hiernach folgendermaßen zu überſetzen: Eine Ruthe (d. h. ein altes Freienwergeld) bedeutet ſo viel als 120 Sol., und zum Lohne kommen noch 120 Sol. hinzu.

Eichhorn (D. St. u. Rgeſ. Th. 1. §. 47. Note c. 4te Ausg.) behauptet, daß die Verdoppelung bei der Be-

ſtimmung des Wergeldes in unſerer Stelle aus der Zuſammenziehung verſchiedener gleich hohen Bußen in eine Summe entſtanden ſeyn müſſe. Aber für welche Verletzungen ſollten denn dieſe verſchiedenen gleich hohen Bußen früher beſtimmt geweſen ſeyn? Natürlich für andere als für den Todtſchlag ſelbſt, da jeder Menſch nur einmal todtgeſchlagen werden kann. Hieraus würde dann folgen, daß das Wergeld mit Rückſicht auf andere Bußen für Leibesverletzungen beſtimmt worden ſey. Mir ſcheint dagegen, daß dieſe letzteren Bußen umgekehrt nach der Höhe des Wergeldes feſtgeſetzt worden ſind. Auch möchten ſich wohl die Worte in Cap. 1 unſeres Titels, welche von dem Freienwergelde handeln, mit jener Anſicht in keiner Weiſe vereinigen laſſen, und ich kann nicht umhin, ſtatt einer Zuſammenziehung verſchiedener gleich hohen Bußen für Leibesverletzungen in die eine Summe des Wergeldes, eine Erhöhung und zwar Verdoppelung eines früherhin niedriger angeſetzten Wergeldes für weit natürlicher zu halten. Steigerung der bisher geringer geweſenen Bußen war bei wachſendem Geldreichthum in einer Zeit, wo ſich die Uebung der Blutrache als zu tief im Volksglauben gewurzelt, noch nicht ganz verbieten ließ, das einfachſte Mittel, wodurch die Könige dem wilden Fehdeweſen einen Damm entgegenſetzen konnten, und daß dieſe Anſicht keine leere Einbildung iſt, geht aus unzweideutigen Quellenzeugniſſen hervor.

Durch die obige Darſtellung iſt das Reſultat gewonnen, daß der Sächſiſche Freie ein Wergeld von 240 Schillingen von 2 oder 160 Schill. von 3 Tremiſſes hat, und dieß entſpricht vollkommen der inneren Conſequenz der Sache. Denn nicht allein daß das Freienwergeld auf dieſe Weiſe als das Doppelte des Litenwergeldes erſcheint: ſo zeigt ſich nun auch eine vollkommene Uebereinſtimmung zwiſchen dem Sächſiſchen Freienwergelde und dem der Frieſen nach der Additio Sapientum, der Baiern und

der Alamannen. Vgl. meine Schrift, Thür. Geſetz 160 fg. Schwerlich wird man dieſe Uebereinſtimmung für eine bloß zufällige halten können; ſie giebt ſich vielmehr als Ergebniß einer allgemeineren legislativen Tendenz kund. Mit den Angaben der einzelnen Geſetzbücher harmonirt außerdem L. Ripuar. XXXVI. (38) 1. „Si quis Ripuarius advenam Francum interfecerit, ducentis solidis culpabilis judicetur. 2. Si quis Ripuarius advenam Burgundionem interfecerit, centum sexaginta solidis culpabilis judicetur. 4. Si quis Ripuarius advenam Alamannum seu Fresionem, vel Bajuvarium, aut Saxonem interfecerit, centum sexaginta solidis culpabilis judicetur.“ Sollen die alten Völkergeſetze nicht zu einem völlig unauflöslichen Chaos werden, ſo folgt hieraus, daß zur Zeit dieſes Geſetzes (wahrſcheinlich unter Karl d. Gr.) die gewöhnlichen Silberſchillinge von drei Tremiſſes bei allen den genannten Völkern gleichen Werth gehabt haben müſſen. Eben ſo ergiebt ſich hieraus, daß bei den Alamanniſchen minoflidi wohl nicht, wie von Savigny Beitrag zur Rechtsgeſchichte des Adels S. 13 annimmt, an Liten, ſondern an Freie zu denken ſey. Meine Schrift Thür. Geſ. 178. (Ueber die Abweichung, welche einzig bei dem Wergelde des freien Burgunders zwiſchen dem Geſetzbuche, welches ihm eines von 150 Sol. giebt, und der obigen Stelle des Ripuariſchen Geſetzes Statt findet, ſ. meine Ausg. der lex Frision. p. 48.)

Hinſichtlich der Liten und ihres Wergeldes von 120 Sol. von 2 Trem. ſpricht das Sächſ. Geſetz ganz unzweideutig. Man könnte es auffallend finden, daß bei der allgemeinen Regel, welche in Cap. III. über die Wundenbußen ausgeſprochen iſt, der Lite nicht mit dem Freien, ſondern mit dem Edlen verglichen wird, indem es nicht heißt: per omnia dimidia parte minor quam liberi, ſondern: per omnia duodecima parte minor quam no-

bilis. Allein dieß erklärt ſich wohl ganz einfach aus der ganzen inneren Anlage der Rechtsſammlung. Nicht die Freien werden darin an die Spitze geſtellt, und hinter ihnen erſt die Edlen als eine höhere, die Liten als eine geringere Claſſe abgehandelt; vielmehr machen die Edlen den Anfang, und daher kommt es, daß ihr Wergeld und Buße als der Maaßſtab, nach welchem die Berechnung bei den übrigen Ständen geſchieht, angenommen ſind.

In dem Recht der alten Geburtsſtände bildet das Verhältniß der Liten noch immer eine der dunkelſten Seiten, ſo häufig dieſelben auch in der neueren Zeit Gegenſtand wiſſenſchaftlicher Forſchung geweſen ſind. Vgl. J. Grimm D. Ralt. 305 fg. Meine Miscellen des D. R. 59 fg. Meine Schrift Thür. Geſetz 144 fg. Lacomblet Archiv für die Geſch. des Niederrheins Bd. I. Heft 1. S. 162 fg. Eine Hauptfrage ſcheint mir zu ſeyn, ob dem Herrn eine Gewere an dem Liten oder ein Mundium über denſelben zuſtand; denn unter eine von dieſen beiden Kategorien ſcheint ſein Recht geſtellt werden zu müſſen. An dem eigenen Mann (servus) hatte der Herr wohl ohne Zweifel eine Gewere (Sachſenſp. III. 32. §. 6.). Dagegen ſcheint dem Herrn über den Liten ein wahres Mundium zugeſtanden zu haben. In Betreff der Longobardiſchen Aldionen läßt ſich dieß, wie ich glaube, ganz ſicher nachweiſen; bei den Völkern mit Liten fehlt es an beſtimmten Zeugniſſen hierüber; aber die Verwandtſchaft der Aldionen und Liten überhaupt begünſtigt die Vermuthung, daß ſich die Sache bei dieſen eben ſo verhalten habe. Ich komme unten in den Anmerkungen zu Tit. XVIII. auf dieſen Gegenſtand noch einmal zurück.

Einer beſondern Rechtfertigung bedarf noch die von mir gradezu in den Text aufgenommene Emendation: sive minori solvatur aut solido majori. Daß die Lesart: solvatur autem solido majori falſch ſey, liegt am Tage;

denn um gleich bei dem Wergelde ſtehen zu bleiben, ſo ſind 120 Sol. von 3 Trem. nicht der zwölfte Theil von 1440 Sol. von 2 Trem., ſondern die 120 Sol. als Wergeld des Liten bilden immer nur dann den zwölften Theil von 1440 Sol., wenn bei beiden Summen die nämlichen Solidi gemeint ſind. Es muß alſo in jenem corrupten Satze jedenfalls eine Aenderung vorgenommen werden. Wie ſie zu treffen, darauf weiſet das bei Tilius, Lindenbrog und im Spangenbergſchen Codex befindliche aut ſtatt autem hin. Iſt dieſes aut, wie ſich nicht bezweifeln läßt, richtig, ſo muß dem oder ein ihm entſprechendes entweder vorausgehen, und dieſes letztere kann nur in dem offenbar falſchen Worte hominis verborgen liegen. Falſch iſt daſſelbe, weil es ganz gegen den Sprachgebrauch der Rechtsquelle wäre, von einem nobilis homo, ſtatt nur von einem nobilis ſchlechthin zu reden. Das minori liegt abgekürzt geſchrieben bereits in dem Worte hominis vor, und die Beifügung des ungehörigen Buchſtaben s am Ende wird nicht befremden können, da ſich auch das folgende Wort wieder mit einem s anfängt. Wie leicht aber aus dem richtigen sive die Sylbe ho hervorgehen konnte, welche man dann natürlich mit dem folgenden Worte verbinden zu müſſen glaubte, ſieht jeder, der je eine Handſchrift in Händen gehabt hat.

Für Knechte (servi) beſtimmt das Geſetz ein Wergeld von 36 Schillingen. Wergeld nenne ich es, weil im Frieſiſchen Geſetze IX. 17. ausdrücklich von einem weregildus servi die Rede iſt. Die feineren Unterſchiede, welche in mehreren andern Volksrechten zwiſchen verſchiedenen Arten von Knechten mit Rückſicht auf beſondere Brauchbarkeit und Kunſtfertigkeiten der Einzelnen gemacht werden, ſind unſerem Geſetze unbekannt. Bei dem getödteten Knecht iſt übrigens wohl an den Knecht eines andern Herrn zu denken. Vgl. Müller Fragm. obs. ad leg.

Sax. p. 24. Ob ein Herr, der ſeinen eigenen Knecht tödtete, vielleicht irgend eine Buße an den König entrichten mußte, erfahren wir nicht. Ueber das plenum sacramentum des Freien und des Liten ſ. oben S. 91 fg.

Von einem Friedensgelde (fredus, fredum), welches bei Todtſchlag und Mord an den König zu entrichten geweſen wäre, iſt nirgends im Geſetze die Rede.

Vergleichen wir nun mit den verſchiedenen Claſſen von Perſonen, welche in der Rechtsquelle vorkommen, diejenigen, welche der Sachſenſpiegel kennt, ſo finden wir die nobiles in den freien Herrn und den aus dieſen hervorgegangenen Fürſten wieder. Die liti und servi ſind die Laten (Laſſen) und die eigenen Leute des Sachſenſpiegels. Zwiſchen dieſe Unfreien und die Freien hat ſich die im alten Geſetzbuche noch nicht vorkommende Claſſe der Dienſtleute (Miniſterialen) eingeſchoben. Die Freien ſelbſt erſcheinen dreifach gegliedert in die Schöffenbarfreien, die Pfleghaften oder Biergelden und die freien Landſaſſen. Aber dieſe drei Abtheilungen umfaſſen keinesweges die ſämmtlichen freien Mitglieder des Volkes. Man ſieht deutlich, daß jene Eintheilung zunächſt nur in der Sphäre des Landrechts gilt, ſich aber nicht auch auf das Lehnrecht bezieht. Diejenigen Freien ſind nicht darunter begriffen, welche nach dem Sachſenſpiegel I. 3. als Mannen der Freiherrn, mit den Schöffenbarfreien gemeinſchaftlich, im fünften, und welche als Mannen derer, die den fünften Heerſchild haben, im ſechſten Heerſchilde ſtehen. Die Schöffenbarfreien befanden ſich als ſolche meiner Anſicht nach in keiner Lehnsverbindung; ſie verrichteten den Reichsdienſt von ihrem Eigen (Sachſenſp. I. 2), und ihre Pflicht in dieſer Beziehung war ein Reſt des alten Heerbannes. In ihrem und da wo ſich keine Schöffenbarfreien fanden, ähnlichen Verhältniſſen ſcheint mir der Grund davon zu liegen, daß die Rittermatrikeln bis in die neueſten Zeiten, gewöhnlich

nicht bloß Lehngüter, ſondern auch allodiale Rittergüter enthielten. Vgl. Eichhorn über die Allodification der Lehen S. 11 fg. Rehberg Conſtitutionelle Phantaſieen eines alten Steuermannes S. 47. Völlig dunkel ſcheint es zu bleiben, wie ſich die Schöffenbarfreien gleiches Wergeld und gleiche Buße mit den Fürſten errungen haben. Nach dem Sachſenſpiegel III. 45. beträgt ihr Wergeld 18 Pfund, was jedes zu 20 Schill. gerechnet, 360 Schill. ergiebt, das der Biergelden und freien Landſaſſen aber 10 Pfund oder 200 Schillinge. J. Grimm D. Ralt. 662. Meine Miscellen d. D. R. Cap. IV—VI. Eben ſo laſſen uns die Quellen darüber im Unklaren, in welcher Weiſe ſich allmählich ein abſolutes Maaß der Buße, wie uns daſſelbe im Sachſenſpiegel begegnet, entwickelt hat, da doch den alten Volksrechten überall nur relative Bußen bekannt ſind.

An die bisherigen allgemeinen Erörterungen über die Wergelder der verſchiedenen Stände ſchließen ſich nun noch einige Bemerkungen über zwei in Cap. 2 und 3 des Titels beſonders hervorgehobene Gegenſtände an, nämlich über die Tödtung eines Weibes und über die Tödtung eines Menſchen in einem Getümmel.

Nach Cap. 2 hat eine Jungfrau doppelte, eine verheirathete Frau dagegen nur einfache Buße und Wergeld. Ich habe nicht angeſtanden, nupta, welches ſich ausdrücklich auf die Handſchrift von Tilius ſtützt, ſtatt enixa in den Text aufzunehmen, denn enixa bildet wörtlich erklärt nicht den Gegenſatz von Jungfrau, der im Sinne des Geſetzes zu liegen ſcheint. In keinem Falle iſt übrigens, wie Gärtner meint, bei enixa an eine stuprata zu denken, ſelbſt wenn ſich das Geſetz urſprünglich jenes Ausdruckes im Gegenſatze von virgo bedient haben ſollte. Die vorzüglich hohe Schätzung der Jungfräulichkeit iſt eine Eigenthümlichkeit des alt Sächſiſchen Rechts, welche

nicht mehr mit dem Grunde erklärt werden kann, auf welchen ſich das Bairiſche Geſetz beruft, um die in demſelben (eben ſo wie im Alamanniſchen) allen Weibern im Vergleich mit Männern deſſelben Standes eingeräumte doppelte Buße und Wergeld zu rechtfertigen. L. Bajuv. III. 13, 2. „De feminis vero eorum (liberorum hominum) — omnia dupliciter componantur. Et quia femina cum armis se defendere nequiverit, duplicem compositionem accipiat. 3. Si autem pugnare voluerit per audaciam cordis sui sicut vir, non erit duplex compositio ejus, sed sicut fratres ejus, ita et ipsa recipiat.“ L. Alam. XLIX. (50) LXVII. (68) LXVIII. 3. XCI. Additam. 22. Denn die Unfähigkeit zum Kampfe findet ja bei verheiratheten Frauen in der Regel eben ſo wie bei Jungfrauen Statt. Mit Joh. Gottlieb Müller anzunehmen, daß eigentlich geleſen werden müſſe: si virgo fuerit, simpliciter componatur, si jam enixa, dupliciter, finde ich gar keinen Grund. Vielmehr ſcheint mir jene höhere Geltung der Jungfrau ein Ueberreſt der alten Volksanſicht zu ſeyn, von welcher ſich einzelne Andeutungen bei Tacitus finden, und wonach Jungfrauen vorzugsweiſe eine beſondere Heiligkeit, und in Folge deſſen ſo häufig auch eine innigere Vertrautheit mit den Göttern und ein Seherblick in die Zukunft zugeſchrieben wurde. Vgl. Tac. Hist. IV. 61. Germ. 8. J. Grimm D. Mythologie 63. Merkwürdig ſind die von dem alten Rechte ſo ganz abweichenden Beſtimmungen des Sachſenſpiegels III. 45 §. 2, welche Ungleichheit zu Ungunſten der Weiber allgemein feſtſetzen. „Jeclich wib hat ires mannes halbe buze und weregelt. Jeclich magt und ungemannet wib. hat halbe buze nach deme als sie geborn ist.“ Der Schwabenſpiegel (Senck.) 402, 6 ſtimmt hiermit überein; den Grund dieſer ſpäteren Herabſetzung der Weiber aber bin ich ſehr geneigt in bibliſchen Einflüſſen zu ſuchen.

Umfaſſendere Zuſammenſtellungen deſſen, was über das Verhältniß des männlichen Geſchlechts zum weiblichen in Betreff des Wergelds und der Bußen in vielen alten Rechtsquellen beſtimmt iſt, ſ. bei Grimm D. Ralt. 404 fg. und in meiner Schrift: Thür. Geſ. 250 fg.

Bei der Tödtung eines Menſchen in einem Getümmel und Volksauflauf kommt nach dem Sächſiſchen Rechte die allgemeine Regel zur Anwendung, wonach jeder, der des Todtſchlags eines Menſchen bezüchtigt wird, ſich mit einem Zwölfereide zu reinigen gehalten iſt. Dabei liegt die Idee zu Grunde, daß es einem wahrhaft reinen und unſchuldigen Manne ſtets möglich seyn müſſe, die nöthige Anzahl von Eideshelfern zuſammenzubringen. Wie natürlich, kennen unſre alten Rechtsquellen in vielen Fällen auch eine eigentlich juriſtiſche Beweisführung durch Zeugen (qui rem viderunt sive audierunt) und durch Urkunden; der Beweis durch Eideshelfer dagegen hat einen überwiegend moraliſchen Charakter; er iſt im Grunde immer nur ein Ausſpruch der öffentlichen Meinung, und hier hält das alte Recht den Geſichtspunkt feſt, daß der unſchuldige Mann nie in Verlegenheit kommen könne, wenn es ſich bloß darum handelt, irgend eine Anklage durch einen für ihn günſtigen Ausſpruch jener öffentlichen Meinung zurückzuweiſen. Ein ſehr zuſammengeſetztes und in den verſchiedenen Theilen des Landes ſelbſt wieder verſchiedenes Verfahren wurde nach Frieſiſchem Rechte beobachtet, wenn jemand in einem Getümmel getödtet worden war und die Verwandten des Getödteten die unbekannte Perſon des Todtſchlägers auszumitteln ſuchten. L. Fris. XIV. Meine Schrift: Thür. Geſetz, 324 fg. Mit dem obigen Falle hat auch derjenige eine gewiſſe Aehnlichkeit, wo ein Menſch auf der Landſtraße zwiſchen zwei Dörfern von unbekannter Hand ſeinen Tod gefunden hat. Hierüber findet ſich eine zwar verdorbene, aber doch in den weſentlichſten Punkten

verſtändliche und ſehr intereſſante Stelle in der l. Sal. (cod. Guelf.) tit. LXXV. Dieſelbe iſt zugleich dadurch bemerkenswerth, daß darin eine meines Wiſſens ſonſt in Salfränkiſchen Rechtsquellen nicht anzutreffende Unterſcheidung von meliores und minoflidi vorkommt, welche dem Unterſchiede der Alamanniſchen medii und minoflidi zu entſprechen ſcheint. Ich bin geneigt, die grade bei der Angabe der Eideshelfer ſehr verdorbenen Worte ſo zu erklären, daß jeder von den meliores ſelbzwölfte, jeder von den minoflidi ſelbfunfzehnte (oder ſelbſechszehnte) einen Reinigungseid ſchwören ſolle. Wäre ſelbfunfzehnte das Richtige, ſo würde ſich hieraus zwiſchen beiden Claſſen ein Verhältniß von 4 : 5 ergeben, was mit den Wergeldsſätzen in L. Alam. Additam. c. 22 (wo ſtatt septuaginta zu leſen iſt sexaginta) übereinſtimmte. Vielleicht hängt die Erwähnung jenes Unterſchiedes mit einer Entſtehung der Handſchrift in Alamanniſchen oder doch benachbarten Gegenden zuſammen.

Die Höhe der Wergelder hat den Hauptgegenſtand der bisherigen Darſtellung gebildet. Allein auch folgende Fragen ſind jetzt noch einer genaueren Betrachtung zu unterwerfen.

1. Wer zahlt bei Todtſchlägen oder Ermordungen zwiſchen Freien und Edlen das Wergeld, und wer erhält daſſelbe?

2. Wie weit geht in ſolchen Fällen das Fehderecht der Verwandten des Erſchlagenen oder Ermordeten?

3. Wer zahlt das Wergeld, wenn ein Lite einen Todtſchlag oder Mord begangen hat, und wie ſteht es hier mit dem Fehderechte?

4. Wer erhält das Wergeld, wenn ein Lite erſchlagen oder ermordet worden iſt, und in welcher Art wird hier das Fehderecht geübt?

5. Wer zahlt das Wergeld, wenn ein Knecht einen Todtſchlag oder Mord begangen hat?

6. Wer erhält das Wergeld für einen erſchlagenen oder ermordeten Knecht?

---

1. Wer zahlt bei Todtſchlägen oder Ermordungen zwiſchen Freien und Edlen das Wergeld, und wer erhält daſſelbe?

Nach Cap. 6 unſers Titels ſoll dann, wenn jemand einen Mord (homicidium absconse perpetratum) begangen hat, der Ermordete zuerſt nach ſeinem Stande einfach gebüßt werden, und von dieſer einfachen Buße, d. h. dem Wergelde, ſollen die proximi des Mörders $\frac{1}{3}$, dieſer ſelbſt $\frac{2}{3}$ tragen. Außerdem aber ſoll der Mörder verpflichtet ſeyn, das Wergeld des Ermordeten noch achtmal zu entrichten. Hieraus läßt ſich die allgemeine Regel ableiten, daß bei Todtſchlägen, die immer nur mit dem einfachen Wergelde des Erſchlagenen gebüßt wurden, der Todtſchläger jedesmal $\frac{2}{3}$, die proximi $\frac{1}{3}$ zahlen mußten. Die proximi in Gemeinſchaft mit dem Angeklagten ſelbſt bilden das, was Tacitus in der Germania Cap. 21 die universa domus nennt. Das ganze Gemeinweſen löſt ſich in lauter Familien auf, welche als in ſich geſchloſſene Kreiſe neben einander ſtehen und ſich gegenſeitig für die einzelnen Mitglieder haften. Aber dieſe Haftungsverbindlichkeit bezieht ſich nur auf den einfachen Werth, das einfache Wergeld, welches jedem im Volksvereine überhaupt eingeräumt iſt. Wenn daher, wie im Falle des Mordes das Wergeld des Ermordeten neunmal entrichtet werden muß, ſo geht die Verpflichtung der Verwandten des Mörders nur auf Mitzahlung e i n e s Wergeldes; die Verbindlichkeit das Wergeld des Ermordeten noch achtmal außerdem zu zahlen, trifft dagegen nur den Mörder ſelbſt, und wie man hin-

zudenken muß, die männliche Deſcendenz deſſelben, da die Söhne des Mörders, im Fall es zur Fehde kommt, dieſer letzteren gemeinſchaftlich mit dem Vater ausgeſetzt ſind. Unter den proximi ſind wohl dieſelben zu verſtehen, welche in andern Rechtsquellen parentes ſchlechthin, parentes propinqui oder propinqui proximi genannt werden. Leges Grimoaldi 7. 8. Liutprandi 7. 8. 13. 14. 17. 18. 22. 24. 30. 31. 32. 33. 34. L. Fris. I. 1. Wie weit dieſer Begriff nach Sächſiſchem Recht gereicht, und inwiefern er Verwandte von der Vater- und von der Mutterſeite gemeinſchaftlich umfaßt habe, wird nirgends im Geſetze angegeben. Allein ich glaube doch, daß nicht alle männliche Seitenverwandte ohne Ausnahme darunter begriffen ſeyn können. Den Beſtimmungen, welche ſich in Cap. 5 unſeres Titels über die Blutrache gegen einen Liten und ſieben Blutsverwandte deſſelben finden, ſcheint eine allgemeinere Idee zu Grunde zu liegen, und ich bin hiernach geneigt anzunehmen, daß überhaupt nur gegen ſieben, und zwar die nächſten männlichen Blutsverwandten eines Todtſchlägers oder Mörders, abgeſehen von den Söhnen deſſelben, Blutrache geübt werden durfte. War dieß aber wirklich allgemeine Regel, ſo können auch nur die ſieben nächſten männlichen Blutsverwandten zur Mitbezahlung jenes Drittels eines einfachen Wergeldes verpflichtet geweſen ſeyn. In welcher Art ſich übrigens die Pflicht zur Zahlung des Drittels unter den parentes proximi vertheilte, ob die nächſten zuerſt allein in Anſpruch genommen wurden und hinter ihnen erſt, wenn ſie wegen Armuth nicht zahlen konnten, die folgenden, oder ob alle gemeinſchaftlich dazu beitragen mußten, die näheren mehr, die entfernteren weniger: iſt wegen Dürftigkeit der Quellen nicht mehr ſicher zu entſcheiden.

So wie aber die proximi einen Theil des von einem Mitgliede der Familie verwirkten Wergeldes mit entrichten

mußten, ſo erhielten ſie gewiß auch einen Theil desjenigen Wergeldes, welches in Fällen von Todtſchlag und Mord gegen eines ihrer Familienglieder, von einer andern Familie gezahlt werden mußte. Nach inneren Gründen aber ſcheint ihnen auch bei den Sachſen ⅓ eines ſolchen Wergeldes zugefallen zu ſeyn, während dem oder den eigentlichen Erben die andern ⅔ zu Theil wurden. Dieß findet eine intereſſante Beſtätigung im Frieſiſchen Geſetze I. 1. „Si nobilis nobilem occiderit, LXXX. sol. componat, de qua mulcta duae partes ad heredem occisi, tertia ad propinquos ejus proximos pertineat.“ Recht und Pflicht müſſen ſich conſequenter Weiſe auch bei den Sachſen entſprochen haben. Auch hier aber bleibt es ungewiß, ob in dem Rechte auf eine Quote des Wergeldes ein ſucceſſives Verhältniß unter den proximi Statt fand, ſo daß die entfernteren von den näheren ausgeſchloſſen wurden, oder ob alle nach Verhältniß ihrer größeren Nähe oder Entfernung an jener Quote Antheil nahmen. Außerdem frägt ſich, wie es gehalten wurde; wenn als eigentliche Erben nur Weiber, z. B. Töchter des Erſchlagenen vorhanden waren. Das Sächſiſche Geſetz VII. 5. enthält die Regel: „Qui defunctus non filios sed filias reliquerit, ad eas omnis hereditas pertineat.“ Hatten alſo ſolche Töchter auch ein Recht auf die ⅔ des Wergeldes, welche dem Erben regelmäßig zukamen? Die Rechtsſammlung giebt hierauf keine Antwort. Aber intereſſant iſt es, daß dieſe Frage bei den Longobarden wirklich aufgeworfen worden iſt. Sie wurde von König Liutprand II. 13. (7) zum Nachtheil der Töchter, ja überhaupt des weiblichen Geſchlechts entſchieden. „Si quis Langobardus ab aliquo homine, quod Deus avertat, interemtus fuerit et causa secundum legem ad compositionem venerit, et ipse qui occisus est filium masculum non reliquerit, quamquam filias instituis-

semus heredes sicut masculos in omnem substantiam patris aut matris (cf. Liutpr. Leg. I. 1.), ipsam tamen compositionem volumus ut accipiant parentes ejusdem propinqui, qui occisus fuerit, illi qui per caput succedere possunt. Quia filiae ejus, eo quod femineo sexu esse probantur, non possunt ipsam faidam levare. Ideo prospeximus, ut ipsam compositionem non recipiant, nisi ut supra diximus, praefati propinqui parentes: et si propinqui non fuerint, tunc medietatem de ipsa compositione suscipiant filiae ejus, si una aut plures fuerint, et medietatem curtis regia.“ In Tit. XIX. des Frieſiſchen Geſetzes werden für den Fall, wo jemand ſeinen Bruder getödtet hat, auch die Tochter, die Mutter und die Schweſter des Getödteten als auf das Wergeld berechtigte Perſonen angeführt, aber es bleibt freilich zweifelhaft, ob das was bei einem parricidium galt, auch auf andere Todtſchläge Anwendung fand.

J. Grimm bemerkt in den Ralt. S. 663, daß man das Recht auf eine Quote des Wergeldes eines erſchlagenen Verwandten eine Art Erbrecht nennen könne, nur freilich nach anderer Folge, als ſie in gewöhnlicher Erbſchaft Statt fand. Da die eigentlichen Erben in der Regel das Meiſte erhielten, ſo konnte man dann Erbenbuße und Geſchlechtsbuße einander entgegenſetzen, wie denn in den alt Schwediſchen Geſetzen wirklich arfvabot und ättarbot unterſchieden werden. Vgl. Stiernhöök de jure Sueonum et Gothorum vetusto lib. II. pars poster. cap. 4. p. 351. Uebrigens läßt ſich doch nicht mit Sicherheit behaupten, daß wirklich bei allen Germaniſchen Völkern eine Vertheilung des Wergeldes unter die eigentlichen Erben und die proximi Statt gefunden habe. Das Thüring. Geſetz VI. 5. ſagt: „Ad quemcunque hereditas terrae pervenerit, ad illum vestis bellica, id est lorica et ultio proximi et solutio leudis debet

pertinere," wonach alſo hier der Landerbe das Wergeld ganz allein erhalten zu haben ſcheint. Vgl. meine Schrift: Thür. Geſetz 360. Wo aber auch jene Vertheilung Regel war, fand ſich doch keinesweges überall Gleichförmigkeit hinſichtlich der den Erben und den proximi zugewieſenen Quoten. So beſtimmt das Saliſche Geſetz (Em. LXV.) „Si alicujus pater occisus fuerit, medietatem compositionis filii colligant, et aliam medietatem parentes qui proximiores fuerint, tam de paterna quam de materna generatione dividant. Quodsi de una parte vel paterna vel materna nullus proximus fuerit, portio illa ad fiscum perveniat, vel cui fiscus concesserit." Vgl. L. Sal. Em. LXI. Aus dem hier wie auch ſonſt ſo oft durch caſuiſtiſche Beſtimmungen ausgezeichneten Longobardiſchen Rechte, gehört hierher beſonders Ed. Roth. 162. „Si fuerint filii legitimi et filii naturales duo aut plures, et contigerit casus, ut unus ex naturalibus occisus fuerit, tollant legitimi fratres pro compositione ipsius, quod appretiatus fuerit, partes duas: naturales qui remanserint vero tertiam partem. Facultas vero illius mortui ad legitimos fratres revertatur, et non ad naturales. Ideo praevidimus hoc propter faidam deponendam, id est inimicitiam pacificandam." Legitime Söhne eines Getödteten brauchten bei den Longobarden das Wergeld deſſelben wahrſcheinlich nicht mit den parentes propinqui zu theilen. Liutpr. Leg. II. 13. III. 17. — Ueber Däniſches Recht: Kolderup-Roſenvinge Däniſche Rgeſ. überſ. v. Homeyer §. 69. — über Schwediſches Recht: Stiernhöök l. l. p. 351 sq. Gutalagh bei Schildener Cap. 13—15. — über ſpäteres Frieſiſches Recht: von Wicht Oſtfrieſiſches Landrecht S. 104.

2. Wie weit ging in Fällen von Todtſchlag oder Mord zwiſchen Freien und Edlen das Fehderecht der Ver-

wandten des Erſchlagenen oder Ermodeten? In Cap. 6 unſeres Titels werden, nachdem die im Falle eines Mordes zu zahlende, in neunfachem Wergelde beſtehende Buße angegeben iſt, die Worte beigefügt: „et ille (der Mörder) ac filii ejus soli sint faidosi.“ Man könnte glauben, daß hierin eine vielleicht erſt durch Karl d. Gr., vielleicht auch ſchon früher durch Autonomie der Sächſiſchen Volksgemeinden eingeführte, noch über die ſchon oben erwähnte hinausgehende Beſchränkung des urſprünglichen Fehderechts ausgedrückt ſey. Dieſelbe aber ſey darin zu ſuchen, daß ſelbſt im Falle eines Mordes, ſobald das neunfache Wergeld des Ermordeten nicht gezahlt wurde, und wie man hinzudenken muß, ſobald der angebliche Mörder hinſichtlich des ihm ſchuld gegebenen Verbrechens keinen Reinigungseid zu ſchwören vermochte, nur Er ſelbſt und ſeine Söhne der Fehde des Gegentheils ausgeſetzt ſeyn ſollten. Hieraus würde dann folgen, daß bei dem bloßen Todtſchlage die nämliche Beſchränkung Statt gefunden haben müßte, ſobald das einfache Wergeld des Erſchlagenen nicht gezahlt wurde; denn unmöglich hätte bei dem Todtſchlage den Verwandten des Erſchlagenen ein ausgedehnteres Fehderecht zuſtehen können, als bei dem ſchwereren Verbrechen des Mordes. Man ſieht, daß bei dieſer Erklärung, welche ſich auf den erſten Blick darzubieten ſcheint, die Worte: „et ille ac filii ejus soli sint faidosi,“ auf das ganze zurückliegende Capitel bezogen werden. Allein ich halte dieſe Erklärung für falſch; ich glaube, daß jene Worte nur mit den unmittelbar vorhergehenden: „et insuper octies ab eo componatur,“ in Verbindung gebracht, alſo anders gedeutet werden müſſen. Nach meiner Anſicht iſt Folgendes anzunehmen. Es verſteht ſich durchaus von ſelbſt, daß im Fall eines Todtſchlages, wo nur einfaches Wergeld des Erſchlagenen zu zahlen iſt, das Fehderecht der Verwandten des letzteren auch gegen die proximi des

Todtſchlägers geht, wenn dieſe das von ihnen zu tragende Drittel nicht entrichten. (Vermuthlich aber hat hier, wie ſchon oben bemerkt wurde, nach uralter Volksanſicht eine Beſchränkung der Fehde auf die ſieben nächſten männlichen Blutsverwandten des Todtſchlägers, abgeſehen von den Söhnen deſſelben Statt gefunden; wenigſtens ſcheint das, was in Cap. 5 über die Blutrache gegen einen Liten und ſieben Blutsverwandte deſſelben geſagt wird, auf einer allgemeineren Idee zu beruhen.) Das Nämliche gilt im Falle eines Mordes, wenn die proximi des Mörders das von ihnen zu übernehmende Drittel eines einfachen Wergeldes nicht bezahlen. Für das außerdem noch zu entrichtende achtfache Wergeld des Ermordeten haften aber die proximi nicht mehr, ſondern nur der Mörder ſelbſt und ſeine Söhne. Können nun dieſe Perſonen jenes achtfache Wergeld an die Verwandten des Ermordeten nicht bezahlen, ſo kann auch nur gegen ſie die Fehde gerichtet ſeyn, während die proximi des Mörders durch das von ihnen bezahlte Drittel eines einfachen Wergeldes die Fehde abgekauft haben. Sonach denkt das Geſetz da wo es ſagt, daß nur gegen den Mörder und ſeine Söhne die Fehde des Gegentheils gerichtet ſeyn ſoll, offenbar an den Fall, wo von dem neunmal zu zahlenden Wergelde eines von dem Mörder und ſeinen proximi gemeinſchaftlich bezahlt worden iſt, der Mörder aber das Wergeld des Ermordeten noch achtmal zahlen ſoll und nicht zahlen kann. Die Beſtimmung unſeres Capitels iſt aber dann eine ganz natürliche Folge von der allgemeinen Regel, daß jemand überhaupt nur ſo weit einer Fehde ausgeſetzt ſeyn kann, als er zur Bezahlung einer Buße verpflichtet iſt und dieſe nicht entrichtet. — Statt der Lesart et ille möchte man erwarten vel ille, denn wenn der Mörder die feſtgeſetzte Buße entrichtet, ſo können er und ſeine Söhne nicht mehr faidosi ſeyn. Allein et braucht nicht nothwendig con-

junctiv genommen zu werden; man kann es auch disjunctiv verſtehen, und deshalb habe ich nicht gewagt, das den Sinn allerdings unzweideutiger ausdrückende vel in den Text aufzunehmen. — Die Ausdrücke faidosus sit ſind gleichbedeutend mit faidam portet, inimicitias (propinquorum occisi beim Todtſchlage) patiatur. Vgl. L. Fris. tit. II. Bemerkenswerth iſt hierbei, daß regelmäßig nicht diejenigen welche Blutrache üben, ſondern nur die gegen welche ſie geübt wird, faidosi heißen und daß mit der Beſtimmung faidam portet inſofern eine wirkliche Strafe ausgedrückt wird, als ein ſolcher der gerechten Fehde einer andern Familie Ausgeſetzter dem unausbleiblichen Verderben geweiht erſcheint.

3. Wer zahlt das Wergeld, wenn ein Lite einen Todtſchlag oder Mord begangen hat, und wie ſteht es hier mit dem Fehderechte? Das Geſetz unterſcheidet in Cap. 5. zwei Fälle: a. Der Lite handelte nach dem Rathe oder Befehle ſeines Herrn. Dann wird das Verbrechen als von dem Herrn ſelbſt begangen angeſehen, und dieß wird als ganz allgemeine Regel auch in Tit. XI. 1. wiederholt: „Quicquid servus aut litus jubente domino perpetraverit, dominus emendet.“ b. Der Herr behauptete von dem Verbrechen des Liten keine Mitwiſſenſchaft gehabt zu haben. Dann ſoll er ſein Nichtwiſſen durch einen Zwölfereid darthun, hierauf aber den Liten freilaſſen, und gegen dieſen ſo wie noch ſieben Blutsverwandte deſſelben ſoll nun den Verwandten des Getödteten Blutrache zuſtehen. Der Herr leidet alſo immer den Nachtheil, ſeinen Liten zu verlieren, weil es doch einmal ſein Lite war, von dem das Verbrechen begangen wurde. Was aber jene Freilaſſung anbetrifft, ſo ſcheint hier von der Idee ausgegangen zu werden, daß der Herr eine That ſeines Unfreien jedenfalls vertreten müſſe, ſo lange als das Band zwiſchen ihm und dem Unfreien überhaupt fortdauert. Soll er von jener

Verbindlichkeit frei werden, ſo muß eine Löſung jenes Bandes erfolgen; hier aber gewährt vorzüglich eine Vergleichung zwiſchen Knechten (servi) und Liten intereſſante Aufſchlüſſe. Der Knecht hat gar keine politiſche Perſönlichkeit; er hängt nicht mit dem Volke, ſondern nur mit ſeinem Herrn unmittelbar zuſammen, und wird als unzertrennlich von dieſem gedacht. Daher muß der Herr für die That des Knechts einſtehen, auch wenn er ſein Nichtwiſſen von derſelben durch einen Zwölfereid außer Zweifel zu ſetzen vermag. Eine eigne Löſung dieſes Bandes durch Freilaſſung, um ſich von jener Haftungspflicht zu befreien, iſt dem Herrn hier nicht geſtattet. Nur in dem einzigen Falle, wenn der Herr jenen Zwölfereid geſchworen, der Knecht aber die Flucht ergriffen hat, braucht der Herr für das Verbrechen deſſelben nicht einzuſtehen; denn hier hat ſich das Band zwiſchen Herrn und Knecht ohne eine eigne That des erſtern gelöſt. Nimmt jedoch der Herr den flüchtig geweſenen Knecht ſpäter wieder bei ſich auf, ſo tritt nun auch gleich wieder ſeine Verbindlichkeit, für das früher begangene Verbrechen deſſelben zu haften, ein. Vgl. Tit. XI. 5. — Das Verhältniß des Liten hat eine doppelte Seite, einmal zum Herrn, dann zum Volke. Er hängt mit dem Herrn weniger ſtreng zuſammen, denn er beſitzt auch eine politiſche Perſönlichkeit und gehört noch zum eigentlichen Volke; er trägt ein gewiſſes Element von Freiheit in ſich, aber es iſt gebunden dadurch, daß er doch noch einem Herrn unterworfen iſt. In dieſer doppelten Beziehung ſeines rechtlichen Zuſtandes und der damit verbundenen viel geringeren Strenge ſeiner Unfreiheit ſcheint aber der Grund zu liegen, warum dem Herrn eine eigne Löſung des Bandes freiſteht, wenn er durch Zwölfereid dargethan hat, daß ein Verbrechen des Liten ohne ſein Wiſſen begangen worden ſey. Eben jene Auflöſung des Bandes durch Freilaſſung muß daher wohl mehr für ein Recht als

für eine Pflicht des Herrn gehalten werden; weigerte ſich aber dieſer beharrlich, einen ſolchen Liten freizulaſſen, ſo verfiel er nun höchſt wahrſcheinlich auch dem Fehderechte derjenigen, welche durch das Verbrechen des Liten verletzt worden waren. Nach dieſer Darſtellung kann alſo dem, was das Geſetz über die von dem Herrn vorzunehmende Freilaſſung verfügt, ſchwerlich die Idee untergelegt werden, daß gegen einen Liten als ſolchen überhaupt keine Fehde geübt werden könne. Denn erſtens kommt hier die Analogie des Frieſiſchen Geſetzes II. 9. 10 in Betracht, wonach es unzweifelhaft ſcheint, daß wenigſtens die Frieſiſchen Liten der Fehde einer verletzten Familie unterworfen waren; zweitens aber hat man ſich unter den ſieben Blutsverwandten des freizulaſſenden Liten im Sächſiſchen Geſetze wohl ebenfalls wieder Liten zu denken; in Betreff dieſer aber wird einer Freilaſſung mit keinem Worte gedacht, und die Natur der Sache ſcheint bei ihnen auch gegen dieſelbe zu ſprechen. — Schließlich erwähne ich noch ein Paar andere Erklärungen der Worte: „et vindicetur in illo et aliis septem consanguineis ejus etc.“ Heineccius (Elem. jur. Germ. T. II. p. 13.) deutet dieſelben dahin, daß acht Liten, der Verbrecher ſelbſt und ſieben Blutsverwandte deſſelben den Verwandten des getödteten Edlen zur Tödtung übergeben worden ſeyen. Joh. Gottl. Müller (fragm. observat. ad leg. Sax. p. 26) glaubt dagegen, daß die Verwandten des getödteten Edlen jene 8 Liten nicht um ſie zu tödten, ſondern um ſie als Knechte zu haben, erhalten hätten. Da nun das Wergeld eines Edlen 1440 Schillinge von 2 Trem. betrug, acht Liten aber zuſammen erſt ein Wergeld von 960 Schill. von 2 Trem. hatten, ſo findet er nicht ſowohl die Strenge des Geſetzes zu tadeln, als ſeine Milde zu loben. Alle dieſe Bedenklichkeiten über zu große Strenge oder Milde des Geſetzes verſchwinden jedoch, wenn man, wie es nach

meiner Anſicht geſchehen muß und auch ſprachlich vollkommen gerechtfertigt iſt, das Wort vindicetur von der Deutſchen Blutrache erklärt. Die ganze Angabe aber über die ſieben Blutsverwandten des Todtſchlägers, welche mit dieſem gemeinſchaftlich der Fehde von Seiten der Familie des Getödteten ausgeſetzt ſeyn ſollen, gewinnt eine allgemeinere Wichtigkeit, weil wir berechtigt zu ſeyn ſcheinen, denſelben Grundſatz auch bei Freien und Edlen anzunehmen.

4. Wer erhält das Wergeld, wenn ein Lite erſchlagen oder ermordet worden iſt, und in welcher Art wird hier das Fehderecht geübt? Hierüber laſſen ſich bloß Vermuthungen aufſtellen. Wahrſcheinlich fand ein ähnliches Verhältniß Statt, wie bei den Frieſen, ſo daß der Herr des Liten eine gewiſſe, und zwar die größere Quote, die Verwandten des Getödteten aber den Reſt des Wergeldes erhielten. Konnte ſich der angebliche Todtſchläger oder Mörder weder durch Eid reinigen, noch das Wergeld des Getödteten oder Ermordeten entrichten, ſo ſtand das Fehderecht wahrſcheinlich nicht bloß den Verwandten, ſondern auch dem Herrn des letzteren zu. Vgl. L. Fris. I. 4. 7. 10. XV. 3.

5. Wer zahlt das Wergeld, wenn ein Knecht einen Todtſchlag oder Mord begangen hat? Wie wir bereits geſehen haben, immer nur der Herr, gleichviel ob der Knecht das Verbrechen mit oder ohne ſein Wiſſen beging. Ausgenommen iſt nur der Fall, wenn der Herr von dem Verbrechen nichts gewußt hatte, (was er dann, wenn ihm Kenntniß und Zuſtimmung ſchuld gegeben wurde, durch einen Zwölfereid bekräftigen mußte), der Knecht aber nach verübter That die Flucht ergriffen hatte, und von dem Herrn nicht mehr aufgefunden werden konnte. Nur in dieſem Falle war der Herr von der Verbindlichkeit Buße oder Wergeld zu zahlen befreit. Hatte dagegen der Herr Kenntniß von der That gehabt und ergriff der Knecht nach verübtem Verbrechen die Flucht, ſo half dieß offenbar dem

Herrn nichts, weil hier auch die That des flüchtig gewordenen Knechts immer noch als That des Herrn ſelbſt betrachtet wurde. Daß übrigens ein um das Verbrechen ſeines Knechts wiſſender Herr größere Buße als der nichtwiſſende Herr eines nicht flüchtig gewordenen Knechts hätte zahlen müſſen, ergiebt ſich aus keiner Stelle des Geſetzes. Läugnete ein Knecht irgend ein ihm ſchuld gegebenes Verbrechen, ſo galt ohne Zweifel auch bei den Sachſen die im Frieſiſchen Geſetze I. 15. enthaltene Regel: „Et si servus hoc se perpetrasse negaverit, dominus ejus juret pro illo.“ Vgl. L. Fris. III. 5—7. L. Saxon. XI. Meine Schrift: Thür. Geſetz 410 fg.

6. Wer erhält das Wergeld für einen erſchlagenen oder ermordeten Knecht? Offenbar immer nur der Herr. Bei dem gänzlichen Mangel aller freien Elemente in der Perſon des Knechts können auch die Verwandten deſſelben an dem für den erſchlagenen oder ermordeten Knecht gezahlten Wergelde keinen Antheil gehabt haben.

Cap. 7.

Wer einen Edlen außer Landes verkauft hat, und ihn nicht wieder zurückbringen kann, ſoll ihn ſo büßen, als wenn er ihn getödtet hätte. Hat er ihn aber wieder zurückgeführt, ſo ſoll er ihm ſo viel als Buße zahlen, als worüber er ſich durch Vertrag mit ihm einigen kann. (So glaube ich nämlich das placitare erklären zu müſſen, ſo wie ja auch placitum ſelbſt gleichbedeutend mit pactum vorkommt. L. Visigoth. II. 5, 2. X. 1, 5). Iſt jedoch der Verkaufte von freien Stücken zurückgekehrt, ſo ſoll der Verkäufer das halbe Wergeld deſſelben zahlen. Hinſichtlich einer verkauften Frau ſoll es eben ſo gehalten werden.

Unverkennbar gelten die nämlichen Regeln auch in Betreff der Mitglieder der andern Stände. Ueber den Verkauf innerhalb des Landes findet ſich nichts im Geſetze.

Vgl. meine Schrift: Thür. Geſetz 369 fg. und zu den dort citirten Stellen auch noch L. Sal. em. XLI. 3. 4.

Cap. 8 – 10.

Mit Cap. 8. beginnen eine Reihe geſetzlicher Vorſchriften, welche wenigſtens zum Theil ganz unverkennbar Fränkiſchen Urſprungs ſind. Mehrere derſelben erſcheinen faſt nur als Wiederholungen von Beſtimmungen, welche bereits in dem Paderbornſchen Capitulare von 785 angetroffen werden.

Die Heiligkeit und der Friede, welchen die alten heidniſchen Tempel der Germanen (fana) genoſſen hatten, wurden gleich bei Einführung des Chriſtenthums auf die neu erbauten chriſtlichen Kirchen übergetragen und für dieſe ſogar noch erhöht. Eine Hauptſtelle über jene Heiligkeit iſt L. Fris. Add. Sap. XII. „Qui fanum effregerit, et ibi aliquid de sacris tulerit, ducitur ad mare, et in sabulo, quod accessus maris operire solet, finduntur aures ejus, et castratur, et immolatur Diis, quorum templa violavit.“ Von den alten heidniſchen Tempeln hat J. Grimm D. Mythologie Cap. 4. S. 39 folg. ausführlich gehandelt. Ueber die in Sachſen neu erbauten chriſtlichen Kirchen verfügt dann das Paderb. Capitulare C. 1. „Primum de majoribus capitulis hoc placuit omnibus, ut ecclesiae Christi, quae modo construuntur in Saxonia et Deo sacratae sunt, non minorem habeant honorem, sed majorem et excellentiorem, quam vana (fana) habuissent idolorum. c. 3. Si quis ecclesiam per violentiam intraverit, et in ea per vim vel furtum aliquid abstulerit, vel ipsam ecclesiam igne cremaverit, morte moriatur.“ Es ſind dieß alſo ganz ähnliche Beſtimmungen, wie ſie in Cap. 8. Tit. II. unſeres Geſetzes angetroffen werden. Nur das verdient Hervorhebung, daß

auf einen Todtſchlag und Mord, mit welchem eine Verletzung des Kirchenfriedens auch nur entfernt (Tit. II. C. 10) verbunden iſt, die Todesſtrafe geſetzt wird, während doch ſonſt grade bei dieſem ſchwerſten Verbrechen das Privatbußenrecht noch immer die Regel bildet. Vgl. noch L. Sal. em. LVIII. (Herold. 71.) Alam. V. VII. Bajuv. I. 3. 6. Sachſenſ. II. 13. §. 4.

Von Meineidigen (II. 8. 9) heißt es im Paderb. Capit. C. 33. „De perjuris, secundum legem Saxonorum sit." Da nun, wie oben ausgeführt worden iſt, nicht angenommen werden kann, daß die Rechtsſammlung, welche wir lex Saxonum nennen, ſchon zur Zeit jenes Capitulare vorhanden geweſen ſey, ſo kann in der angeführten Stelle dieſes letzteren mit der lex Sax. nur das Recht der Sachſen überhaupt gemeint ſeyn. Uebrigens möchte ich es doch bezweifeln, daß uns in der Rechtsſammlung II. 8. 9. das alte ſchon zur Zeit jenes Capitulare über den Meineid geltende Recht erhalten ſey. Die Feſtſetzung der Todesſtrafe für denjenigen, welcher wiſſentlich einen Meineid ſchwört, ſcheint vielmehr auch erſt Fränkiſchen Urſprungs und eine Folge der auf den Eid angewendeten chriſtlichen Ideen zu ſeyn, während früher vielleicht nur der Verluſt der Hand als Strafe dafür eintrat. Vgl. L. Longob. lib. II. tit. 58. c. 2. „De eo qui perjurium fecerit se sciente, nullam redemtionem habeat, nisi manum perdat." Cnut's weltliche Geſetze C. 33 bei Reinh. Schmid Geſetze der Angelſ. I. 159. L. Sal. em. L. (Herold. 51). L. Fris. X. Capit. lib. III. c. 4. 10. Append. 2da c. 16. lib. V. c. 196. Hat jemand als Eideshelfer unwiſſentlich einen falſchen Eid geleiſtet, ſo ſoll der Urheber dieſes Eides die Hand deſſelben löſen, d. h. alſo das halbe Wergeld des Schwörenden zahlen. Ohne Zweifel wohl ad partem regis, wie es im Frieſiſchen Geſetze X. ausdrücklich verfügt wird. — Den

Zuſatz in dem Lindenbrogſchen und Spangenbergſchen Codex, worin unterſchieden wird, ob der wiſſentlich geſchworne Meineid infra oder extra patriam geſchworen worden iſt, halte ich für ein Gloſſem eines Abſchreibers, beſonders deshalb, weil die nämliche Unterſcheidung noch dreimal in II. 10., IV. 8. und V. 2 wiederkehrt, und es doch gewiß ſehr unwahrſcheinlich iſt, daß ſo lange Zuſätze aus den übrigen Handſchriften gleichmäßig hätten ausfallen können.

Wer an Feſttagen zur oder aus der Kirche geht, genießt einen beſondern Frieden. Daher die Beſtimmungen in II. 10. In ähnlicher Weiſe verfügt die Add. Sap. des Frieſ. Geſetzes I. 1. „Homo faidoſus pacem habeat in ecclesia, in domo sua, ad ecclesiam eundo, de ecclesia redeundo, ad placitum eundo, de placito redeundo; qui hanc pacem effregerit et hominem occiderit, novies XXX. solid. componat. 2. Si vulneraverit, novies XII. solidos componat ad partem regis.“ L. Sax. V. 1. — Ueber den heiligen Martin von Tours, deſſen Feſttag in den Romaniſchen und Germaniſchen Ländern eine ſo große Bedeutung als Zinstag erhalten hat, ſ. Sulpic. Sever. vita b. Martini. — Der Zuſatz: si infra patriam fuerit etc. ſcheint auch hier, wie in C. 8. nur Gloſſem eines Abſchreibers zu ſeyn. Von den Schlußworten des Capitels de reliquis kann nur daſſelbe gelten; ſie geben an ſich keinen Sinn, ſollen wohl nur den Uebergang zum Folgenden bilden und gehören nicht mehr zum Texte. — Bei der Beſtimmung „bannum solvat“ iſt wahrſcheinlich an eine Strafe von 60 Schill. zu denken, wenigſtens iſt dieß das regelmäßige Strafmaaß, welches auf Verletzung eines Königsgebotes geſetzt iſt. Bannus iſt zunächſt gleichbedeutend mit praeceptum regis, z. B. Capit. Aquisgr. a. 802. c. 8; dann aber auch die Geldſtrafe, welche für Verletzung eines königlichen

Gebotes gezahlt werden muß. Der Hauptunterſchied zwiſchen dem fredus (freda) und dem bannus in dieſem letzteren Sinne liegt darin, daß der erſtere regelmäßig eine Privatſtrafe vorausſetzt, welche erſt das Friedensgeld nach ſich zieht, während der letztere als öffentliche Strafe für ſich erſcheint. L. Ripuar. 89 (91). „Nullus judex fiscalis de quacunque libet causa freda non exigat priusquam facinus componatur.“ Capit. Paderb. a. 785. c. 31. „Dedimus potestatem comitibus bannum mittere infra suo ministerio de faida vel majoribus causis in solidis sexaginta. De minoribus vero causis comitis bannum in solidis duodecim constituimus.“ Capit. Sax. a. 797. c. 2. 9.

Tit. III. De conjuratione et laesa dominatione[a]).	Til.
I. Qui in regnum vel regem[b]) Francorum vel filios[c]) ejus de morte consiliatus fuerit[d]), capite puniatur.	XXIII.
II. Qui dominum suum occiderit, capite puniatur.	XXIV.
III. Qui filium domini sui occiderit, vel filiam aut uxorem aut matrem stupraverit[e]), juxta voluntatem domini occidatur[f]).	XXV.
IV. Qui hominem propter faidam in propria domo occiderit, capite puniatur.	XXVI.
V. Capitis damnatus nusquam habeat pacem. Si in ecclesiam[g]) confugerit, reddatur.	XXVII.

---

a) In cod. Corb. hoc in loco incipit Caput XXIV. cum rubrica: LEX FRANCORUM. b) Til. Lind. in regem.

c) Lind. in filios. d) Til. consiliaverit. e) Spang. stapaverit. f) Til. Lind. Spang. occidatur. Her. occidetur. g) Lind. ecclesia.

Anmerkungen zu Tit. III.

Mehrere der in dieſem Titel enthaltenen Beſtimmungen wiederholen nur, zum Theil mit geringen Modificationen, was bereits in dem Paderbornſchen Capitulare von 785 feſtgeſetzt worden war, und kaum läßt ſich bezweifeln, daß dieſes letztere unmittelbar dabei benutzt worden iſt.

Die Ueberſchrift: Lex Francorum, welche der Corveyſche Codex über Cap. 24 (III. 1.) hat, kann natürlich nur auf den Fränkiſchen Urſprung der unmittelbar folgenden Beſtimmungen, nicht aber auf alles Nachherige bezogen werden.

Mit Cap. 1 unſeres Titels iſt zu vergleichen Capit. Paderbr. a. 785 c. 10. „Si quis cum paganis consilium adversus Christianos inierit, vel cum illis in adversitate Christianorum perdurare voluerit, morte moriatur. Et quicunque hoc idem fraude contra regem vel gentem Christianorum consenserit, morte moriatur. c. 11. Si quis domino regi infidelis apparuerit, capitali sententia punietur.“

Cap. 2 und 3 ſind anzuknüpfen an Capit. Paderbr. a. 785. c. 12. „Si quis filiam domini sui rapuerit, morte moriatur. c. 13. Si quis dominum suum vel dominam suam interfecerit, simili modo punietur.“ Daß unter dem Dominus wahrſcheinlich der Lehnsherr zu verſtehen ſey, habe ich ſchon oben S. 35. zu zeigen geſucht. Das ſchwer bedrohte stuprum mit der Tochter, Gemahlin oder Mutter des Herrn (III. 3) entſpricht der cucurbitatio des Longobardiſchen Lehnrechts. I. Feud. 5. pr. 17.

Ueber die Heimſuchung (III. 4) verweiſe ich auf meine Schrift: Thür. Geſ. 388 folg.

Die Beſchränkung des kirchlichen Aſylrechts (III. 5) iſt dem Geiſte der karolingiſchen Geſetzgebung völlig angemeſſen. Ob an dem zum Tode verurtheilten und in die Kirche geflüchteten Verbrecher nach der Auslieferung die Todesſtrafe wirklich vollzogen wurde, erfahren wir nicht; doch iſt es allerdings wahrſcheinlich. Das Capit. Paderbr. a. 785 c. 14 ſagt: „Si vero pro his mortalibus criminibus latenter commissis aliquis sponte ad sacerdotem confugerit, et confessione data agere poenitentiam voluerit, testimonium sacerdotis de morte excuset.“ Hier wird alſo ein Verbrecher vorausgeſetzt, gegen den noch kein Todesurtheil ergangen iſt.

	Tit. IV. De furtis.	Til.
I.	Qui caballum furaverit, capite puniatur.	XXVIII.
II.	Qui alvearium apum infra septa[a]) alterius furaverit, capite puniatur.	XXIX.
III.	Extra septa furatum[b]) novies componendum est.	XXX.
IV.	Qui nocte[c]) domum alterius effodiens vel effringens intraverit, et duorum solidorum pretium abstulerit, capite puniatur. Si ibi occisus fuerit, non solvatur.	XXXI.
V.	Qui in screona[d]) aliquid furaverit, capite puniatur.	XXXII.
VI.	Qui bovem quadrimum[e]), qui duos solidos valet, nocte[f]) furto abstulerit, capite puniatur.	XXXIII.
VII.	Qui in re[g]) qualicunque vel interdiu vel noctu trium solidorum pretium furto[h]) abstulerit, capite puniatur.	
VIII.	Quicquid vel uno denario[i]) minus tribus solidis quislibet furto[k]) abstulerit,	XXXIV.

novies componat quod abstulit l); et pro fredo, si nobilis fuerit duodecim solidos m), si liber sex n), si litus quatuor, et conscius similiter o).

---

a) Til. Her. septa. Lind. sepem. Spang. sepe. b) Her. Extra septa furatum. Til. Si extra septa furaverit. Lind. Si extra sepem furatum. Spang. extra sepe. c) Til. Lind. nocte. Her. noctu. d) Her. Spang. in screona. Til. infra streoua. Lind. infra screonam. e) Til. quadrimum deest. f) Spang. valet et nocte. g) Spang. rem. h) Spang. furtu. i) Til. Lind. in uno denario. k) Spang. furtu. l) Lind. Spang. abstulerit. m) Til. Lind. solidos deest. n) Her. Spang. VI. Lind. VI. comp. n) Til. Si liber similiter. Lind. et Spang. addunt: De hac re quod superius dictum est de furto (Spang. furtu), qui infra patriam furaverit aliquid (Spang. aliquid deest) unde mori debeat (Spang. morire debet), si foris patria hoc fecerit (Spang. patrie est hoc fecerit) non moriatur, sed (Spang. sed deest) secundum illorum legem ubi factum fuerit componat (Spang. componat deest). o) Lind. Si litus IV. et conscius similiter desunt.

Anmerkungen zu Tit. IV.

Ob wir in dieſem Titel geſetzliche Beſtimmungen Fränkiſchen Urſprungs oder alt Sächſiſches Recht vor uns haben, iſt nicht genau zu entſcheiden. Die vielen Todesſtrafen allein ſcheinen mir die Fränkiſche Herkunft dieſer Verfügungen noch nicht zu beweiſen, und der Diebſtahl iſt zu wenig eigentlich politiſches und kirchliches Verbrechen, um bei ihm eine abſichtliche Aenderung des älteren Rechts an ſich ſchon für wahrſcheinlich halten zu müſſen.

Im Einzelnen iſt Folgendes bemerkenswerth. Es werden zwei Arten von Beſtrafungen des Diebſtahls unterſchieden: die Todesſtrafe für gewiſſe beſonders ſchwere,

und neunfache Buße für geringere Diebſtähle. Als ſchwere Diebſtähle werden angeſehen jeder Diebſtahl eines Pferdes ſo wie der eines Bienenſtockes aus dem Gehege eines Andern; jeder nächtliche Diebſtahl im Betrage von 2 Schillingen aus einem mittelſt Untergrabung oder Aufbrechung betretenen fremden Hauſe, inſonderheit auch der nächtliche Diebſtahl eines vierjährigen Stückes Rindvieh im Werthe von 2 Schillingen; der Diebſtahl irgend einer Sache aus einem Schrein, wahrſcheinlich einem verſchloſſenen, endlich jeder bei Tag oder bei Nacht verübte Diebſtahl, deſſen Gegenſtand drei Schillinge oder mehr beträgt. (Ueber das Wort screona (scrinium) vgl. L. Sal. em. XIV. 1. XXIX. 33. 35. wo zwiſchen dem Diebſtahl aus einem Schrein mit und einem ohne Schlüſſel unterſchieden wird. L. Fris. Add. Sap. I. 3. L. Burg. XXIX. 3.) Die den Dieb treffende Todesſtrafe ſcheint, ſeitdem überhaupt Todesſtrafe bei ſchwereren Diebſtählen eingeführt wurde, das Hängen geweſen zu ſeyn. L. Rip. LXXIX. (81.) Edmund's Geſetze III. 4. bei Reinh. Schmid 98. Daß für den in handhafter That erſchlagenen nächtlichen Dieb kein Wergeld gezahlt zu werden braucht, iſt eine in ſehr vielen alten Volksrechten vorkommende Beſtimmung. Wahrſcheinlich mußte aber der Todtſchläger durch einen Zwölfereid bekräftigen, daß er den Dieb als einen Schuldigen erſchlagen hatte. Meine Schrift, Thür. Geſetz 366 fg.

Hervorzuheben iſt vorzüglich der Umſtand, daß auch der Sachſenſpiegel II. 13. den Diebſtahl von drei Schillingen an mit dem Tode und zwar mit dem Hängen beſtraft. Der Zuſammenhang zwiſchen dem Sachſenſpiegel und dem alten Volksrechte tritt hier um ſo beſtimmter hervor, als der Schwabenſpiegel (Senck.) 116, 3. für den Diebſtahl erſt von fünf Schillingen an Todesſtrafe kennt. Vgl. Bair. Landr. oder Kaiſer Ludwig's Rechtsbuch von 1346. II. 37 folg. 48. bei von Freyberg

Sammlung hiſtor. Schriften und Urkunden Bd. IV. Heft 3. Aber auch bei dem Diebſtahl unter drei oder fünf Schillingen kennen die Rechtsbücher bereits öffentliche Strafe, indem es dem Diebe an Haut und Haar geht, dieſe jedoch mit drei oder fünf Schillingen von ihm gelöſt werden dürfen. Indem dagegen das alte Sächſ. Volksrecht bei geringeren Diebſtählen, wie namentlich bei dem Diebſtahle eines Bienenſtockes außerhalb des Geheges eines Andern, neunfache Buße vorſchreibt, bleibt es ungewiß, ob die Rückgabe des geſtohlnen Gegenſtandes darunter ſchon begriffen war oder nicht.

Auffallend ſind die Beſtimmungen über das nur in IV. 8. und ſonſt im ganzen Geſetze nicht wieder erwähnte Friedensgeld, indem man, abgeſehen von der im Vergleich mit andern Geſetzen z. B. dem Frieſiſchen III. 2. 3. 4. 8. ſo geringen Höhe des Fredus, ein anderes Verhältniß unter den verſchiedenen Ständen, nämlich beim Freien zwei und beim Liten nur einen Schilling erwarten ſollte. Auch wird es nicht klar, ob der Mitwiſſer eines nicht todeswürdigen Diebſtahls nur das Friedensgeld, oder die neunfache Buße oder Beides zahlen mußte, und mit welcher Strafe der Mitwiſſer eines todeswürdigen Diebſtahls belegt wurde. Die Unterſcheidung zwiſchen einem im und einem außer dem Vaterlande begangenen Diebſtahle, welche nur im Lindenbrogſchen und Spangenbergſchen Codex IV. 8. gefunden wird, halte ich hier ſo wie oben II. 8. 10. nur für ſpäteres Gloſſem eines Abſchreibers. Zur Vergleichung dienen Jus Slesvic. antiq. (bei Kofod Ancher farrago legum antiq. Daniae municip.) §. 14. „Si quis deprehenderit furem suum, manibus a tergo ligatis adducat ad placitum et suspendat eum, alioquin regi emendabit quadraginta marcas. Si vero deprehensum furem ante placitum dimiserit, similiter regi quadraginta marcas emendabit, vel jurabit manu duodecima,

se nec furem deprehendisse nec ligasse.“ §. 15—18. Jus Susat. art. 24. Aſegabuch S. 141. Grimm D. Ralt. 635 folg. Meine Schrift, Thür. Geſetz 362 folg. Bemerkenswerth ſind die außerordentlich zahlreichen Beſtimmungen über den Diebſtahl in den alten Angelſächſiſchen Geſetzen; z. B. Aethelbirht's Geſ. 4. 9. Hlothar's und Eadric's Geſ. 5. 7. Withräd's Geſ. 26. 29. 30. Ine's Geſ. 7. 13. 15. 16—18. 22. 28. 35. 36. 37. 46. 53. 57. 72. 73. 75. u. ſ. w.

Tit. V. De vi et incendiis.	Til.
I. Qui homini a) in hoste vel de hoste, ad palatium vel de palatio b) pergenti, malum aliquod fecerit, in triplo componat.	XXXV.
II. Qui domum alterius vel noctu vel interdiu suo tantum consilio volens incenderit, capite puniatur c).	XXXVI.
III. Qui alteri dolose per sacramentum res proprias d) tollere vult, duobus aut tribus de eadem provincia idoneis testibus e) vincatur, et si plures fuerint, melius est.	XXXVII.

a) Spang. hominem. b) Corb. vel de palatio desunt. c) Spang. addit: In qualicunque loco est, secundum legem illorum. d) Til. proprias deest. e) Spang. tribus eadem provincia id est testibus.

Anmerkungen zu Tit. V.

Cap. I. Die hier getroffenen Beſtimmungen darf man wohl ohne Zweifel für Frankiſchen Urſprungs halten.

Wer ſich in hoste oder von da wieder auf der Heimkehr befindet, genießt einen beſondern Frieden, (eine allgemeine Rechtsanſicht, die ja auch in unſern heutigen

Kriegsartikeln noch nachwirkt), und vermöge deſſelben muß jedes ihm zugefügte Uebel dreifach gebüßt werden. In hoste heißt ſtreng genommen nicht in exercitu, ſondern in bello. Daraus erklären ſich die Ausdrücke hostem facere; Pippini Principis Cap. Suession. a. 744. c. 3. (Pertz III. 21.) „Et abbati legitimi ostem non faciant, nisi tantum hominis eorum transmittant," oder was in den Annalen zuweilen gefunden wird: „hic annus fuit sine hoste," Annal. Petav. ad a. 786 (Pertz I. 17.) Auch erwähnen die Quellen das in exercitum und das in hostem pergere neben einander. Karlomanni Principis Cap. a. 742 c. 2. Karoli M. Cap. a. 769—771. c. 1. „Servis Dei per omnia omnibus armaturam portare vel pugnare aut in exercitum et in hostem pergere, omnino prohibemus." (Pertz III. 16. 33). Die Verdreifachung der Buße und des Wergeldes deſſen, der ſich in hoste befindet, ſcheint von den Franken zu den andern allmählich ins Fränkiſche Reich hineingezogenen Völkern übergetragen worden zu ſeyn, und es lag offenbar im eigenen Intereſſe der Fränkiſchen Herrſcher, bei ihrer und des Volkes Richtung auf Krieg und Eroberung auch die Kriegsleute mehrfach zu begünſtigen. Vgl. noch Capit. Francicum a. 779 c. 17. (Pertz III. 38) „De itinerantibus. Qui ad palatium aut aliubi pergunt, ut eos cum collecta nemo sit ausus adsalire. Et nemo alterius erbam defensionis tempore tollere praesumat, nisi in hoste pergendum, aut missus noster sit. Et qui aliter facere praesumit, emendet." Daß übrigens die homines in hoste keinen beſondern Stand bildeten, vielmehr das in hoste esse ein bloß factiſches, vorübergehendes Verhältniß war, habe ich ſchon an einem andern Orte nachzuweiſen geſucht. Thür. Geſetz 168 folg.

Auch demjenigen, der ſich auf der Reiſe zur königlichen Pfalz befindet oder von da wieder heimkehrt, iſt ein

höherer Friede durch Verdreifachung ſeiner Buße und ſeines Wergeldes ausgewirkt; in ähnlicher Art wie der Gang zur Kirche oder zum Placitum und die Rückkehr von da beſonders begünſtigt zu ſeyn pflegt. Indem aber ſo dem Volke der Sachſen eine gewiſſe Heiligkeit alles deſſen, was mit dem König in Berührung trat, eingeſchärft wurde, war es ganz natürlich, daß auch für die königlichen Miſſi und ihre Leute dreifache Buße und Wergeld feſtgeſetzt wurde. Vgl. L. Fris. Addit. Sap. I. 1. 2. Ed. Rothar. 17. 18. Capit. Paderbr. a. 785. c. 26. Cnut's Geſetze I. 79 bei Reinh. Schmid I. 170. Capit. Saxon. a. 797. c. 7. „De missis regis statuerunt, ut si ab eis (eorum) aliquis interfectus evenerit, in triplum eum componere debeat qui hoc facere praesumpserit. Similiter quicquid aut eorum hominibus factum fuerit, omnia tripliciter faciant restaurare et secundum eorum ewa componere." L. Alam. XXX.

Cap. 2. handelt von Brandſtiftung. (Meine Schrift Thür. Geſ. 373 fg.) Nach dem Sächſiſchen Capitulare von 797 C. 8. ſcheint die Brandſtiftung nur mit dem Königsbanne von 60 Schillingen beſtraft zu werden, wenigſtens wird einer Privatbuße an den dadurch Beſchädigten dort nicht gedacht. In dem alten Volksrechte iſt für die nächtliche wie die am Tage verübte ganz allgemein die Todesſtrafe vorgeſchrieben, wahrſcheinlich die Strafe des Hauptabſchlagens, welche nach dem Sachſenſpiegel II. 13. über denjenigen, welcher burnet sunder mortbrant, verhängt wird. Die Spangenbergſche Handſchrift hat auch hier wieder das ſchon mehrfach erwähnte Gloſſem, worin unterſchieden wird, ob die That in oder außer dem Vaterlande begangen worden iſt. Uralt ſcheint die Strafe zu ſeyn, welche nach dem Sächſ. Capit. a. a. O. gegen einen beharrlich Ungehorſamen und das Recht Verweigern-

den von ſämmtlichen Gemeindegliedern beſchloſſen werden konnte, und darin beſtand, daß ihm ſein Haus angezündet, Er ſelbſt alſo dadurch obdachlos gemacht wurde. „De incendio convenit, quod nullus infra patriam praesumat facere propter iram aut inimicitiam, aut qualibet malevola cupiditate: excepto si talis fuerit rebellis qui justitiam facere noluerit, et aliter districtus esse non poterit, et ad nos, ut in praesentia nostra justitiam reddat, venire despexerit, condicto commune placito simul ipsi pagenses veniant; et si unanimiter consenserint, pro districtione illius casa incendatur, tunc de ipso placito commune consilio facto secundum eorum ewa fiat peractum, et non pro qualibet iracundia aut malevola intentione, nisi pro districtione nostra. Si aliter facere ausus fuerit, sicut superius dictum est, solidos sexaginta componat.“ Die Frieſiſchen Brokmänner und die Ditmarſen brannten ihrem pflichtwidrig handelnden oder beſtechlichen Richter das Haus nieder. Willküren der Brokm. 24—32. Westphalen monum. ined. III. 1733. Noch andere Beiſpiele liefert J. Grimm D. Ralt. 729.

In Cap. 3 iſt von einem Eigenthumsſtreite die Rede. Vermuthlich iſt bei den res propriae vorzugsweiſe an Grundſtücke zu denken, weil nur auf ſie die vorgeſchriebene Beweisart in allen Fällen anwendbar zu ſeyn ſcheint. Ich verweiſe jedoch hier auf die Anmerkungen zu Tit. XVI., wo der obige Gegenſtand mit Rückſicht auf Sachſenſp. III. 21. genauer behandelt werden wird.

Til. XXXVIII.	Tit. VI. De conjugiis.
	I. Uxorem ducturus, CCC. solidos det parentibus ejus.
	II. Si autem sine voluntate parentum, puella tamen consentiente ducta fue-

rit, bis CCC. solidos parentibus ejus componat.

III. Si vero nec parentes, nec puella consenserunt, id est, si per vim[a]) rapta est, parentibus[b]) ejus CCC. solidos, puellae[c]) CCXL. componat, eamque parentibus restituat.

---

a) Til. Lind. si per vim. Spang. si vim. Her. si vi. b) Spang. parentes. c) Til. puella.

Anmerkungen zu Tit. VI.

Mit dieſem Titel beginnt eine Reihe der intereſſanteſten Gegenſtände, deren nicht bloß kurze Berührung, ſondern zum Theil ausführlichere Darſtellung dem wegen ſeiner angeblichen Dürftigkeit zuweilen faſt angeklagten Sächſiſchen Geſetze einen ganz vorzüglichen Werth verleiht. Es ſind dieß: die Eingehung einer Ehe, die Vormundſchaft über Weiber, das Erbrecht und das eheliche Güterrecht.

Tit. VI. handelt von Eingehung einer Ehe. Damit ſind Tit. VII. 3. 4., X. und XVIII. in Verbindung zu bringen.

Der Ehe liegt regelmäßig ein Kauf zu Grunde. Ihr voraus geht eine Verlobung (desponsatio), bei welcher im Kreiſe der beiderſeitigen Verwandten und Freunde der Kaufpreis und die übrigen Bedingungen feſtgeſetzt werden. Als Kaufpreis giebt das Geſetz die Summe von 300 Schillingen an, wobei es jedoch ungewiß bleibt, ob dieß der gewöhnliche Betrag deſſelben oder ein nicht mehr zu überſchreitendes Maximum war. Für das Letztere ſcheint die Natur der Sache mehr zu ſprechen; außerdem aber macht es auch die ſo bedeutende Höhe dieſes Kaufpreiſes

wahrſcheinlich, daß ſich derſelbe nur auf eine Ehe zwiſchen Mitgliedern des Adels bezieht. Dieſe Vermuthungen gewinnen an Stärke durch die in den Longobardiſchen Geſetzen hierüber enthaltenen Beſtimmungen. Leg. Liutpr. 88. (VI. 35) „Si quis conjugi suae metam dare voluerit, ita nobis justum esse comparuit, ut ille qui est judex, dare debeat si voluerit solid. CCCC., amplius non, minus quomodo placuerit. Reliqui nobiles homines debeant solid. CCC., amplius non. Et si quiscumque alter homo minus dare voluerit, det quomodo convenit, et ipsa meta fiat data et appretiata, ut nullo tempore exinde intentiones et causationes procedant.“ Die Longobardiſche Meta entſpricht dem pretium emtionis des Sächſiſchen Geſetzes, wiewohl ſich bei den Longobarden bereits die Anſicht entwickelt hatte, daß die Meta nicht dem Vormunde, ſondern der Frau ſelbſt gebühre. In dem mitgetheilten Geſetze über die Höhe der von gewöhnlichen Edlen zu zahlenden Meta iſt wahrſcheinlich keine ganz neue Anordnung des Königs Liutprand, ſondern nur eine Beſtätigung deſſen, was die Sitte ſchon früher eingeführt hatte, enthalten; königlichen Grafen aber ſollte es ausnahmsweiſe geſtattet ſeyn, eine Meta von 400 Schillingen zu geben. Die Worte minus quomodo placuerit müſſen wahrſcheinlich auch hinter dem zweiten amplius non hinzugedacht werden, und eben ſo dürfte ſich die Sache auch bei den Sachſen verhalten haben. Vgl. noch L. Visig. III. 1, 5. Phillips Geſch. des Angelſächſ. Rechts §. 36. Reinh. Schmid Geſ. der Angelſachſen I. 208. J. Grimm D. Ralt. 420. Kraut Vormundſchaft Bd. I. S. 313 folg. Bei den Angelſachſen ſcheint für den Kaufpreis einer Frau der Name weotuman, welcher an das Burgundiſche wittemon erinnert, neben andern Bezeichnungen (ceap, scaett, gyft) üblich geweſen zu ſeyn. Aelfred's Geſ. A. Moſaiſche

Geſ. 29 bei Reinh. Schmid a. a. O. I. 36. Ob die Sachſen dieſen Namen ebenfalls kannten, iſt ungewiß.

Am ſchwierigſten iſt die Frage, wer bei den Sachſen den Kaufpreis erhalten habe? Zwar bin ich mit Kraut a. a. O. I. 313 der Anſicht, daß die im Sächſiſchen Geſetze Tit. VIII. vorkommende dos und das pretium emtionis nicht das Nämliche ſind, und daß die Frau bei den Sachſen den Kaufpreis nicht erhielt. (Ueber diejenigen Volksrechte, nach denen das urſprüngliche pretium emtionis (meta, Muntſchatz) bereits Eigenthum der Frau wurde, ſ. Kraut a. a. O. I. 297 folg.) Dagegen könnte man zweifelhaft ſeyn, ob der Kaufpreis bei den Sachſen bloß dem Vormunde der Frau zu Theil wurde, oder ob auch noch andere Verwandte einen gewiſſen Anſpruch darauf hatten; und dieſe Frage ſteht in Beziehung zu einer zweiten: was denn unter den parentes zu verſtehen ſey, ob nur die Eltern, oder die proximi im weiteren Sinne des Wortes? Ich glaube, nur die Eltern, welche hier ſtatt des eigentlich allein berechtigten Vaters zuſammen genannt werden, weil bei beiden ganz gleiches Intereſſe an der Verheirathung der Tochter vorausgeſetzt wird, und ich bin alſo überhaupt der Anſicht, daß wirklich nur der Inhaber des Mundium den Kaufpreis bekam. In Tit. X. 1. wird in gleichem Falle einmal nur der Vater genannt, wo in Tit. VI. 2 von den parentes überhaupt die Rede iſt. Wenn jemand ohne Willen der Verwandten aber mit Einwilligung der Jungfrau ſelbſt dieſe letztere zur Frau genommen hat, ſo ſoll er nach VI. 2. ihren parentes zweimal dreihundert Schillinge zahlen. Die einen 300 ſind hier als reine Buße, die andern als Kaufpreis zu betrachten. Raubt jemand die Verlobte eines Andern, aber wie hinzugedacht werden muß, mit ihrer eigenen Zuſtimmung, ſo ſoll er nach X. 1. 2. ihrem Vater 300 Schillinge, dem Bräutigam eben ſo viel, und wenn er ſie von der Mutter,

mit welcher ſie auf öffentlichem Wege ging, weg raubte, auch der Mutter noch 300 Schillinge als Buße zahlen, und ſie außerdem noch mit 300 Schillingen kaufen. Raubt aber jemand eine Jungfrau wider ihren eigenen ſo wie gegen den Willen der parentes, ſo ſoll er ſie dieſen nach VI. 3. zurückgeben, außerdem aber dieſen letzteren den Raub wieder mit 300, und der Jungfrau ſelbſt mit 240 Schillingen büßen. Im Allgemeinen wird alſo hier das Reſultat gewonnen: der Raub einer Jungfrau (wie es ſcheint, von Adel) muß abgeſehen von einer damit concurrirenden Verletzung gegen den Bräutigam, die Mutter oder die Jungfrau ſelbſt, wofür beſondere Buße zu zahlen iſt, ſtets mit 300 Schillingen gebüßt werden. Als die Perſonen aber, denen dieſe Buße zukommt, werden in VI. 2. 3. die parentes, in X. 1. nur der Vater, der Inhaber das Mundium genannt. Hieraus läßt ſich, wie ich oben andeutete, die Vermuthung ziehen, daß auch der Kaufpreis bei Eingehung einer Ehe nur dem Vormunde im weiteſten Sinne des Wortes zukam.

Hierzu tritt nun das, was in VII. 3. 4. über die Verheirathung einer Wittwe beſtimmt iſt. Wer eine Wittwe heirathen will, ſoll ihrem Vormunde den Kaufpreis für dieſelbe anbieten, und ihre Verwandten (propinqui, proximi) ſollen dazu einwilligen; denn ſchwerlich können unter den propinqui ejus die Verwandten deſſen, der die Wittwe heirathen will, verſtanden werden. Verweigert aber der Vormund ſeine Zuſtimmung, ſo ſoll ſich der Bewerber an jene Verwandten wenden, und ſchon mit ihrer Einwilligung die Frau zu nehmen befugt ſeyn, dabei aber ſtets den Kaufpreis bereit halten, um dem Vormunde der Frau, wenn dieſer noch etwas ſagen will, die 300 Schillinge geben zu können. Hier kann man nun zunächſt fragen: wer ſind jene proximi der Wittwe? die proximi aus der Familie, welcher ſie durch Geburt an-

gehört, oder aus derjenigen, in welche ſie durch ihre erſte Verheirathung eintrat? Die innere Conſequenz verlangt das Letztere anzunehmen, da die Wittwe nach VII. 2. als ein Mitglied der Familie ihres verſtorbenen Mannes erſcheint. Vermuthlich aber war auch hier der Begriff der proximi eben ſo begrenzt, wie wir dieß oben S. 113 fg. in Betreff der Blutrache, ſo wie der Theilnahme an Zahlung und Empfang des Wergeldes geſehen haben. Die Entſcheidung jener erſten Frage erſcheint jedoch gleichgültig in Betreff der andern: wem der Kaufpreis für die wieder heirathende Wittwe zukomme, ob den Verwandten überhaupt, oder bloß dem Vormunde? Das Letztere iſt nach VII. 3. 4. offenbar das Wahrſcheinlichere, da nur Er als Empfänger des Kaufpreiſes genannt wird, und kein Grund vorhanden iſt, warum die Verwandten, wenn ihnen bei vorhandener Zuſtimmung des Vormundes ein Theil des Kaufpreiſes gebührt hätte, dieſes Recht wegen mangelnder Zuſtimmung deſſelben nicht hätten geltend machen können; um ſo mehr, als die Verwandten durch ihre Einwilligung, ſelbſt gegen den Willen des Vormundes, die nachfolgende Ehe einer Wittwe zu einer rechtmäßigen und erlaubten machen konnten. Die ganze Verfügung über das Ergänzen der mangelnden Zuſtimmung des Vormundes durch die Verwandten iſt übrigens ſehr ſingulär, und kann wohl nur auf Wittwen, welche größere Freiheit als Jungfrauen genießen, bezogen werden. Die Worte: si forte aliquid dicere velit, bin ich geneigt zu erklären: wenn ſich der frühere Vormund der Wittwe, nachdem dieſe gegen ſeinen Willen, aber mit Einwilligung der Verwandten wieder geheirathet hat, noch immer als ihr Vormund geriren will. Der Widerſpruch des Vormundes gegen die nachfolgende Ehe der Wittwe hat nämlich hier bewirkt, daß der neue Ehemann die Vormundſchaft über dieſelbe nicht hat erwerben können, denn dieſe konnte ihm doch niemand anders

als der bisherige Inhaber derſelben übertragen. In dieſem Falle ſcheinen nun die Rechte des bisherigen Vormundes und des Ehemannes in der Art mit einander ausgeglichen zu ſeyn, daß ſich der Ehemann die Ausübung der ſonſt aus der Vormundſchaft fließenden Rechte über die Frau von Seiten des Vormundes nicht mehr gefallen zu laſſen braucht. Er muß aber, um dergleichen Anmaßungen zurückweiſen zu können, auch ſtets bereit ſeyn, den Kaufpreis an den Vormund zu entrichten.

Hierdurch verbreitet ſich nun zugleich Licht über den wahren Gegenſtand des Kaufes bei Eingehung einer Ehe. Die Vormundſchaft über die Frau iſt der Gegenſtand, welcher gekauft wird. Man darf daher, wie ich glaube, im älteſten Deutſchen Rechte nicht ſo unterſcheiden, daß erſtens der Mann bei jeder Ehe ohne Ausnahme die Frau habe kaufen müſſen, und daß zweitens die Vormundſchaft über dieſelbe noch beſonders erworben, namentlich denn auch gekauft worden ſey; daß aber dieſer letztere Kauf zuweilen auch wohl nicht Statt gefunden, der Mann alſo die Vormundſchaft über die im Uebrigen doch gekaufte Frau nicht erworben habe. (Irre ich nicht, ſo iſt dieß die Anſicht von J. Grimm D. Ralt. 420 folg. 447 folg.) Vielmehr heißt nach meiner Anſicht eine Frau kaufen ſelbſt nichts anders, als: die Vormundſchaft über ſie kaufen. Ausnahmsweiſe aber konnte es auch ſolche Ehen geben, wo die Frau oder die Vormundſchaft über ſie noch nicht gekauft worden war, und von einer ſolchen Ehe ſpricht namentlich das Sächſiſche Geſetz VII. 4. Die Ehe, welche eine Wittwe mit Zuſtimmung der Verwandten, aber gegen den Willen des Vormundes eingegangen iſt, wird als vollkommen gültig angeſehen, und doch iſt die Frau, d. h. die Vormundſchaft über ſie von dem Manne wirklich noch nicht gekauft, ſo lange er die 300 Schillinge an ihren früheren Vormund noch nicht entrichtet hat. Daß dieſe

nicht an die Frau, inſonderheit nicht mit der dos zuſammenfallen, ſcheint nach den Worten von VII. 4. keinem Bedenken zu unterliegen.

Nach dieſer Darſtellung bin ich nun auch der Anſicht, daß der für die Frau oder die Vormundſchaft über dieſelbe gezahlte Kaufpreis im urſprünglichen Rechte des höchſten Alterthums keinesweges der Frau ſelbſt zu Theil wurde, namentlich alſo auch mit demjenigen nicht zuſammenfiel, was der Mann der Frau dafür, daß ſie ſich ſeinem Willen unterwarf, ausſetzte. Ich halte vielmehr den Grundſatz, daß die Frau ſelbſt jenen urſprünglichen Kaufpreis zu erhalten habe, über den wir die reichhaltigſten Zeugniſſe in den Longobardiſchen Geſetzen antreffen, immer erſt für ein Erzeugniß ſpäteren Rechts. Natürlich erſcheint da, wo ſich dieſer Grundſatz bereits heimiſch gemacht hat, die ganze Idee von einem der Ehe zu Grunde liegenden Kauf ſchon ſehr zurückgedrängt. Allein da auch hier, wie namentlich bei den Longobarden, die Zahlung der meta die Bedingung iſt, ohne welche der Mann das Mundium nicht erwerben kann, ſo liegt hierin nur ein um ſo ſtärkerer Beweis, daß der Kauf der Frau urſprünglich ein Kauf der Vormundſchaft über ſie war. Aus dem Geſagten erklärt ſich übrigens, warum die meta ſelbſt auch mundium, pretium ſchlechthin, pretium quod pro mundio mulieris datum est, genannt wird. Vgl. Ed. Rothar. 182. 183. 188. 190. 216. 217.

In den Longobardiſchen Geſetzen wird für das Loskaufen einer Frauensperſon von dem Mundium, unter dem ſie urſprünglich geſtanden, die Formel gebraucht: mundium de puella s. muliere (puellae s. mulieris) facere, und damit war der Regel nach, aber nicht immer der Erwerb des Mundium über dieſelbe für den Loskaufer verbunden. (Vgl. unten die Anmerk. zu Tit. XVIII.) Umgekehrt wird mit den Ausdrücken: mundium viduae liberare

ein wahres Zurückkaufen der Frau in die Familie, der ſie durch ihre Geburt angehört, bezeichnet, und zwar mußte wohl in ſolchem Falle für die Wiedererwerbung des Mundium in der Regel die nämliche Summe entrichtet werden, welche der Mann als Meta für die Erwerbung des Mundium gezahlt hatte. Dafür ſpricht

Ed. Rothar. 199. „Si pater filiam suam aut frater sororem suam alii ad maritum tradiderit, et contigerit casus, ut ille maritus moriatur, et pater aut frater mundium ejus liberaverit, sicut supra constitutum est, et illa vidua in domo patris aut fratris regressa fuerit, et alias sorores in casa patris aut fratris invenerit, et postea pater aut frater mortuus fuerit, et illa remanserit in domo cum aliis sororibus, una aut pluribus, et ad facultatem patris aut fratris venerint dividendam cum aliis parentibus aut cum curte regis: tunc illa vidua, quae in domo patris aut fratris regressa est, habeat sibi inante morgengab et methium; (der mir vorliegende Rehdigerſche Codex der Lombarda lieſt mephium); de faderfio autem, id est de alio dono, quantum pater aut frater dederit ei, quando ad maritum ambulaverit, mittat in confusum cum aliis sororibus, et illa alia soror, una aut plures, tollat unaquaeque in antea quantum pro mundio pater aut frater liberando eam ad parentes mariti defuncti dederit; reliquam patris aut fratris substantiam aequaliter dividant, sicut in hoc edicto legitur. Et si sola in casa remanserit, in quantum ei per legem competit, heres succedat.“

Die freigeborne Wittwe, welche mit einem Freien verheirathet geweſen, nach dem Tode ihres Mannes in Folge eines Rückerwerbes der Vormundſchaft über ſie durch ihren Vater oder Bruder, in das Haus dieſer letzteren zurückgekehrt iſt, und nun mit ihren Schweſtern das Erbe

des verſtorbenen Vaters oder Bruders theilen will, ſoll die Morgengabe und die Meta in voraus behalten. (Für die freigeborne Wittwe eines Aldionen gilt ein anderes Recht, Ed. Roth. 217). Das Faderſium dagegen ſoll ſie zur Theilung conferiren, und darunter kann nicht, wie Kraut a. a. O. 301 meint, die Meta ſelbſt verſtanden werden; denn wie könnte es dann im Gegenſatze zu Meta und Morgengabe ein aliud donum heißen? Wörtlich bedeutet es ſo viel als Vatergut, und es ſind dieß die res mulieris, si aliquas res de parentibus adduxit im Ed. Roth. 217; das quicquid (mulier) de sede paterna secum attulit der L. Alam. LV. (56); hauptſächlich aber iſt dabei wohl an die Ausſteuer zu denken, wenn die ſich verheirathende Tochter nicht etwa ſchon aus dem ganzen Vermögen abgeſondert worden war, und bei jener Collation wurde vielleicht hinſichtlich der Nothwendigkeit eines Eides eben ſo unterſchieden, wie nach dem Sachſenſ. I. 13. Jede von den andern Schweſtern ſoll aber nun ſo viel vorweg nehmen, als der Vater oder der Bruder gezahlt hat, um von den Verwandten des verſtorbenen Mannes der Wittwe das Mundium wieder zu erwerben; erſt alles Uebrige ſollen ſie zu gleichem Recht mit einander theilen. Hierbei iſt von folgendem Geſichtspuncte auszugehen. Zunächſt kommt die Morgengabe der Wittwe aus dem Grunde zu, weil ſie überhaupt ſchon verheirathet geweſen iſt, und an ihr gebührt den Schweſtern kein Antheil. Die Meta bleibt der Wittwe gleichfalls, aber der Vater oder Bruder der Wittwe haben das Mundium über dieſelbe den Verwandten ihres verſtorbenen Mannes wieder abgekauft, und zwar hat man hier wohl als Regel anzunehmen, daß ſie dafür eben ſo viel zurückgezahlt haben, als von dem verſtorbenen Manne unter dem Namen der Meta entrichtet worden war; die Meta, welche die Wittwe bei der Beerbung ihres Vaters oder Bruders in voraus behält, kommt alſo im Grunde

nicht von der Familie ihres verſtorbenen Mannes, denn dieſe iſt ja dafür vollſtändig entſchädigt, ſondern ſie kommt von ihrem eignen Vater oder Bruder her. Demnach iſt kein Grund vorhanden, der Wittwe dieſe Meta in voraus zu laſſen, ohne ihre Schweſtern dafür zu entſchädigen, und daraus erklärt ſich, warum jede von den andern Schweſtern vor der Theilung ſo viel vorweg zu nehmen befugt iſt, als für das zurückgekaufte Mundium über die Wittwe von ihrem Vater oder Bruder gezahlt worden iſt.

Die Beſtimmungen des Sächſiſchen Geſetzes über das Kaufen einer Frau und den Erwerb des Kaufſchillings von Seiten des Vormundes, nicht der Frau ſelbſt, gewinnen offenbar dadurch an Intereſſe, daß wir allen Grund haben, ſie für die älteſte Anſicht des Germaniſchen Rechts überhaupt zu halten. Darin liegt denn auch trotz des jüngeren Alters des Sächſiſchen Geſetzes im Vergleich z. B. mit dem Burgundiſchen Volksrechte und dem Edicte des Königs Rotharis gar nichts Auffallendes, da ſich bei den nördlicheren Völkern wie Sachſen und Frieſen wegen mangelnder unmittelbarer Berührung mit der Römiſchen Welt, das urſprünglich Volksthümliche in jeder Beziehung am längſten rein erhalten hat. Zur Beſtätigung dienen das Angelſächſiſche und das alt Däniſche Recht. Vgl. Phillips Geſch. des Angelſächſ. R. §. 36. Kolderup=Roſenvinge Dän. Rgeſch. überſ. von Homeyer §. 17.

In ſpäteren Rechtsquellen der Sachſen, namentlich im Sachſenſpiegel iſt die Idee vom Kaufen der Frauen verſchwunden, und der Ehemann erwirbt als ſolcher auch ohne Kauf die Vormundſchaft über die Frau. Sachſenſ. I. 45. „Al en si ein man sime wibe nicht ebenburtig. her ist doch ir vormunde und si ist sin genozinne und trit in sin recht. swenne sie in sin bette get." Wahrſcheinlich iſt es der Einfluß des Chriſtenthums geweſen, welcher allmählich dieſe Umwandlung der Anſichten

hervorgebracht hat. Auch findet man ſchon frühzeitig einzelne Verbote ein Weib um Geld wegzugeben. Cnut's weltliche Geſetze 72. bei Reinh. Schmid a. a. O. 168.

Bei denjenigen Völkern, wo der urſprüngliche Kaufpreis ſchon nach den alten Volksrechten der Frau zu Theil wird, war im Grunde genommen ſchon damals eine Wittwenverſorgung daraus geworden, und dieſen Charakter hat die Meta auch wirklich in den Longobardiſchen Geſetzen. Es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß das Wegfallen des pretium emtionis bei den Sachſen auf die Entwickelung der Leibzucht (Witthum) einen gewiſſen Einfluß gehabt hat, indem wie hier ſchon vorläufig bemerkt werden mag, ſehr viele Gründe dafür ſprechen, die Dos in Tit. 8 und 9 des Sächſiſchen Geſetzes nicht für die Leibzucht des Sachſenſpiegels, ſondern für die Morgengabe zu halten. Uebrigens iſt bemerkenswerth, daß ſchon nach einem Geſetze des Königs Aiſtulph ein der Wittwe an den unbeweglichen Gütern des Mannes ausgeſetzter Nießbrauch, alſo eine Leibzucht im Sinne des Sachſenſpiegels, noch außer der Morgengabe und der Meta bei den Longobarden allmählich üblich geworden zu ſeyn ſcheint. Leges Aistulph. 5. „Si quis Langobardus decedens voluerit uxori suae usumfructum de rebus suis judicare, et filios et filias ex ea reliquerit, non amplius ei per usumfructum judicare possit, quam medium de sua substantia, super illud, quod ei in morgengab et in meta secundum legem datum fuerit. Et si filios et filias ex alia uxore reliquerit, unum aut duos, possit uxori suae tertiam partem ad usumfructum relinquere. Et si fuerint tres, quartam portionem. Si fuerint plures, per hunc numerum computetur. Morgengab et metam, quae ei data est legibus, habeat in antea Si quidem nupserit postea aut mortua fuerit, ususfructus in integrum ad heredes revertatur. De meta

vero et morgengab fiat sicut anterius edictum.“ Vgl. auch Lombard. II. 14, 28.

Auf die in Tit. XVIII. des Sächſ. Geſ. einem Liten des Königs zugeſprochene Befugniß eine Frau zu kaufen wo er will, komme ich weiter unten bei dem Titel ſelbſt noch einmal zurück. Vorläufig bemerke ich, daß der Nachdruck in jener Stelle nach meiner Anſicht nicht auf emere, ſondern auf ubicunque voluerit liegt.

Til.	Tit. VII. De haeredibus et viduis.
XXXIX.	I. Pater aut mater[a]) defuncti, filio[b]) non filiae haereditatem relinquant[c]).
XL.	II. Qui mortuus viduam reliquerit, tutelam ejus filius, quem ex alia uxore[d]) habuit, accipiat. Si is forte defuerit, qui frater, id est defuncti[e]): si frater non fuerit, proximus[f]) paterni generis ejus[g]) consanguineus.
XLI.	III. Qui viduam ducere vult[h]), offerat tutori pretium emtionis ejus, consentientibus ad hoc propinquis ejus.
	IV. Si tutor abnuerit, convertat se ad proximos ejus, et eorum consensu accipiat illam[i]), paratum habens pretium[k]), ut tutori ejus, si forte aliquid dicere velit, dare possit, hoc est solidos CCC.
XLII.	V. Qui defunctus non filios sed filias reliquerit, ad eas omnis haereditas pertineat, tutela vero earum, fratri vel proximo paterni generis deputetur.
XLIII.	VI. Si vidua filiam habens nupserit filiumque genuerit, tutela filiae ad filium quem tunc genuerat pertineat.

VII. Si autem filium habens nupserit, filiamque genuerit, tutela filiae non ad filium prius genitum, sed ad fratrem patris vel ad proximum ejus pertineat.

VIII. Qui filiam ac filium habuerit[l]), et XLIV.
filius uxore ducta filium[m]) genuerit et mortuus fuerit, haereditas patris ad filium filii id est ad nepotem[n]), non ad filiam pertineat[o]).

---

a) Spang. Pater autem et mater. b) Til. filiis. c) Til. Lind. relinquant. Corb. Spang. relinquent. Her. relinquit. d) Spang. uxorem. e) Til. qui frater, id est defuncti. Lind. qui frater est defuncti. Her. frater idem defuncti. Corb. frater illius defuncti. f) Til. si proximus. g) Lind. Spang. vel ejus. Apud Til. et Her. vel deest. h) Til. vult. Her. Lind. velit. i) Til. Her. Lind. illam. Spang. eam. k) Til. paratum habens precium. In ceteris cod. et edit. paratam habens pecuniam. l) Her. Qui filiam ac filium hahuerit. Til. Lind. Qui filium aut filiam genuerit (Lind. habuerit). m) Her. et filium. Apud Til. et Lind. et deest. n) Til. Lind. ad nepotem. Her. ad deest. o) Lind. pertinet.

Anmerkungen zu Titel VII.

Abgeſehen von der in Cap. 3. und 4. berührten und in den Anmerkungen zu Tit. VI. behandelten Wiederverheirathung einer Wittwe, werden in dieſem Titel noch zwei ſehr wichtige Gegenſtände beſprochen: die Erbfolgeordnung des alten Sächſiſchen Rechts in Cap. 1. 5. 8., und die Vormundſchaft über unverheirathete Frauensperſonen, Wittwen wie Jungfrauen in Cap. 2. 5. 6. 7. Wir beginnen mit der Vormundſchaft und wenden uns hernach erſt zur Erbfolgeordnung. Denn die Vormundſchaft über unverheirathete Frauensperſonen ſchließt ſich am paſſendſten un-

mittelbar an die über Ehefrauen an; die Erbfolgeordnung aber gewährt einen leichten Uebergang zu dem Güterrecht der Ehegatten in Tit. VIII. und IX.

Cap. 2. 5. 6. 7. Vormundſchaft über unverheirathete Frauenzimmer.

Alle Weiber ſtehen nach altem Rechte unter Vormundſchaft. Ed. Roth. 205. „Nulli mulieri liberae sub regni nostri ditione, lege Longobardorum viventi, liceat in suae potestatis arbitrio, id est selbmundiae vivere, nisi semper sub potestate viri aut potestate curtis regiae debeat permanere; nec aliquid de rebus mobilibus aut immobilibus sine voluntate ipsius, in cujus mundio fuerit, habeat potestatem donandi aut alienandi.“ Die Hauptfrage iſt, wem die rechte Vormundſchaft über ein Weib gebührt habe? Um hierüber ins Klare zu kommen, muß aber bei Frauensperſonen erſt die Vorfrage beantwortet werden, welcher Familie dieſelben angehören? Der Sohn folgt dem Vater und tritt der Regel nach nie aus deſſen Familie heraus; ſelbſt wenn er heirathet und eine eigene Familie gründet, bildet dieſe doch nur einen Zweig des größeren Familienſtammes. Anders iſt es bei der Tochter. Zu welcher Familie ſie gehören ſoll, darüber entſcheidet bei ihr nicht bloß die Geburt, ſondern auch die Ehe, und die Verheirathung bildet im Leben des Weibes auch in Betreff der Vormundſchaft einen Hauptabſchnitt. Die Frau, welche heirathet, tritt dadurch in eine andere Familie, und kommt nun regelmäßig unter die Vormundſchaft ihres Mannes. Stirbt der Mann, ſo bleibt ſie der Regel nach ein Mitglied der Familie ihres Mannes, und hierdurch entſcheidet ſich auch, wem die Vormundſchaft über ſie gebühre. Es iſt Ausnahme von der Regel, wenn die Familie, der ſie durch Geburt angehört, die Vormundſchaft über ſie zurück erwirbt. (Vgl.

oben S. 144 fg.). Außerdem aber war es zur Zeit des Sachſenſpiegels I. 45 Rechtens, daß ſelbſt ein Weib von höherem Geburtsſtande als ihr Mann zwar während der Ehe unter ſeiner Vormundſchaft ſtand, nach ſeinem Tode aber nicht in ſeiner Familie blieb, ſondern in ihre eigene Familie zurücktrat, alſo nun wieder unter die Vormundſchaft ihres Vaters, wenn er noch lebte, oder ihres eigenen nächſten älteſten ebenbürtigen Schwertmagen kam. Abgeſehen hiervon gilt der Grundſatz: die Wittwe gehört zur Familie ihres verſtorbenen Mannes, und der älteſte Sohn oder in Ermangelung eines ſolchen der nächſte älteſte ebenbürtige Schwertmage ihres Mannes führt die Vormundſchaft über ſie.

Eine Frau kann aber nun durch Verheirathung mehrmals ſo aus einer Familie in die andere übergehen. Auch die Wittwe, welche wieder heirathet, kommt der Regel nach wieder unter die Vormundſchaft ihres neuen Ehemannes. Wie nun, wenn eine ſolche Wittwe Söhne und Töchter hat? Die Söhne bleiben in der Familie ihres verſtorbenen Vaters, und die Mutter kann dieſelben nicht in die Familie des Stiefvaters hineinziehen. Anders verhält ſich die Sache wenigſtens bei den Sachſen mit der Tochter. Dieſe folgt der Mutter in die Familie ihres Stiefvaters und wird deſſen Vormundſchaft gleichfalls unterworfen. Ob der Stiefvater dieſe Vormundſchaft über die Tochter der von ihm geheiratheten Wittwe von dem bisherigen Vormunde derſelben noch beſonders kaufen mußte, oder ob es ſich von ſelbſt verſtand, daß wer durch Heirath die Vormundſchaft über die Mutter erwarb, dadurch auch Vormund ihrer Tochter aus einer früheren Ehe werde, erfahren wir nicht. Nach den ganz abſolut gefaßten Beſtimmungen des Sächſiſchen Geſetzes möchte man das Letztere vermuthen, was ſich dann daraus erklären dürfte, daß die unverheirathete Tochter gewiſſermaßen in der Mutter aufgeht, rechtlich noch kein von der Mutter geſondertes Daſeyn hat.

Wie es ſich aber auch damit verhalten haben möge: jedenfalls läßt ſich doch ſo viel behaupten, daß es im alt Sächſiſchen Rechte als Regel angenommen wird, die unverheirathete Tochter ſtehe mit der Mutter unter derſelben Vormundſchaft, der Eintritt der Mutter in eine andere Familie durch Heirath, ziehe auch die unverheirathete Tochter in dieſe Familie nach. Was bei andern Germaniſchen Völkern in dieſer Hinſicht gegolten habe, wiſſen wir nicht; allein ich bin ſehr geneigt, das nämliche Princip auch bei ihnen anzunehmen, da die Stimme der Natur ſelbſt darauf hinweiſt, das alt Germaniſche Recht aber grade durch dieſen natürlichen Charakter und durch die rein ſittliche Auffaſſung des ganzen Familienlebens ausgezeichnet iſt.

Die Frage, wem die Vormundſchaft über eine unverheirathete Frauensperſon gebühre, läßt ſich hiernach mit Unterſcheidung der einzelnen Hauptfälle in folgender Art beantworten.

1. So lange eine Frauensperſon aus der Familie, der ſie durch die Geburt angehört, noch nicht durch Heirath herausgetreten iſt, ſo lange iſt ihr Vater oder in Ermangelung deſſelben ihr eigener nächſter älteſter ebenbürtiger Schwertmage ihr Vormund. Daſſelbe iſt der Fall, wenn eine verheirathet geweſene Frau nach dem Tode ihres Mannes aus den oben angegebenen Gründen in die Familie ihrer Geburt wieder zurückkehrt.

2. Eine unverheirathete Frauensperſon kann aber in Folge einer Heirath in eine andere Familie eintreten, entweder indem ſie ſelbſt, oder indem ihre Mutter, welche im Wittwenſtande lebte, wieder heirathet. Hier gilt die Regel: derjenige Mann, durch welchen die Frauensperſon Mitglied einer andern Familie wird, alſo bei der verheiratheten der Ehemann, bei der Tochter der Stiefvater wird der Vormund derſelben, und nach ſeinem Tode fällt dieſe Vormundſchaft an ſeinen älteſten Sohn oder in deſſen Er-

mangelung an ſeinen nächſten älteſten ebenbürtigen Schwertmagen.

Auf dieſe Weiſe hat ſich die Sache wenigſtens bei den alten Sachſen verhalten. Alle einzelnen Beſtimmungen unſeres Titels dienen dem Geſagten zur Beſtätigung.

Cap. 2. Wenn jemand nach ſeinem Tode eine Wittwe hinterläßt, außerdem aber auch einen Sohn von einer früheren Frau, ſo ſoll dieſer die Vormundſchaft über die Wittwe führen. Natürlich, denn der Sohn von der früheren Frau gehört zur Familie ſeines Vaters; die zweite Frau dieſes letzteren, welche jetzt Wittwe geworden, iſt ebenfalls in ſeine Familie eingetreten, und der Sohn von der früheren Frau iſt alſo jedenfalls, vorausgeſetzt, daß auch die frühere Frau ihrem Manne ebenbürtig war, der nächſte Verwandte des Mannes, welcher eben wegen ſeines höheren Alters, ſelbſt die eigenen etwa vorhandenen Söhne jener Wittwe ausſchließen würde. Es verſteht ſich und wird hier immer als bekannt angenommen, daß der Sohn, welcher Vormund ſeiner Mutter, wie überhaupt jeder, der Vormund werden ſoll, nicht etwa ſelbſt noch unmündig ſeyn darf. Vgl. Kraut a. a. O. 55 folg. Iſt kein Sohn vorhanden, ſo wird der Bruder des verſtorbenen Mannes Vormund der Wittwe, und fehlt es auch an dieſem, der nächſtgeſippte Vatermage. Auffallend iſt es, daß der Vater des verſtorbenen Mannes hier nicht genannt wird. Die innere Wahrſcheinlichkeit ſpricht dafür, daß hinſichtlich der Vormundſchaft unter den einzelnen dazu Berechtigten dieſelbe Parentelenordnung gegolten habe, in welcher die männlichen Verwandten von der Schwertſeite zur Erbfolge berufen wurden, nur mit dem Unterſchiede, daß unter mehreren gleich nahen immer nur dem älteſten die Vormundſchaft zufiel. Nun ſchließt aber, wenn jemand ohne Deſcendenz aber mit Hinterlaſſung eines Vaters und eines Bruders geſtorben iſt, der erſtere den letzteren we-

nigſtens nach ſpäterem Sächſiſchen Rechte im Erbe aus, und was wir hierüber im Sachſenſpiegel I. 17. geſagt finden, haben wir alle Urſache für das älteſte Recht zu halten. Hiernach würde man anzunehmen haben, daß wenn in dem Falle des Cap. 2 der Vater des Verſtorbenen noch lebt, dieſer auch in der Vormundſchaft über die Wittwe deſſelben ſeinem eigenen Sohne, d. h. dem Bruder des Verſtorbenen vorgehen müſſe. Es läßt ſich aber freilich nicht läugnen, daß die Nichtnennung des Vaters immer ſehr befremdend iſt, da neben der Erwähnung des Bruders der Gedanke an den Vater gewiß ſehr nahe lag. Vgl. J. Grimm D. Ralt. 477. Kraut a. a. O. 190 folg.

Cap. 5. Wenn jemand bei ſeinem Tode keine Söhne, ſondern nur Töchter hinterläßt, ſo fällt die Vormundſchaft über dieſe an den Bruder des Verſtorbenen und in deſſen Ermangelung an den nächſtgeſippten Vatermagen. Auch hier bleibt das nämliche Bedenken über das Verhältniß zwiſchen Vater und Bruder des Verſtorbenen.

Cap. 6. Wenn eine Wittwe, welche eine Tochter hat, heirathet und nun in dieſer neuen Ehe einen Sohn gewinnt, ſo gebührt nach dem Tode ihres zweiten Mannes die Vormundſchaft über ihre Tochter aus erſter Ehe ihrem Sohne aus zweiter Ehe. Dieß erklärt ſich ganz einfach aus dem oben Geſagten. Die Tochter iſt ihrer Mutter in die Familie ihres Stiefvaters gefolgt; der Sohn, den die Mutter in zweiter Ehe gewonnen hat, gehört auch zur Familie ſeines Vaters, und iſt natürlich nach dem Tode des Vaters der nächſte zur Vormundſchaft Berechtigte. Kraut a. a. O. 189 findet hierin eine Abweichung von dem Princip, daß der nächſte Schwertmage des Unmündigen deſſen Vormund ſey, da doch der Sohn der wieder heirathenden Wittwe aus zweiter Ehe kein Schwertmage ihrer Tochter aus erſter Ehe iſt. Aber ich kann das ganze Princip in der Allgemeinheit, wie es von Kraut a. a.

D. 166 aufgeſtellt wird, nicht zugeben. Auf die Vormundſchaft über Frauensperſonen, auch unverheirathete, findet es unter gewiſſen Bedingungen wenigſtens bei den alten Sachſen keine Anwendung, und die Natur der Sache läßt vermuthen, daß das aus dem Sächſiſchen Geſetz zu entwickelnde und oben angegebene Princip auch bei andern Völkern gegolten habe. Ein Losreißen der noch unverheiratheten Tochter von der Mutter, wenn dieſe durch Heirath unter eine andere Vormundſchaft tritt, iſt überall für ſehr unwahrſcheinlich zu halten.

Cap. 7. Wenn aber eine Wittwe, welche einen Sohn hat, wieder heirathet, und nun in der neuen Ehe eine Tochter gewinnt, ſo gebührt nach dem Tode des zweiten Mannes die Vormundſchaft über die Tochter zweiter Ehe nicht dem Sohne aus erſter Ehe, ſondern dem Bruder des zweiten Mannes (des Vaters der Tochter), und in deſſen Ermangelung dem nächſtgeſippten Vatermagen. Offenbar aus dem Grunde, weil der Sohn aus erſter und die Tochter aus zweiter Ehe zu verſchiedenen Familien gehören. Den Sohn erſter Ehe hat die wieder heirathende Wittwe nicht in die Familie ihres zweiten Mannes hinüberziehen können; er gehört für alle Zeiten der Familie ſeines eigenen Vaters an. Die Tochter zweiter Ehe aber gehört ebenfalls zur Familie ihres Vaters, und nur aus dieſer kann hier der Vormund berufen werden. Auch hier läßt ſich übrigens die Frage wieder aufwerfen, wer in der Vormundſchaft vorgehe, der Vater oder der Bruder des Verſtorbenen?

Schließlich füge ich hier noch eine Bemerkung bei über die Begriffe Schwertmagen und Spillmagen, da der Ausdruck Schwertmage im Obigen öfters gebraucht worden iſt, über den eigentlichen Umfang jener Begriffe aber eine große Verſchiedenheit der Meinungen herrſcht. Magſchaft iſt, wie J. Grimm D.Ralt. 468. 478 gezeigt

hat, Seitenverwandtſchaft, doch wird ſich weiter unten ergeben, daß der Begriff der Seitenverwandtſchaft im Germaniſchen Rechte urſprünglich ein anderer als im Römiſchen geweſen zu ſeyn ſcheint. S. 470 a. a. O. heißt es: „Benennungen für männliche oder weibliche Seitenverwandtſchaft werden von den Geſchlechtsſymbolen hergenommen: Swertmage oder Spillmage.“ Hiernach gewinnt es den Anſchein, als ob bloß das Geſchlecht der Einzelnen darüber entſchieden hätte, ob ſie Schwert- oder Spillmagen geweſen, auf die Herkunft von der Vater- oder Mutterſeite dagegen gar keine Rückſicht genommen worden wäre. Der avunculus z. B. müßte hiernach zu den Schwertmagen, die amita zu den Spillmagen gezählt werden. Andere Schriftſteller ſtellen wieder andere Begriffe auf. Nach Eichhorn D. Privatr. §. 329 ſind Schwertmagen die Verwandten männlichen Geſchlechts von der Vaterſeite, Spillmagen dagegen die Weiber und die von der Weiberſeite her mit jemand Verbundenen. Hiernach gehörte die amita als Weib zu den Spillmagen, aber auch der durch die Mutter mit jemand verbundene avunculus wäre als deſſen Spillmage zu betrachten. Nach Mittermaier Grundſ. des D. Privatr. 4te Ausg. §. 42. ſoll der Ausdruck Schwertmagen nicht zur Bezeichnung der Verwandten von der Vaterſeite überhaupt gebraucht werden, ſondern nur die männlichen Verwandten durch Männer, ſo wie Spillmagen die weiblichen Verwandten durch Weiber andeuten. Hieraus würde folgen, daß der avunculus und die amita weder zu den Schwert- noch zu den Spillmagen gehört hätten. Was ſollten ſie und ſo viele andre Seitenverwandte außer ihnen aber dann geweſen ſeyn? Denn daß unter den beiden genannten Ausdrücken die ganze Seitenverwandtſchaft begriffen iſt, kann doch kaum einem Zweifel unterliegen.

Allen dieſen Anſichten kann ich nicht beitreten. Ich glaube vielmehr, daß Deiters (Diss. inaug. de civili cognatione et familiari nexu ex jure Rom. et Germ. Bonnae 1825; eine Schrift, die ich übrigens bloß aus den Mittheilungen in v. Sydow's Erbrecht nach dem Sachſenſp. kenne,) das Richtige ſagt, wenn er den Unterſchied der Schwertmagen und Spillmagen bloß auf den Unterſchied der Verwandten durch den Vater oder durch die Mutter bezieht. Es iſt der in den alten Volksrechten vorkommende Gegenſatz von paternum und maternum genus, paterna und materna generatio, oder wie ſich ſpätere Rechtsquellen ſo häufig ausdrücken: Vatermagen und Muttermagen, von Schwerts und von Spille halben angeborne Verwandten. Vgl. v. Sydow a. a. O. §. 9. S. 42. Auf das Geſchlecht des Einzelnen kommt nichts an; die amita gehört zu den Vater- oder Schwertmagen, der avunculus zu den Spillmagen, und wenn in den Quellen keine klaren Aeußerungen darüber gefunden werden, daß auch Weiber von der Vaterſeite zu den Schwertmagen zu zählen ſind, ſo hat dieß ſeinen Grund wohl nur darin, daß weibliche Schwertmagen keine beſondern Vorrechte namentlich in der Erbfolge genoſſen, folglich keine Veranlaſſung war ihrer beſonders zu gedenken. Ueberall wo von den Vorzügen der Schwertſeite vor der Spillſeite die Rede iſt, ſind es doch regelmäßig nur die Männer von der Schwertſeite, denen dieſe Vorzüge wirklich zukommen, und die weiblichen Schwertmagen werden eben deshalb ganz mit Stillſchweigen übergangen. Wenn es in der bekannten Stelle des Thüringiſchen Geſetzes VI. 8. heißt: Usque ad quintam generationem paterna generatio succedat, ſo verſteht es ſich auch dort nach dem Vorhergehenden von ſelbſt, daß nur an die männlichen Vatermagen zu denken iſt, und daß keineswegs weibliche Vatermagen die Tochter ausſchließen ſollen.

Eltern und Kinder ſind gegenſeitig keine Magen. Aber auch die Geſchwiſter werden im Sachſenſp. I. 3. ausdrücklich noch von den Magen ausgeſchloſſen. (Vgl. meine Schrift: Geſetz der Thüringer S. 352, wo jedoch das von der Magſchaft im Allgemeinen Geſagte nach der hier gelieferten Darſtellung zu berichtigen iſt). Ueber jene Ausſchließung der Geſchwiſter von den Magen hat man ſich zuweilen gewundert, allein ich glaube, daß ein ſehr richtiger und tiefer Sinn dabei zu Grunde liegt, durch deſſen Nachweiſung die wahre Bedeutung der Magſchaft zugleich beſtimmter hervortritt, und der Gegenſatz von Schwert- und Spillmagen nach den oben aufgeſtellten Begriffen an Klarheit gewinnt. Nach dem neueren Römiſchen Rechte heißen alle diejenigen Verwandten, welche es bloß dadurch ſind, daß ſie von einem gemeinſchaftlichen Dritten abſtammen, Seitenverwandte, und dieſem Begriffe zufolge ſind natürlich die Geſchwiſter die nächſten überhaupt denkbaren Seitenverwandten. Das Deutſche Recht, wenigſtens das Sächſiſche, (und wahrſcheinlich iſt die darin ausgeſprochene Anſicht den Germaniſchen Völkern überhaupt eigen geweſen,) geht von einem ganz andern Geſichtspuncte aus. Daß es ein von dem Römiſchen völlig verſchiedenes Princip über Seitenverwandtſchaft haben müſſe, läßt ſich mit Sicherheit ſchon daraus entnehmen, daß es die Geſchwiſter nicht als Magen betrachtet. Die Idee deſſelben ſcheint folgende zu ſeyn. Jeder Menſch kann nach zwei Seiten hin, einmal durch den Vater und dann durch die Mutter mit andern Perſonen verwandt ſeyn. Seitenverwandtſchaft iſt alſo die Verwandſchaft nach einer Seite, entweder der väterlichen oder der mütterlichen, und inſofern hat alſo dieſer Begriff für jeden Menſchen eine doppelte Beziehung. Die Verwandtſchaft der Geſchwiſter iſt aber nicht mehr bloß durch den Vater allein oder durch die Mutter allein, ſondern durch beide Eltern zugleich als Einheit gedacht ver-

mittelt, und eben deshalb ſind ſie keine eigentlichen Seitenverwandten. Der Bruder iſt kein Schwertmage der Schweſter, und ſie keine Spillmage des Bruders; vielmehr gehören ſie zur Familie im engſten Sinne, welche Eltern, Kinder und Geſchwiſter begreift. Alles, was darüber hinausliegt, ſcheint nach dem Sachſenſpiegel zur Magſchaft zu gehören; doch möchte ich dieß von den Großeltern wenigſtens nicht mit Beſtimmtheit behaupten, obgleich ſie mit den Enkeln auch immer nur von einer Seite verwandt ſind. (Vgl. von Sydow a. a. O. §. 9. S. 41). Spätere Rechtsquellen, wie ſchon der Schwabenſpiegel (Senck. 256), zählen die Geſchwiſter zu den Magen. Man ſieht, der rechte Sinn der Sache iſt ſchon verloren gegangen, und der Sprachgebrauch wird nun in der Gloſſe des Sachſenſpiegels ſo wie in ſpäteren Stadtrechten zum Theil höchſt ſchwankend. Dadurch tritt aber freilich die Nothwendigkeit, den urſprünglichen Sinn des Germaniſchen Rechts zu erforſchen, nur noch beſtimmter hervor. Am Ende dieſer Unterſuchung füge ich zur eigenen Rechtfertigung noch bei, daß ich mich ſelbſt im Obigen bei dem Gebrauch des Wortes Schwertmage an die freiere Redeweiſe der ſpäteren Zeit angeſchloſſen habe. Daher habe ich zwar vermieden, den Sohn als Schwertmagen des Vaters zu bezeichnen, nicht aber auch, Brüder in ihrem gegenſeitigen Verhältniß ſo zu nennen. Kraut a. a. O. S. 166 folg. wendet das Wort in einer noch größeren Ausdehnung an, indem er es von allen männlichen Verwandten durch Männer oder Agnaten im neueren Sinne gebraucht.

Cap. 1. 5. 8. Erbrecht und Erbfolgeordnung des alt Sächſiſchen Rechts.

Die Nachrichten, welche uns über die genannten Gegenſtände im Sächſiſchen Volksrechte mitgetheilt werden, ſind zwar ſehr dürftig. Allein ſie haben doch einen ſehr

groſsen Werth für uns, weil ein Zuſammenhang des im Sachſenſpiegel enthaltenen Rechts mit dem älteren Volksrechte auch hier wieder ganz klar hervortritt, und gar kein Zweifel darüber obwalten kann, daß der Sachſenſpiegel, wo er nicht ausführlicher iſt, in der That nur das ältere Volksrecht wiederholt: nicht als wenn ſeinem Verfaſſer nothwendig die geſchriebene alte Rechtsquelle vorgelegen haben müßte, ſondern weil ſich in der Wirklichkeit ſelbſt die Grundzüge des Erbrechts noch immer ſo wie in karolingiſcher Zeit erhalten hatten.

Von dem Weſen der alt Germaniſchen Parentelenordnung überhaupt wird im Sächſiſchen Geſetze gar nicht geſprochen. Eben ſo wenig von dem Heergewäte und der Gerade, und einem beſondern Erbrechte in Betreff dieſer Stücke der fahrenden Habe. Daß jedoch daraus die Nichtexiſtenz dieſer Inſtitute in karolingiſcher Zeit noch nicht folge, verſteht ſich von ſelbſt, und ihre ſo ſehr weite Verbreitung bei dem Sachſenvolke im ſpäteren Mittelalter ſcheint wohl eher für das Gegentheil zu ſprechen.

Das Sächſiſche Geſetz redet nur von dem Erbe im Allgemeinen, der hereditas; es beantwortet die Frage, welche Verwandten bei der Folge ins Erbe den andern vorgehen, nur in Betreff ſehr weniger Perſonen. Unter hereditas aber würde, die Exiſtenz beſonderer Succeſſionsrechte in Betreff des Heergewäte und der Gerade ſchon in karolingiſcher Zeit vorausgeſetzt, eben nur das verſtanden werden können, was nach Abzug dieſer Stücke der fahrenden Habe, auf welche es ſolche beſondere Succeſſionsanſprüche gab, übrig blieb. Eine Zergliederung der Sächſiſchen Erbfolge nach dem alten Volksrechte und dem Sachſenſpiegel wird übrigens nun Gelegenheit geben, die ſo oft behauptete Ausſchließung der Töchter hinſichtlich der Succeſſion ins echte Eigenthum (uodal) durch den ganzen Mannsſtamm, etwas genauer ins Auge zu faſſen.

Die Hauptbeſtimmungen des Geſetzes ſind folgende.

Wenn der Vater oder die Mutter geſtorben ſind, ſo fällt das Erbe, namentlich alſo das Hauptſtück deſſelben, die Grundſtücke, dem Sohne und nicht der Tochter zu. Mehrere Söhne theilten. Gab es ſchon damals Heergewäte und Gerade in ſpäterer Weiſe, ſo kam beim Tode des Vaters das Heergewäte ebenfalls an die Söhne mit dem Vorrechte des älteſten auf das Schwert und gleicher Theilung des Uebrigen, Sachſenſ. I. 22; beim Tode der Mutter aber erhielten die Söhne zwar allein das Erbe; die Gerade aber wurde den Töchtern zu Theil. Sachſenſ. I. 27. L. Sax. VII. 1. — Wenn aber ein Verſtorbener keine Söhne ſondern nur Töchter hinterläßt, ſo fällt das ganze Erbe (omnis hereditas), alſo auch die Grundſtücke an die Töchter. (Cap 5.) Beim Tode einer Frau erhalten die Töchter außer dem Erbe auch die Gerade; beim Tode eines Mannes kommt zwar das Erbe auch an die Töchter, aber das Heergewäte fällt an den oder an die nächſten ebenbürtigen Schwertmagen. Hier haben wir alſo ſchon ein Volksrecht, wo der Grundſatz, daß die Tochter in der Erbfolge ins echte Eigen dem ganzen Mannsſtamme, d. h. allen männlichen Vatermagen nachſtehe, ganz beſtimmt nicht anerkannt iſt. Von der Regel, daß die Tochter gleich hinter dem Sohne ins Erbe ſuccedire, wird jedoch in Cap. 8 noch eine Ausnahme beigefügt. Die Tochter ſoll nämlich dem Enkel vom vorverſtorbenen Sohne in Betreff der hereditas ihres Vaters nachſtehen. Ueber die Frage, ob Enkel vom vorverſtorbenen Sohne vermöge eines ſogenannten Repräſentationsrechts mit ihren patrui gemeinſchaftlich ins Erbe ihres Großvaters ſuccediren könnten, entſchied bekanntlich unter Otto dem Großen ein Kampfgericht zu Gunſten der Enkel. Witichind. Annal. Corbej. L. 2. bei Meibom Tom. I. pag. 644. „De legum quoque varietate facta est

contentio, fuereque qui dicerent, quia filii filiorum non deberent computari inter filios hereditatemque legitime cum filiis sortiri, si forte patres eorum obiissent patribus superstitibus. Unde exiit edictum a rege, ut universalis populi conventio fieret apud villam quae dicitur Stela, factumque est, ut causa inter arbitros judicaretur debere examinari. Rex autem meliori consilio usus, noluit viros nobiles ac senes populi inhoneste tractari, sed rem inter gladiatores discerni jussit. Vicit igitur pars qui filios filiorum computabant inter filios, et firmatum est ut aequaliter cum patruis hereditatem dividerent pacto sempiterno.“ Die Behauptung von Eichhorn (D. St. u. R. Geſch. Th. II. Ausg. 4. §. 258), daß dieſer Rechtsſatz dann als freie Willküre ausgeſprochen worden ſey, ſcheint übrigens mit dem Weſen eines Kampfgerichtes unverträglich zu ſeyn. Eine freie Willküre wäre es geweſen, wenn die arbitri ohne Kampfgericht entſchieden hätten. Indem aber die Entſcheidung dem Kampfgerichte überlaſſen wurde, begab man ſich eben der freien Willkür oder der autonomiſchen Beſtimmung des ſtreitigen Punctes, und das pactum sempiternum, wodurch feſtgeſetzt wurde, daß die Entſcheidung des Kampfgerichtes in Zukunft die Rechtsnorm bilden ſollte, iſt natürlich etwas ganz Anderes, als eine gewillkürte Entſcheidung der ſtreitigen Frage ſelbſt. Im Sachſenſpiegel I. 5. iſt dann jenes Repräſentationsrecht der Enkel vom unabgetheilten Sohne, vermöge deſſen ſie mit ihren Vettern (patrui) in das Erbe ihres Großvaters gemeinſchaftlich ſuccediren, alle aber nur Eines Mannes Theil nehmen, gleichfalls anerkannt. (Ueber die intereſſanten Abweichungen des Schleſiſchen oder Breslauer Landrechts von 1356 vom Sachſenſpiegel, welche man ihrer Wurzel nach wohl als Magdeburgiſches Recht zu

betrachten hat, vgl. meine Schrift über das Schleſ. Landr. S. 84.)

Wenn wir aber nun von den Beſtimmungen des alt Sächſiſchen Geſetzes zunächſt zum Sachſenſpiegel übergehen, ſo finden wir in dieſem zwar eine weit größere Ausführlichkeit als in jenem. Aber ſo weit überhaupt im alten Volksrechte Grundſätze über die Erbfolge der nächſten Verwandten enthalten ſind, ſo weit ſtimmen ſie auch im Weſentlichen mit denen des Sachſenſpiegels überein. Dieſer geht I. 17. von der Anſicht aus: die Glieder der Familie im engſten Sinne haben in der Succeſſion ins Erbe vor allen andern Verwandten den Vorzug; unter jenen ſelbſt aber gilt die Ordnung 1) Kinder, 2) Eltern, 3) Geſchwiſter; und in jeder von dieſen Claſſen ſchließt allemal wieder der Mann das Weib aus. Folglich ſuccedirt der Sohn vor der Tochter, die Tochter vor dem Vater, der Vater vor der Mutter, die Mutter vor dem Bruder, der Bruder vor der Schweſter. Sobald ſich aber ein Erbe verbrüdert oder verſchweſtert, d. h. nicht wenigſtens noch auf Bruder oder Schweſter des Verſtorbenen fällt, ſo nehmen alle, welche ſich gleich nahe zur Sippe ziehen mögen, es ſey Mann oder Weib, gleichen Theil daran, und dieſe heißen die Sachſen Ganerben. Jene ſehr einfache Erbfolgeordnung wurde aber nun dadurch einigermaßen modificirt, daß nach ausdrücklicher Angabe des Sachſenſpiegels Sohnes- und Tochterkinder, wenn der Sohn oder die Tochter ſelbſt noch nicht abgetheilt geweſen waren, vor dem Vater und der Mutter, und vor dem Bruder und der Schweſter erbten, weil das Erbe nicht aus dem Buſen gehen ſollte, ſo lange noch ebenbürtiger Buſen (Deſcendenz) vorhanden war. Hierbei bleiben manche zweifelhafte Fragen übrig, welche ſich aus dem Sachſenſpiegel nicht mehr ſicher beantworten laſſen. Es verſteht ſich, daß Sohneskinder durch den noch vorhandenen Sohn (ihren

Vater), Tochterkinder durch die noch vorhandene Tochter (ihre Mutter), völlig ausgeſchloſſen wurden. Sobald bloß Sohnes= oder bloß Tochterkinder concurrirten, ſo möchte man nach Analogie des zwiſchen Sohn und Tochter ſelbſt angenommenen Verhältniſſes auch hier einen Vorzug des männlichen Geſchlechts vor dem weiblichen vermuthen, ſo daß der Enkel vom Sohne und von der Tochter der Enkelin vom Sohne und von der Tochter vorgegangen ſeyn würde. Der Enkel vom vorverſtorbenen Sohne ſchloß nach dem alt Sächſiſchen Geſetze ſelbſt die Tochter im Erbe aus, und im Sachſenſpiegel findet ſich nichts, was auf das Gegentheil in ſpäterer Zeit ſchließen ließe. Aber wie verhielt ſich die Sache mit der Enkelin vom Sohne? Ging ſie der Tochter vor oder nach? Schloß, wenn Sohn und Tochter bereits verſtorben waren, die Enkelin vom Sohne auch den Enkel von der Tochter aus, und ging die Enkelin vom Sohne der Enkelin von der Tochter vor, oder erbten beide zu gleichen Rechten? Hierüber finden ſich im Sachſenſpiegel keine Entſcheidungen, und bei der Beſchaffenheit des Deutſchen Rechts läßt ſich recht wohl eine verſchiedenartige Beantwortung derſelben Fragen in verſchiedenen Fällen denken. So viel ſteht aber doch auch nach dem Sachſenſpiegel feſt, daß die Tochter in der Succeſſion ins Erbe keinesweges dem ganzen Mannsſtamme nachſteht, vielmehr nach Sächſiſchem Rechte überhaupt nur von dem Sohne, und ſo weit unſere Zeugniſſe reichen, von dem Enkel vom vorverſtorbenen Sohne ausgeſchloſſen wird. Vgl. von Sydow Erbrecht nach dem Sachſenſ. S. 77 folg.

Eine Vergleichung des Sächſiſchen und der übrigen Volksrechte in Betreff der Erbfolgeordnung zwiſchen Sohn und Tochter führt nun in der That zu ſehr intereſſanten Reſultaten, und zeigt deutlich, daß die ſo oft behauptete Ausſchließung der Töchter und Weiber überhaupt in der Succeſſion in Grundſtücke durch den ganzen Mannsſtamm,

keinesweges allgemein in den Quellen begründet iſt. Es giebt nur drei Volksrechte, in denen dieſelbe beſtimmt ausgeſprochen wird: das Saliſche, Ripuariſche und Thüringiſche, welche denn auch in dieſer Beziehung wieder als Geſchwiſterrechte erſcheinen.

L. Sal. Emend. LXII. 6. „De terra vero Salica nulla portio hereditatis mulieri veniat: sed ad virilem sexum tota terrae hereditas perveniat [1]).“

L. Rip. LVI. (58) 4. „Sed cum virilis sexus extiterit, femina in hereditatem aviaticam non succedat.“

L. Thuring. VI. 1. „Hereditatem defuncti filius, non filia suscipiat. Si filium non habuit qui defunctus est, ad filiam pecunia et mancipia, terra vero ad proximum paternae generationis consanguineum pertineat. — 8. Usque ad quintam generationem paterna generatio succedat. Post quintam autem filia ex toto, sive de patris sive matris parte, in hereditatem succedat, et tunc demum hereditas ad fusum a lancea transeat.“

Das Thüringiſche Geſetz enthält die genaueſten Beſtimmungen über die erbrechtlichen Anſprüche, welche der Tochter, Schweſter und Mutter, abgeſehen von Grundſtücken, zuſtanden, und es läßt ſich vermuthen, daß ähnliche Grundſätze auch bei den Salfranken und Ripuariern gegolten haben. Vgl. meine Schrift: Geſetz der Thüringer S. 339 folg.

Wir gehen jetzt die übrigen Volksrechte in der genannten Beziehung durch.

---

1) Daß dieſe auf den als terra Salica betrachteten Franzöſiſchen Staat angewendete Beſtimmung im Franzöſiſchen, und bis in die neueſte Zeit auch im Spaniſchen Staatsrechte vorzugsweiſe das Saliſche Geſetz genannt wird, iſt bekannt.

Das Weſtgothiſche Geſetzbuch hat allen Unterſchied des Geſchlechts ganz aufgehoben. Schweſtern und Brüder nehmen die Verlaſſenſchaft ihrer Eltern zu ganz gleichen Theilen, und auch in entfernteren Graden ſuccediren gleich nahe Männer und Weiber gemeinſchaftlich mit einander. Von einem Vorzug des Mannsſtammes in Beziehung auf Grundſtücke iſt alſo hier gar nicht mehr die Rede.

IV. 2, 1. „Si pater vel mater intestati decesserint, tunc sorores cum fratribus in omni parentum facultate, absque alio objectu, aequali divisione succedant.“

IV. 2, 9. „Feminae ad hereditatem patris vel matris, avorum et aviarum, tam paternorum quam maternarum, ad hereditatem fratrum vel sororum, sive ad has hereditates, quae a patruo vel a filio patrui, fratris etiam filio vel sororis relinquuntur, aequaliter cum fratribus veniant. Nam justum omnino est, ut quos propinquitas naturae consociat, hereditariae successionis ordo non dividat.“

Nach Burgundiſchem Rechte ſchließt nur der Sohn die Tochter im Erbe des Vaters und der Mutter aus. Die Tochter erhält alſo in Ermangelung von Söhnen auch die Grundſtücke und geht allen übrigen Verwandten hierin vor.

XIV. 1. „Inter Burgundiones id volumus custodiri, ut si quis filium non reliquerit, in loco filii filia in patris matrisque hereditate succedat.“

Die Gerade der verſtorbenen Mutter fällt ausſchließlich an die Töchter ohne irgend eine Theilnahme der Söhne daran. LI. 3. Daß die propinqui ex paterno genere venientes nach älterem Rechte gewiſſe Vorzüge in der Erbfolge genoſſen, ſieht man aus Tit. LIII. Ueber die Theilung zwiſchen dem Enkel und der Enkelin vom vorverſtorbenen Sohne einerſeits, und der Tochter andererſeits

enthält Tit. LXXV. zum Theil ſehr willkürliche Beſtimmungen.

Das Alamanniſche Geſetz läßt in Ermangelung von Söhnen, Töchter auch in Grundſtücke ſuccediren.

LVII. (58) „Si autem duae sorores absque fratre relictae post mortem patris fuerint, et ad ipsas hereditas paterna pertingat, et una nupserit sibi coaequali libero, alia autem nupserit aut colono regis aut colono ecclesiae, illa quae illi libero nupsit sibi coaequali, teneat terram patris earum. Res autem alias aequaliter dividant. Illa enim quae illo colono nupsit, non intret in portionem terrae, quia sibi coaequali non nupsit.“

Das Princip ſelbſt, daß Töchter in Ermangelung von Söhnen auch in Grundſtücke ſuccediren, mithin allen andern Verwandten außer den Söhnen im Erbrechte vorgehen, liegt hierin ganz klar ausgeſprochen.

Nach Bairiſchem Rechte ſcheint ſich die Sache eben ſo erhalten zu haben. L. Bajuvar. XIV. 7, 3. — 8, 1. — 9, 1. 3.

Grade in denjenigen alten Völkergeſetzen, welche mit dem Sächſiſchen Eine Familie bilden, finden ſich zum Theil gar keine beſtimmten Angaben über das zwiſchen Bruder und Schweſter hinſichtlich der Erbfolge Statt findende Verhältniß. Aus dem Frieſiſchen Geſetze XIX. 2. läßt ſich allerdings eine Aehnlichkeit mit den Beſtimmungen des Sächſiſchen Rechts vermuthen, denn als nächſte, auf das Wergeld berechtigte Erben werden hier in dem Falle, wo jemand ſeinen Bruder getödtet hat, Sohn und Tochter, Vater und Mutter, Bruder und Schweſter genannt. Wahrſcheinlich aber ſchloß auch hier in jeder der drei auf einander folgenden Claſſen der Kinder, Eltern und Geſchwiſter, der Mann jedesmal das Weib aus. — In den

Angelſächſiſchen Geſetzen iſt eine durchgreifende Regel nicht zu entdecken. Vgl. Phillips Angelſ. R. §. 41 und die daſelbſt angeführten Stellen. Cnut's Geſ. I. 68 bei Reinh. Schmid 166. (Was in den Geſetzen Heinrich's des erſten 70, 19. bei Reinh. Schmid 257. über das Erbrecht vorkommt, iſt ſeiner Wurzel nach nicht Angelſächſiſches, ſondern Fränkiſches Recht, und ſtimmt mit der L. Rip. LVI. überein). — Deſto beſtimmter reden die Longobardiſchen Geſetze über den fraglichen Gegenſtand, und hier läßt ſich zugleich eine allmählich ſteigende Gunſt gegen die Töchter wahrnehmen. Nach dem Ed. Roth. 158. 159. 160. werden in Ermangelung von ehelich gebornen Söhnen, neben den Töchtern auch die filii naturales und die parentes proximi (und für dieſe letzteren ſogar die curtis regia) berufen. Dagegen beſtimmt König Liutprand in ſeinen Geſetzen I. 1. ganz allgemein:

„Si quis Langobardus sine filiis legitimis masculinis mortuus fuerit, et filiam dereliquerit unam aut plures legitimas, ipsae ei in omnem hereditatem patris vel matris suae tamquam filii legitimi masculini heredes succedant.“ Vgl. überhaupt Lombard. II. 14. Wir finden alſo hier das nämliche Princip, welches uns im Sächſiſchen Geſetze begegnet.

Aus dieſer Zuſammenſtellung ergiebt ſich aber nun folgendes Reſultat. Abgeſehen von den beiden Fränkiſchen und dem Thüringiſchen Rechte, in welchen die Töchter in der Succeſſion in Grundſtücke vom ganzen überhaupt als verwandt geltenden Mannsſtamme ausgeſchloſſen werden, ſtehen in den übrigen alt Germaniſchen Volksrechten die Töchter in der genannten Beziehung entweder ganz entſchieden oder doch höchſt wahrſcheinlich nur den Söhnen nach. Auch dieſer Vorzug der Söhne hat ſpäter zunächſt in den Städten aufgehört. Er hat dagegen fortgelebt im Lehnrechte, welches nicht bloß die Töchter, ſondern die

Weiber und die Cognaten überhaupt der Regel nach für ſucceſſionsunfähig anſah. Er hat ſich namentlich bei dem hohen Adel durch Standesobſervanz behauptet; ja der hohe Adel hat ſich damit in der Regel nicht begnügt, ſondern abgeſehen von dem auch hier wirkſamen Lehnrechte durch Hausgeſetze und Familienverträge ebenfalls einen Vorzug des ganzen Mannsſtammes begründet, und auch beim niedern Adel ſind hier und da durch Landesgeſetze oder auf dem Wege der Autonomie ähnliche Vorzüge des Mannsſtammes hervorgebracht worden.

Tit. VIII. De dote.	Til.
I. Dotis ratio duplex est. Ostfalai[a]) et Angrarii[b]) volunt: si foemina filios genuerit, habeat[c]) dotem, quam in nuptiis accepit, quamdiu vivit[d]), filiisque[e]) dimittat.	XLV.
II. Si vero filii matre superstite moriantur[f]), ipsaque post obierit, dotem proximi ejus in[g]) haereditatem accipiant.	
III. Si autem filios non habuerit, sicque diem obierit[h]), dos ad dantem, si vivit, revertatur: si defunctus est, ad proximos haeredes ejus.	
IV. Apud Westfalaos[i]), postquam mulier[k]) filios genuerit, dotem amittat; si autem non genuerit[l]), ad dies suos dotem possideat; post decessum[m]) ejus dos ad dantem, vel si deest ad proximos haeredes ejus revertatur.	

Tit. IX. De acquisitis.	
I. De eo, quod vir et mulier simul conquisierint, mulier mediam portionem	XLVI.

accipiat: hoc apud Westfalos[n]). Apud Ostfalaos[o]) et Angrarios nihil accipiat, sed contenta sit dote sua.

---

a) Spang. aut faida. b) Spang. Angrari. c) Til. habeat deest. d) Til. Lind. vivit. Her. vivat. e) Til. filiosque. f) Til. Lind. moriantur. Her. moriuntur. g) Til. in deest. h) Verba: sicque diem obierit, quae apud Til. et Lind. leguntur, in Her. desunt. i) Til. Veestfalos. k) Til. mulier deest. l) Til. Lind. dotem amittat, si autem non genuerit desunt. m) Spang. discessum. n) Til. Veestfalos. o) Til. Ostfalos.

Anmerkungen zu Tit. VIII. und IX.

Dieſe beiden Titel können in der wiſſenſchaftlichen Erörterung ihres Inhalts nicht getrennt werden, da ſie gemeinſchaftlich die Grundzüge des alt Sächſiſchen Güterrechts der Ehegatten enthalten. Beide beſchäftigen ſich hauptſächlich mit der Frage: welche Vermögensrechte kommen der Frau bloß als Wirkung der Ehe zu?

Die Ehe greift ſchon nach dem älteſten Deutſchen Rechte auf ſehr verſchiedene Weiſe ins Vermögen ein.

1) Schon oben iſt des Kaufpreiſes für die Frau oder eigentlich für die Vormundſchaft über dieſelbe (pretium emtionis, nuptiale pretium, meta) ausführlicher gedacht worden. Zugleich hat ſich ergeben, daß nach dem Sächſiſchen Geſetze nicht die Frau, ſondern der Vormund jenen Kaufpreis erhält, während derſelbe nach vielen andern Volksrechten bereits der Frau ſelbſt zu Theil wird. Vgl. Kraut Vormundſchaft I. 299 fg.

2) Die Frau pflegt eine Ausſteuer in beweglichen Sachen in die Ehe mitzubringen, und natürlich iſt auch ein Einbringen von andern beweglichen und unbeweglichen Vermögensſtücken möglich. Die Longobardiſchen Geſetze

bedienen ſich für die Ausſteuer des Ausdruckes phaderphium oder umſchreiben daſſelbe als die res quas mulier de parentibus adduxit, Ed. Roth. 182. 199. 201. 217; und in ähnlicher Weiſe ſpricht das Alamanniſche Volksrecht LV. 1. von dem, quicquid (mulier) de sede paterna secum adtulit. Der Sachſenſpiegel hat für die Ausſteuer keinen beſondern Ausdruck, gedenkt aber der Sachen, welche die Frau zu ihrem Manne gebracht hat, an mehreren Stellen. I. 13. III. 74. Im Schwabenſpiegel dagegen (Senck. 303) und in Kaiſer Ludwigs Bairiſchem Rechtsbuche XI. 96. 107—110 wird der Name Heimſteuer für die heute ſogenannte Ausſteuer gebraucht. Bei Trennung der Ehe durch den Tod des Mannes nimmt die Frau ihr Eingebrachtes, namentlich die unbeweglichen Sachen, wenn ſie deren mitbrachte, entweder ſelbſt zurück: l. Alam. LV. 1. . . . et quicquid de sede paterna secum adtulit, omnia in potestate habeat auferendi, quod non manducavit, aut non vendidit; l. Bajuv. XIV. 7, 2; oder ſie wird inſonderheit für die Ausſteuer auf andere Weiſe entſchädigt. Entweder ſie erhält eine Quote der Errungenſchaft, wie nach der l. Rip. XXXVII. 2. . . . et tertiam partem de omni re, quam simul conlaboraverint, sibi studeat evindicare; vgl. Marculf. form. II. 17; wenigſtens könnte dieſes Drittel der Errungenſchaft ſehr gut Surrogat des eingebrachten Mobiliarvermögens geweſen ſeyn; oder ſie bekommt wie nach dem Sachſenſpiegel die Gerade und neben ihr noch den Mustheil, I. 20. 24. III. 38. 76.; oder ſie nimmt nach Abzug alles deſſen, worauf beſondere Erbanſprüche exiſtiren, bei kinderloſer Ehe das geſammte fahrende Gut, theilet daſſelbe aber, wenn Kinder vorhanden ſind, mit dieſen. So verhält ſich die Sache nach dem Schwabenſpiegel. (Senck. 267. 268. 270. 283—285. 288—294.)

Im Sächſiſchen Geſetze iſt von dem Eingebrachten der Frau, inſonderheit der Ausſteuer, von der Gerade und allen damit zuſammenhängenden Rechtsverhältniſſen durchaus nicht die Rede. Daß daraus die Nichtexiſtenz jener Inſtitute bei den Sachſen in karolingiſcher Zeit keinesweges gefolgert werden könne, verſteht ſich von ſelbſt.

3) Der Frau wird aus dem Vermögen des Mannes etwas dafür ausgeſetzt, daß ſie ſich ihm unterwirft und von jetzt an ſeinen Willen erkieſet. Hier zeigt ſich aber nun ſchon in den alten Volksrechten eine große Mannigfaltigkeit von Beſtimmungen; und, was die Schwierigkeit vermehrt, daſſelbe Wort ſcheint in den verſchiedenen Rechtsquellen zuweilen ganz verſchiedene Dinge zu bedeuten. Zuvörderſt muß man das feſthalten, daß in ſehr vielen, wenn nicht in den meiſten Fällen die der Frau in Folge der Ehe gebührenden Vortheile ganz oder theilweiſe durch einen Vertrag zwiſchen den Verwandten, namentlich dem Vormunde derſelben und dem Manne beſtimmt zu werden pflegten. L. Rip. XXXVII. 1. „Si quis mulierem desponsaverit, quicquid ei per tabularum seu chartarum instrumenta conscripserit, perpetualiter inconvulsum permaneat.“ L. Alam. LV. 1. Allein die Anſicht, daß der Frau als Wirkung der Ehe gewiſſe Vermögens-Vortheile zukommen müßten, war außerdem ſo tief in der Volksſitte gegründet, daß es für den Fall eines mangelnden Vertrages geſetzliche ſubſidiäre Regeln darüber gab.

Eine überſichtliche Darſtellung der Beſtimmungen, welche die Volksrechte über die der Frau in Folge der Ehe gebührenden Vortheile enthalten, ſcheint die paſſendſte Einleitung zu dem ehelichen Güterrecht der Sachſen zu ſeyn. Zwar iſt derſelbe Gegenſtand neuerdings von Beſeler (die Vergabungen von Todes wegen Th. I. 197 folg.) und Kraut (Vormundſchaft I. 299 folg.) wenigſtens

zum großen Theile gleichfalls abgehandelt worden. Allein meine Anſichten weichen in manchen Puncten von den daſelbſt aufgeſtellten ab, und die grade hier oft ſo dunklen Ausſprüche der Quellen verdienen es wohl, immer wieder von neuem beleuchtet und geprüft zu werden.

Von vorn herein ſcheiden die alten Geſetze der Frieſen und Thüringer ganz aus, da ſie (etwa die Nennung der Gerade in VII. 3 der letzteren ausgenommen) in der genannten Beziehung nichts enthalten.

Bei den Ripuariſchen und wahrſcheinlich auch den Saliſchen Franken erhält die Frau nach dem Tode ihres Mannes Dos und Morgengabe. Die Dos iſt vermuthlich nichts Anderes als der alte Kaufpreis, nachdem ſich wenigſtens bei den Saliſchen und wahrſcheinlich auch den Ripuariſchen Franken der Brautkauf ſelbſt bereits in einen Scheinkauf verwandelt hatte. Ganz unzweideutig wird die Morgengabe von der Dos unterſchieden. Vgl. L. Ripuar. XXXVII. Guntchramni et Childeberti regum pactum a. 587. . . . „tam in dote quam in morganegyba, hoc est matutinale donum etc." Ueber die Dos und den Scheinkauf der Frau außerdem: Marculfi form. II. 15. 16. App. Marculfi 37. Form. Bignon. 5. Form. Sirm. 14. 15. 16. Form. Lindenbr. 75. 78—80. J. Grimm D. Ralt. 424. Das Ripuariſche Geſetz a. a. O. überweiſet der Wittwe noch außerdem tertiam partem de omni re, quam simul conlaboraverint, und eine Marculfiſche Formel II. 17 deutet darauf hin, daß auch die Salfränkiſche Wittwe dieſes Drittel der Errungenſchaft zu erhalten pflegte. Ob daſſelbe ein Surrogat des Eingebrachten, namentlich der Ausſteuer, oder ein ſelbſtſtändiger Theil der Wittwenverſorgung war, iſt freilich nicht mit Sicherheit zu entſcheiden, aber innere Gründe ſcheinen mehr für die erſte Annahme zu ſprechen. Jedenfalls gewinnt dieſes der Frau zukommende Drittel der Er-

rungenſchaft dadurch ein beſonderes wiſſenſchaftliches Intereſſe, daß es als der Keim der noch heute in Frankreich und in alt Ripuariſchen Gegenden vorhandenen ehelichen Gütergemeinſchaft zu betrachten iſt. Denn daß ſich dieſes Inſtitut in ſeinen mannigfaltigen Formen aus einer Quotentheilung entweder des ganzen Vermögens oder gewiſſer Inbegriffe von Vermögensſtücken, wie der geſammten fahrenden Habe oder der Errungenſchaft entwickelt hat, kann wohl kaum für zweifelhaft gelten. Die Verbindung, in welche man gewöhnlich die Entſtehung der ehelichen Gütergemeinſchaft mit der Ausbildung der Stadtrechte bringt, hat gar keinen Grund, denn noch heute bildet bei einem ſehr großen Theile des Deutſchen Bauernſtandes die eheliche Gütergemeinſchaft die Regel, und Niemand wird behaupten wollen, daß ſie der Bauernſtand etwa erſt vom Bürgerſtande erhalten habe.

Nach Weſtgothiſchem Recht erhält die Frau eine Dos, welche wahrſcheinlich der alte Kaufpreis iſt, und daher auch pretium oder pretium dotis heißt. Durch eine Verordnung Chindaswinth's wurde ein gewiſſes Maaß derſelben beſtimmt. L. Wisig. III. tit. 1. III. 2, 8. III. 4, 2. Kraut a. a. O. I. 307 fg. Die Wittwe erhält außerdem wie bei den Baiern aus dem Vermögen des Mannes Nießbrauchsrecht an einem Kindestheil, aber nur ſo lange ſie Wittwe bleibt, IV. 2, 14; und ſie erbt das ganze Vermögen des Mannes, wenn gar keine Verwandten bis zum ſiebenten Grade vorhanden ſind. IV. 2, 11. Beſondere Geſchenke des Mannes an die Frau werden nur als etwas Zufälliges erwähnt, V. 2, 4. 5. 7. Ueber die Vertheilung der ehelichen Errungenſchaft vgl. IV. 2, 16; im Allgemeinen Lembke Geſch. v. Spanien I. 214 folg.

Verwickelter iſt das Recht der Burgunder, indem hier ſehr verſchiedene der Frau in Folge der Ehe gebührende Vortheile vorkommen, bei einzelnen derſelben aber

die Grundſätze ſchon in der Zeit, welche ſich in dem alten Geſetzbuche überſehen läßt, gewechſelt haben. 1) Die Frau erhält einen Theil des Kaufpreiſes (Wittemon, nuptiale pretium). In allen Fällen, wo die Frau keinen Vater und keinen Bruder hat, muß ihr der Vormund den dritten Theil deſſelben abgeben; Vater und Bruder ſcheinen zur Abgabe einer beſtimmten Quote nicht gradezu verpflichtet geweſen zu ſeyn, und dabei lag wohl die Anſicht zu Grunde, daß dieſe nächſten Verwandten ſich ohnedem keine unbillige Verkürzung gegen die Tochter oder Schweſter erlauben würden. Eine Wittwe, welche ſich wieder verheirathete, ſcheint das Wittemon ganz bekommen zu haben. Ueber das pretium nuptiale vgl. L. Burg. XII. 1. XXXIV. 2. XXXVI. XLII. 2. XLIV. 2. LI. 3. LII. LXI. LXVI. LXIX. LXXXVI. 2. Addit. I. 14. Kraut a. a. O. 303 folg. — 2) Die Frau bekommt nach Tit. XLII. und LXII. den dritten Theil der Verlaſſenſchaft des Mannes zu Nießbrauchsrecht; ſpäter aber wurde feſtgeſetzt, daß bei kinderloſer Ehe die Wittwe dieſes Drittel nur dann erhalten ſollte, wenn ſie weder väterliches noch mütterliches Vermögen beſäße, und wenn der Mann nicht durch Vertrag über die Erbfolge ſeiner Wittwe nähere Beſtimmungen getroffen hätte. Dagegen ſollte die Wittwe in der Concurrenz mit Einem Sohne ein Drittel, beim Vorhandenſeyn von zwei oder mehreren Söhnen nur ein Viertel der Verlaſſenſchaft des Mannes erhalten. LXXXIV. 1. 2. Sowohl dieſes Drittel oder Viertel, als das Wittemon gingen jedoch durch abermalige Verheirathung der Wittwe für ſie verloren. 3) Die gleichfalls bei den Burgundern vorkommende Morgengabe war dagegen an die Bedingung ſpäterer Eheloſigkeit nicht geknüpft, ſondern blieb der Wittwe auch in nachfolgender Ehe. Die Morgengabe wird unter den drei Namen: morgengeba, donatio nuptialis und dos erwähnt; daß wirklich alle drei das Nämliche bedeuten, iſt nach einer

Vergleichung der verſchiedenen Stellen: XXIV. 1. 2. XLII. 2. LXII. 2. kaum zu bezweifeln, und ſchon von Kraut a. a. O. 307. nachgewieſen worden. Uebrigens beſitzt die Frau, welche Söhne hat, auch die Morgengabe nur zu Nießbrauchsrecht, vererbt ſie dagegen, wenn keine Söhne vorhanden ſind, halb an ihre eigenen, halb an die Verwandten ihres Mannes. (Die Gerade in LI. 3. 4. iſt nicht die Wittwen-, ſondern die Niftelgerade.)

Nach Bairiſchem Recht gebührt der Wittwe bei unbeerbter Ehe die Hälfte des Vermögens ihres Mannes, bei beerbter Ehe bloß ein Kindestheil, aber Beides nur zu lebenslänglichem Nießbrauchsrecht. Durch abermalige Verheirathung verliert ſie jene Hälfte oder Kindestheil, und bei ihrem Tode fällt Beides an die Kinder oder an die nächſten Verwandten des Mannes zurück. Außerdem bekommt aber die Frau, abgeſehen davon daß ſie ihre eigenen Sachen zurücknimmt, auch noch eine Dos, welche ſelbſt durch nachfolgende Ehe für ſie nicht verloren geht. L. Bajuv. XIV. c. 6—9. Grade von der ſich wieder verheirathenden Wittwe, welche Kinder aus der erſten Ehe hat, heißt es Cap. 7, 2. „Mater vero si habet proprias res, et cum dote sua, quam per legem habet, egrediatur;“ und in Betreff der kinderloſen Frau verfügt Cap. 9, 2. in ähnlicher Weiſe: „Si autem mulier mortua fuerit aut alium maritum tulit, tunc quod proprium habet et de mariti rebus quod per legem ei debetur, accipiat. Ceteras res propinqui prioris mariti accipiant.“ Die Worte quod per legem ei debetur de mariti rebus in der letzten Stelle, ſind offenbar nichts Anderes als die dos quam per legem habet in der erſten. Was aber unter jener Dos zu verſtehen ſey, ob ein Wittwengeld, welches ſich aus dem alten Kaufpreiſe entwickelt hat, oder eine Morgengabe, iſt nicht mit Sicherheit zu beſtimmen. Der Umſtand, daß dieſe Dos

für die Frau auch durch nachfolgende Ehe nicht verloren geht, könnte faſt mehr für die letztere Annahme zu ſprechen ſcheinen; denn der eigentliche Grund der Morgengabe beſteht doch darin, daß ſie der Frau um die höchſte Ehre, die ihr Gott gegeben, von dem Manne geſchenkt wird, (Kaiſer Ludwigs Rechtsbuch XII. 134.), und dieſer Grund um deswillen ſie auch munus virginitatis heißt, wird auch durch nachfolgende Ehe der Wittwe nicht aufgehoben. Mit jener Annahme würde dann auch das Recht des ſpäteren Mittelalters vortrefflich übereinſtimmen, denn auch in dieſem finden wir Leibgedinge d. h. Nießbrauchsrecht und Morgengabe neben einander, und die letztere erſcheint grade in ſüddeutſchen Rechtsquellen beſonders begünſtigt. Vgl. Schwabenſp. bei Senck. 301. 302. Kaiſer Ludwigs Rechtsbuch v. 1346, XI. 96. XII. Uebrigens läßt ſich nicht verkennen, daß eine geſetzliche Morgengabe wenigſtens zum Theil in ein wirkliches Witthum übergeht. Merkwürdig iſt, daß nach dem Rechtsbuche des Kaiſers Ludwig (XII. 125.) ein Mann ſeine Hausfrau nicht höher als mit dem zehnten Theile ſeines Gutes bemorgengaben ſoll; das iſt aber ganz das nämliche Maaß, welches König Chindaswinth l. Wisig. III. 1, 5. für die Weſtgothiſche Dos vorſchrieb.

Sehr zweifelhaft iſt die Sache nach dem Alamanniſchen Geſetz LV. und LVI. Die Wittwe, welche keine Kinder aus erſter Ehe hat und wieder heirathen will, ſoll hinwegnehmen die dos legitima, ferner die Heimſteuer (quicquid de sede paterna secum attulit), ſo weit ſie noch vorhanden iſt, und quicquid parentes ejus ei legitime placitaverint. Außerdem kommt aber in Tit. LVI. auch noch eine Morgengabe vor, und es bleibt ungewiß, ob Dos und Morgengabe das Nämliche ſeyen, oder ob, wie dieß Kraut a. a. O. 310 folg. für das Wahrſcheinlichere hält, bei Dos an den alten Muntſchatz (Kaufpreis) gedacht werden müſſe. Der Tit. LVI. De eo qui

proximi sui defuncti uxori sine filiis relictae dotem contradixerit, lautet folgendermaßen:

1. „Si autem proximus mariti defuncti contradicere ipsam dotem illi mulieri voluerit, quod lex non est, illa sequatur cum sacramento cum nominatis quinque, aut cum spata tracta pugna duorum. Si potest adquirere aut per sacramentum aut per pugnam, illa pecunia post mortem mulieris retro nunquam revertatur, sed ille sequens maritus aut filii ejus usque in sempiternum possideant.

2. Si autem ipsa femina dixerit: maritus meus dedit mihi morgangeba, computet quantum valet aut in auro aut in argento aut in mancipiis aut in equo pecuniam duodecim solidos valentem. Tunc liceat illi mulieri jurare per pectus suum, et dicat: quod maritus meus mihi dedit in potestate et ego possidere debeo. Hoc dicunt Alamanni nastahit.“

Vielleicht liegt der Gegenſatz in dieſer Stelle nicht darin, daß Dos und Morgengabe als zwei verſchiedene Dinge, ſondern daß dos legitima und dos data (rechte oder geſetzliche und gegebene Morgengabe) einander gegenüber geſtellt werden, denn dos könnte ſelbſt nichts Anderes als Morgengabe bedeuten. Wenn die Frau auf die dos legitima Anſpruch macht, und der nächſte Verwandte ihres verſtorbenen Mannes behauptet, daß von dieſer nicht die Rede ſeyn könne (quod lex non est), weil wie man dann wohl hinzudenken muß, die Frau von ihrem Manne bemorgengabt worden ſey, ſo ſoll ſie entweder cum nominatis quinque ſchwören, daß dieß nicht der Fall ſey, oder ein Zweikampf ſoll über ihr Recht entſcheiden. Wenn aber die Frau ſelbſt erklärt, daß ſie von ihrem Manne bemorgengabt ſey, damit alſo jeden Anſpruch auf die geſetzliche Dos von vorn herein ausſchließt, ſo hat ſie das Recht, in Gold oder Silber, Knechten, Mägden oder

Hausthieren die Summe von 12 Schillingen zuſammen zu rechnen, und für ſich allein ohne Eideshelfer zu ſchwören, daß ihr ſo viel zur Morgengabe gegeben ſey. Eine größere Summe ſcheint ſie aber in ſolchem Falle nie haben fordern zu können. Der Eid per pectus suum erinnert an den Eid auf ihre zwei Brüſte, der im Schwabenſ. (Senck. 302) grade auch bei der Morgengabe vorkommt. (Ueber den Ausdruck nastahit: J. Grimm D. Ralt. 906). Der Grundſatz über die Behauptung der Morgengabe durch die Frau findet ſich auch im Sachſenſ. I. 20. „Morgengabe behelt daz wib uffen heilgen. die gewere aber mit gezuge. — Morgengabe muz ein wib uf den heilegen wol behalden ane gezug.“ Vgl. Kaiſer Ludwig's Rechtsbuch XII. 134. Uebrigens blieb die Dos und die Morgengabe, welche die Frau auf irgend eine von dieſen Arten erwarb, ihr Eigenthum und fiel nicht mehr an die Verwandten des erſten Mannes zurück. Wie ſich die Sache verhielt, wenn die wieder heirathende Wittwe Söhne oder Töchter aus der erſten Ehe hatte, erfahren wir nicht. Von dem Kaufpreiſe für die Frau reden die Geſetze der Baiern und Alamannen nicht ausdrücklich, und wenn unter der Dos in denſelben die Morgengabe zu verſtehen iſt, ſo kann man dieſe ſchwerlich aus jenem ableiten.

Deutlicher treten die Rechte der Frau in den Longobardiſchen Geſetzen heraus. Meta (methium, mephium) und Morgengabe werden hier mehrfach neben einander genannt, und beide ſind wohl von dem Phaderphium zu unterſcheiden. Ed. Roth. 182. 199. 201. Liutpr. Leg. 102. od. VI. 49. Aistulphi Leg. 5. Daß die Meta der Muntſchatz, der urſprüngliche Kaufpreis iſt, daß ihn aber bei den Longobarden bereits die Frau ſelbſt erhält, kann keinem Zweifel unterliegen, und iſt namentlich von Kraut a. a. O. 299 folg. gründlich gezeigt worden. Als Morgengabe ſollte der Mann nach einer Verfügung

des Königs Liutprand (Liutpr. Leg. 7. oder II. 1.) nicht mehr als den vierten Theil ſeines Vermögens geben dürfen. Bemerkenswerth iſt aber vorzüglich der Umſtand, daß ſich auch bei den Longobarden allmählich die Sitte ausgebildet zu haben ſcheint, der Frau noch außer Meta und Morgengabe, einen Nießbrauch an unbeweglichen Gütern, ganz der Leibzucht oder dem Leibgedinge entſprechend, für den Wittwenſtand zu beſtellen. Zwar verfügte König Liutprand VI. 49. „Nulli sit licentia conjugi suae de rebus suis dare amplius per qualecumque ingenium nisi quod ei in die votorum in methio et morgengab dederit, secundum anterius edictum; et quod superdederit, non sit stabile." Spätere Geſetze aber behandeln die Beſtellung einer ſolchen Leibzucht als etwas ganz Erlaubtes, und ſetzen nur ein Maaß feſt, über welches der Mann ſeine Freigebigkeit nicht ausdehnen durfte. Leg. Aistulphi 5. „Si quis Langobardus decedens voluerit uxori suae usumfructum de rebus suis judicare, et filios et filias ex ea reliquerit, non amplius ei per usumfructum judicare possit, quam medium de sua substantia, super illud, quod ei in morgengab et in meta secundum legem datum fuerit. Et si filios aut filias ex alia uxore reliquerit, unum aut duos, possit uxori suae tertiam partem ad usumfructum relinquere. Et si fuerint tres, quartam portionem. Si fuerint plures, per hunc numerum computetur. Morgengab et metam, quae ei data est legibus, habeat in antea. Si quidem nupserit postea aut mortua fuerit, ususfructus in integrum ad heredes revertatur. De meta vero et morgengab fiat sicut anterius edictum." Vgl. Leg. Langob. Guidonis c. 7. Lomb. II. 14, 28. Statuta seu leges Pistoriensium c. 56. in Zachariae Anecdot. medii aevi p. 15.

Schließlich iſt zu erwähnen, daß nach dem Rechte der Angelſachſen die Morgengabe, an welcher die Frau nach dem Tode des Mannes entweder das volle Eigenthum oder doch einen lebenslänglichen Nießbrauch erhielt, ganz die Stelle des Witthums zu vertreten ſcheint. Kinderzeugen ſcheint Quotentheilung des ehelichen Vermögens veranlaßt, oder nach ſpäteren Rechtsquellen der Wittwe gar ein Recht auf das ganze Vermögen gegeben zu haben. Aethelbirht's Geſ. 77 folg. (bei Reinh. Schmid S. 6). Anhang V. Vom Verlöbniß Cap. 4. (Ebendaſ. S. 208). Phillips Geſch. des Angelſ. R. §. 40. In den Lateiniſchen Ueberſetzungen der Angelſächſiſchen Urkunden wird für die Morgengabe der Ausdruck dos gebraucht. Der Kaufpreis für die Frau ſcheint bei den Angelſachſen noch dem Vormunde zu gebühren.

Wenn wir uns nun nach dieſer Ueberſicht zu dem Sächſiſchen Geſetze wenden, ſo iſt natürlich die Hauptfrage, was unter der Dos deſſelben zu verſtehen ſey. In den ſpäteren Rechtsbüchern, namentlich im Sachſenſpiegel werden zwei Inſtitute von einander getrennt: die Morgengabe und die Leibzucht (Leibgedinge). Die Leibzucht ſetzte allemal einen beſonders darüber abgeſchloſſenen Vertrag voraus; Bedingung ihrer Exiſtenz war Grundbeſitz in der Hand des Mannes, und Bedingung ihrer Gültigkeit war Einwilligung ſeiner Erben und gerichtliche Auflaſſung, wenn ſie an Eigen; Inveſtitur von Seiten des Lehnsherrn, wenn ſie an Lehen beſtellt wurde. Sachſenſp. I. 21. Albrecht Gewere 223.

Das ganze Inſtitut, an ſo viele factiſche Vorausſetzungen geknüpft, gehörte offenbar nicht ſo zur Regel der Ehe, wie die Morgengabe, welche weit tiefer und allgemeiner in der Volksſitte gewurzelt war, und wenigſtens nach dem Sachſenſpiegel zu jeder Ehe, wo der Mann nur über einiges Vermögen zu verfügen hatte, nothwendig

erfordert zu werden ſcheint. Die Frage iſt nur, ob die Morgengabe jedesmal ein beſonderes Geſchenk von Seiten des Mannes vorausſetzte, oder ob ſich ſchon zur Zeit des Sachſenſpiegels ein beſtimmtes Herkommen ausgebildet hatte, wonach gewiſſe Gegenſtände ſelbſt ohne vorausgegangenes Geſchenk des Mannes, der Frau als Morgengabe überwieſen wurden. Die Art, wie ſich der Sachſenſp. I. 24, wo jedoch nur von der Wittwe eines wenigſtens ritterbürtigen Mannes die Rede ſeyn kann (I. 20. Schwabenſp. 295), hierüber ausdrückt, ſpricht mehr für die zweite Alternative, und das ſpätere Sächſiſche Recht hat ſich bekanntlich auch nach dieſer Anſicht gebildet.

Die Dos des alten Sächſiſchen Geſetzes wird nun jedenfalls entweder der Morgengabe oder der Leibzucht des Sachſenſpiegels entſprechen müſſen. Bisher hat man ſie gewöhnlich für das Leibgedinge (Witthum) gehalten. Vgl. Gärtner in den Noten zur obigen Stelle. Eichhorn D. Privatrecht §. 297. Phillips D. Geſch. Bd. II. §. 49. Deiters ehel. Ggmſchaft nach dem Münſterſchen Prov. R. u. ſ. w. §. 41. Beſeler a. a. O. S. 207. Kraut a. a. O. S. 314. Nach meiner Anſicht ſprechen aber überwiegende Gründe dafür, daß unter jener Dos die Morgengabe zu verſtehen ſey. Dieſe Gründe werden unten folgen. Zunächſt kommt es darauf an, die Beſtimmungen des Sächſiſchen Geſetzes ſelbſt zu betrachten.

Die Frau erhält in Folge der Ehe eine Dos; aber hinſichtlich der Dos beſteht ein doppeltes Recht bei den Sachſen. Oſtphalen und Engern haben ein anderes als Weſtphalen. Gleichmäßig bei allen dreien ſcheint die Regel zu gelten: die Frau, welche keine Kinder in der Ehe gewinnt, (denn filios iſt wohl allgemein auf Kinder zu beziehen), behält zwar die Dos und beſitzt ſie auch bis an ihren Tod, aber ſie vererbt ſie nicht an ihre nächſten Verwandten, ſondern dieſelbe fällt an den, der ſie gab,

und wenn dieſer bereits todt iſt, an deſſen nächſte Verwandten zurück. Für Oſtphalen und Engern iſt zwar der Grundſatz, daß auch die kinderloſe Wittwe die Dos bis an ihren Tod beſitze, nicht gradezu ausgeſprochen; allein die innere Conſequenz verlangt denſelben auch hier anzunehmen. Ob man übrigens der kinderlos gebliebenen Frau, wenn ſie die Dos hernach im Wittwenſtande beſitzt, Eigenthum oder bloßes Nießbrauchsrecht daran zuſchreiben ſoll, bleibt zweifelhaft; jedenfalls muß ſie wohl in Betreff etwaniger Veräußerungen beſchränkt geweſen ſeyn. Unter dem Geber der Dos hat man ſich regelmäßig den Mann oder doch ein Mitglied ſeiner Familie zu denken. Da nun zugleich die Möglichkeit angenommen wird, daß der Geber der Dos bei dem Tode der Frau noch leben könne, ſo folgt hieraus, daß in dem Geſetze keinesweges bloß an den Fall gedacht wird, wo die Frau als Wittwe die Dos erhalten hatte, ſondern daß die Frau auch ſchon während der Ehe die Dos beſaß oder in ihren Geweren hatte, und das Nämliche ergiebt ſich auch aus den Worten d o t e m a m i t t a t in VIII. 4, weil ſie was ſie nicht beſeſſen hätte, auch nicht hätte verlieren können.

In dem Falle aber, wo die Frau Kinder in der Ehe gewinnt, ſcheidet ſich das Recht der Oſtphalen und Engern von dem der Weſtphalen, Nach dem erſteren wird nun die Dos ſo vollſtändiges Eigenthum der Frau, daß ſie dieſelbe nicht bloß an ihre Kinder, ſondern wenn dieſe vor ihr ſterben, ſelbſt an ihre eigenen nächſten Verwandten vererbt. Anders bei den Weſtphalen. Die Frau, welche Kinder gewinnt, verliert die Dos. Dafür aber erhält ſie nun die Hälfte der ehelichen Errungenſchaft. Unverkennbar iſt dieſe hier Surrogat der für die Frau verloren gehenden Dos; die Idee aber iſt, daß ſich in der Theilung der Errungenſchaft nach Hälften die größere Innigkeit des ehelichen Zuſammenlebens, welche durch Kinder hervorgebracht

wird, kund geben ſoll. Man darf alſo ſchwerlich annehmen, daß die Weſtphäliſche Frau, welche keine Kinder gewonnen, die Dos und die Hälfte der ehelichen Errungenſchaft zuſammen erhielt, ſondern die Beſtimmung von Tit. IX. ſcheint ſich nur auf die Frau zu beziehen, welche Kinder gewonnen hatte.

Was nun bei dieſen verſchiedenen Syſtemen vorzügliches Intereſſe gewährt, iſt die Anknüpfung an das ſpätere Recht, welche ſie geſtatten. Mit dem Recht der Oſtphalen und Engern hängt das des Sachſenſpiegels zuſammen, und hierin liegt ein recht deutlicher Beweis, wie ſehr ſich der Particularismus im Recht des Mittelalters auch in dieſem Rechtsbuche geltend macht. Aus dem Rechte der Weſtphalen hat ſich die eheliche Gütergemeinſchaft entwickelt, die noch heute in Weſtphalen gilt. Als die ausgebildetſte Form derſelben iſt die des Lübiſchen Rechts zu betrachten, da Lübeck bekanntlich auf Söſter Recht gegründet iſt, und mit dieſem auch das Weſtphäliſche Güterrecht der Ehegatten erhalten hat. Vgl. Arnold. Lubec. Chron. Slav. II. 35. bei Leibnitz Script. rer. Brunsvic. II. 651. Zugleich gewinnen wir hier einen neuen Gegenſatz in Betreff der beiden Hauptſtadtrechte des ganzen nordöſtlichen Deutſchlands, indem Magdeburg das Oſtphäliſche, Lübeck das Weſtphäliſche Recht repräſentirt. (Vgl. meine Schrift: das Schleſiſche Landrecht u. ſ. w. S. 118 folg.) Im Weſentlichen hat ſchon Cropp dieſe hiſtoriſchen Fäden bemerkt und hervorgezogen. (Juriſt. Abhandl. v. Heiſe und Cropp Bd. II. S. 443 folg.) Er fehlt nur darin, daß er die Dos des Sächſiſchen Geſetzes einmal mit Leibzucht und dann wieder mit Morgengabe überſetzt, da ſie doch ſchlechterdings nur eines von beiden ſeyn kann. Daß damit aber wirklich nur die Morgengabe gemeint ſey, dafür ſcheinen folgende Gründe zu ſprechen:

1. Der Inhalt der verwandten Rechte der Angelſachſen und der Longobarden. Auch im Angelſächſiſchen Rechte kommt kein Witthum oder Leibgedinge, ſondern nur Morgengabe vor. Bei den Longobarden erſcheinen als zwei urſprüngliche Inſtitute des ehelichen Güterrechts Meta und Morgengabe. Der Meta entſpricht im Sächſiſchen Rechte das pretium emtionis, was aber hier, wie wir geſehen, noch der Vormund erhält. Die Longobardiſche Morgengabe ſcheint dagegen ganz mit der Sächſiſchen Dos übereinzuſtimmen. Zwar haben wir oben (S. 180) geſehen, daß auch bei den Longobarden allmählich das Inſtitut der Leibzucht bekannt wurde, aber daſſelbe war dort nach klaren Aeußerungen der Geſetze urſprünglich nicht vorhanden, und es blieb ſeinem ganzen Weſen nach immer nur etwas Zufälliges. Bemerkenswerth iſt zugleich, daß das Recht der Longobarden mit dem der Oſtphalen am meiſten übereinſtimmt, was ſich dann auch aus den urſprünglichen Wohnſitzen der erſteren (ſo wie der ſpäter ſogenannten Bardi) am natürlichſten erklärt.

2. Den Charakter des Zufälligen trägt auch die Leibzucht des Sachſenſpiegels noch an ſich, während die Morgengabe weit mehr zur Regel des ehelichen Güterrechts gehört. Es iſt aber hiernach an ſich ſchon nicht wahrſcheinlich, daß in der älteſten Rechtsquelle die Leibzucht, ſelbſt wenn ſie damals ſchon bei den Sachſen üblich geweſen wäre, nicht aber die Morgengabe erwähnt ſeyn ſollte.

3. Aber auch die Beſtimmungen des Sächſiſchen Geſetzes über die Dos ſelbſt ſcheinen mit dem Rechte der Leibzucht unverträglich zu ſeyn, paſſen dagegen ſehr gut auf das Recht der Morgengabe. Zuvörderſt wird offenbar angenommen, daß die Frau ſchon während der Ehe eine Gewere an der Dos habe; eine ſolche räumt ihr aber auch der Sachſenſpiegel I. 20 für die Zeit der Ehe an der Morgengabe neben der Gewere ihres Mannes ein. „Blibet aber die

witewe nach ires mannes tode mit iren kinderen in der kindere gute daz er nicht en ist. und ungescheiden von deme gute. und nemen ire sune wib bi irme libe. sterben ire sune darnach. des sunes wib nimmt mit mereme rechte ires mannes morgengabe und musteile und ir gerade an ires mannes gute den sin muter. ab sie ires mannes und ires selbes unbeschulden were daran gezugen mugen.“ Vgl. Albrecht Gewere S. 259. Jene Gewere der Frau an der Morgengabe kann aber wenigſtens in dem Falle, wenn die Frau bei den Oſtphalen und Engern Kinder gewinnt, nur eine Eigensgewere ſeyn, neben welcher dem Manne die Gewere zu rechter Vormundſchaft zukommt. Denn nur aus einer Eigensgewere der Frau laſſen ſich die Wirkungen derſelben erklären: Vererbung der Morgengabe an die eigenen nächſten Verwandten der Frau, wenn die Kinder, welche ſie in der Ehe gewann, vor ihr ſelbſt mit Tode abgingen. Grade dieß aber zeugt dafür, daß wir es hier nicht mit einer Leibzucht im Sinne des Sachſenſpiegels zu thun haben, denn von dieſer heißt es daſelbſt I. 32. „Nich ein wib en mag ouch zu eigene behalden ir libzucht. noch ir erbe nach irme tode. die wile man daz gezugen mag daz ez ir zu irme libe gegebn sie.“ Der Satz des Sachſenſpiegels III. 38, daß kein Weib die Morgengabe bei ihres Mannes Leben, ſondern nur dann vererbe, wenn ſie dieſelbe nach ihres Mannes Tode empfangen, ſcheint allerdings auf eine im Recht der Morgengabe allmählich eingetretene Veränderung hinzudeuten. Eben ſo werden auch im Sachſenſpiegel die beiden Fälle der Ehe mit und der Ehe ohne Kinder in Betreff der Morgengabe nicht mehr unterſchieden. Vielmehr hat ſich das Recht derſelben allmählich dahin geſtaltet, daß die Wittwe die Morgengabe ſtets erhält und als ihr Eigenthum vererbt, mag ſie in der Ehe Kinder gewonnen ha=

ben oder nicht. Es wird aber immer vorausgeſetzt, daß ſie Wittwe geworden ſey und die Morgengabe nach ihres Mannes Tode empfangen habe.

4. Endlich mag denn auch noch daran erinnert werden, daß die Lateiniſche Ueberſetzung des Sachſenſpiegels die Morgengabe gewöhnlich mit dos wiedergiebt, während ſie für die Leibzucht dotalitium oder vitae provisio zu gebrauchen pflegt. Dieß erklärt ſich aber offenbar daraus am einfachſten, daß Dos bei den Sachſen ſtets ſtehende Bezeichnung der Morgengabe geweſen iſt. In der Lateiniſchen Uebertragung von Cnut's Geſetzen wird in Tit. 71 für Morgengabe ebenfalls dos geſagt, und derſelbe Sprachgebrauch wird auch in alt Sächſiſchen Urkunden angetroffen. Vgl. Jus Slesvic. antiq. §. 7. Item mulier quae nubere vult, secundum legem Sleswicensium, in divisione hereditatis, dimidium possessionis accipiat. Insuper etiam tres marcas pro dote et lectum integrum. In dem Jus Slesvic. recent. c. 10. ſind die Worte pro dote überſetzt: pro morgengabico. Nieſert Beiträge zu einem Münſt. Urkundenbuche Bd. I. Abth. 2. Nr. 2. J. Grimm D. Ralt. 442.

Aus dieſer Darſtellung ergiebt ſich nun allerdings ſchon für die Zeit der Volksrechte eine große Mannigfaltigkeit der Grundſätze des ehelichen Güterrechts bei den verſchiedenen Völkern. Von allen oben erwähnten Inſtituten ſcheinen, abgeſehen von denjenigen, welche mit der von der Frau eingebrachten Ausſteuer zuſammenhingen, der Kaufpreis und die Morgengabe als die älteſten und wahrhaft urſprünglichen betrachtet werden zu müſſen. Die Grundideen beider ſind durchaus verſchieden; jedes dieſer Inſtitute ſteht für ſich, und ich kann eben deshalb auch nicht mit Mittermaier (Grundſ. des D. Privatr. §. 348) annehmen, daß ſich die Morgengabe aus dem alten Kaufpreiſe heraus entwickelt habe. Der Kaufpreis hat ſeinen

Grund in der ganz allgemein herrſchenden Geſchlechts-vormundſchaft. Die Morgengabe dagegen, welche der Frau für die dem Manne dargebrachte Jungfrauſchaft geſchenkt wurde, hängt mit der ſinnlich-natürlichen Auffaſſung der Ehe in der älteſten Zeit und mit der hohen Schätzung jungfräulicher Würde genau zuſammen. Mit der Dos, deren Tacitus in der berühmten Stelle der Germania gedenkt, könnte recht gut die Morgengabe gemeint ſeyn, ja Manches ſcheint ſogar gradezu für dieſe Erklärung des Wortes zu ſprechen.

Germ. c. 18. — „Dotem non uxor marito, sed uxori maritus offert. intersunt parentes et propinqui, ac munera probant. munera non ad delicias muliebres quaesita, nec quibus nova nupta comatur; sed boves et frenatum equum et scutum cum framea gladioque. In haec munera uxor accipitur; atque invicem ipsa armorum aliquid viro affert. hoc maxumum vinculum, haec arcana sacra, hos conjugales deos arbitrantur.“

Des Kaufpreiſes gedenkt Tacitus nicht ausdrücklich; geſetzt er kannte ihn, ſo wollte er doch hier hauptſächlich nur den Gegenſatz von Römiſcher und Germaniſcher Dos hervorheben. Mit klaren Worten ſagt er, daß dieſe letztere der Frau zu Theil werde, und dem ſcheinen mir auch die Gegenſtände jener Dos nicht zu widerſprechen, da die der Frau geſchenkten Waffen ſehr leicht eine ſymboliſche uns nicht mehr ganz deutliche Beziehung haben könnten. S. Grimm D. Ralt. 427. Die Annahme, daß es vielleicht ſchon zu Tacitus Zeiten, wenigſtens bei einigen Deutſchen Stämmen gewöhnlich geweſen ſeyn möchte, der Braut den ganzen Muntſchatz oder Kaufpreis mit in die Ehe zu geben, hat wohl nichts für ſich, und gegen ſie ſpricht auch der Umſtand, daß wir in den weit ſpäteren Volksrechten die Umwandlung des Kaufpreiſes in ein Witthum zum

Theil noch deutlich verfolgen können, oder gar, wie bei den Sachſen, den alten Kaufpreis noch als einen Vortheil des Vormundes kennen lernen. Aber in der obigen Stelle finden ſich auch einige Worte, aus denen hervorgeht, daß die Schenkung jener Dos erſt nach Vollziehung der Ehe erfolgte. Die nova nupta erhält die Geſchenke, der Mann erklärt ſie damit nun erſt vollſtändig für ſeine Ehegattin, und Eltern und Verwandten ſind zugegen und billigen die Geſchenke. Worauf aber paßt dieß Alles wohl beſſer als auf die Morgengabe, deren Bedeutung man, je höher hinauf ins Alterthum, gewiß auch für um ſo größer zu halten hat, da ſie zugleich als Zeugniß der von dem Manne wirklich vorgefundenen Jungfrauſchaft der ihm verlobt geweſenen Braut galt? Vgl. Kindlinger Münſterſch. Beitr. III. Urk. 19. S. 57. (Abweichende Meinungen über die Stelle bei Tacitus ſ. bei J. Grimm D. Ralt. 423. — Kraut Vormundſchaft 172. wo dieſelbe auf den Brautkauf bezogen wird — Beſeler a. a. O., welcher die Dos bei Tacitus ſchon als Witthum, getrennt von dem Kaufpreiſe, betrachtet).

Die Losreißung ſo vieler Germaniſchen Völker von der alten Heimath, der Eintritt in ganz neue Umgebungen und Lebensverhältniſſe, der reiche Grundbeſitz, welcher als Folge der Eroberung bei ihnen entſtand, endlich die Annahme des Chriſtenthums mußten allmählich auch in dem ehelichen Güterrechte wichtige Veränderungen nach ſich ziehen. Der Kaufpreis verwandelte ſich grade bei denjenigen Völkern, welche durch ihre Wohnſitze in alt Römiſchen Provinzen fremden Einflüſſen zumeiſt ausgeſetzt waren, am früheſten in ein wahres Witthum, welches der Frau anheimfiel. Die Morgengabe blieb. Aber auch bei ihr treten hier und da Aenderungen in den Gegenſtänden derſelben ein. Früher hatte die Viehzucht das Uebergewicht über den Ackerbau gehabt, in Viehheerden hatte der Haupt-

reichthum beſtanden, und darnach hatten ſich großentheils auch die der Frau zu machenden Geſchenke beſtimmt. Seit der Eroberung und der Ergreifung feſter Wohnſitze gewinnt der Grundbeſitz und mit ihm der Ackerbau an Bedeutung, und auch die Summe des baaren Geldes iſt nun viel größer geworden. Natürlich werden alſo auch dieſe Gegenſtände jetzt vorzugsweiſe zur Begabung der Frauen angewendet, und das nach und nach entſtehende Leibgedingsrecht der Wittwe an Grundſtücken des Mannes mußte um ſo bequemer erſcheinen, je leichter ſich hier der Vortheil der Frau und die Rechte der nächſten Erben mit einander vereinigen ließen. Die ſpäteren Stadtrechte zeigen am deutlichſten, wie ſich die Rechte der Wittwen überall nach der Beſchaffenheit der Güter, welche in irgend einem Lebenskreiſe vorwalteten, ausgebildet haben.

Was ſchließlich den Ausdruck Dos anbelangt, ſo hat ſich durch die obige Darſtellung ergeben, daß damit in den Geſetzen der Saliſchen und Ripuariſchen Franken, ſo wie der Weſtgothen eine Wittwenverſorgung bezeichnet wird, welche ſich wahrſcheinlich aus dem alten Kaufpreiſe entwickelt hat, und welche in den Fränkiſchen Rechtsquellen von der Morgengabe ſehr beſtimmt unterſchieden wird. Dagegen ſind Gründe vorhanden, die Dos in den Geſetzen der Burgunder, Sachſen und Angelſachſen für die in den Longobardiſchen Geſetzen regelmäßig mit dem Deutſchen Namen vorkommende Morgengabe zu halten, und dieſen Sinn könnte das Wort auch in den Geſetzen der Baiern und Alamannen haben, obgleich die Sache in Betreff dieſer letzteren ſehr dunkel bleibt.

Til. XLVII.	Tit. X. De raptu mulierum.
	I. Qui foeminam ab alio desponſatam rapuerit, CCC. solid.[a]) patri puellae,

CCC. sponso componat, et insuper CCC. solidis[b]) emat eam.

II. Et si cum matre euntem in via rapuerit, etiam et matri CCC. solidos[c]) componat.

---

a) Til. Lind. **solid.** deest. b) Til. **solid. CCC.** c) Til. **sol. CCC.**

Anmerkungen zu Tit. X.

Zunächſt verweiſe ich hier auf die obigen Anmerkungen zu Tit. VI. und meine Schrift: Geſetz der Thüringer S. 379 folg.

Die desponsatio (Verlobung) konnte der wirklichen Vollziehung der Ehe oft lange vorausgehen. Dieß beweiſen am beſten die Urkunden, worin Eltern in Betreff ihrer zuweilen noch ganz im Kindesalter ſtehenden Söhne und Töchter Verlöbniſſe abſchließen. Vgl. Nieſert Beitr. zu einem Münſterſchen Urk. Buche. Bd. I. Abth. 2. Nr. II. Intereſſant für die Sittengeſchichte iſt die Notiz bei Gregor von Tours III. 27. „Cumque jam septimus annus quod Wisigardem desponsatam haberet (Theudebertus, der Enkel Chlodwigs), et eam propter Deuteriam accipere nollet, conjuncti Franci contra eum valde scandalizabantur, quare sponsam suam negligeret."

Die desponsatio wurde bei jeder wahren Ehe für nothwendig gehalten. Selbſt wenn eine frühere concubina zur wirklichen Ehefrau erhoben werden ſollte, mußte eine desponsatio vorgenommen werden. Fragm. hist. Francic. bei du Chesne II. 404. „Item Karolus certo nuncio comperto, obiisse Ermentrudem uxorem suam, sororem Bosonis nomine Richildem mox sibi adduci fecit, et in concubinam accepit. Qua de re eidem Bosoni abbatiam sancti Mauricii cum aliis honoribus

dedit. Item, in die festivitatis septuagesimae praedictam concubinam suam Richildem desponsatam atque dotatam in conjugem duxit." Bei demjenigen nicht als unerlaubt geltenden Verhältniß dagegen, welches die älteren Rechtsquellen Concubinat nennen, und welches bei manchen Völkern, wie z. B. Franken und Longobarden ſehr häufig geweſen zu ſeyn ſcheint, fand wahrſcheinlich keine desponsatio Statt. Dagegen wird in II. F. 29 bei der morganatiſchen Ehe, welche ſich wohl ohne Zweifel aus jenem älteren Concubinat entwickelt hat, von einer desponsatio geſprochen, und dieß dient zum Beweiſe, daß jenes Verhältniß durch den Einfluß der Kirche damals bereits den Charakter einer gültigen, wenn gleich bürgerlich unvollkommenen Ehe angenommen hatte. Seitdem ſonderte ſich der eigentliche Concubinat als etwas bloß Factiſches von der morganatiſchen Ehe, und die Kirche behandelte ihn als Sünde.

Das Weſentliche des Verlöbniſſes beſtand urſprünglich wohl grade in dem Brautkauf, der Feſtſetzung des Kaufpreiſes, für welchen dann die Braut dem Bräutigam angelobt wurde. Bei den Franken, welche in den uns erhaltenen Quellen nur noch einen ſymboliſchen Brautkauf kennen, überreichte der Bräutigam oder Abgeſandte deſſelben denen, in deren Gewalt ſich die Braut befand, solidum et denarium, woraus ſich auf ein früher auch bei ihnen üblich geweſenes Kaufgeſchäft ſchließen läßt. Fredegar. cap. 18. (de nuptiis Chlodovei et Chlotildis): „legati offerentes solido et denario, ut mos erat Francorum, eam partibus Chlodovei sponsant." Noch andere Zeugniſſe bei J. Grimm a. a. O. 424. Wahrſcheinlich ſind überhaupt ſchon in alter Zeit bei den verſchiedenen Völkern mehrfache Verſchiedenheiten in der Form des Verlöbniſſes vorgekommen, und dieſe Abweichungen der Volksrechte wurden dann nach hiſtoriſchen Zeug-

niſſen in einzelnen Fällen, wenn ſich Perſonen aus verſchiedenen Völkern geheirathet hatten, als Grund eine Eheſcheidung zu rechtfertigen benutzt. Allein die Kirche trat dem ſchon frühzeitig hindernd entgegen, und machte gegen die Mehrheit der Volksrechte die Einheit des göttlichen Geſetzes geltend. In dieſer Hinſicht verdient Hervorhebung Cap. 1. X. de sponsalibus et matrimoniis (ex concilio Tribur. a. 895). „De Francia nobilis quidam homo nobilem mulierem de Saxonia lege Saxonum duxit in uxorem, tenuitque eam multis annis et ex ea filios procreavit. Verum quia non eisdem utuntur legibus Saxones et Francigenae, causatus est, quod eam non sua, id est non Francorum lege desponsaverat vel acceperat vel donaverat (dotaverat), dimissaque illa aliam superduxit. Diffinivit super hoc sancta synodus, ut ille transgressor evangelicae legis subjiciatur poenitentiae, et a secunda conjuge separetur, et ad priorem redire cogatur.“ Man kann vermuthen, daß ſich der Fränkiſche Edle darauf berief, es habe keine desponsatio per solidum et denarium Statt gefunden, und die Ehe ſey deshalb für ungültig zu halten. Der eigentliche Canon der Triburſchen Synode von 895, auf den ſich jenes Capitel bezieht, ſteht bei Harzheim Concil. Germ. Tom. II. p. 403.

Tit. XI. De delictis servorum.	Til.
I. Quicquid servus aut litus jubente domino perpetraverit a), dominus emendet.	XLVIII.
II. Si servus b) scelus quodlibet nesciente domino commiserit, ut puta homicidium aut c) furtum, dominus ejus pro illo juxta qualitatem facti mulctam componat.	XLIX.
III. Si servus perpetrato facinore fugerit,	L.

ita ut a domino ulterius inveniri non possit, nihil solvat.

IV. Si domino factum servi imputetur, quasi consentiret, sua duodecima manu jurando se purificet.

LI. V. Si servus iterum a domino receptus fuerit, mulctam pro illo componat[d]).

---

a) Her. perpetravit. b) Spang. servus deest. c) Til. Lind. Spang. aut deest. d) Spang. mulcta pro illo componatur.

Anmerkungen zu Tit. XI.

Der Inhalt dieſes Titels iſt bereits oben in den Anmerk. zu Tit. II. S. 119 fg. ausführlich erläutert worden. Vgl. außerdem meine Schrift: Geſetz der Thüringer S. 410 fg.

An den Haupttitel, der ſich im Geſetze über die älteſten beiden Claſſen der Unfreien bei den Sachſen findet, ſchließen ſich am paſſendſten einige Bemerkungen über die Freilaſſung an. Die Rechtsſammlung gedenkt dieſer letzteren nur bei Liten und auch bei dieſen nur in Titel II. C. 5; gewiß aber kannten die Sachſen gleich andern Germaniſchen Völkern ſeit der früheſten Zeit auch ſchon eine Freilaſſung von servi und ancillae. Spätere Sächſiſche Urkunden erwähnen ſehr häufig einzelne Fälle derſelben, und auch der Sachſenſpiegel redet von der Freilaſſung als von einem bekannten Rechtsinſtitute, jedoch nur mit Beziehung auf die Dienſtleute und die eigenen Leute, während die Laſſen (Laten), welche doch ſicherlich auch freigelaſſen werden konnten, hier wieder nicht beſonders genannt werden.

In Buch III. Art. 80 heißt es: „Let der kung oder ein ander herre sinen dinest man. oder sinen

eigenen man vri. der behelt vrier lantsezzen recht.“ Vgl. I. 16. Obige Stelle liefert nach meiner Anſicht zugleich einen überzeugenden Beweis, daß die Dienſtleute nach dem Sachſenſpiegel noch keinen Platz im Reichsheerſchilde hatten, denn wie hätten ſie ſonſt durch Freilaſſung erſt in den Stand der freien Landſaſſen einrücken können? Im Schwabenſpiegel Cap. 50 (Senck.) läßt ſich ein Fortſchritt der Lehnsverfaſſung deutlich erkennen, indem hier beſtimmt iſt, daß ein von ritterlicher Art geborner, von einem Laienfürſten freigelaſſener Dienſtmann das Recht der Mittelfreien erhalte, außerdem Cap. 8 ebendaſelbſt den Dienſtmannen ausdrücklich der ſechſte Heerſchild zugeſprochen wird. Wenn es im Sachſenſpiegel I. 3. heißt, daß den Mannen derer, welche den fünften Heerſchild haben, der ſechſte Heerſchild zukomme, ſo können unter dieſen Inhabern des ſechſten Heerſchildes durchaus keine Dienſtmannen, ſondern nur freie Vaſallen verſtanden werden; denn noch der Schwabenſp. 54, 9. ſagt mit klaren Worten, daß niemand außer dem Reich und den Fürſten, Dienſtmannen haben könne. Nun wiſſen wir zwar aus Urkunden, daß es damit im Leben nicht ſo ſtreng gehalten wurde, und daß der nicht gefürſtete Adel, die freien Herren, welche nach beiden oben genannten Rechtsbüchern den vierten Heerſchild haben, ſehr oft auch Dienſtmannen hatten. Aber unmöglich kann dieſes Recht, Dienſtmannen zu haben, auch bei denjenigen Perſonen angenommen werden, welche erſt den fünften Heerſchild im Sachſenſpiegel haben; und ſo kann alſo nur eine durchaus willkürliche Behandlung der Quellen zu dem unrichtigen Reſultate führen, daß zwiſchen beiden Rechtsbüchern in der Ordnung der Heerſchilde völlige Uebereinſtimmung vorhanden ſey. Vgl. meine Miscellen des D. R. Cap. 8. J. Weiske de septem clypeis militaribus. Als eine beſonders ausgezeichnete Claſſe der Dienſtleute erſcheinen die Reichsminiſterialen. Selbſt nach

dem Sachſenſpiegel genießen ſie bedeutende Vorzüge vor den übrigen Dienſtleuten, III. 19. 81; dennoch fehlen auch ſie bei der Aufzählung der Heerſchilde I. 3, und daß ſie wirklich noch keinen hatten, läßt ſich zugleich aus den oben mitgetheilten Worten von III. 80 ſchließen; denn ſelbſt der Dienſtmann des Königs bekommt durch die Freilaſſung bloß das Recht freier Landſaſſen; zwiſchen den Miniſterialen, welche beſtändig beim Reiche bleiben, und den Miniſterialen des jedesmaligen Königs oder Kaiſers ſcheint aber in Recht und Anſehen kein Unterſchied obgewaltet zu haben. Vgl. von Fürth die Miniſterialen, S. 124 fg. J. Weiske Abhandlungen. IV. Ueber die Reichsdienſtleute.

Ueber die Form der Freilaſſung zur Zeit des Sachſenſpiegels wird in letzterem ſelbſt nichts gefunden. Allein ein von U. F. Kopp (Bilder und Schriften der Vorzeit Bd. I. p. 127. b.) aus dem bekannten Heidelberger Codex mitgetheiltes Bild ſcheint hierüber einigen Aufſchluß zu gewähren. Der König als freilaſſender Herr wirft dort hinter dem auf einem Wagen ſitzenden Freigelaſſenen, dem freien Landſaſſen, welcher kommt und fährt gaſtweiſe (Sachſenſp. III. 45. §. 6.), einen Pfeil her; denn ſchwerlich kann der auf dem Bilde befindliche Gegenſtand für etwas Anderes gehalten werden. Aber auch den Longobarden war ein Pfeil Symbol der Freilaſſung. Paul. Diac. I. 13. „Plures a servili jugo ad libertatis statum perducunt, utque rata eorum haberi posset libertas, sanciunt more solito per sagittam, immurmurantes nihilominus ob rei firmitatem quaedam patria verba.“ J. Grimm D. Ralt. 162. Sachſen und Longobarden ſcheinen alſo auch hierin gleichen Rechtsgebrauch gehabt zu haben.

Tit. XII. De damno casu illato.	Til.
I. Si arbor ab alio praecisa casu quemlibet oppresserit, componatur mulcta pleno weregeldo [a]), a quo arbor praecisa est.	LII.
II. Si arbor accensa ceciderit et hominem [b]), oppresserit, a mane usque ad mane, vel a vespera usque ad vesperam, ex quo ignis accensus est: si infra hoc tempus cadens hominem oppresserit, ab eo qui incendit arborem, componatur [c]). Si post, nihil solvat [d]).	LIII.
III. Qui fossam vel laqueum [e]) ad feras capiendas fecerit, et haec damnum cuilibet fecerint, qui eas fecit, mulctam solvat.	LIV.
IV. Si fossa [f]) vel laqueus ad feras capiendas praeparata damnum quodlibet fecerint, a quo parata sunt, componatur [g]).	LVI.
V. Si ferrum manu elapsum hominem percusserit, ab eo cujus manum fugerat, componatur, excepta faida.	LVII.
Tit. XIII. De animali, quod damnum dat.	
I. Si animal quodlibet damnum cuilibet intulerit, ab eo cujus esse constiterit componatur, excepta faida [h]).	LV.
Tit. XIV. De eo, qui animal laeserit.	
I. Qui in fossam vel sudem [i]) acutam suae vel alienae sepis [k]) pecus quodlibet agitaverit [l]), ibique confixum [m]) vel cadens perierit, mulctam componat.	LVIII.

a) Til. Lind. weregeldo. Her. weregildo. b) Til. et hominem. Her Lind. hominemque. c) Spang. componat. d) Lind. solvatur. e) Til. Spang. fossam vel laqueum. Her. Lind. laqueum fossamve. f) Spang. si quis fossa. g) Spang. a quo parata sunt, componatur desunt. h) Til. Lind. Corb. Spang. hic tit. inter c. 3 et 4 tit. XII. legitur. i) Til. sutem. k) Til. Lind. acutam vel alienam sepem. l) Spang. sagitaverit. m) Spang. confixus.

Anmerkungen zu Tit. XII—XIV.

Beſchädigung durch Zufall, Unvorſichtigkeit, oder ein Thier, und Beſchädigung eines fremden Thieres ſind die hier behandelten Gegenſtände.

Uebereinſtimmend mit XII. 1. verfügt Ed. Roth. 138. „Si duo aut tres homines liberi seu amplius arborem unam inciderint, et alium hominem supervenientem occiderint, aut quodlibet damnum ſecerint; tunc incidentes arborem, quanticunque fuerint, ipsum homicidium aut damnum pariter componant. Et si casu ſaciente ab ipsa arbore aliquis ex ipsis, qui inciderint, mortuus fuit, si duo fuerint collegae, medietas pretii reputetur illi mortuo, et medietas collegae ipsius. Et si plures ſuerint, eodem modo portio una reputetur illi mortuo, et quanticunque ſuerint viri, similiter reddant summam pretii, cessante faida eo quia nolendo ſecerint.“ In dieſer Stelle wird alſo zugleich der im Sächſiſchen Geſetze unerwähnt gebliebene Fall berührt, wenn von mehreren, welche mit dem Abhauen eines Baumes beſchäftigt ſind, einer durch den umſtürzenden Baum beſchädigt oder getödtet wird. Der Vertheilung des Wergeldes in ſo viele Quoten als, den Getödteten mit eingerechnet, an dem Umhauen des Baumes Theil genommen haben, liegt eine eben ſolche Vertheilung der ſie alle gemeinſchaftlich treffenden Schuld zu Grunde; aber Fehde ſoll nicht Statt finden, weil kein

böſer Wille den Tod des einen unter ihnen veranlaßt hat. Offenbar ein großer Fortſchritt in der allmählichen Vergeiſtigung des Criminalrechts, für welche namentlich die Longobardiſchen Geſetze ſo viele intereſſante Zeugniſſe enthalten. Einen ſehr bedeutenden Antheil an dieſer mehr und mehr hervortretenden Richtung auf das Innerliche, hat die Kirche und die Geiſtlichkeit gehabt. Grade über den oben erwähnten Fall verfügt das Concil von Tribur v. 895. Cap. 36. (bei Harzheim II. 402) „Si contingat, duos fratres simul arborem succidere sive in sylva sive quocunque loco, et cadente arbore, alter alteri fuge vel cave dixerit, et ipse stans sive fugiens, subtus ipsam arborem devenerit et mortuus fuerit: superstes frater innocens de morte defuncti dijudicetur. Quia non voluntate, non incuria illius, non denique consensu, nec ullo suo mortem incurrit reatu; sed dum ambo insisterent operi necessario, incautus et insperatus casu arboris depressus est, nemine penitus adjuvare valente. Hanc eandem statuimus diffinitionem de caeteris similibus, sive cognatis, sive nulla proximitate conjunctis.“ Es ſcheint übrigens faſt, als ſey bei dieſer Beſtimmung die Abſicht dahin gerichtet, die vielleicht damals ſchon bei den Sachſen eingeführte Todesſtrafe gegen einen Todtſchläger in dem angeführten Falle auszuſchließen.

In XII. 2. findet ſich die auch ſonſt in den alten Rechtsquellen vorkommende Anſicht, wonach jemand für den Schaden haften muß, welcher durch ein von ihm an ſich unſchädlich angelegtes Feuer, (hier einen angezündeten Baum), innerhalb der erſten 24 Stunden angerichtet wird, während nach Ablauf derſelben das Feuer als allgemeines Naturereigniß ohne Beziehung auf ſeinen Urheber betrachtet wird. Vgl. Ed. Roth. 148. Meine Schrift: Thüring. Geſetz S. 375 folg.

Ueber die Büßung des Schadens, den jemand durch die zum Fang wilder Thiere von einem Andern gelegten Schlingen, gezogenen Gräben u. ſ. w. genommen hat, ſ. ebendaſ. S. 414 folg. Von den beiden Capiteln 3. u. 4. in Tit. XII. hat wohl ohne Zweifel urſprünglich nur eines in der Sammlung geſtanden, und das zweite kommt auf Rechnung der Abſchreiber, da ganz derſelbe Satz in beiden enthalten iſt. Vgl. zu 3—5 meine Schrift: Geſetz der Thür. 393 fg. L. Fris. Add. Sap. III. 69. Ed. Roth. 389. „Si quis hominem liberum casu faciente nolendo occiderit, componat sicut appretiatus fuerit, et faida non requiratur eo quod nolendo occiderit.“ Sachſenſp. II. 38. „Der man sal (gelden) den schaden der von siner warlose geschicht anderen luten. ez sie von brande. oder von burnen. den her nicht en bewirket eines knies ho uber der erden. oder ab her schuzet. oder wirfit einen man. oder ein vihe. als her ramet eines vogels. hie umbe verteilt man ime nicht sin lib. noch sin gesunt. ob ouch der man wol stirbet. wen her muz in gelden als sin weregeld stet.“

Wie für den Knecht, muß der Eigenthümer auch für ſeine Hausthiere haften und den von ihnen angerichteten Schaden büßen. Vgl. zu Tit. XIII. meine Schrift Thüring. Geſetz 396 fg. Aelfred's engliſche Geſetze 23. 24. bei Reinh. Schmid a. a. O. S. 47. Sachſenſ. II. 47. Da es jedoch ſehr unbillig geweſen wäre, den Eigenthümer eines Thieres auch für den Schaden in Anſpruch zu nehmen, welchen daſſelbe unter der Führung eines Andern angerichtet hatte, ſo wurden ſchon frühzeitig Beſtimmungen erlaſſen, welche den erſteren in ſolchem Falle ganz oder theilweiſe von der Haftungspflicht befreiten. Ed. Roth. 332. Leg. Liutpr. 137. „Item relatum

est nobis, cum quidam homo praestitisset jumentum suum alteri homini ad vecturam, et pullus indomitus secutus fuerit matrem suam: dum autem per viam ambularet, qui eam ad suam vecturam acceperat, contigit, ut infantes in quodam vico stantes ipse pullus calce percussisset, et unus ex ipsis mortuus est. Dum autem parentes requirerent mortem infantuli, et nobis retulissent, ita prospeximus cum nostris judicibus, ut duas partes pretii quantum ipse valuerit infans, componat ille, cujus pullus fuerit: et tertiam partem componat ille, cui jumentum praestitum fuerit. Nam nos scimus, quod in anteriori edicto legitur: Si caballus cum calce damnum fecerit, dominus ejus restituat ipsum damnum. Sed quia iste caballus praestitus fuit, et ipse qui eum suscepit in praestito, rationalis homo fuit: et potuit dicere, si neglectum non habuisset, ad ipsos infantes, ut se custodirent, ut hoc malum non proveniret: ideo pro ipsa negligentia ejus diximus, ut tertiam partem pretii componat.“ Es iſt auffallend, daß es der König Liutprand mit Beziehung auf Ed. Roth. 331 hier zu rechtfertigen ſucht, daß $\frac{1}{3}$ des Wergeldes von demjenigen, dem das Pferd geliehen war, getragen werden ſoll, während er es nach Cap. 332 a. a. O. vielmehr rechtfertigen ſollte, daß dem Eigenthümer des Pferdes und Folens $\frac{2}{3}$ aufgelegt werden. Intereſſant iſt in Betreff des Schadens, den ein Vieh anrichtet, beſonders noch das Hirtenrecht, wie es namentlich im Sachſenſ. II. 54. mitgetheilt wird.

Zu Tit. XIV. ſ. meine Schrift Thür. Geſ. 414 fg. Die Lesart suae vel alienae sepis erſcheint vorzüglicher als vel alienam sepem. Denn warum ſollte zwiſchen dem eigenen und dem fremden Zaun oder Gehege unterſchieden werden, und wenn nicht unterſchieden wird, warum wäre bloß der fremde genannt?

Til. | **Tit. XV. De traditionibus.**

LIX. I. Traditiones et venditiones omnes legitimae, stabiles permaneant.

LX. II. Nulli liceat traditionem haereditatis suae facere, praeter ad ecclesiam vel regi, (nec haeredem suum exhaeredem[a]) faciat, nisi[b]) forte famis necessitate coactus, ut ab illo qui hoc acceperit, sustentetur[c]). Mancipia[d]) liceat illi dare ac vendere.

---

a) Spang. heredem. b) Til. Lind. nec haeredem suum exhaeredem faciat, nisi etc. Her. ut haeredem suum exhaeredem faciat. Nisi etc. c) Spang. sustinetur. d) Til. Lind. sustentetur. Mancipia etc. Her. sustentetur, mancipia etc.

Anmerkungen zu Tit. XV.

Ob es bei allen Germaniſchen Völkern urſprünglich als Regel gegolten hat, daß Veräußerungen von echtem Eigen, um gültig zu ſeyn, mit Erlaubniß des nächſten Erben geſchehen müßten, läßt ſich für die älteſte Zeit nicht mit Sicherheit beantworten. Einzelnes könnte faſt mehr dagegen als dafür zu ſprechen ſcheinen; ſo bei den Franken die Formelnſammlungen, in denen ſich ſo viele Stellen finden, bei welchen ein ganz unbeſchränktes Dispoſitionsrecht des Eigenthümers vorausgeſetzt zu ſeyn ſcheint; bei den Thüringern die Beſtimmung ihres alten Volksrechts Tit. XIII. „Libero homini liceat hereditatem suam cui voluerit tradere.“

Aber auch in Betreff derjenigen Rechtsquellen, welche ein Widerſpruchsrecht des nächſten Erben gegen Veräußerungen kennen, bleibt es häufig zweifelhaft, auf welche

Gegenſtände ſich daſſelbe urſprünglich erſtreckt habe, ob auf alles Eigen, das ererbte wie das anderwärts erworbene, oder bloß auf das Erbeigen? Das Wahrſcheinlichſte iſt, daß ſchon ſeit früher Zeit große Mannigfaltigkeit der Grundſätze in verſchiedenen Gegenden Statt gefunden hat. Vgl. meine Schrift: das Schleſiſche Landrecht S. 98 folg.

Die Annahme, das älteſte Recht ſey auch das ſtrengſte geweſen, und habe den Eigenthümer bei der Veräußerung alles Eigens von der Erlaubniß des nächſten Erben abhängig gemacht, ſpäter aber ſey das Widerſpruchsrecht dieſes letzteren auf ererbtes Eigen eingeſchränkt werden, kann wenigſtens aus den Quellen nicht begründet werden; ja in gewiſſer Beziehung ſcheint ſogar der Sachſenſpiegel ſtrenger als das alte Sächſiſche Geſetz zu ſeyn.

Alle rechtmäßig erfolgten Uebergaben und Verkäufe ſollen nach dieſem Beſtand und Dauer haben. Zur Rechtmäßigkeit einer Veräußerung von Eigen gehört aber gewiß ſchon in der älteſten Zeit, daß ſie im beſetzten Gerichte (echten Ding) geſchehe, und daß der nächſte Erbe darein willige. Sachſenſ. I. 8. 52. Nur die Uebergabe an die Kirche oder an den König ſcheint grade nach dem alten Geſetze von dieſer letzteren Beſchränkung frei zu ſeyn; und erſt in ſpäteren Zeiten hat man ſich genöthigt geſehen, der übermäßigen Freigebigkeit, womit ſo viel Grund und Boden in die todte Hand der Kirche gebracht wurde, Schranken zu ſetzen; jedoch nicht durch Wiedereinräumung oder gar Erweiterung des Rechtes der nächſten Erben, ſondern durch allgemeine Verbote aus Gründen des öffentlichen Wohles. Das Lübiſche Recht v. 1266 geſtattet Schenkung von Geld, aber nicht von Erbgütern an die Kirchen. „Nemini siquidem licet immobilia, id est torffacht eigen conferre ecclesiis, quin ea vendat pro argento et illud offerat ecclesiis. Qui hoc infregerit, X. marcas argenti com-

ponet.“ Dreyer Sammlung vermiſchter Abhandlungen u. ſ. w. I. 452.

Aber was iſt unter hereditas in unſerem Geſetze zu verſtehen? Das ganze allodiale Vermögen, Eigen und fahrende Habe überhaupt, oder nur alles Eigen, gleichviel wie es erworben war, vielleicht noch die mancipia mit einbegriffen, oder endlich gar nur ererbtes Eigen? Darüber läßt ſich kein ſicheres Urtheil fällen, und zwar um ſo weniger, da ſich grade in ſpäteren Sächſiſchen Rechtsquellen über das Widerſpruchsrecht des nächſten Erben ſo verſchiedenartige Grundſätze finden. Was den Sachſenſpiegel I. 52. anbetrifft, ſo kann es kaum zweifelhaft ſeyn, daß hier die Veräußerung alles Eigens, ſo wie der eigenen Leute an die Erlaubniß der nächſten Erben geknüpft wird; denn jene Stelle ſpricht von Eigen ganz allgemein, und doch kennt der Sachſenſpiegel II. 43. den Unterſchied zwiſchen ererbtem und gekauftem oder gegebenem Eigen. Ja ſelbſt die Veräußerung von fahrender Habe iſt nach demſelben I. 52. an die Bedingung gebunden, daß der Veräußerer noch bei geſunden Kräften ſeyn müſſe. Aber vielleicht enthält der Sachſenſpiegel auch hier nur Engerſches und Oſtphäliſches Recht. Wenigſtens kann nach dem aus Weſtphäliſcher Quelle entſprungenen Lübiſchen Rechte (Dreyer a. a. O. 445. fg.) erkauftes, überhaupt anderwärts als durch Erbgang erworbenes Eigen frei veräußert werden, und nur bei dem letzteren iſt Zuſtimmung der nächſten Erben zur Veräußerung erforderlich.

Bei der Unbeſtimmtheit des Begriffes hereditas in unſerer Stelle iſt aber dann auch eine doppelte Erklärung von Cap. 2 möglich. Der Sinn könnte ſeyn: Im Falle echter Noth ſoll der Eigenthümer ſeine mancipia, aber auch nur dieſe, ſelbſt ohne Erlaubniß der nächſten Erben verkaufen dürfen; hier würde man alſo die mancipia als unter der hereditas mit begriffen anſehen, und auf dieſe

Deutung weiſet der Heroldſche Text hin. Richtiger und auch mit den Worten mehr übereinſtimmend ſcheint dagegegen folgende Erklärung. Seine mancipia kann jeder frei und ſelbſt ohne den Fall der echten Noth veräußern, wonach alſo das Recht des Sachſenſpiegels hierin ſogar ſtrenger als das der alten Rechtsſammlung erſchiene. Aber ſelbſt ſein Eigen aller Art kann jeder frei verkaufen, um ſich dadurch den nothdürftigen Unterhalt zu verſchaffen. Dieſe Erklärung hat nicht bloß den Text von Tilius und Lindenbrog für ſich, ſondern ſtimmt auch mit Tit. XVII. beſſer überein, und aus letzterem iſt zugleich zu erſehen, daß ſelbſt in ſolchem Falle dem nächſten Erben der Vorkauf angeboten werden mußte. Vgl. das Wormſer Dienſtrecht 2. (bei Walter C. J. G. III. 775) „Lex erit familiae: Si quis praedium vel mancipia in haereditatem acceperit, et in paupertatem inciderit et ex hac necessitate haereditatem vendere voluerit: prius proximis haeredibus cum testimonio proponat ad emendum; si autem emere noluerint, vendat cui voluerit.“ Noch andere Stellen in meiner Schrift: Schleſ. Landr. S. 98 fg.

Nach einzelnen Urkunden ſchrieben ſich die Grafen zuweilen das Recht zu, daß kein Freier in der Grafſchaft ſeine Grundſtücke einer Kirche oder einem Kloſter ohne ihre Einwilligung ſchenken dürfe. In dieſer Hinſicht iſt eine Urkunde des Herzogs Friedrich von Schwaben v. 1185 beſonders intereſſant:

„Fridericus divina favente clementia Dux Suevorum omnibus principibus — — — in perpetuum. — — — Notum facimus cunctis tam futuris quam presentibus, Nobis in publico placito loco qui dicitur Kunigestuhl, cum universis principibus totius Sueviae consedentibus, N. Abbatem de Salem super tali gravamine querelam deposuisse, quod Conradus

Comes de sancto monte praedium duorum liberorum hominum Eberhardi et Ulrici, qui praesentes erant et liberam Wehrschafft coram omnibus Abbati ferebant, violenter abstulisset, asserens non esse potestatis eorum, ut ipsi vel aliquis liberorum in sua Comitia sine consensu ejus ulli coenobio vel ecclesiae sua conferre valeret: unde sententia postulata universaliter ab omnibus dijudicatum est, liberis hominibus licere praedia sua quibuslibet ecclesiis vel cui vellent dare posse.“ (Vgl. Hiſtoriſch. Bericht von der kaiſerl. und Reichs=Landvogtei in Schwaben Th. *II.* Nr. 1.)

Til. LXI.

Tit. XVI. De terra aliena invasa.

I. Qui terram suam occupatam ab altero dixerit, adhibitis idoneis testibus, probet eam suam fuisse; si occupator contradixerit, campo dijudicetur[a]).

II. Si occupator sibi concrediderit[b]), reddat hoc quod occupavit, non amplius.

---

a) Her. Lind. campo dijudicetur. Til. campo Dei judicetur. b) Til. Her. concrediderit. Lind. Spang. recrediderit.

Anmerkungen zu Tit. XVI.

Widerrechtliche Beſitznahme fremder Grundſtücke und Verrückung der Grenzen werden häufig in den Volksrechten erwähnt; als Mittel aber, wodurch ein über den Beſitz von Grundſtücken entſtandener Streit entſchieden werden ſoll, kommt hauptſächlich der Zweikampf vor. Derſelbe wird in den alten Volksrechten ſehr häufig campus ſchlechthin, aber nicht campus Dei genannt, und ich habe des=

halb im Texte der Lesart von Herold und Lindenbrog den Vorzug vor der bei Tilius gegeben.

Die Formeln, mit denen der Kläger einen Vindicationsproceß über ein Grundſtück anfing, lauten in den alten Rechtsquellen: malo ordine tenes hanc terram, oder malo ordine invasisti, und nirgends werden dieſelben häufiger als in den Longobardiſchen Gerichtsformeln angetroffen; z. B. ad Legg. Ottonis II. c. 1. 2. 3. L. Rip. LIX. (61) 8. L. Bajuv. XVI. 1, 1. XVII. 2. Rogge Gerichtsweſen 225.

Das Sächſiſche Geſetz enthält in obiger Stelle und in dem damit zu verbindenden V. 3. über einen Streit, der das Eigenthum von Grundſtücken betrifft, folgende Beſtimmungen.

1. Wenn der Vindicant mit ſeinem bloßen Eide das Eigenthum eines von einem Andern beſeſſenen Stückes Land darthun will, vermuthlich weil er nicht im Stande iſt, ſein Recht darauf durch die Zeugniſſe von Umſaſſen außer Zweifel zu ſetzen, und wenn der Beſitzer mit zwei oder drei oder noch mehr Zeugen aus der Nachbarſchaft ſein Eigenthum zu beweiſen vermag, ſo ſoll der Vindicant hierdurch überwunden werden.

2. Wenn aber der Vindicant ſein Eigenthum an dem von einem Andern beſeſſenen Grundſtücke mit dem Zeugniß von Umſaſſen, deren wohl wenigſtens zwei ſeyn müſſen, darthun kann, und der Beſitzer hat dieſem Zeugniß nichts als ſeinen Widerſpruch entgegenzuſetzen, ſo ſoll ein Zweikampf zwiſchen beiden entſcheiden. Ueber die Form des Zweikampfes enthält der Sachſenſpiegel I. 63. eine ſehr intereſſante Stelle, in welcher großentheils uralte Volksgebräuche, wie ſie bei dieſem Gottesurtheil von jeher beobachtet worden waren, niedergelegt zu ſeyn ſcheinen. Wenn jedoch in dieſem zweiten Falle der Beſitznehmer einräumt im Unrechte zu ſeyn, und das Grundſtück dem Vindicanten zu-

geſteht, ſo ſoll er daſſelbe zurückgeben, wie es ſcheint aber zu nichts weiter verpflichtet ſeyn.

Man kann fragen, ob in dem erſten Falle der Vindicant gleichfalls auf einem Zweikampfe beſtehen konnte? Dem Geiſte des Deutſchen Rechts wäre es ganz angemeſſen, daß auch hier das menſchliche Zeugniß durch Gottes Zeugniß hätte widerlegt werden können. Dennoch läßt ſich auch Manches dagegen ſagen, und es iſt wichtig, den Unterſchied der beiden Fälle recht beſtimmt hervorzuheben.

Im erſten Falle hat der Verklagte die Gewere und die ihm günſtigen Zeugniſſe der Umſaſſen für ſich, und dieß könnte für ſo genügend gegolten haben, daß der Vindicant ſelbſt ohne Zweikampf weichen mußte. Im zweiten Falle ſprechen dagegen die Zeugniſſe der Umſaſſen für den Vindicanten, aber der Verklagte hat die Gewere. Beides ſcheint ſich gewiſſermaßen zu compenſiren, und deshalb muß ein Drittes, nämlich der Zweikampf den Ausſchlag geben.

Sehr viele Fälle bleiben aber nun freilich im alten Geſetze ganz unberührt, inſonderheit wie es gehalten wurde, wenn beide Theile Zeugniſſe von Umſaſſen beibrachten, oder wenn keiner dergleichen beizubringen vermochte. Intereſſante Beſtimmungen enthält in dieſer Hinſicht zum Theil der Sachſenſpiegel III. 21.

Wenn zwei Männer aus gleichem Rechtsgrunde eine gleiche Gewere an einem Gut in Anſpruch nahmen, und beide beriefen ſich auf das Zeugniß der Umſaſſen, ſo wurde unterſchieden, ob für beide eine gleiche Anzahl ſolcher Zeugniſſe, oder für den einen mehr als für den andern vorhanden waren. Im erſten Falle wurde das Gut unter ihnen getheilt; im zweiten ſiegte derjenige, der die meiſte Menge von Zeugniſſen für ſich hatte. Wußten aber die Umſaſſen nicht, wer von beiden das Gut in ſeinen Gewerem habe, ſo ſollte ein Waſſerurtheil entſcheiden, oder beide Theile ſollten ſchwören, daß ſie recht wüßten, daß das Gut ihre

ſey, und alles Land, worauf ſie beide geſchworen hatten, wurde unter ihnen gleich getheilt. Vgl. Vet. Auct. de benef. cap. I. §. 97—100. Sächſ. Lehnr. 42. Schwäb. Lehnr. 76. 77. Richtſt. d. Lehnr. 29. Sächſ. Diſtinct. bei Böhme I. 27, 5. bei Ortloff I. 33, 5. Der Zweikampf als Entſcheidungsmittel bei einem ſolchen Streite iſt alſo im ſpäteren Rechte verſchwunden, und ſelbſt das Waſſerurtheil ſollte ſchon nach dem Vet. Auct. nur dann angewendet werden, wenn die Wahrheit auf andere Weiſe nicht ausgemittelt werden konnte. Da nun aber durch den beiderſeitigen einfachen Schwur das Waſſerurtheil jedesmal unnöthig gemacht werden konnte, ſo läßt ſich fragen, wozu deſſelben überhaupt noch alternativ neben dem Schwure beider gedacht werde? Wahrſcheinlich für ſolche Fälle, wo der eine von beiden Theilen gewiſſe Vermuthungen für ſich oder gewiſſe Verdachtsgründe gegen ſich hatte, überhaupt alſo zu befürchten ſchien, daß von einer Seite leicht ein Meineid geſchworen werden könnte. Hier ſollte das Gericht ausnahmsweiſe den beiderſeitigen Eid zurückweiſen, und ſtatt deſſen ein Waſſerurtheil vorſchreiben können. Vgl. Albrecht Gewere 298. Homeyer Sachſenſ. III. 21 in der Anm. Ausg. 2.

Vermuthlich hat es bei einem Rechtsſtreite über ein Grundſtück auch bei den alten Sachſen an gewiſſen Handlungen mit ſymboliſcher Bedeutung nicht gefehlt. Die intereſſanteſte Stelle hierüber enthält die Lex Alam. 84.

„Si qua contentio orta fuerit inter duas genealogias de termino terrae eorum, et unus dicit: hic est noster terminus, alius revadit in alium locum et dicit: hic est noster terminus, ibi praesens sit comes de plebe illa et ponat signum, ubi iste voluerit, et ubi ille alius voluerit terminum, et girent ipsam contentionem. Postquam girata fuerit, veniant in medium et praesente comite tollant de ipsa terra, quod Ala-

manni curſſodi (zurfodi) dicunt, et ramos de ipsis arboribus inſigant in ipsam terram quam tollunt, et illae genealogiae quae contendunt, levent illam terram praesente comite et commendent in sua manu: ille involvat in fanone (Tuch), et ponat sigillum, et commendet fideli manu usque ad statutum placitum. Tunc spondeant inter se pugnam duorum. Quando parati sunt ad pugnam, tunc ponant ipsam terram in medio et tangant ipsam cum spatis suis, cum quibus pugnare debent, et testificentur Deum creatorem, ut cujus sit justitia, ipsius sit et victoria, et pugnent. Qualis de ipsis vicerit, ipse possideat illam contentionem; et illi alii praesumptiosi, quia proprietatem contradixerunt, duodecim solidos componant.“

Der Fall iſt folgender. In der Mitte zwiſchen zwei unbeſtrittenen Grundſtücken, welche zwei verſchiedenen Familien gehören, liegt ein ſtreitiges Stück Land, welches ſich jede von beiden zuſpricht. Zuerſt ſollen nun beide Theile in Gegenwart des Grafen um das ſtreitige Stück herumgehen. Bekanntlich gehört das Umgehen des Landes zu den Formen der Beſitznahme deſſelben, ſo wie es in älterer Zeit erſtes Geſchäft eines neuen Königs war, ſein Land zu umreiten. J. Grimm D. Ralt. 86. 88. 237. Offenbar liegt auch bei jenem Umgehen die Idee zu Grunde, daß jeder Theil eine Handlung der förmlichen Beſitznahme vornehmen müſſe, weil jeder das ausſchließliche Recht der Beſitznahme zu haben behauptet. Nach der Umgehung ſollen ſie in die Mitte des ſtreitigen Landes treten und einige Zweige von Bäumen, (wo möglich wohl ſolchen, welche darauf wachſen), in eine Erdſcholle ſtecken, und dieſe dann in Gegenwart des Grafen hinwegnehmen und ſeiner Hand übergeben. Der Graf ſoll dieſelbe mit einem Tuche umhüllen, ſein Siegel darauf drücken, und die Erde nebſt Zweigen bis zum beſtimmten Gerichtstage einer ge=

treuen Hand übergeben. Die ſtreitenden Theile aber ſollen hierauf einen Kampf zweier Mitglieder der Familien unter ſich feſtſetzen. Am Tage des Kampfes ſoll dann jene hinweggenommene Erdſcholle mit den darin befindlichen Zweigen in die Mitte gelegt werden, die Kämpfenden ſollen ſie mit ihren Schwertern anrühren, und jeder ſoll Gott anrufen, daß er den Sieg nach dem Recht austheile. Die unterliegende Parthei muß 12 Schillinge als Buße entrichten. In dieſem Verfahren iſt vorzüglich die Uebergabe der weggenommenen Scholle nebſt Zweigen in die getreue Hand eines Dritten merkwürdig. Es findet alſo bei ſolchem Grenzſtreite eine wahre intertiatio Statt, wie ſie bei der Vindication beweglicher Sachen üblich war, indem das ſtreitige Stück Land bis zur Beendigung des Streites einem Dritten ſymboliſch übergeben wird. Bei der Vindication von Grundſtücken konnte die intertiatio wohl nicht leicht vorkommen, denn hier befand ſich die Sache in der Gewere des Verklagten, und erſt der Ausgang des Streites entſchied, ob er daraus weichen mußte oder nicht.

Eine Schilderung eigentlicher Vindication von Grundſtücken findet ſich im Bairiſchen Volksrechte Tit. XVI.

1. „Si quis homo pratum vel agrum vel exartum alterius contra legem malo ordine invaserit et dicit suum esse, propter praesumptionem cum sex solidis componat et exeat.

2. Si autem suum voluerit vindicare illum agrum aut pratum vel exartum vel unde illa contentio est, taliter vindicet. Juret cum sex sacramentalibus et dicat: Ego in tua opera priore non invasi contra legem, nec cum sex solidis componere debeo, nec exire, quia mea opera et labor prior hic est quam tuus. Tunc dicat ille qui quaerit (d. h. der eigentliche Vindicant): Ego habeo testes qui hoc sciunt, quod labores de isto campo semper ego tuli; nemine con-

tradicente exartavi, mundavi, possedi usque hodie, et pater meus reliquit mihi in possessione sua. Ille homo qui hoc testificare voluerit, commarchanus ejus debet esse, et debet habere sex solidorum pecuniam et similem agrum. Tunc ille testis juret taliter: Quia ego hoc meis auribus audivi et oculis meis vidi, quod istius hominis prior opera fuit in isto agro quam tua, et labores fructuum ille tulit. Post sacramentum reddat agrum. Tunc ille defensor si sperat quod justitia de illo agro suo fuisset, et hoc in praesenti populo fiat, ne per invidiam aliquis pereat, dicat ad illum testem: Mendacium jurasti contra me. Sponde mihi pugnam duorum, et manifestet Deus, si mendacium an veritatem jurasti contra me; et componere debes cum duodecim solidis, et illam terram reddere quam mendaciter abstulisti. Si vicerit ille, qui quaerit, componat cum duodecim solidis, et illam terram reddat. Et si illam terram non potuerit donare, donet aliam in proximo, quantum jactus est de securi saiga valente. Et si in proximo non habet, nec comparare potest, juret secundum pretium agri, ut ipsum agrum cum pretio valente nec cum duplo nec cum triplo conquirere non potuisset, et donet ubi habet, et ipsum agrum qui donet juret, quod talis sit qualis suus fuerat.“

Derjenige, von dem es am Anfang des Cap. heißt, daß er den Acker vindiciren, d. h. ſich zueignen wolle, iſt der Beſitznehmer deſſelben, der nämliche, welcher weiter unten defensor genannt wird. Ille qui quaerit, iſt das erſtemal der vindicirende Eigenthümer. Auffallend wäre es, wenn dieſer mit einem Zeugen den Beſitznehmer mit ſeinen 6 (oder 5) Eideshelfern zu überwinden vermöchte, und doch ſcheint auch das ſpätere Verfahren darauf hinzudeuten. Wenn ſich nämlich der Beſitznehmer durch den

Eid des Zeugen in ſeinem wirklichen Rechte verletzt glaubt, ſo darf er nun ſein Recht gegen dieſen weiter verfolgen, und hier ſoll ein Zweikampf entſcheiden. Ille qui quaerit iſt das zweitemal derjenige, der im erſten Proceß unterlegen iſt; der mit 12 Schillingen Büßende iſt der Zeuge, welcher durch den Zweikampf als meineidig überführt iſt, und dieſer ſoll nun auch demjenigen, der den erſten Proceß durch ſeinen falſchen Eid verloren hat, das für denſelben verlorne oder ein anderes wo möglich nahe gelegenes gleich gutes Grundſtück erſtatten. Dabei iſt der auch in XI. 6, 2 des Bairiſchen Geſetzes vorkommende Beilwurf von Wichtigkeit, durch welchen die Entfernung des Ackers beſtimmt werden ſoll, welchen der als meineidig überführte Zeuge dem Gegentheile in der Nähe des für dieſen verlornen Grundſtückes einräumen ſoll. Vgl. J. Grimm D. Ralt. 57. 63 fg.

Schließlich verdient noch die Eigenthümlichkeit des Burgundiſchen Geſetzbuches LV. 1. 2. hinſichtlich der Vindication von Grundſtücken hervorgehoben zu werden. Ein Rechtsſtreit über das Eigenthum an Grundſtücken ſoll nämlich hier jedesmal nach Römiſchem Rechte entſchieden werden. Bei Grundſtücken, welche nach Hoſpitalitätsrecht beſeſſen werden, ſollen die Römiſchen Wirthe (hospites) den Proceß allein führen, das Urtheil aber auch für die Burgundiſchen Miteigenthümer (gleichfalls hospites genannt) gültig ſeyn. Freiwillige Einmiſchung des Burgunders in einen ſolchen Rechtsſtreit wird mit 12 Schillingen beſtraft; und wenn ſich der Römer erlaubt, ſeinen Burgundiſchen hospes ſelbſt dabei zuzuziehen, ſo ſoll dieſe Strafe jeden von beiden gleichmäßig treffen. Dagegen ſollen diejenigen Burgunder, welche einzelne Landgüter nebſt den dazu gehörigen Sclaven ungetheilt erhalten haben, in Eigenthumsſtreitigkeiten darüber zwar ebenfalls dem Römiſchen Rechte unterworfen, dabei aber berechtigt

ſeyn, als Kläger wie als Beklagte einen Proceß hierüber ganz ſelbſtſtändig zu führen. Cap. 2. ſagt:

;,Sane si ex ejusdem agri finibus, quem barbarus ex integro cum mancipiis publica largitione perceperit, fuerit contentio generata, licebit ei seu pulsatus fuerit, seu ipse pulsaverit, Romano jure contendere.“

Das licebit in dieſer Stelle beziehe ich bloß auf contendere, nicht aber auch auf die Worte Romano jure. Die Erlaubniß betrifft, wie es ſcheint, nur das einem ſolchen Burgunder ertheilte Recht, den Proceß über das Grundeigenthum ſelbſt führen zu dürfen, nicht aber auch ein Recht etwaniger freier Wahl zwiſchen Römiſchem und Burgundiſchem Recht, da das Geſetz in allen Streitigkeiten über Landgüter dem Römiſchen Rechte den Vorzug zu geben ſcheint. Uebrigens iſt die obige Stelle auch deshalb wichtig, weil darin auf eine Abweichung von der ſonſt bei den Burgundern in der Landtheilung befolgten Regel hingewieſen wird. Bekanntlich erhielt der Burgunder nach jener Regel von Hof und Garten die Hälfte, vom angebauten Lande zwei Drittheile, von den Sclaven ein Drittheil, und Wälder blieben gemeinſchaftlich. von Savigny Geſ. d. R. R. im Mittelalter II. 296, 2te Ausg. Aus jener Stelle aber geht hervor, daß es auch Burgunder gab, welche ganze Römiſche Landgüter gleich bei der erſten Landvertheilung (denn darauf beziehen ſich doch wohl die Worte publica largitione) ungetheilt erhalten hatten, und es liegt wohl ſehr nahe, dabei vorzugsweiſe an Burgundiſche Optimaten zu denken.

Til. LXII.

Tit. XVII. De exulibus.

I. Liber homo, qui sub tutela nobilis cujuslibet erat, qui jam in exilium missus est, si haereditatem suam, neces-

ſitate coactus, vendere voluerit, offerat eam primum[a]) proximo suo; si ille eam emere[b]) noluerit, offerat tutori suo vel ei, qui tunc a rege super ipsa re[c]) constitutus est. Si nec ille voluerit, vendat[d]) eam cuicunque voluerit[e]).

---

a) Til. Lind. primum. Her. primo. b) Til. Lind. Spang. eam emere. Her. eam deest. c) Til. ipsa re. Her. Lind. ipsas res. d) Til. Lind. vendat. Her. vendet. e) Corb. Spang. libuerit.

Anmerkungen zu Tit. XVII.

Dieſe Stelle hat manche Dunkelheiten. Zuvörderſt iſt die Frage, wer der ins Exil geſchickte ſey, der Edle oder der Freie? Nach Gärtner und Eichhorn D. St. u. Rgeſ. Ausg. 4. §. 57 Note z. der Freie, nach Joh. Gottlieb Müller der Edle. Dabei hebt Müller gegen Gärtner beſonders das hervor, daß mit einer Verbannung gewöhnlich auch Confiscation des Vermögens verbunden geweſen, und wo dieſe nicht eintrat, einem Verbannten ſchwerlich ſo viel Zeit, um ſein Erbe erſt verkaufen zu können, werde gelaſſen worden ſeyn. Hierzu kommt, daß die Worte „vel ei, qui tunc a rege super ipsa re constitutus est, auf eine grade mit der Perſon des früheren tutor vorgegangene Veränderung hindeuten, ſo wie daß in ſprachlicher Hinſicht das zweite qui offenbar weit ungezwungener auf den unmittelbar vorher genannten nobilis, als auf den liber homo bezogen wird. Ich bin alſo gleichfalls der Anſicht, daß der Verbannte nicht der Freie, ſondern der Edle ſey. Der Freie wird aber zugleich als der Tutel eines Edlen unterworfen gedacht,

und die Bedeutung von dieſer tritt nicht recht klar hervor. Man könnte geneigt ſeyn, jenen liber homo für einen freien Grundbeſitzer in dem Immunitätsbezirke eines Edlen zu halten, oder auch für einen Freigelaſſenen, welcher noch unter dem Schutze ſeines vorigen oder dem erwählten irgend eines andern Herrn ſtände. Capit. legi Bajoar. add. c. 6. (Pertz Legum T. I. p. 126) „Hic vero qui per chartam ingenuitatis dimissi sunt liberi, ubi nullum patrocinium et defensionem non elegerint, similiter regi componantur quadraginta solidis." Es kann aber auch das gewöhnlich zur Lehnsverbindung führende Schutzverhältniß gemeint ſeyn, worein ſich in jenen Zeiten, wo der Staat nicht hinlängliche Sicherheit gewährte, ſo viele Freie begaben, um ſich in der Perſon eines Mächtigen einen Vertheidiger gegen Willkür und Unterdrückung aller Art zu verſchaffen. Und dieß halte ich für das Richtige.

Intereſſante Beſtimmungen über jenes Schutzverhältniß finden ſich in der Charta divisionis imperii a. 806 (bei Pertz Legum T. I. p. 140 sq.) c. 8. 9. 10. „Et unusquisque liber homo post mortem domini sui, licentiam habeat se commendandi inter haec tria regna, ad quemcunque voluerit. Similiter et ille qui nondum alicui commendatus est." Zur Vergleichung dient, was das Weſtgothiſche Geſetzbuch B. V. Tit. 3. über die Verbindung zwiſchen dem Patronus und dem Bucellarius (von bucella, Brodkrume) enthält. Daß ſich aus dieſer Verbindung in Spanien ein wahres Lehnsverhältniß entwickelte, ſcheint ſchon daraus hervorzugehen, daß der Fuero Juzgo bucellarius mit vasallo überſetzt, den Patron aber sennor oder padron nennt. Vgl. Lembke Geſch. v. Spanien I. 187.

Uebrigens behält die Faſſung obiger Stelle immer manches Auffallende, weil nicht recht deutlich wird, wozu

die Verbannung des Edlen überhaupt erſt erwähnt zu werden brauchte, um die einfache Regel auszudrücken, auf die es doch allein anzukommen ſchien. Ein Freier, der ſich unter der Tutel eines Edlen befindet, ſoll im Falle ihn Noth zur Veräußerung ſeines Erbe zwingt, dieſes letztere zuerſt ſeinem nächſten Verwandten; wenn dieſer es nicht will, ſeinem Herrn, unter deſſen Schutz er ſich begeben hat, oder ſofern dieſer verbannt wäre, demjenigen, der an deſſen Statt vom Könige eingeſetzt worden iſt, zum Vorkauf anbieten; und wenn auch dieſer das Erbe nicht kaufen will, ſo mag er es nun veräußern, an wen es ihm beliebt. Wollte man auch wirklich bei dem exul an den Freien denken, ſo tritt doch ſelbſt dann kein beſtimmter Zuſammenhang zwiſchen der Verbannung und dem mitzutheilenden Rechtsſatze hervor. Faſt ſcheint es übrigens, als ob hier ſchon etwas von der ſpäteren Regel durchblickte, wonach das Eigen von Dienſtleuten nicht aus ihres Herrn Gewalt herausfallen, auch Dienſtleute, wiewohl ſie ſonſt im Erbrecht gleich freien Leuten nach Landrecht beurtheilt wurden, aus ihres Herrn Gewalt weder vererben noch Erbe nehmen konnten. Sachſenſp. I. 38. III. 81. Die Aufſchrift des Titels: de exulibus erſcheint nach obiger Erklärung ganz unpaſſend, und die Vermuthung, daß ſie bloß von Herold herrührt, gewinnt dadurch an Wahrſcheinlichkeit. De venditionibus würde dem Inhalt des Titels weit mehr entſprechen.

Tit. XVIII. De liti conjugio.	Til.
I. Lito regis liceat uxorem emere, ubicunque voluerit.	LXIII.
II. Sed non liceat ullam foeminam vendere.	

Anmerkungen zu Tit. XVIII.

Kraut, die Vormundſchaft nach D. R. Theil I. S. 407, erklärt dieſe Stelle folgendermaßen: „Eine Frau

konnte ſich nur ein freier Mann kaufen, und da dem litus regis hier ausdrücklich die Erlaubniß dazu ertheilt wird, ſo folgt hieraus, daß er ſeinem Stande nach frei geweſen ſeyn muß. Daß ihm aber nicht geſtattet iſt, irgend ein Frauenzimmer, alſo auch nicht einmal ſeine eigene Tochter, in die Ehe zu verkaufen, während doch ſonſt der Vater und überhaupt jeder Vormund eines Frauenzimmers hierzu befugt iſt, kann nur darin ſeinen Grund haben, daß, weil er ſelbſt unter der Vormundſchaft des Königs ſteht, er keine Vormundſchaft über Andere führen kann. Da hier nur der litus regis genannt wird, ſo können wir daraus ſchließen, daß bei anderen Liten nicht daſſelbe Statt fand, wie ſich denn auch kaum bezweifeln läßt, daß die gewöhnlichen Sächſiſchen Liten Unfreie waren, und daher ſchon aus dieſem Grunde nicht unter Vormundſchaft ſtehen konnten." Ich geſtehe, daß mich dieſe Erklärung, welche auf der doch ſo unſichern Annahme eines weſentlichen Unterſchiedes zwiſchen königlichen und andern Liten beruht, nicht recht befriedigt.

Nach meiner Anſicht liegt der Nachdruck im erſten Satze nicht auf den Worten uxorem emere, ſondern auf ubicunque voluerit. Wiewohl die Miſchung der freien und der unfreien Elemente in der Claſſe der Liten noch immer als ſehr dunkel und räthſelhaft anzuſehen iſt, ſo kann doch gar nicht bezweifelt werden, daß auch die Sächſiſchen Liten bedeutende Elemente von Freiheit in ſich trugen. Es geht dieß ſchon aus ihrer ſelbſtſtändigen Theilnahme an den großen Landesgemeinden zu Marklo an der Weſer in vorkaroligiſcher Zeit hervor. (Vgl. oben S. 12.) Den Liten, wie ſie im Frankenlande vorkommen, ſtehen nach einem Geſetze Karls d. Gr. die Longobardiſchen Aldionen im Weſentlichen gleich. L. Long. Caroli M. 83. „Aldiones vel aldiae ea lege vivant in Italia, in servitute dominorum suorum, qua fiscalini vel liti vivunt in Francia." Dürfte man nun von den Aldionen

einen Schluß auf die Liten im Allgemeinen ziehen, ſo wäre das Verhältniß eines Herrn zu ſeinem Liten ein wahres Mundium geweſen. Daß ſich dieß bei den Aldionen ſo verhielt, kann wie ich glaube vollſtändig dargethan werden. Zum Beweiſe dienen:

Ed. Roth. 217. „Si aldius cujuscumque liberam uxorem tulerit, id est fulfreal, et mundium de ea fecerit, posteaque de ea filium habens, et maritus ejus mortuus fuerit: si mulier in ipsa casa noluerit permanere, et parentes ejus eam ad se recolligere voluerint, reddant pretium, quod pro mundio mulieris datum est, illi cujus aldius fuerit: tunc illa absque morgengab aut aliquid de rebus mariti revertatur ad parentes suos cum rebus suis, si aliquas res de parentibus adduxit. Et si filii de ipsa muliere fuerint, et noluerint in casa patris sedere, res paternas dimittant, et mundium pro se reddant, quantum pro matre eorum datum est, et vadant, ubi voluerint, liberi."

Leg. Liutpr. 126. „Si aldius cujusque aldiam alterius tulerit ad uxorem, et filios ex ea procreaverit, et mundium ex ea non fecerit, sint filii ejus aldiones cujus et mater fuerit. Nam si postquam ex ea mundium fecerit, filii nati fuerint, — patrem sequantur et talem legem cum patrono suo habeant, qualem et pater eorum habuerit."

Die Worte: mundium de puella s. muliere (puellae s. mulieris) facere, bedeuten in den Longobardiſchen Rechtsquellen: eine Frau von dem Mundium, unter dem ſie bisher ſtand, loskaufen. Der Regel nach war damit allerdings der Erwerb des Mundium über dieſelbe für den Loskäufer verbunden, aber doch nicht in allen Fällen, weil zu jenem Erwerbe vorausgeſetzt wurde, daß nicht etwa in der Beſchaffenheit des Rechts, wonach der Loskäufer lebte

oder in ſeinem perſönlichen Stande ein Hinderniß deſſelben läge. So erwarb z. B. der Römer, der eine Longobardin heirathete und ſie von dem bisherigen Mundium loskaufte, doch nicht ſelbſt das Mundium über ſie, weil das Römiſche Recht ein ſolches über Weiber nicht kannte. Leg. Liutprand. 127. Die Gloſſe des Carolus bemerkt zu den Worten mundium ex ea fecerit in dieſer Stelle: „id est, eam a mundio liberaverit, non ut ipse mundium habeat.“ Eben ſo erwarb auch der Aldius trotz eines ſolchen Loskaufes nicht die Vormundſchaft über ſeine Frau, weil er ſelbſt unter dem Mundium ſeines Herrn ſtand, und ſeine Frau demſelben gleichfalls unterworfen wurde. Daß eine geborne Aldia unter einem wirklichen Mundium ihres Herrn ſtand, zeigt das oben mitgetheilte Geſetz des Königs Liutprand, denn wie könnte ſonſt von einem Loskaufe aus demſelben die Rede ſeyn? Aus dem Geſetz des Königs Rotharis geht aber zugleich hervor, daß eine Freigeborne, welche einen Aldius heirathete und von ihm aus dem bisherigen Mundium losgekauft wurde, dadurch ſelbſt Aldia wurde, und als ſolche unter das Mundium des Herrn ihres Mannes kam. (Wichtig iſt hier die Formel zu Cap. 217 im Ed. Roth. „Sed ita sit responsio: Vere es libera nascendo, sed esse debes aldia, quia aldius meus etc.“ L. Fris. VI. 1. 2.) Nach dem Tode ihres Mannes aber hatte ſie die Wahl, entweder im Hauſe ihres Mannes als Aldia fortzuleben, oder mit Aufgebung jedes Vermögensvortheils aus der jetzt aufgelöſten Ehe zu ihrer Familie zurückzukehren und wieder in den freien Stand einzutreten: im letzteren Falle jedoch mußten ihre Verwandten ſie mit der nämlichen Summe aus dem Mundium des Herrn ihres verſtorbenen Mannes losmachen, mit welcher ſie früherhin aus dem Mundium ihres Familienvormundes losgekauft worden war. Eben ſo wurde auch den Kindern aus einer ſolchen Ehe zwiſchen einem

Aldius und einer freigebornen Frau die Wahl gelaſſen, ob ſie im Hauſe ihres Vaters als Aldionen fortleben und als ſolche unter dem Mundium des Herrn bleiben, oder ſich ſelbſt, mit Aufgebung aller Rechte auf die väterliche Verlaſſenſchaft, aus jenem Mundium loskaufen und dadurch frei werden wollten. Vielleicht brauchten mehrere ſolche Kinder nur einmal die Summe zu bezahlen, für welche ihre Mutter beidemale aus dem bisherigen Mundium losgekauft worden war.

So viel ſteht hiernach ganz unzweifelhaft feſt: Alle Aldionen leben unter einem wirklichen Mundium ihres Herrn. Vgl. noch Ed. Roth. 239. Leg. Liutpr. 139. Kraut, Vormundſchaft Bd. I. S. 14 fg. Darf man nun bei den Liten daſſelbe annehmen? Die Quellen verlaſſen uns ganz, aber ich halte es für ſehr wahrſcheinlich. Die Ausdrücke servitium, servitus, welche zuweilen zur Bezeichnung ihres Verhältniſſes gebraucht werden, können nicht als Beweis dagegen dienen, denn dieſelben werden auch bei den Aldionen angewendet. Auch der Umſtand, daß wenigſtens bei den Frieſen ein Lite wieder einen Liten haben konnte, (L. Fris. XI. 1.), ſpricht nicht dawider, denn warum hätten nicht in ſolchem Falle beide Liten demſelben Mundium unterworfen ſeyn können?

In obiger Stelle des Sächſiſchen Geſetzes wird nun einem königlichen Liten erlaubt, eine Frau zu kaufen, wo er will. Uxorem emere erkläre ich aber dann nicht ſo, daß ein ſolcher Lite das Mundium über ſeine Frau ſelbſt erworben hätte, ſondern es heißt überhaupt nur ſo viel, als eine Frau nehmen, das Mundium, unter dem ſie bisher geſtanden hat, ablöſen. J. Grimm D. Ralt. 421 bezeugt, daß ſich die Redensart ein Weib kaufen für ein Weib nehmen, bis ins ſpäte Mittelalter erhielt. Wenn aber nun der Nachdruck auf den Worten: ubicunque voluerit liegt, ſo ſcheint dieß darauf hinzudeuten, daß bei

andern Liten frühzeitig ein Heirathszwang von den Herrn geltend gemacht wurde. Ehen zwiſchen Liten verſchiedener Herrn fanden gewiß ſchon in alter Zeit gar manches Hinderniß, weil ſie leicht zu großen Verwickelungen führen konnten, und die Beſitzer von ausgedehnten, geſchloſſenen Herrſchaften mit einer Menge von Liten, hatten ein Intereſſe und ſahen ſich auch im Stande, der Regel nach nur Ehen zwiſchen ihren eigenen Liten zu geſtatten. Aber königliche Güter mit Liten darauf gab es in ſehr verſchiedenen Theilen des Landes, ſo daß ein Heirathszwang für dieſelben ſchon deshalb unſtatthaft erſcheinen mochte; und ſelbſt abgeſehen hiervon konnte es auch beſondere Politik ſeyn, vermöge deren grade die königlichen Liten von jener drückenden Regel befreit bleiben ſollten.

Eine Beziehung des den königlichen Liten ertheilten Privilegium zu der Beſtimmung des alt Sächſiſchen Rechts, wonach ein Connubium unter den verſchiedenen Ständen bei Todesſtrafe verboten geweſen ſeyn ſoll, (vgl. oben S. 32), iſt kaum anzunehmen. War ein ſolches Connubium auch unter denjenigen Ständen, welche Volksrecht hatten, wirklich ſtreng unterſagt, (die Analogie der Longobardiſchen Geſetze ſpricht dagegen, und die Todesſtrafe iſt ganz unwahrſcheinlich), ſo könnte man aus der Stelle des Sächſiſchen Geſetzes eine Abweichung von der geltenden Regel zu Gunſten der königlichen Liten nicht ableiten, denn es heißt ja nicht: quamcunque, ſondern ubicunque voluerit.

Uebrigens ſoll auch ein königlicher Lite ſo wenig als ein anderer eine Frau verkaufen dürfen. Man kann fragen, ob dieß bloß auf ſeine Frau, oder auf jedes Frauenzimmer, namentlich auch auf ſeine Tochter zu beziehen ſey? In beiden Fällen ſcheint jedoch weiter keine Schwierigkeit Statt zu finden; denn wenn der königliche Lite unter dem Mundium des Königs ſtand, ſo mußte dieß auch bei ſei-

ner Frau und Kindern der Fall ſeyn, und hieraus folgte, daß der Mann oder Vater nicht fähig war, das Mundium über ſolche Frauensperſonen an Andere abzutreten. — Ueber das Verkaufen der Frauen, welche Sitte bei dem gemeinen Volk in England bekanntlich noch jetzt gilt, ſ. J. Grimm, D. Ralt. 450.

Tit. XIX. De solidis.	Til.
I. Solidus est duplex; unus habet duos tremisses, qui[a]) est bos anniculus, XII. mensium, vel ovis cum agno.	LXIV.
II. Alter solidus tres tremisses, id est bos XVI. mensium.	
III. Majori solido aliae compositiones, minori homicidia componuntur[b]).	
Westfalajorum et Angrariorum et Ostfalajorum solidus est, secalis[c]) sceffila XXX., ordei XL., avenae LX. Apud utrosque duo sicli mellis[d]) solidus; quadrimus[e]) bos duo solidi; duo boves, quibus arari potest, quinque solidi. Bos bonus tres solidi. Vacca cum vitulo, solidi duo et semis[f]).	

a) Til. Lind. qui. Her. quod. b) Quae sequuntur a Westfalajorum — semis, leguntur tantum apud Til. et Lind. c) Lind. secalis. Til. secales. d) Til. Lind. duo si de mallis. De emendatione hujus loci corrupti a me facta v. comment. e) Til. Lind. quadrimis. f) Cod. Corb. sic habet: componuntur. Quadrimus bos duo solidi. Duo boves, quibus arari potest, V. solidi. Vacca cum vitulo solidi duo et semis. Vitulus anniculus sol. I. Ovis cum agno et anniculus agnus ei super adjunctus sol. I.

Anmerkungen zu Tit. XIX.

Von den zwei verſchiedenen Schillingen der Sachſen iſt ſchon oben S. 88 die Rede geweſen, auch die Vermuthung ausgeſprochen worden, daß der Schilling von 2 Tremiſſes der ältere urſprünglich Sächſiſche, der von 3 Trem. aber erſt durch die Franken eingeführt worden ſey. Die Angabe in XIX. 3., wonach Todtſchlag und Mord mit dem kleinen Schilling gebüßt, alle andern Bußen aber mit dem großen Schilling bezahlt werden, kann ſich nicht bloß auf die Münzſorte, in welcher eine Buße zu entrichten iſt, beziehen; denn demjenigen, der z. B. 4 Schillinge von 3 Tremiſſes zu fordern hatte, war es gewiß ſehr gleichgültig, ob er dieſe ſelbſt oder 6 Schillinge von 2 Trem. dafür erhielt. Jener Satz kann alſo nur den Sinn haben, daß da wo Schillinge ſchlechthin genannt ſind, bei Bußen für Mord und Todtſchlag kleinere, bei andern Bußen größere gemeint ſeyen. Allein in dieſem Sinne wird jene Beſtimmung durch das Geſetz ſelbſt wenigſtens inſofern nicht beſtätigt, als auch bei den Wundenbußen in Tit. I. ſtatt der hier zu erwartenden größeren in der That doch immer nur kleinere Schillinge gemeint ſeyn können. Vgl. oben S. 89 fg.

Am wichtigſten iſt die Reduction der Schillinge auf Stücke Vieh und Erzeugniſſe des Ackerbaues, und hier ſieht man ſich ganz in die Begriffe des Homeriſchen Zeitalters verſetzt. Vgl. Iliad. VI. 236. VII. 467 sq. XXIII. 702. Uebrigens findet ſich jene Reduction nur in zwei Handſchriften, der von Tilius und der von Corvey, in beiden aber wieder verſchieden; und dieß ſcheint darauf hinzudeuten, daß ſie nur von ſpäteren Abſchreibern beigefügt worden iſt. In den Codices von Herold und Spangenberg fehlt ſie gänzlich, und Lindenbrog hat vermuthlich die ganze Stelle von Westfalajorum — semis nur aus Tilius entnommen. Denn wenn ſich

gleich ſeine Ausgabe nicht bloß auf Tilius und Herold ſtützt, vielmehr aus einer Reihe von ſelbſtſtändigen Stücken, die bei keinem jener beiden anzutreffen ſind, der Gebrauch einer eigenen Handſchrift hervorgeht, ſo hat doch Lindenbrog unverkennbar Manches in ſeiner Ausgabe auch bloß aus Tilius und Herold, namentlich dem erſteren entlehnt, und dieß iſt auch in Betreff der oben hervorgehobenen Stelle anzunehmen.

Die Angaben der Corveyſchen Handſchrift über den Werth der Schillinge haben folgendes Eigenthümliche. Sie lauten ganz allgemein, ohne daß die drei Hauptſtämme der Sachſen in der genannten Beziehung unterſchieden werden. Ferner wird der Werth der Schillinge nur nach Stücken Vieh, nicht aber auch nach Getraide und Honig, übrigens in einer ganz verſtändlichen Weiſe, abgemeſſen. Endlich iſt von einer Benutzung des Sächſ. Capitulare v. 797 Cap. 11 hier gar nichts zu erkennen.

Die von mir in den Text aufgenommenen Werthbeſtimmungen der Schillinge, welche ſich in der Ausgabe von Tilius finden, ſtimmen zum Theil mit einzelnen Angaben der Corveyſchen Handſchrift überein, zum Theil aber iſt das Cap. 11 des Sächſiſchen Capitulare von 797 dabei benutzt, wenn gleich die Werthſätze ſelbſt von den dort befindlichen hier und da abweichen. Jenes Cap. lautet:

„Illud notandum est quales debent solidi esse Saxonum; id est, bovem annoticum utrisque sexus autumnali tempore, sicut in stabulum mittitur, pro uno solido; similiter et vernum tempus, quando de stabulo exiit; et deinceps, quantum aetatem auxerit, tantum in pretio crescat. De annona vero bortrinis pro solido uno scapilos quadraginta donant, et de sigule viginti. Septemtrionales autem pro solidum scapilos triginta de avena et sigule quindecim. Mel

vero pro solido bortrensi sigla una et medio donant; Septentrionales autem duos siclos de melle pro uno solido donent. Item ordeum mundum sicut et sigale pro uno solido donent. In argento duodecim denarios solidum faciant. Et in aliis speciebus ad istum pretium omnem aestimationem compositionis sunt."

Aus den 12 Denaren ſieht man deutlich, daß ſich dieſe Stelle auf Schillinge von 3 Tremiſſes bezieht. Daß man es aber überhaupt für nothwendig hielt, in einem für die Sachſen beſtimmten Capitulare den Preis derſelben genauer feſtzuſetzen, ſcheint die oben ausgeſprochene Anſicht, daß dieſe Schillinge erſt durch die Franken bei den Sachſen eingeführt worden ſeyen, zu beſtätigen. Unter der annona iſt wohl ohne Zweifel avena zu verſtehen, und vielleicht iſt dieß ſogar die urſprüngliche Lesart geweſen; sigule oder sigula aber bedeutet Roggen. Am ſchwierigſten ſind die Worte bortrinis und bortrensi. Darüber kann kein Zweifel ſeyn, daß damit ein Gegenſatz von septentrionales ausgedrückt werden ſoll. Es müſſen alſo wohl die ſüdlich und ſüdweſtlich wohnenden Sachſen darunter verſtanden werden, und die von Meinders (vgl. oben S. 13 Note 3) herrührende, dann auch von Gärtner angenommene Erklärung, wonach damit gleichſam Bord-Rheiner, die längſt dem Rhein wohnen, gemeint ſeyn ſollen, ſcheint allerdings das Meiſte für ſich zu haben. Der ganze Gegenſatz von Süd- und Südweſtſachſen einerſeits, Nordſachſen andererſeits, mit Rückſicht auf die bei jedem Theile vorherrſchenden Landesproducte, iſt übrigens an ſich ſchon intereſſant. Bei den septentrionales iſt jedoch ſicher nicht an die Nordalbingier zu denken, denn dieſe haben ja an der Feſtſetzung der im Capitulare enthaltenen Beſtimmungen gar keinen Theil genommen; vielmehr ſind wohl vorzugsweiſe die Bewohner der zwiſchen Elbe und Weſer

gelegenen Heiden, wo noch heute ausgebreitete Bienenzucht herrſcht, damit gemeint. Weil bei ihnen weniger Getraide wächſt, aber mehr Honig gewonnen wird, iſt dort für den Schilling weniger vom erſten, mehr vom zweiten zu entrichten, als bei den ſüdlich und ſüdweſtlich wohnenden Sachſen. Sigla, sicla oder siclus iſt ein auch ſonſt vorkommendes, bei Flüſſigkeiten gebrauchtes Maaß. L. Alam. XXII. Chartae Alamann. Goldasti in deſſen Rer. Alam. Scriptor. T. II. P. 1. Nr. 42. 49. 59. 67. 69.

Durch Vergleichung der bei Tilius über den Werth des Schillings (wahrſcheinlich auch hier von drei Tremiſſes) befindlichen Angaben mit denen des Sächſiſchen Capitulare, wird es nun zugleich möglich, die corrupten Worte si de mallis auf eine, wie es ſcheint, ganz unbedenkliche Art zu emendiren. Es kann wohl nur heißen: duo sicle oder richtiger sicli mellis, und ich habe dieſe Lesart als unzweifelhaft in den Text aufgenommen.

Was aber nun die einzelnen Beſtimmungen unſeres Titels anbetrifft, ſo wird ein jähriger Ochſe von 12 Monaten, und ein Schaaf mit dem Lamme einem Schilling von 2, ein ſechzehnmonatlicher Ochſe einem Schilling von 3 Trem. gleichgeſetzt. Auffallend iſt es, daß in dem Paderbornſchen Capitulare von 785 Cap. 27., bei Zahlung eines Bannes 10 Schillinge und ein Ochſe alternativ genannt werden. Weiter heißt es dann in unſerm Titel: bei Weſtphalen, Engern und Oſtphalen beträgt ein Schilling 30 Scheffel Roggen, 40 Gerſte, 60 Hafer. Bei beiden (entweder ſind hier Engern und Oſtphalen als Einheit zuſammengefaßt, oder es ſind überhaupt nur dieſe beiden gemeint,) ſind zwei Sicli Honig ein Schilling. Ein 4jähriger Ochſe 2 Schillinge; 2 Ochſen, mit denen gepflügt werden kann, 5 Schillinge; ein guter Ochſe 3 Schillinge; eine Kuh mit einem Kalbe 2½ Schillinge.

Schließlich iſt hier noch auf die intereſſante Stelle des Ripuariſchen Geſetzes XXXVI. (38) 11. über den Werth des Ripuariſchen Schillings zu verweiſen.

„Si quis weregeldum solvere debet, bovem cornutum videntem et sanum pro duobus solidis tribuat, vaccam cornutam videntem et sanam pro uno solido tribuat, equum videntem et sanum pro sex solidis tribuat, equam videntem et sanam pro tribus solidis tribuat, spatam cum scogilo (Scheide? du Cange Glossar.) pro septem solidis tribuat, spatam absque scogilo pro tribus solidis tribuat, bruniam (Bruſtharniſch, Panzer, du Cange s. v. brunea) bonam pro duodecim solidis tribuat, helmum cum directo (Viſir? du Cange s. v. directum nr. 4) pro sex solidis tribuat, bainbergas (Beinharniſch) bonas pro sex solidis tribuat, scutum cum lancea pro duobus solidis tribuat, acceptorem non domitum (einen zur Jagd noch nicht abgerichteten Falken oder Habicht) pro tribus solidis tribuat, commorsum gruarium (wahrſcheinlich was die l. Bajuv. XX. 1. chranohari nennt, Kranichaar, der im Kampf mit Kranichen geübt, eingebiſſen iſt,) pro sex solidis tribuat, acceptorem mutatum pro duodecim solidis tribuat.“

Gedruckt bei Guſtav Kupfer.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Gaupp, Ernst Theodor

Recht und Verfassung der alten Sachsen in Verbindung mit einer kritischen Ausgabe der Lex Saxonum

Breslau 1837

Bamberg, Staatsbibliothek -- Coll.leg.o.402
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11439640-2